Mittwoch, 30. Juli 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 174 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT



Steht das Bündnis am Scheideweg?

Die US-Außenpolitik zielt auf die Wiederherstellung des amerikanischen Einflusses in der Welt. Das neue Selbstgefühl der Amerikaner irritiert ihre europäischen Verbündeten, wie das kritische Echo auf den Bomber-Einsatz gegen Libyen bewiesen hat. Sind das nur Veto-Spielereien launischer Schützlinge, oder steckt mehr dahinter, fragt Peter von Zahn in dieser Folge der WELT-Serie. Seite 6

Morgen in der WELT

Interview mit Giulio Andreotti

Seit drei Jahrzehnten hat er in der italienischen Politik ein Wort mitzureden, fünfmal war er Ministerpräsident, jetzt war er wieder für dieses Amt im Gespräch. Italiens Außenminister Giulio Andreotti geht in einem WELT-Interview auf seine Beziehungen zu und umstrittenen Äußerungen über Deutschland ein. Sein Urteil über die Bundesrepublik: Mutig und fest.

POLITIK

Steuern: Rentenversicherungsbeiträge sind keine Werbungskosten, sondern Sonderausgaben und deshalb nicht voll von der Steuer abzugsfähig. Dies geht aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs in München hervor, die von zahlreichen Steuerzahlern mit Spannung erwartet wurde. (S. 4)

Votum: Das umstrittene Gesetz der französischen Regierung über die Reprivatisierung von 65 verstaatlichten Unternehmen hat in der Nationalversammlung die wichtigste parlamentarische Hürde genommen. Ein Tadelsantrag der Opposition wurde abgelehnt.

Amnestie: Seit dem Inkrafttreten des Amnestiegesetzes in Polen haben bislang 3165 Menschen die Gefängnisse verlassen können; allerdings nur 22 politische Gefangene. Unter den Freigelassenen sind 537 Frauen. (S. 8)

Sanktionen? Ein Gesetzentwurf mit weitreichenden Sanktionen gegen Südafrika wird im US-Senat diskutiert. Er sieht vor, alle Importe von Stahl, Uran, Aluminium und Zement zu verbieten und der staatlich en südafrikanischen Fluggesellschaft die Landerechte in den USA zu entziehen. (S. 8)

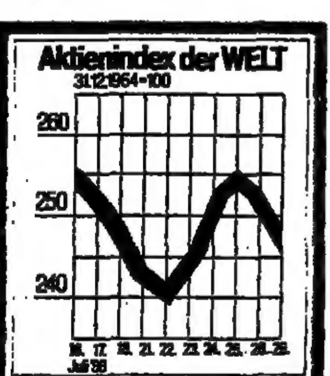
Bombe: Bei einem zweiten Terroranschlag binnen zwei Tagen sind in Beirut mindestens 25 Menschen ums Leben gekommen und 170 verletzt worden. In dem von Moslems bewohnten Westen der Stadt flog ein VW mit 75 Kilogramm Sprengstoff in die Luft.

Minderheit: Probleme der türkischen Minderheit in Bulgarien hat der türkische Regierungschef Özal bei seinem Besuch in Moskau angesprochen. Diese Minderheit werde unterdrückt und zur Anpassung gezwungen. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Vertrauen: Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik werden von Führungskräften der Wirtschaft durchweg sehr positiv beurteilt. Vor allem der Konjunktur-Entwicklung wird wachsendes Vertrauen entgegengebracht. Die Folge: Vermehrte Investitionen. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten kam es zu deutlichen Kursverlusten, die im Verlauf teilweise wieder ausgeglichen werden konnten. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 248,69 (253,25). BHF Rentenindex 107,036 (107,016). BHF Performance Index 105,954 (105,9o5). Dollarmittelkurs 2,1173 (2,1379) Mark. Goldpreis pro Feinunze 351,25 (353,60) Dollar.



KULTUR

Höhen: Die Tucherin bittet ins Germanische Nationalmuseum zur großen Ausstellung „Nürnberg 1300 – 1550", eine Übersicht über die „Kunst der Gotik und der Renaissance". Trotz aller Vielfalt bleibt mancher Zwiespalt. (S. 17)

Szene: Alternativen in Salzburg mit einer szenischen Montage über Bertolt Brechts kaum bekannte Salzburger Pläne und einem Michael Degen als Brecht mit sarkastischer Schärfe. Ein skandalöses Gaudium heute. (S. 17)

SPORT

Schach: Die Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Kasparow (UdSSR) und seinem Landsmann Karpow begann in London mit einem Remis. Insgesamt werden 24 Partien gespielt. (S. 7)

Fechten: Die deutsche Florett-Mannschaft der Männer steht bei der Weltmeisterschaft nach 9:2-Siegen über Kuba und Polen im Finale. Gegner ist Italien, das die „DDR" mit 9:5 bezwang. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Haute Couture: Die enge Taille und der schwingende Glockenrock in mancherlei Spielarten (Foto) feiern in Paris Comeback. Eine Mode-Revolution darf man für den Winter nicht erwarten. Die Preise bleiben hoch. (S. 18)

Erschossen: Werner „Mucki" Pinzner, der mutmaßliche St. Pauli-Killer, ist tot. Der 39jährige erschoß sich im Hamburger Polizeipräsidium. Zuvor hatte er seine Frau getötet und einen Staatsanwalt schwer verletzt. (S. 18)

Wird Tod der „Aufbauhelfer" mit Absicht hingenommen?

Betroffenheit in Bonn / Schweiz will Engagement in Nicaragua überprüfen

DW./gü. Bonn/Managua

Nur vier Tage nach der Warnung der Bundesregierung vor „Arbeitseinsätzen" in Nicaragua hat sich die Berechtigung dieses Appells bestätigt: Der Tod des 29 Jahre alten „Aufbauhelfers" Bernd Koberstein aus Freiburg wurde in Bonn mit „großer Betroffenheit" kommentiert. Koberstein war zusammen mit dem Schweizer Ivan Leyvraz, dem Franzosen Joel Feox sowie zwei nicaraguanischen Regierungsbeamten in einer heftig umkämpften Region in der Nähe der Stadt Wiwili an der Grenze zu Honduras ums Leben gekommen. Der Sender der Sandinisten meldete, regierungsfeindliche Contras hätten das Fahrzeug der „Aufbauhelfer" und deren Begleiter aus einem Hinterhalt überfallen und mit automatischen Waffen beschossen.

Der junge Deutsche arbeitete bei einem Trinkwasserprojekt, das von der Stadt Freiburg finanziell gefördert wird. Zusammen mit Koberstein war noch ein 24jähriger Hydrologe aus Freiburg in Wiwili tätig. Beide gehörten dem „Freundeskreis Tonio Pflaum" an. Pflaum, ein Freiburger Arzt, der in Wiwili ein Krankenhaus aufgebaut hatte, war von Contras am 30. April 1983 erschossen worden.

Die Bundesregierung hatte am vergangenen Freitag eindringlich vor Einsätzen in umkämpften Gebieten gewarnt und die Führung in Managua aufgefordert, ihrer Verantwortung für das Leben von Deutschen gerecht zu werden. Gestern erneuerte Bonn seinen Appell. Staatsminister Möllemann vom Auswärtigen Amt erklärte: „Man wird ja das dumme Gefühl nicht los, daß man es nicht nur zuläßt, sondern sogar absichtsvoll mit hinnimmt, daß solche Gefahren entstehen, um auf diese Art und Weise die internationale publizistische Auseinandersetzung mit den Contras besser führen zu können. Das ist unakzeptabel." Möllemann forderte ferner alle, die Einfluß auf die Contras haben, auf, mitzuhelfen, das Leben junger Menschen zu schonen.

SEITE 4:
Gefährliches Leben

Das Außenministerium in Bern erklärte gestern, der Einsatz von Schweizer Helfern in Nicaragua werde nach den jüngsten Vorgängen „einer Überprüfung unterzogen" werden. Der Tod des 32jährigen Ivan Leyvraz werfe die Frage nach dem Engagement der Schweiz und schweizerischer Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit in Nicaragua auf. Leyvraz war für das schweizerische Arbeiterhilfswerk tätig, ein von Sozialdemokraten und Gewerkschaften getragenes Hilfswerk.

Erst im Mai waren acht Deutsche von Contras entführt worden. Sie wurden erst nach langen Verhandlungen freigelassen. Ungeachtet aller Warnungen vor Einsätzen in umkämpften Gebieten des mittelamerikanischen Landes haben weitere Gruppen deutscher „Aufbauhelfer" ihre Reise nach Nicaragua angekündigt.

Das linksorientierte „Informationsbüro Nicaragua" in Wuppertal warf der Bundesregierung vor, noch immer nicht den „Contra-Terror und damit die Mittelamerikapolitik der USA verurteilt" zu haben.

Warnke macht auch SPD Vorwürfe

Entwicklungsdienste zur Verantwortung gemahnt / Garantien von Managua erwartet

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, hat vor dem Einsatz junger Deutscher in den Bürgerkriegsgebieten Nicaraguas gewarnt. Im Gespräch mit der WELT sagte der Minister: „Ich kann diese Warnung nicht eindringlich genug wiederholen. Mit Bestürzung haben wir die Nachricht erhalten, daß drei junge Europäer, darunter ein Deutscher, ums Leben gekommen sind. Jedem einzelnen der in Nicaragua in einem solchen Einsatz befindlichen jungen Menschen kann das gleiche Schicksal drohen."

Die Bundesregierung habe deshalb nicht gezögert, „als vor zwei Jahren der erste deutsche Entwicklungshelfer in Nicaragua getötet wurde, die Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes sofort aus den Bürgerkriegsgebieten Nicaraguas zurückzuziehen." Zwar gebe es auch heute noch Mitarbeiter des Entwicklungsdienstes und kirchlicher Organisationen, die in Nicaragua im Einsatz seien. „Aber mit der Maßgabe, daß sie die Bürgerkriegsgebiete meiden."

Die sogenannten Aufbauhelfer, die von der sandinistischen Regierung in Nicaragua „internacionalistas" genannt werden, seien dagegen auch in der Bürgerkriegszone zu finden. „Diese meist jungen Leute sind nach unserer Kenntnis größtenteils Menschen, die sich politisch mit den Sandinisten identifizieren und die ihren Einsatz als eine Unterstützung der sandinistischen Revolution betrachten, also aus politischen Gründen nach Nicaragua gehen", sagte Minister Warnke. „Das ist letztlich in die Entscheidung jedes einzelnen gestellt. Jetzt kommt es darauf an, daß diejenigen, die hier in Deutschland Verantwortung tragen, Konsequenzen ziehen und nicht für Einsätze werben, die tödlich ausgehen können. Da muß ich auch eine Stadt wie Freiburg einbeziehen, in deren Partnerschaftsprojekt sich dieser Vorfall ereignet hat – in einem typischen Bürgerkriegsgebiet an der Grenze zu Honduras."

Mitverantwortung tragen nach Ansicht Warnkes „alle die, die bis heute in der Bundesrepublik Deutschland junge Menschen zum Einsatz in den Bürgerkriegsgebieten – aus ideologischen Gründen – auffordern, anstatt alles zu tun, um sie davon abzuhalten. Leider ist auch aus den Reihen des Vorstands der SPD immer wieder die Aufforderung zum Einsatz in Nicaragua zu hören gewesen."

Von der nicaraguanischen Regierung erwartet die Bundesregierung, „daß sie in Zukunft ausländische Staatsbürger nicht mehr der Lebensgefahr aussetzt und von ihrem Einsatz in Bürgerkriegsgebieten absieht". Minister Warnke: „Die Junta in Nicaragua sollte dem Beispiel des Staatspräsidenten von El Salvador, Napoleon Duarte, folgen. Er setzt sich mit dem Ziel der nationalen Versöhnung auch mit der Guerrilla in seinem Land an einen Tisch. Die Sandinisten lehnen es dagegen bis heute ab, mit den Aufständischen Gespräche zu führen. Sie setzen auf eine Lösung der Gewalt."

Kühle Reaktion auf Gorbatschow

USA bestehen auf Rückzug aller Truppen aus Afghanistan / „Westen muß auf der Hut sein"

FRITZ WIRTH/DW. Washington

Die Reagan-Administration hat außerordentlich schnell, kühl und skeptisch auf die Ankündigung von Kreml-Chef Gorbatschow reagiert, sechs sowjetische Regimenter mit einer Truppenstärke von insgesamt 6000 Mann aus Afghanistan abzuziehen. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erinnerte daran, daß die Sowjets derartige Versprechungen schon früher gemacht hätten, die sich dann jedoch in Wirklichkeit nicht als Truppenreduzierungen, sondern lediglich als ein Austausch von Truppenverbänden herausgestellt hätten.

„Es gibt nur eine annehmbare Lösung der sowjetischen Besetzung von Afghanistan: den unverzüglichen Abzug aller 118 000 Soldaten aus diesem Land. Wenn die Sowjets wirklich an einer Lösung des Konflikts interessiert sind, dann sollten sie einen kurzfristigen Zeitplan für diesen Rückzug bei den Afghanistan-Verhandlungen in Genf vorlegen", erklärte das US-Außenministerium. Die nächste Runde dieser Verhandlungen beginnt heute in Genf.

In Bonn wurde die Gorbatschow-Ankündigung mit Skepsis aufgenommen. Die Union sprach von „Moskauer Schalmeientönen", vor denen der Westen auf der Hut sein müsse. Der SPD-Abgeordnete Volker Neumann nannte ihn Propaganda.

Die Entschiedenheit, mit der Washington auf den jüngsten Afghanistan-Vorschlag Gorbatschows reagierte, hat gute Gründe. Der Kreml-Chef hatte bereits beim letzten Gipfelgespräch mit Reagan den Amerikanern suggeriert, daß ein entscheidender Durchbruch bei der Beendigung des Afghanistan-Konflikts zu erwarten sei. Die Hoffnungen brachen jedoch schnell zusammen.

SEITEN 2 UND 5:
Weitere Beiträge

Das State Department gab diese distanzierte Afghanistan-Reaktion zum gleichen Zeitpunkt ab, da sich der stellvertretende sowjetische Außenminister Alexander Bessmertnik zu Gesprächen mit US-Außenminister Shultz und der Leiterin der Europa-Abteilung, Rozanne Ridgway, im US-Außenministerium aufhielt. Hauptziel dieser Gespräche war es, sowjetische Widerstände auf dem Weg zum nächsten Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow auszuräumen.

Die Gespräche hatten in dieser Hinsicht offenbar nur bedingten Erfolg. Bessmertnik war offensichtlich weder mit der Absicht noch mit der Autorität nach Washington gekommen, einen festen Termin für dieses Treffen festzulegen. Die Sowjets ließen wissen, daß sie einen derartigen Termin vom Studium des Briefes abhängig machen, den Präsident Reagan am Wochenende den Sowjets zukommen ließ. Dennoch gibt es inzwischen Hinweise darauf, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse Mitte September Washington besuchen und dabei mit Shultz einen Gipfeltermin und eine Tagesordnung vereinbaren wird.

Challenger-Crew war nicht sofort tot

wth. Washington

Die sieben Challenger-Astronauten haben wahrscheinlich die Explosion ihrer Raumfähre am 28. Januar dieses Jahres lebend überstanden. Das geht aus Untersuchungen der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa hervor, deren Ergebnisse gestern veröffentlicht wurden.

Nach Berechnungen der Nasa waren zumindest einige der Astronauten bis zu 15 Sekunden nach der Explosion bei vollem Bewußtsein. Anhaltspunkt dafür ist die Tatsache, daß einige der Notbeatmungsgeräte der Astronauten, die unter den Sitzen der Astronauten befestigt waren, benutzt worden sind. Es dauert zwischen fünf und sieben Sekunden, um diese Beatmungsgeräte in Betrieb zu setzen.

Die Untersuchungsergebnisse der Nasa stehen in Widerspruch zu den ersten Analysen nach dem Unglück, die annahmen, daß die Astronauten 73 Sekunden nach dem Start direkte Opfer der Explosion der Treibstofftanks der Raumfähre geworden seien. Im jüngsten Untersuchungsbericht heißt es dagegen, daß „die Kräfte, denen die Challenger-Besatzung beim Auseinanderbrechen ihrer Raumfähre ausgesetzt waren, wahrscheinlich nicht groß genug waren, ihren unverzüglichen Tod oder schwere Verletzungen zu verursachen".

Die wirkliche Todesursache der Astronauten bleibt nach wie vor ungewiß. Dies schließt nicht aus, daß die Astronauten länger als 15 Sekunden überlebten und erst beim Aufprall auf dem Wasser nach 165 Sekunden ums Leben kamen.

Nach Berechnungen der Nasa ereignete sich die Explosion der Raumfähre in einer Höhe von 16 000 Metern. Die Flugkabine mit den sieben Astronauten wurde durch die Explosion von der Raumfähre getrennt und setzte ihren Flug bis in eine Höhe von knapp 22 000 Metern fort, bevor sie steil ins Wasser stürzte. Sie traf die Wasseroberfläche vor Cape Carnaveral mit einer Geschwindigkeit von 207 Meilen in der Stunde. Die Körper der sieben Astronauten wurden beim Aufprall in Stücke zerrissen.

Tonbänder zeigten, daß der Pilot der Raumfähre, Michael Smith, die Katastrophe bei Bewußtsein erlebt hat und mit einem Stoßseufzer „Ah-Oh" reagierte. Danach brachen alle Verbindungen ab. Die Frau des Piloten hat die Nasa auf 15 Millionen Dollar Schadensersatz verklagt. Sie behauptet, die Nasa habe von den Problemen mit den Treibstoffraketen gewußt und die Astronauten wider besseres Wissen in Gefahr gebracht.

Die jüngsten Untersuchungsergebnisse, nach denen die sieben Astronauten zumindest die ersten Sekunden nach der Katastrophe lebend überstanden haben, löste neue Diskussionen aus, ob sich die Astronauten hätten retten können, wenn Ausstiegsmöglichkeiten aus ihrer Kapsel bestanden hätten. In den neuen Raumfähren, die frühestens 1988 gestartet werden, sollen derartige Vorrichtungen eingebaut werden.

DER KOMMENTAR

Das Opfer

MARTIN KRIELE

Jetzt erst recht in die Kampfgebiete" heißt die Parole, mit der deutsche „Brigadisten" nach Nicaragua vermittelt werden. Sie werden in den Tod geschickt. Wieder ist unter anderen ein Deutscher Opfer des Bürgerkriegs.

Die Nachricht erfüllt uns mit Schmerz und Zorn, aber auch mit Mißtrauen. Sie kommt merkwürdig genau zum Auftakt der Debatte des UN-Sicherheitsrates über die US-Hilfe an den nicaraguanischen Widerstand: „Graf, dieser Mortimer starb Euch gelegen" (Schiller, Maria Stuart). Wir kennen durch Überläufer des nicaraguanischen Geheimdienstes, wie A. J. Baldizon, und durch Recherchen unparteiischer Journalisten, etwa Stephen Kinzer (International Herald Tribune), ziemlich genau die Arbeitsmethoden der Abteilung F-4 des nicaraguanischen Sicherheitsdienstes. Gegründet von Subcomandante Marco Arevalo, alias Marcon, unternimmt sie seit 1981 Überfälle in Contra-Uniformen auf Zivilisten, um die Bevölkerung und die internationale Öffentlichkeit gegen die „Contras" aufzubringen, oder sie lanciert Zivilisten in gefährliche Kampfgebiete.

Falls es auch hier so war, fügte es sich zwanglos in Ziele und Methoden der sandinistischen Propaganda ein. Diese beruht auf zwei Fundamentallügen: 1. Nicaragua sei eine Demokratie, 2. die Contras seien Somozisten. In Wirklichkeit ist Nicaragua eine sowjetgestützte Tyrannei; der Widerstand erstrebt sowohl von seiner Basis als auch von seiner Führung her Wiederherstellung der ursprünglich demokratischen Ziele der sandinistischen Revolution.

Die Hauptschuld am Tode des Deutschen trifft freilich jene Medien, die die sandinistischen Desinformationen mehr oder weniger naiv übernehmen und verbreiten. Sie haben die jungen europäischen „Idealisten" in ihren Illusionen bestärkt. Wie viele Deutsche müssen in jenem fremden Bürgerkrieg noch sterben, bis wir auf eine Besinnung hoffen dürfen?

Professor Martin Kriele, Staatsrechtslehrer in Köln, ist Verfasser des in vierter Auflage erscheinenden Buches „Nicaragua – das blutende Herz Amerikas"

„Eine Methode wie aus dem Lehrbuch des KGB"

Zimmermann greift den Osten in der Asylfrage an

lz. München

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat zur Eindämmung des Stroms von Asylbewerbern in die Bundesrepublik Deutschland einen Katalog von Sofortmaßnahmen gefordert. Dieser Katalog müßte noch in diesem Jahr beschlossen werden, erklärte Zimmermann gestern vor Journalisten in München. Dabei müsse man an Sanktionen gegen die „DDR" und die Sowjetunion ebenso denken wie an die Möglichkeit, daß die Alliierten verstärkt von ihren Vorbehaltsrechten in der geteilten Stadt Gebrauch machten. Ein solcher Sofortkatalog könnte nach Ansicht von Zimmermann, der darüber gestern vormittag mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger telefonierte, bereits im September oder Oktober verabschiedet werden.

Zimmermann beschuldigte die „DDR" und die Sowjetunion, es sei deren „gezielte Politik", durch den Asylbewerber-Import die Situation in der Bundesrepublik destabilisieren zu wollen. Der Minister: „Das ist eine klassische Methode, wie aus dem KGB-Lehrbuch entnommen." Außerdem kämen die beiden Länder damit an begehrte Devisen heran.

Wie Münchens Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler berichtete und Zimmermann bestätigte, befördert die „DDR"-Linie „Interflug" Asylbewerber nur mit Rückflugticket. Dieses ist allerdings längst verfallen, wenn das Asylersuchen in der Bundesrepublik abgelehnt wird.

Auch eine Änderung des von den Ministerpräsidenten 1966 gefaßten und im vergangenen Jahr ergänzten „Ostblock-Beschlusses" regte der Minister an. Danach werden Flüchtlinge aus Ostblockländern auch dann nicht zurückgeschickt, wenn ihr Asylverfahren negativ verlaufen ist. Zimmermann gab zu bedenken, daß mittlerweile zwischen den Ostblockstaaten erhebliche Unterschiede entstanden sind. Zugleich kündigte er für die nächste Legislaturperiode ein neues Ausländerrecht an, das die Rechte der in der Bundesrepublik seit längerem lebenden und integrierten Ausländer stärken soll.

Seite 8: Kohl und Honecker

Stuttgart setzt „V-Leute" ein

DW. Stuttgart

Während in Bonn noch über die Notwendigkeit von „V-Leuten" im Kampf gegen den Terrorismus diskutiert wird, setzen die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg bereits verdeckte Ermittler ein. Diese „Informanten aus der Szene" seien äußerst wichtig, sagte Landespolizeipräsident Stümper in einem WELT-Gespräch. Neben der Fahndung nach Attentätern gewinne die „präventive Gegenobservation" an Bedeutung.

Seite 4: Kampf gegen Terrorismus

Ausschluß aus der KPdSU

DW. Moskau

Der ehemalige Chefingenieur des sowjetischen Kernkraftwerkes Tschernobyl, I. Fomin, ist nach seiner Entlassung nun auch aus der KPdSU ausgeschlossen worden. Der Ausschluß wurde mit Fehlern und Nachlässigkeit im Umgang mit Sicherheitsvorkehrungen sowie Experimenten begründet, die zum Unglück im vierten Reaktor des Kraftwerkes geführt hätten. Zudem wurden die Entlassungen der Parteisekretäre des Kernkraftwerks vermeldet.

Genscher: Ein selbstbewußtes Europa stärkt das Bündnis

Außenminister wendet sich gegen „zaghafte Folgsamkeit"

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Genscher betrachtet „entschiedene Schritte zur Selbständigkeit und Eigenständigkeit" Europas als „ein Unterpfand für die Aufrechterhaltung einer engen und vitalen europäisch-amerikanischen Partnerschaft" in der Zukunft. Je stärker Europa sich selber organisiere, desto lebensfähiger werde die NATO sein, sagte Genscher vor der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in München.

Gegen den Verdacht europäischer Distanz zu Amerika verwahrte sich der Minister, indem er mit Nachdruck die Pflichterfüllung der US-Streitkräfte in Deutschland als tägliche Bewährung des Bündnisses erwähnte. Terroristische Anschläge gegen US-Soldaten hätten das Ziel, das Vertrauen zwischen Deutschen und Amerikanern zu zerstören. Deshalb sei es entscheidend, „daß jeder von uns diese Gewaltakte als gegen sich selbst gerichtet empfindet".

Vor dem Hintergrund einer derartigen Bündnissolidarität verlangte Genscher, der europäische Pfeiler der NATO müsse „mehr sein als eine Fahnenstange". Gerade im sicherheitspolitischen Bereich sei es wichtig, daß die Europäer ihre Interessen definierten und mit einer Stimme sprächen. „Ein reiferes Europa führt auch zu einem reiferen transatlantischen Verhältnis. Eine organische Anpassung dieses Verhältnisses an neue Entwicklungen ist notwendig."

Der FDP-Politiker betonte, „es wäre nicht gut für das Bündnis, wenn das gestiegene Selbstbewußtsein und die Neigung zu ausgeprägter Eigenständigkeit der Vereinigten Staaten in Europa auf das Echo zaghafter Folgsamkeit stoßen würden". Der Rat, die Europäer sollten sich in bestimmten Fragen der amerikanischen Führung überlassen, kaschiere „nur ein bequemes Ausweichen vor eigener Verantwortungsbereitschaft".

Wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Europa und den USA sei unausweichlich, müsse aber unter fairen Bedingungen stattfinden. Unverzichtbar seien technologische Eigenständigkeit und „Autonomie in der europäischen Weltraumfahrt".

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kandidat im Sommerwind

Von Enno v. Loewenstern

Von einem Dolchstoß in den Rücken des Kandidaten Rau kann man nicht reden. Auch wenn es nicht taktvoll war, daß der Parteivorsitzende Brandt in einem Zeitungsgespräch durchblicken ließ, 43 Prozent wären für Kandidat und Partei schon ein schöner Erfolg; schließlich seien die Ausgangslage jene traurigen 38,2 Prozent des letzten Wahlkampfes.

Es war nicht taktvoll, weil der unglückliche Kandidat sich auf die absolute Mehrheit festgelegt hat. Aber es war realistisch, die Partei weit weg von der absoluten Mehrheit zu sehen; wobei Träume von einem fünfprozentigen Zuwachs ohnehin die Obergrenze des Realismus schrammen. Wenn es nämlich eines Tages nicht mehr auf das Händeschütteln auf den Dörfern ankommt, sondern auf die sachlichen Fragen – Verschuldung eines gewissen Bundeslandes und so –, dann sieht der Kandidat noch unglücklicher aus. In Niedersachsen hatte man einen Mobilisierungsfaktor. Aber Tschernobyl ist eben nicht überall, und man kann nicht darauf setzen, daß es so etwas wieder kurz vor der Bundestagswahl gibt.

Zudem: der Wahlkampf in Niedersachsen ließ sich gut an, aber sobald die Leute von den siegestrunkenen Freunden des dortigen Oppositionskandidaten hörten, es könnte jetzt dem Bundeskanzler an den Kragen gehen, brach prompt die große Besinnung aus, und die Regierungspartei blieb an der Regierung. Landtagswahlkämpfe kann das Wählervolk ernst nehmen oder nicht; wenn es aber darauf ankommt, ob eine Partei des wirtschaftlichen Aufbaus oder des wirtschaftlichen Abbaus in Bonn das Heft in die Hand nimmt, hört der Spaß für viele auf. Der Oppositionskandidat des 25. Januar 1987 weiß auch deshalb sehr wohl, was auf ihn zukommt.

Zumal da seine unteren Chargen ihn regelmäßig bloßstellen. So nimmt es nicht wunder, daß er regelmäßig Berichte streuen läßt, er denke daran, den Bettel hinzuschmeißen. Aber wo will er ihn hinschmeißen? Will er wirklich den Wählern sagen, daß man mit dieser Partei keine Politik machen kann? Dann wird er wohl auch nicht lange mit dieser Partei Politik machen. So bleibt ihm nicht viel mehr als: Zähne noch ein halbes Jahr lang zusammenbeißen und auf den Mitleidseffekt hoffen.

Afrikas Doppelstandard

Von Monika Germani

Seit ihrer Gründung im Jahre 1963 in Addis Abeba unter Führung des später schmählich verleugneten „Negus Negesti" Haile Selassie hat die Organisation für Afrikanische Einheit nur dann ihrem Namen entsprochen, wenn es darum ging, Südafrika – oder, früher, die portugiesischen Kolonien Moçambique und Angola und das weiße Rhodesien – zu verdammen. Heute ist der einzige Einigungsfaktor die Republik am Kap.

Wobei es peinlich ist, ausgerechnet in Äthiopien die Einhaltung der Menschenrechte so viel weiter südlich zu reklamieren. Unter der Diktatur des moskauhörigen Marxisten Mengistu Haile Mariam wurde Äthiopien zu einem der schlimmsten Armenhäuser und Folterkeller der Dritten Welt. Es gibt allerdings genügend andere OAU-Mitgliedsländer, die sich auch in einem katastrophalen Zustand befinden. Kongo-Brazzaville des neuen OAU-Präsidenten Ngouesso gehört dazu.

So mußte die Konferenz der OAU-Außenminister noch ein anderes Thema behandeln: den seit Jahren drohenden Bankrott, ihre chronische Geldknappheit, hervorgerufen durch ein Defizit von (mindestens) vierzig Millionen Dollar der zum Teil seit zehn Jahren anstehenden Mitgliedsbeiträge. Nur fünfzehn der fünfzig Mitglieder haben ihre Beiträge regelmäßig bezahlt.

Doch wichtigster Beschluß, so die einhellige Meinung der Ministerkonferenz in Addis Abeba, und „ein wichtiger Sieg" war eine Resolution, Südafrika die Lande- und Anlaufrechte in den afrikanischen Flug- und Seehäfen zu kündigen. Nur: dieser Beschluß ist nicht bindend für die Mitglieder, mit Rücksicht auf die von Südafrika abhängigen Staaten Botswana, Lesotho und Swasiland, die Sanktionen sowieso mit gemischten Gefühlen begegnen. Außerdem gibt es natürlich noch Länder in Afrika, die „verdeckte" Handelsbeziehungen mit Südafrika unterhalten; sie sind in der Mehrzahl.

Man drängt die westlichen Nationen zum Handelsboykott. Man setzt vor allem Großbritannien unter Druck, das jährlich eine Milliarde Pfund Entwicklungshilfe leistet, großenteils nach Schwarz-Afrika. Aber man hütet sich wohlweislich, die eigenen Mitglieder zum Boykott zu verpflichten. Eigentlich ist das die wichtigste Botschaft des Kongresses.

Reden ist Blei

Von Heinz Horrmann

Hessen und Hamburg wollen bleihaltiges Normalbenzin (nicht Superbenzin!) schon bald verbieten. Eine entsprechende Bundesratsinitiative wurde beschlossen. Was der Sparanreiz von zwei Pfennig je Liter billigeren Kraftstoffs nicht schaffte, wird mit der Brechstange versucht, nämlich: einen großen Prozentsatz der dreitausend Tonnen Blei des jährlichen Schadstoffausstoßes abzubauen.

Auf den ersten Blick scheint das sinnvoll, weil nur neun Prozent von jenen, die bleifrei fahren könnten, den umweltschonenden Kraftstoff tanken. Die Angst, daß das Triebwerk Schaden nimmt, ist immer noch weit verbreitet.

Auf den zweiten Blick aber stellt sich die Überlegung als graue Theorie heraus. Von den sechsundzwanzig Millionen Personenwagen auf unseren Straßen sind neun Millionen Altfahrzeuge, die auch mit technischen Modifikationen nicht ohne Blei auskommen. Die Fahrer dieser Autos müßten also ihre Wagen vom Stichtag an stehen lassen oder zum teureren verbleiten Superbenzin greifen. Dazu sähen sich viele genötigt, auch wenn das Fahrzeug nicht mehr verkehrssicher ist, weil sie für ihren Altwagen dann ja auch keinen Käufer mehr fänden. Bei zwanzigtausend Kilometern im Jahr macht die Mehrbelastung immerhin zweitausend Mark aus; nicht wenig für Studenten und andere mit niedrigem Einkommen. Unter den Altautofahrern sind übrigens, man kann es bei jedem Grünentreffen und jeder Demo sehen, vorwiegend Sympathisanten der hessischen und der hamburgischen Regierung …

Schließlich ist ein Verbot des verbleiten Normalbenzins nicht ohne Abstimmung mit den EG-Partnern möglich. Eine Zustimmung ist aber vorerst nicht zu bekommen.

Was kann also getan werden? Aufklärung tut not. Die siebzehn Millionen Autofahrer, die heute schon bleifrei tanken können, müssen davon überzeugt werden, daß der Motor mit dieser Maßnahme keinen Schaden nimmt. Und den Politikern, die glauben, mit „bleifrei" neben dem Schwermetall auch die anderen Automobil-Schadstoffe reduzieren zu können, muß in einer Nachhilfestunde endlich klargemacht werden, daß dies nach wie vor nur mit dem Katalysator geht.



„Ihre Kopfbedeckung können Sie nach Hause schicken!" KLAUS BÖHLE

Köpfe gesucht

Von Georg Schröder

Es wird den Millionen, die an den Meeren und auf den Bergen Erholung suchen, nicht die Laune verderben. Aber den einen oder den anderen wird eine Nachricht aus den letzten Tagen doch zum Nachdenken anregen. Das erfuhren wir: Herbert Hupka, oberschlesischer Feuerkopf, ist bisher vergeblich auf der Suche nach einem sicheren Listenplatz für die nächste Bundestagswahl. Daß man ihm in Nordrhein-Westfalen nur eine Beerdigung vierter Klasse anbot und daß man in Niedersachsen lauthals aufschrie. Dort verwies man auf das ungeschriebene Gesetz, wonach nur Wahlkreis-Kandidaten Platz auf der Landesliste finden sollen und daß die einunddreißig niedersächsischen Wahlkreise samt und sonders schon ihre Kandidaten nominiert hätten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Hier geht es nicht um Hupka, hier geht es vielmehr um das Wahlrecht. Nicht, daß wir es aus dem tiefen Schlummer aufwecken wollten, in dem es seit 1969 ruht, das heißt seit dem Scheitern der Großen Koalition und der Bildung der Linksregierung mit Hilfe der um ihre nackte Existenz bangenden FDP. Der damalige Bundesinnenminister Paul Lücke beging politischen Selbstmord durch Rücktritt, als er sich davon überzeugen mußte, daß die SPD der CDU/CSU auf ihrem angestrebten Weg zur Direktwahl trotz halber Zusagen nicht folgen würde. Ist er das letzte Opfer dieser verzwickten Frage?

Als sie wie alle anderen Probleme auf den Trümmern des Dritten Reiches nach neuen Antworten verlangte, paßte damals die große Mehrzahl der politischen Aktivisten. Verhältniswahlrecht oder Direktwahl nach britischem Muster? Und wer soll dieses wichtige Stück Demokratie verwirklichen: die jeweiligen Parteimitglieder eines Wahlkreises oder Parteidelegierte oder das Wahlvolk, das sich zu einer Partei bekennt, ohne unbedingt Mitglied zu sein?

Darob zerbrachen sich 1946 schon manche die Köpfe, allerdings wirklich nicht allzu viele. Denn Wohnung, Heizung, Essen, das waren damals die wirklich drängenden Fragen. So gilt dann der Satz „Bonn ist nicht Weimar" auf diesem für die Entwicklung unserer Demokratie wichtigen Sektor nicht. Beim Wahlrecht und bei der Wahlpraxis der Parteien ist die Rückkehr nach Weimar erfolgt, und daran läßt sich offenbar nichts Entscheidendes mehr ändern.

Das ist ein Jammer. Denn langsam, aber, wie es scheint, unaufhaltsam ist das Ansehen unserer Parteien dahingeschwunden. Dazu braucht es nicht den Hinweis auf die Grünen oder ihre Vorgänger aus der Studenten-Revolte. Das stürmische Aufbegehren junger Männer – ihresgleichen stand in diesem Alter einst schon fest im Berufsleben und war möglichst schon verheiratet, während sie heute einen endlosen Kampf mit der Theorie des Lebens führen –, solches Aufbegehren muß ertragen werden, soweit es nicht ins Kriminelle absinkt.

Der Prestigeverlust der Parteien scheint viel eher die Folge zweier sich in den letzten zwanzig Jahren immer stärker herausbildenden Fakten zu sein: zum einen die Verwandlung der Parteien in hochmechanisierte Unternehmen, die Geld über Geld schlucken und sich davon ihre Wahlerfolge versprechen. Zum anderen fällt es schwer zu glauben, daß der Nachwuchs der amtlich als Berufspolitiker Abgestempelten in den Bundestag und in die Landtage einzieht mit dem Willen, zu dienen und nicht mit dem Plan, sich ihres Mandats für ihre Karriere – und das heißt auch wieder Geld – zu bedienen.

Hier spielt das Wahlrecht eine wichtige Rolle. Sollten die Landeslisten nicht dazu helfen, daß unsere Parlamente nicht von den kleinen Kärrnern, so wichtig sie für die Parteien sind, überschwemmt werden? Sollten sie nicht der Parteiführung den Weg öffnen, damit bedeutende Persönlichkeiten aus dem Geistesleben, aus der Wirtschaft; Männer und Frauen jedenfalls, die vom Typ her nicht die geborenen Skatspieler sind, einen Platz an der Sonne im Parlament fänden, eben über die Landeslisten? Das hörte man jedenfalls in den fünfziger Jahren als Argument, das den Verfechtern der Direktwahl entgegengehalten wurde.



Wofür war eigentlich die Liste gedacht? Hupka FOTO: DPA

Aber was zählten und was zählen diese theoretischen Argumente? Da ist die Realität, daß wir uns nicht französische Wahl-Zustände aufladen sollten. Die Einführung der Direktwahl durch eine Zufallsmehrheit einer einzigen Partei im Bundestag würde unweigerlich zur Rückkehr zur Verhältniswahl nach dem nächsten Wahlgang führen. Das ganze Hin und Her um das Wahlrecht während der Großen Koalition findet hier seine Erklärung. Es ging um die Zwei-Drittel-Mehrheit, ohne die auch 1957 bis 1961 die CDU den Sprung vom Zehnmeterbrett nicht wagen wollte. Und es ging damals wie heute darum, daß die FDP keinen Selbstmord durch Änderung des Wahlrechts begehen will.

Was folgt aus alledem? Unsere Parteien werden gut daran tun, sich auf ein langsames Absinken unserer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung einzurichten. Dazu sollte man sich den furchtsamen Aufschrei ersparen, die Demokratie leide an Auszehrung. Wie niedrig ist doch die Wahlbeteiligung in den USA oder bei Volksabstimmungen in der Schweiz, ohne daß jemand daraus auf den Verfall der Demokratie dort schließen würde. Und wie stünde es mit der Einführung von Primärwahlen nach amerikanischem Muster?

Als diese Idee der Direktwahl durch Parteifreunde in den Weiten des Mittleren Westens der USA geboren wurde, war sie ein großer Schritt auf dem Wege zur Verbreiterung der Macht des Volkes. Solche Worte klingen abgedroschen für unsere Ohren. Die technische Welt hat auch auf diesem Gebiet Wesentliches verändert. So bleiben denn Fragen über Fragen. Vielleicht nutzt der eine oder andere der Politiker seine Sommerpause zur Suche nach Antworten.

IM GESPRÄCH Michael D. Barnes

Ins Quiz-Messer gelaufen

Von Werner Thomas

Er führt immer das große Wort, wenn es um Nicaragua geht. Kein anderer Kongreßabgeordneter setzt sich bei diesen Gelegenheiten so forsch in Szene wie der demokratische Politiker aus Maryland. Er versäumt keinen TV-Termin, um die düstere Vision von einer „Vietnamisierung" Mittelamerikas zu verbreiten. Seinen letzten großen Auftritt in Sachen Nicaragua hatte er im Juni bei den emotionalen Diskussionen über eine weitere Bewilligung militärischer Mittel an die antisandinistischen Contra-Rebellen. Bei der Abstimmung auf dem Kapitolshügel mußten Michael D. Barnes und seine Gefolgsleute dann zum ersten Mal eine Niederlage einstecken.

Jetzt ist der zweiundvierzigjährige Vorsitzende eines außenpolitischen Unterausschusses und selbsternannte Experte für Außenpolitik erneut in die Schlagzeilen gerückt: mit dem Quiz-Test einer Fernsehanstalt in Baltimore, der einen peinlichen Verlauf für ihn nahm. Die Fernsehanstalt hatte siebzehn Senatskandidaten ins Studio gebeten, darunter Barnes – zu einem Frage-und-Antwort-Spiel, das ihre außenpolitischen Kenntnisse prüfen sollte. Michael D. Barnes schnitt am schlechtesten ab.

Er konnte sich nicht an den Namen des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres erinnern. Er wußte nicht, daß Yitzhak Shamir der designierte Peres-Nachfolger ist. Obgleich Barnes zu den eifrigsten Kritikern der südafrikanischen Regierung und der Apartheid-Politik zählt, wollte ihm bei der Frage nach dem Führer des afrikanischen Nationalkongresses der Name Oliver Tambo nicht einfallen. „Der Name liegt mir auf der Zunge", versicherte er jedoch. Er wußte schließlich nicht, daß das amerikanische Libyen-Bombardement eine Reaktion auf den Anschlag in einer Westberliner Diskothek war.

Michael D. Barnes galt bisher als aufstrebender Nachwuchspolitiker



Der selbsternannte Experte wußte wenig: Barnes FOTO: CAMERA PRESS

der Demokratischen Partei – mit glänzenden Kontakten. Thomas „Tip" O'Neill, der nun scheidende „Speaker" des Repräsentantenhauses, gehört zum Kreis jener Veteranen, die seine Laufbahn förderten. Gemeinsam haben beide alle Nicaragua-Schlachten auf dem Kapitolshügel geschlagen.

Die Quiz-Sendung kann einen Karriere-Knick bedeuten. Jedenfalls werden die Rivalen des Kongreßabgeordneten stets an dieses bemerkenswerte Fernsehprogramm erinnern, besonders die Republikanerin Linda Chavez, eine ehemalige Mitarbeiterin des Weißen Hauses. Sie hatte bei dem Test am besten abgeschnitten.

Wenn Barnes den Sprung vom Repräsentantenhaus in den Senat nicht schafft, sollte es stiller um ihn werden: Durch die Kandidatur für den Senat verliert er seinen Sitz in der Abgeordnetenkammer und seine Position als außenpolitischer Sprecher der Demokraten. Die nächsten Nicaragua-Debatten würden dann ohne einen prominenten Teilnehmer bisheriger Diskussionen stattfinden. Quizfrage: Wie heißt der Mann?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Gorbatschows Afghanistan-Angebot beschäftigt viele Zeitungen:

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Von einem Einlenken der Sowjets kann vorerst keine Rede sein. Gorbatschow wollte lediglich ein Signal setzen für die achte Runde der Afghanistan-Gespräche in Genf.



Am Ende muß die Freiheit der Afghanen stehen, ein Leben unter einer freigewählten Regierung. Jede Lösung darunter wäre eine Enttäuschung für die Welt. An Afghanistan wird Gorbatschow gemessen, wenn es demnächst wieder um weltweite Abrüstung, um internationales Vertrauen geht.

General-Anzeiger

Die Ankündigung eines Teilabzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan ist die neueste Morgengabe aus der offenbar unerschöpflichen Schatulle, aus der Michail Gorbatschow die Weltöffentlichkeit seit Monaten mit publikumswirksamen Entspannungspräsenten versorgt … Leider sind es nur fünf Prozent der sowjetischen Besatzungstruppen. (Bonn)

Ruhr-Nachrichten

Einige tausend Soldaten mehr oder weniger ändern nichts am Kräfteverhältnis in diesem Land. Die Ernsthaftigkeit des Angebots ist allerdings nicht zu verkennen, denn Gorbatschow hat von einem kontrollierbaren Rückzug gesprochen. (Dortmund)

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die zahlreichen „Rückzüge" der sowjetischen Truppen aus Afghanistan oder der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha haben nicht verhindert, daß deren militärische Stärke eine gewaltige Inflation erlebte: Die sowjetischen Truppen in Afghanistan sind von 79 000 auf mehr als 120 000 angewachsen, während die vietnamesischen Truppen immer noch 150 000 bis 180 000 „Freiwillige" zählen. Ohne eine umfassende politische Lösung, deren Umrisse noch niemand entdecken kann, droht das sowjetische Disengagement ein Traum zu bleiben.

THE TIMES

Die Wladiwostok-Rede Gorbatschows … könnte in späteren Jahren als erste Planke im Bau einer wackeligen Brücke über den Ussuri nach China gewertet werden und für die Schaffung einer Welt, die dem Westen weniger gut gesonnen ist. (London)

LA SUISSE

Sechs Regimenter sind nur rund 6000 bis 8000 Mann von insgesamt 120 000, die die Rote Armee in Afghanistan stehen hat. In anderen Worten bedeutet dies, daß die Rote Armee so lange in Afghanistan bleiben wird, wie die Regierung in Kabul nicht fähig ist, sich selbst zu verteidigen. (Genf)

LA LIBRE BELGIQUE

Die Zusage eines Abzugs, auch wenn er nur partiell ist, ist unbestreitbar ein Erfolg für Reagan. (Brüssel)

Gorbatschow in der juristischen Falle am Hindukusch

Wieso Abzug von sechs Regimentern einer Kolonialarmee? / Von Carl Gustaf Ströhm

Die Frage, was Gorbatschow dazu bewogen hat, in Wladiwostok einen (wenn auch nur symbolischen) Abzug einiger tausend Sowjetsoldaten aus Afghanistan anzukündigen, wird die westlichen Gemüter gewiß noch einige Zeit beschäftigen. War es eine Geste mit tieferer Bedeutung oder einer von vielen sowjetischen Propagandatricks? Was treibt den sowjetischen Parteichef in letzter Zeit dazu, einen außenpolitischen Vorschlag nach dem anderen wie die Kaninchen aus dem Zylinder zu ziehen? Spielt hier vielleicht die oft geäußerte Vermutung eine Rolle, der Generalsekretär der KPdSU sei innenpolitisch bereits am Ende seines Lateins und müsse jetzt in der Außenpolitik jene (billigen) Erfolge suchen, die ihm in der sowjetischen Innen- und Wirtschaftspolitik verwehrt bleiben?

Wie dem auch sei – das von Gorbatschow angerührte Afghanistan-Thema birgt für die sowjetische Politik einige nicht unbeträchtliche Fallstricke. Wenn der Generalsekretär nämlich von möglichen Truppenverminderungen in Osteuropa spricht (siehe sein jüngster Auftritt in Budapest), dann handelt es sich hier erstens um ein mögliches internationales Tauschgeschäft zweier gegenüberliegender Bündnissysteme: Reduzierst du deine Truppen, reduziere ich die meinigen. Zweitens ist die Grundlage der sowjetischen Truppenpräsenz in den osteuropäischen Ländern durch den Warschauer Pakt bzw. bilaterale Stationierungsabkommen einigermaßen fixiert.

In Afghanistan liegen die Dinge anders. Afghanistan gehört dem Warschauer Pakt nicht an. Es ist formell bis heute ein blockfreies Land. Die Rechtsgrundlage der sowjetischen Truppenpräsenz in diesem Lande ist, gelinde gesagt, weitaus stärker umstritten als die sowjetische Okkupation in Teilen Europas. Im Rahmen internationaler Abrüstungsvereinbarungen spielt Afghanistan eigentlich keine Rolle.

Die Frage lautet also: Entweder die sowjetischen Truppen in Kabul und Umgebung sind auf Grund eines freiwilligen, souverän gefällten Entschlusses der dortigen Regierung ins Land gekommen. Dann ginge die Anwesenheit dieser Truppen eigentlich niemanden etwas an, weder die Chinesen noch die Amerikaner oder die Pakistani. Dann wäre auch jeder Versuch des sowjetischen Parteichefs, die internationale Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit zu beschwichtigen, eigentlich überflüssig, ja, fehl am Platze. Oder aber es gibt keine Rechtsgrundlage für die sowjetische militärische Anwesenheit. Dann aber genügt nicht der Abzug von fünf Regimentern. Dann müßten alle sowjetischen Soldaten Afghanistan verlassen und dem Land damit Freiheit und Unabhängigkeit zurückgeben.

Daß Gorbatschow weder die eine noch die andere Linie konsequent durchzuhalten vermag, daß er vielmehr die Motive und Argumente vermischt und am Ende gar verlangt, man solle seine mehr oder weniger guten Absichten bereits für die Tat nehmen: Das zeigt, in welchen Schwierigkeiten er sich befindet. Der sowjetische Generalsekretär weiß genau, daß es mit China und mit Asien für die Sowjets ohne den Abzug aus Afghanistan keinen durchschlagenden Erfolg geben kann. Er weiß aber andererseits auch, daß die sowjetischen Militärs nicht daran denken, sich, ähnlich wie die Amerikaner aus Vietnam, als Besiegte aus Afghanistan davonzuschleichen. Folglich steht der Parteichef hier vor der Quadratur des Kreises.

So entsteht bei näherem Studium seiner Vorschläge eine gewisse Verwirrung. Zwar schließt er sogar Gespräche mit afghanischen Vertretern „im Ausland", also mit politischen Emigranten, nicht aus und spricht von einer möglichen „Einigung". Dann wieder gibt er zu erkennen, daß die Einigung darin zu bestehen habe, daß die Aufständischen die Waffen niederlegen (also kapitulieren) – und zwar vor eben jener sowjetischen Armee, über deren Abzug sich Gorbatschow Gedanken macht.

Wie das alles unter einen Hut zu bringen ist, bleibt einstweilen rätselhaft. Es sei denn, man kalkuliert die Lage des Generalsekretärs ein, der in Tschernobyl die schwerste Niederlage erlitten hat, welche je einem sowjetischen Führer in Friedenszeiten zuteil wurde. Daß Gorbatschow aus Afghanistan lieber heute als morgen weggehen würde, sei ihm ohne weiteres geglaubt. Aber gerade in diesem Punkt zeigt sich, wie gering der Spielraum eines scheinbar mächtigen Parteichefs in einer totalitär-oligarchischen Gesellschaft sein kann. Da sind auch noch andere Kräfte am Werk: die Militärs, die dogmatischen oder einfach machtbesessenen Parteifunktionäre, der Geheimdienst. Manchmal scheint es, als sei Gorbatschow mindestens ebensoviel Getriebener wie Treibender.

„Die Bombe tickt“ – Sie warten auf das große Beben

Die Erde ist unruhig im Süden Kaliforniens. Das ist hier Alltag. Doch nun haben vier mittlere Erschütterungen an die ganz große Gefahr erinnert, die nach Ansicht von Seismologen jeden Tag Wirklichkeit werden kann. Wie leben die Menschen mit dieser Gefahr?

Von HELMUT VOSS

Eine Autostunde nordwestlich von Los Angeles röhrt Tag und Nacht der Fernverkehr auf dem achtspurigen Freeway „Interstate 5“ über die wildzerklüfteten, mit Salbeibüschen und – in den höheren Lagen – Kiefern bewachsenen Tehachapi-Berge. Kaum einer der Fahrer beachtet am 1200 Meter hohen Tejon-Paß eine dunkle Verfärbung in dem von den Straßenbauern gegrabenen Einschnitt an der Straße.

Im Swimmingpool des „Caravan Inn“ in der am Paß gelegenen winzigen Ortschaft Gorman planschen fröhlich Kinder. In dieser Gegend, am berüchtigten San-Andreas-Graben, gab es vor rund 130 Jahren, am Morgen des 9. Januar 1857, eine jener von US-Seismologen „monster quake“ genannten Erderschütterungen.

Das sogenannte „Tejon-Beben“ erreichte auf der Richter-Bebenskala die Größe acht, richtete aber nur geringen Schaden an, weil die Tehachapis damals noch praktisch menschenleer waren. Ein Goldsucher, der in den Bergen kampierte, erzählte später, wie er morgens gegen 8.30 Uhr von einem dumpfen Röhren geweckt und dann wie von einer Riesenfaust in die Luft geschleudert wurde: „Dann öffnete sich die Erde und verschlang meine gesamte Ausrüstung.“ In Fort Tejon, einem nahe dem Paß drei Jahre zuvor errichteten kleinen Militärstützpunkt, wurden sämtliche Gebäude beschädigt oder zerstört. In Vororten der damals noch verschlafenen Kleinstadt Los Angeles wackelte die Erde so stark, daß Feldarbeiter sich nicht auf den Beinen halten konnten. Das einzige Todesopfer war eine Frau, die unter den Trümmern ihrer Lehmhütte begraben wurde.

Das Stichwort „Tejon-Beben“ fällt in letzter Zeit im Süden Kaliforniens immer häufiger, nachdem eine Serie von vier mittleren Beben während der letzten Wochen und mehr als hundert kleinere Nachbeben die Bevölkerung unsanft an eine drohende Gefahr erinnert und neue Erdbebenangst heraufbeschworen haben: Nach den Berechnungen von Seismologen muß im Südabschnitt des San-Andreas-Grabens praktisch täglich mit einem neuen Beben der Größenordnung 8,3 bis 8,5 gerechnet werden.

Zahlreiche Läden in Südkalifornien melden seit Tagen einen ungewöhnlich hohen Absatz bei Trockennahrung, Taschenlampen, batteriebetriebenen Radios, Tabletten zur Reinigung von Trinkwasser, Generatoren und anderen Produkten für den Notfall. Broschüren mit Tips für das richtige Verhalten im Falle eines Erdbebens („Suchen Sie unter dem nächsten Türrahmen Schutz!“) und Erdbeben-Versicherungspolicen sind auf einmal sehr gefragt.

Wenn das Beben kommt, sind nicht nur das „Caravan Inn“, die umliegenden Tankstellen, Restaurants und der „liquor store“ von Gorman in höchster Gefahr. Bei einem Beben dieser Größenordnung würden heute nach offiziellen Schätzungen im Siedlungsraum von Groß-Los-Angeles mit seinen sieben Millionen Einwohnern und immer noch rund 8000 älteren, nicht verstärkten Gebäuden mindestens 14 000 Menschen den Tod finden, würde es 50 000 Schwer- und 250 000 Leichtverletzte sowie Sachschaden in Höhe von 20 Milliarden Dollar geben.

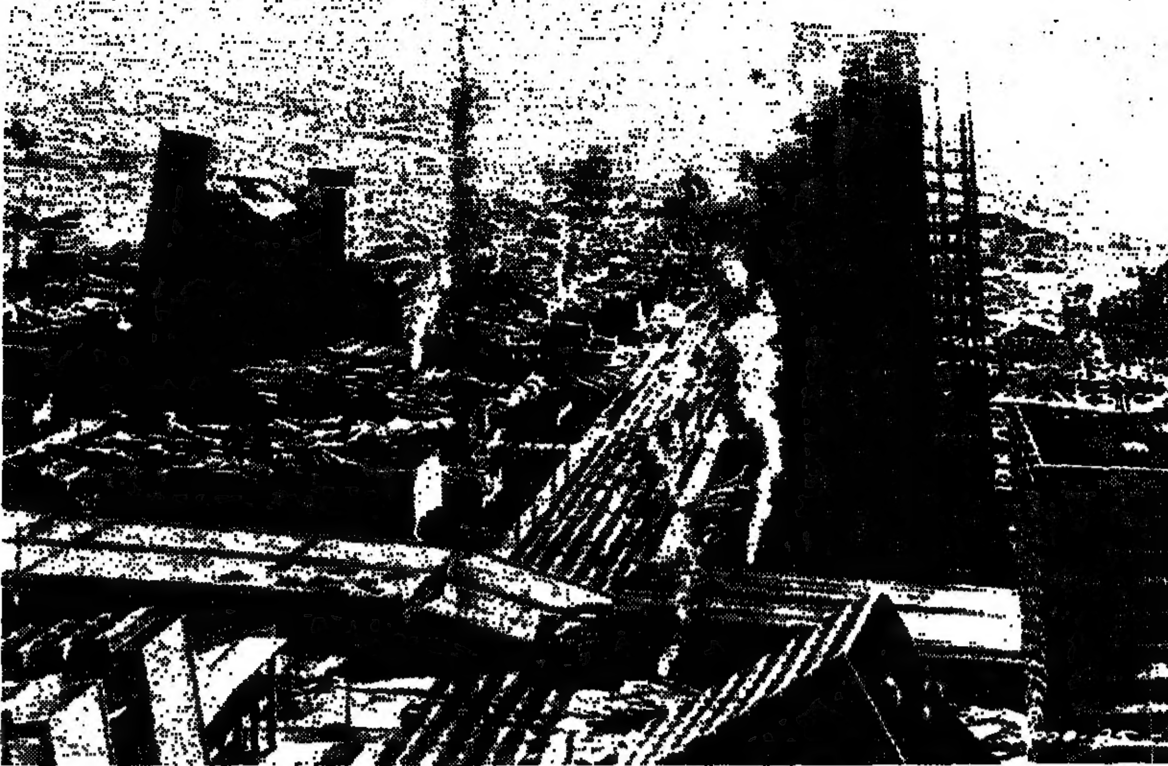
Erdbeben sind der Preis, den die zwanzig Millionen Kalifornier für das Vergnügen zahlen müssen, in einem Landstrich mit mildem Klima, endlosen Stränden und hohem Lebensstandard zu leben. Amerikas „goldener Staat“, fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik, liegt in einer der bebenreichsten Zonen der Welt. Jedes Jahr werden rund 15 000 verschiedene Beben registriert, wobei allerdings nur eines unter 10 000 Beben ernste Schäden anrichtet.

Schon mehrmals ist es in der noch jungen Geschichte von Kalifornien zu „monster quakes“ gekommen: Außer dem erwähnten „Tejon-Beben“ waren die größten das sogenannte „Owens-Valley-Beben“ aus dem Jahre 1872 (das ebenfalls eine noch menschenleere Gegend erschütterte und darum trotz einer Stärke von 8,3 auf der Richter-Skala nur 28 Menschen das Leben kostete) und das große Beben von San Francisco aus dem Jahre 1906 (das auch 8,3 maß und dem rund 2000 Menschen zum Opfer fielen).

Schuld an der Bebenhäufigkeit tragen die vielen „faults“, die Kalifornien wie Risse im Packeis durchziehen. Die einzelnen „Packeis-Schollen“ sind ständig in Bewegung, verhaken sich gelegentlich ineinander, lösen sich dann wieder ruckartig – wobei es jedesmal ein Erdbeben und manchmal Erdverschiebungen von bis zu sechs Metern in der Horizontalen und von bis zu sieben Metern in vertikaler Richtung gibt.

Der berühmteste und gefürchtetste „fault“ ist der San-Andreas-Graben, der sich rund 1000 Kilometer von der mexikanischen Grenze im Süden bis hin zur Landspitze Point Arena nördlich von San Francisco erstreckt. Er trennt zwei riesige, auf dem flüssigen Erdinnern schwimmende „tektonische Platten“ voneinander. Sie bewegen sich mit einer Geschwindigkeit von rund fünf Zentimeter pro Jahr gegeneinander – und dürften San Francisco in rund zehn Millionen Jahren zu einem östlichen Vorort des heute noch 600 Kilometer entfernten Los Angeles machen.

Im Süden haben sich diese Platten auf beiden Seiten des San Andreas nach Ermittlungen von Geologen seit vielen Jahren nicht mehr bewegt. „Der Druck nimmt ständig zu und wird bald zu einer ruckartigen Verschiebung führen“, warnt Richard Andrews, der stellvertretende Leiter des kalifornischen Amtes für Katastrophenschutz, „im Schnitt gibt es im Südabschnitt des San-Andreas-Grabens alle 150 Jahre ein katastrophales Beben, wobei sich der genaue Zeitpunkt um 25 Jahre in beiden Richtungen verschieben kann. Die Bombe tickt.“



Vision des Schreckens: Seit längerem erwarten Wissenschaftler ein großes Erdbeben in Kalifornien. Das Foto zeigt ein Szenario eines Fernsehfilms zum „Untergang von Los Angeles“ FOTO: ENGELMEIER

Es ist eine Bombe, die Bevölkerung und Politiker mit ungewöhnlichen Problemen konfrontiert. Eines von ihnen ist, daß es in Kalifornien niemanden mehr gibt, der ein Riesenbeben persönlich als erwachsener Mensch erlebt hat und vor dessen Ausmaß warnen könnte. Viele Kalifornier vertrauen darum darauf, daß ihre vorwiegend aus Holz gebauten Häuser die Erdbewegungen überstehen werden oder daß „es schon irgendwie gutgehen wird“.

Selbst unmittelbar auf und neben dem San-Andreas-Graben sind während der letzten zwanzig Jahre in Daly City bei San Francisco und in San Bernardino östlich von Los Angeles ganze Siedlungen errichtet worden. „Die Leute werden nach so langer Zeit zwangsläufig blasiert“, sagt Geologie-Professor Kerry Sieh vom renommierten California Institute of Technology in Pasadena dazu. „Ich kann nur sagen: Wenn es erst mal wieder ein großes Beben gegeben hat, wird viel Zeit vergehen, bis die Blasiertheit zurückkehrt.“

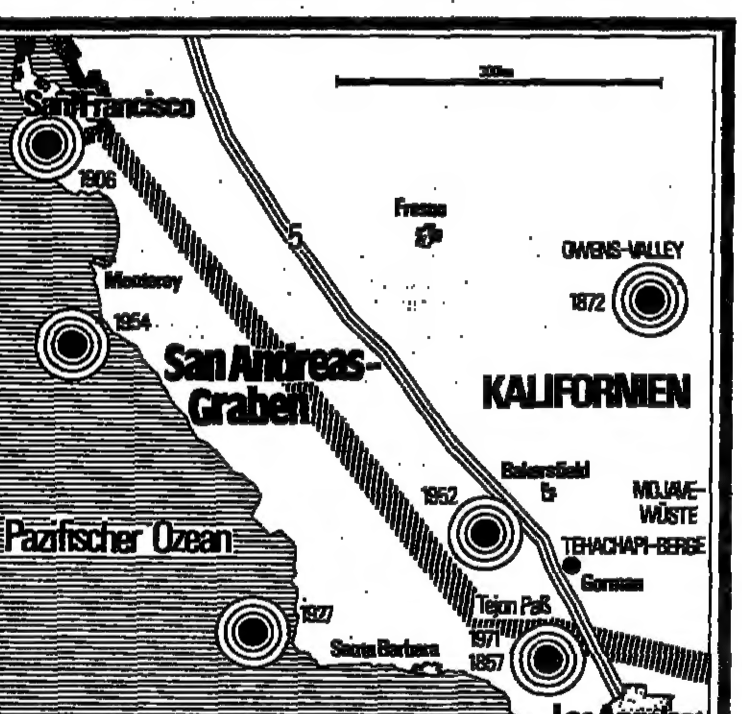
Die Warnungen der Experten haben selten Erfolg, weil ihre Angaben die Vorstellungskraft vieler Menschen überschreiten. Ein Beben in Long Beach im Jahre 1933 hatte beispielsweise „nur“ eine Stärke von 6,3 auf der Richter-Skala; es kostete 120 Menschen das Leben und verursachte 60 Millionen Dollar Sachschaden. Da die Richter-Skala auf einer logarithmischen Kurve beruht, würde ein Beben der Stärke 8,3 die hundertfache Zerstörungskraft des Long-Beach-Bebens haben.

Ein anderes Problem ist, daß gegen Erdbeben im Gegensatz zu Sturmfluten keine Deiche gebaut werden können und daß Vorwarnungen mehr Probleme schaffen als lösen. „Stellen Sie sich vor, ich könnte voraussagen, daß es in Los Angeles innerhalb der nächsten 24 Stunden ein Riesen-Beben gibt“, sagt Richard Andrews. „Sieben Millionen Menschen würden auf die Straße laufen, alles würde zum Stillstand kommen, es würde Panik und Chaos geben. Und wenn ich mich dann geirrt haben sollte, werde ich von allen möglichen Leuten wegen Geschäftsschädigung verklagt.“

Da das Verlassen des bebengefährdeten Gebiets für die meisten aus finanziellen, beruflichen und anderen Gründen nicht diskutabel ist, behelfen sich die Kalifornier auf ihre Weise. Einige beschränken sich darauf, Wanduhren festzubinden und antikes Porzellan mit einer Gummilösung zu bestreichen und damit – wie sie glauben – rutschfest zu machen. Andere machen es wie der zehn Kilometer vom San-Andreas-Graben entfernt lebende Professor Sieh, der in seinem Haus für sich, seine Frau und seine drei Kinder einen Zwei-Wochen-Vorrat von Trinkwasser und Konserven hortet. Wieder andere lassen alles in Ruhe auf sich zukommen, wie der 88jährige Rancher Buck Kester aus Parkfield, der vier mittlere Erdbeben überlebt hat und sie mit Klapperschlangen gleichsetzt („Sie sind immer in der Nähe, und man kann nichts gegen sie tun“), oder sie überdecken ihre Nervosität mit Galgenhumor.

In der Stadt Hollister, wo es besonders viel wackelt, machen findige Leute mit T-Shirts mit der Aufschrift „Erdbeben-Hauptstadt der Welt“ Geschäfte. Die Fußballmannschaft der Stadt San José nennt sich „San José Earthquakes“ und in San Juan Bautista verspricht der Wirt eines neben dem San Andreas gelegenen Restaurants namens „Faultline“ (deutsch etwa: Bebenzone) kostenlose Verpflegung im Falle eines Erdbebens von der Größe drei und mehr auf der Richter-Skala.

In Los Angeles hält Karen Patterson, eine Angestellte im Amt für Notstandsplanung, im Kofferraum ihres Autos außer Zusatzkleidung, einer Wolldecke, Schokoladetafeln und Fruchtsäften auch zwei Sektgläser und eine spitzenbesetzte Tischdecke für den Ernstfall bereit: „Wenn ich davonkommen sollte“, sagt sie, „möchte ich auch ein bißchen Spaß haben.“ (SAD)



Zentren der stärksten Beben zwischen San Francisco und Los Angeles

Die Kosmonauten haben den „roten Planeten“ im Blick

Die Sowjetunion scheint den USA im Weltraum davonzueilen. Nach dem Projekt einer ständig bemannten Raumstation ist schon für 1988 die Landung einer Sonde auf dem Mars-Mond Phobos geplant.

Von WOLFGANG WILL

„Man kann nur staunen“, urteilt James W. Head, Geologie-Professor an der amerikanischen Brown University, „und ich muß annehmen, die Russen kombinieren nunmehr Choreographie und Raumforschung, denn was sie da mit Phobos planen – mir kommt das so vor, als habe das Bolschoi-Ballett Pate gestanden.“

Dabei ist die faszinierende und ungewöhnliche Mission zum Mars-Mond Phobos nur ein Bruchteil der Vorhaben der sowjetischen Raumfahrt, die in Siebenmeilen-Stiefeln voranmarschiert, während die Amerikaner nach der „Challenger“-Tragödie und einigen Raketen-Versagern zum Stillstand und Abwarten verurteilt sind. „Ich erwarte schon in Kürze“, sagt James Oberth, einer der besten Kenner der sowjetischen Raumfahrt, „daß die Russen ‚Spacelab‘-vergleichbare Labor-Module an ihre Raumstation ‚Mir‘ ankoppeln. Damit wird ‚Mir‘ – und dieser Palast von Raumstation ist sehr eindrucksvoll – schon bald zur ständig bemannten Raumstation.“

Aber auch er, wie der Geologe Head, kommt sofort auf das „Ziel Mars“ zu sprechen, das die Sowjets zweifellos anvisiert haben: „Die Russen planen auf dem Mars-Mond Phobos den Bau einer Treibstoff-Raffinerie“, sagt Oberth, Autor vieler Bücher und Beiträge über die Sowjet-Raumfahrt.

Eine 200-Tage-Reise von 60 Millionen Kilometern

Daß hier nicht von Science-fiction die Rede ist, zeigt die sowjetische Planung der Phobos-Mission, an der Professor Head auf sowjetischen Wunsch mitgewirkt hat: Die Phobos-Sonde soll 1988 gestartet werden und binnen 200 Tagen die Region des Mars erreichen, dessen Minimumdistanz von der Erde rund 60 Millionen Kilometer ausmacht. In 50 Metern Höhe über dem tief zerkraterten, kartoffelförmigen Phobos, der einen durchschnittlichen Durchmesser von 25 Kilometern hat, sollen zwei Instrumententräger ausgestoßen werden, die dank ihrer Sprungfedersysteme und der schwachen Phobos-Gravitation wie Tennisbälle über die Oberfläche hüpfen – Bolschoi-Ballett, wie Professor Head bemerkte. Im Verlauf von drei Stunden soll jeder der „Bälle“ zehn verschiedene Plätze aufsuchen, wobei sie sich mit bis zu 40 Meter hohen Sprüngen weiterbewegen.

Sie funken nach jeder Landung ihre Ergebnisse über die geologische Beschaffenheit des Mars-Mondes an die Mutter-Sonde, die diese Daten und auch TV-Aufnahmen an Bodenstationen weitergibt. Zwischen Phobos und Mars liegen etwa 10 000 Kilometer, so daß die Mutter-Sonde gleichermaßen auch den Planeten selbst erforschen kann.

Obwohl die amerikanische Sonde „Mariner 4“ schon 1965 erste Mars-Forschungsergebnisse übermittelte, ist das ehrgeizigste Ziel der Sowjets die Entsendung von Kosmonauten zum Mars. Das bestätigte der Direktor für Raumforschung der Sowjet-Akademie der Wissenschaften, Roald Sagdejew. „Zuvor aber müssen wir unbemannte Fahrzeuge schicken, die auch Bodenproben vom Mars mitbringen“, schränkte er ein. Amerikanische Kenner der Sowjet-Raumfahrt, die neuerdings wieder verstärkt Kontakt zu ihren sowjetischen Kollegen haben, rechnen mit Robot-Missionen zum Mars um das Jahr 2000, und nicht lange danach, vielleicht 2030, mit der Kosmonauten-Landung auf dem „roten Planeten“.

Nahziel der Sowjets aber sind Ausbau und Nutzung der Station „Mir“, die zusammen mit der Vorläufer-Station „Saljut 7“ der Kern für eine „kosmische Siedlung“, so ein Tass-Bericht, werden soll. „Wir Amerikaner sind da wenigstens zehn Jahre in Verzug“, räumt man bei der Nasa ein.

In Erwartung einer neuen Super-Rakete

„Ich erwarte sehr bald den ersten Start einer neuen sowjetischen Super-Rakete“, meint Oberth, „die so groß und stark ist wie Wernher von Brauns Mond-‚Saturn 5‘, und mit der werden sie die Kombination ‚Saljut‘ und ‚Mir‘ ausbauen.“ Im Gegensatz zu vielen anderen US-Experten glaubt Oberth nicht, daß die Russen demnächst ein dem Shuttle vergleichbares Raumflugzeug testen werden. „Wozu denn?“ fragt Oberth. „Das brauchen die doch gar nicht.“

Ihr erstes Radioteleskop mit einer Telleranntenne von zehn Meter Durchmesser wollen die Sowjets schon 1990 starten. Es soll quasi „tandem“-elektronisch mit Bodenantennen arbeiten, so daß praktisch ein Radioteleskop zur Verfügung steht, das mehrere tausend Kilometer Durchmesser hat. Auch noch in den neunziger Jahren sind (unbemannte) Sonden-Exkursionen zur Venus, einem Kometen und zum Mond geplant, möglicherweise auch zu Saturn und Jupiter. Aus finanziellen Gründen muß die Nasa dagegen die planetare Erforschung so gut wie aufgeben.

Wie intensiv die Sowjets die Raumfahrt betreiben, geht daraus hervor, daß sie allein im Verlauf dieses Jahres schon 40 Starts melden konnten, abgesehen davon, daß sie nach vier Monaten im Weltraum eine Kosmonauten-Mannschaft zurückholten, die in der Lage war, zwischen zwei Raumstationen – „Mir“ und „Saljut“ – hin- und herzupendeln. Auch dies darf nicht unterschätzt werden: 1985 starteten die Sowjets 98 größere Raum-Unternehmen, bemannt und unbemannt, die USA 17, die Europäer drei – und die Japaner immerhin zwei, Rot-China eine. (SAD)

Junge Union: Brandt soll Genossen helfen

gba. Bonn

Die Junge Union hat den Präsidenten der Sozialistischen Internationalen (SI), SPD-Chef Willy Brandt, aufgefordert, sich „endlich" für inhaftierte Sozialdemokraten in Nicaragua einzusetzen. In einem offenen Brief an Brandt erinnert der Bundesvorsitzende der Jungen Union (JU), Christoph Böhr, daran, daß der Partido Social Demócrata Nicaraguas sich schon am 14. März dieses Jahres schriftlich an Brandt gewandt habe, mit der Bitte, sich für den inhaftierten Generalsekretär der Sozialdemokratischen Jugend Nicaraguas einzusetzen. Mauricio Paul Membreno Gaitan war am 6. Februar dieses Jahres zu elf Jahren Haft verurteilt worden. Die Beschuldigung, so schreibt Böhr an Brandt, Membreno habe sich für die Verletzung von 16 Polizeibeamten zu verantworten, werde von den Sozialdemokraten in Nicaragua „entschieden und glaubhaft zurückgewiesen".

Wörtlich heißt es in dem Brief an den SPD-Vorsitzenden: „Ihr sozialdemokratischer Parteifreund, sehr geehrter Herr Brandt, befindet sich zur Zeit im Gefängnis ‚Zona Franca' in Managua. Sein Gesundheitszustand wird von Verwandten als ‚sehr schlecht' bezeichnet. Mauricio Paul Membreno Gaitan leidet an einem Magengeschwür und einer Niereninfektion. Beide Leiden werden nicht medizinisch behandelt, Hilfe wird ihm nicht zuteil."

Der JU-Vorsitzende stellt vier Fragen an Brandt:

„1. Warum heißt es beim SPD-Parteivorstand, die Sache sei nicht bekannt?

2. Warum haben Sie auf den Brief Ihrer Parteifreunde aus Nicaragua bis heute nicht geantwortet?

3. Warum ergreifen Sie nicht Partei für einen 20jährigen Sozialdemokraten, der von Machthabern eingesperrt wird, die Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale haben und Mitglied der Kommunistischen Internationalen sind?

4. Wo bleibt Ihr Engagement zugunsten der elementaren Grundrechte in diesem tragischen Fall?"

Der Vorsitzende der Jungen Union bietet in seinem Brief der SPD an, mit ihr wie mit allen demokratischen Kräften „zusammenzuarbeiten, wenn es um die Einhaltung oder Wiederherstellung der Menschenrechte und ihres Schutzes geht".

Stuttgart setzt bereits „V-Leute" im Kampf gegen den Terrorismus ein

„Präventive Gegenobservation" verstärkt / Gespräch mit Polizeipräsident Stümper

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Mit ihrer Forderung nach einem verstärkten Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern in der Terroristenbekämpfung rennt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Baden-Württemberg offene Türen ein: Bereits unmittelbar nach der Ermordung des Siemens-Vorstandsmitglieds Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers haben die Stuttgarter Sicherheitsbehörden ihre einschlägigen Fahndungsaktivitäten verstärkt. „Die verdeckte Ermittlungstätigkeit", bestätigte Landespolizeipräsident Alfred Stümper gegenüber der WELT, „steht dabei im Vordergrund."

Stümper räumt ein, daß es für die Polizei äußerst schwierig sei, in das engere Umfeld der „Rote Armee Fraktion" (RAF) einzudringen. Dennoch stelle der Einsatz von V-Leuten, also Informanten aus der Szene, und verdeckt arbeitenden Beamten ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Terrorismus dar. Neben der Fahndung nach polizeibekannten Attentätern gewinne dabei die präventive „Gegenobservation" zunehmend an Bedeutung. Verdeckte Ermittler, so Stümper, sind heutzutage verstärkt eingesetzt, um „Auffälligkeiten in der Umgebung gefährdeter Personen und Einrichtungen" zu beobachten. Diese „Observationskapazitäten", wie auch die zivile Truppe der Kriminaltechniker und Sachbearbeiter, sollen nun weiter ausgebaut werden.

Zuvor hatte Innenminister Dietmar Schlee (CDU) bereits ein Bündel zusätzlicher Ermittlungsmaßnahmen geschnürt. So erlebt Baden-Württemberg derzeit täglich mindestens eine regionale Großfahndung, die „vor allem den Bewegungsspielraum der Terroristen einengen" soll. Dazu kommen „zielgerichtete Aktionen" im Rahmen eines Wohnungs- und Depotprogramms, die systematische Überwachung gewerblicher Sprengmittellager sowie eine intensivere Kontrolle des ruhenden Verkehrs im Bereich von Tiefgaragen, Großwohnanlagen, Krankenhäusern und Hochschulen. „Wenn es sich im Zuge der Ermittlungen anbietet", meinte dazu Landespolizeipräsident Stümper im Gespräch mit der WELT, „wird man sich zur Eingrenzung eines möglichen Täterkreises auch der Rasterfahndung bedienen."

Darüber hinaus verstärkt das Stuttgarter Innenministerium die Öffentlichkeitsfahndung (unter anderem mit Hilfe von Videofilmen gesuchter Terroristen) und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane. „Die hohe Mobilität der Angehörigen des terroristischen Umfelds", betonte Schlee, „sowie der direkte Kontakt dieser Person zu ausländischen Extremisten erfordert einen besseren Informationsaustausch der zuständigen Polizeidienststellen im In- und Ausland."

In Sachen verdeckte Ermittlungen verfügt übrigens Baden-Württemberg über den größten Erfahrungsschatz aller Bundesländer. So wurde beim Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart Anfang der siebziger Jahre die erste „Operative Ermittlungsgruppe" aus Zivilfahndern – damals zur Bekämpfung der überregionalen Rauschgiftkriminalität – gebildet. Später kamen weitere Spezialeinheiten hinzu. Ihre Mitglieder, durchweg hochqualifizierte Freiwillige, leben oft viele Jahre mit falscher „Legende" im Untergrund, um an die Hintermänner des organisierten Verbrechens zu kommen. Geld spielt bei ihrem Einsatz (fast) keine Rolle.

Union gegen mehr Geld für Solarforschung

AP, Bonn

Die Forderung der Solarindustrie nach mehr staatlicher Forschungsförderung für die Nutzung der Sonnenenergie ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgewiesen worden. Der forschungspolitische Sprecher der Union im Bundestag, Lenzer, verlangte von der Elektrizitätswirtschaft, einen angemessenen Preis für die Übernahme von Strom aus Solarenergieanlagen zu zahlen und verstärkt eigenes Geld für die Solarforschung einzusetzen. Er sagte, daß die Mitgliedsfirmen des Bundesverbandes und andere Großunternehmen in den vergangenen zehn Jahren für die Solarforschung 650 Millionen Mark vom Bundesforschungsministerium erhalten hätten. „Die Beweislast, daß diese Forschungsgelder bestens angelegt sind, haben sie noch nicht erbracht", sagte Lenzer.

Suche nach Erddepot der Beckurts-Mörder

rtr, München

Die Fahndung nach den Mördern des Siemens-Vorstandsmitglieds Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckhard Groppler konzentriert sich jetzt auf die Suche nach einem Erddepot der Täter in der Nähe von Wasserburg am Bodensee. Aufgrund von Zeugenaussagen werde in einem Waldstück zwischen den Gemeinden Pfaffing und Edling westlich von Wasserburg ein unterirdisches Lager vermutet, das die Attentäter angelegt haben könnten, sagte ein Sprecher des Bundeskriminalamtes.

Heute soll eine großangelegte Suchaktion mit Spezialgeräten wie Metalldetektoren und -sonden gestartet werden. Eine Zeugin hatte in dem Waldstück Anfang Juli den mittlerweile aufgefundenen blauen VW Passat gesehen, den die Täter benutzt hatten.

Junge Union in Hannover gegen Hupka-Kandidatur

dpa, Hannover

Gegen die Absicherung des CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, auf der niedersächsischen Landesliste zur Bundestagswahl 1987 hat sich der Bezirksvorstand der Jungen Union (JU) Hannover ausgesprochen. JU-Bezirksvorsitzender Löher sagte, sein Verband favorisiere den „Nachwuchspolitiker der Vertriebenen", Helmut Sauer (Salzgitter), der an Stelle Hupkas aufgestellt werden solle. Angesichts der vielen Vertriebenen, die in Niedersachsen eine neue Heimat gefunden hätten, sei es „zwingend notwendig", einen in Niedersachsen beheimateten Vertriebenenpolitiker in den Bundestag zu entsenden, der im übrigen seine deutschlandpolitischen Positionen mit der Jungen Union immer wieder in Einklang gebracht habe.

Während Brandt 43 Prozent für einen „Erfolg" hält, will Rau „50 Prozent" holen. Die CDU hat den Widerspruch zum „Kandidaten" (Foto rechts) aufgegriffen.

Zweifelt selbst Brandt an Rau?

GÜNTHER BADING, Bonn

Der vom sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau erhobene Führungsanspruch wird nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch Leistungen des SPD-Politikers in seinem Regierungsamt als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident nicht gedeckt. Bei der Vorstellung einer Dokumentation unter dem Stichwort „Schulden, Filz, Sozialabbau" erklärte der erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Rudolf Seiters, auch die „Nominierung von Rau als Kanzlerkandidat für die SPD ist zutiefst unehrlich. Rau verkündet die verzweifelte These, die SPD könne 1987 die absolute Mehrheit erringen". Außer Rau selbst gebe es niemanden in dessen Partei, der dies glaube. Seiters erinnerte daran, daß die SPD bei der Bundestagswahl 1983 nur noch 38,2 Prozent der Stimmen habe holen können.

Auch die Äußerung des SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt in einem Gespräch mit der „Zeit" zeige, daß der Parteichef „in krassem Gegensatz zum eigenen Kanzlerkandidaten" stehe. Die „Zeit" hatte über ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden berichtet: „Auch 43 Prozent für seine Partei, so hört man bei Willy Brandt heraus, wären bei der Ausgangslage (1983: 38,2 Prozent) ein schöner Erfolg." Rau hat daraufhin vor Journalisten angekündigt, daß er noch vor dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD vom 25. bis 29. August mit Brandt eingehend darüber sprechen wolle.

Die Ankündigung Raus, er strebe die absolute Mehrheit an und wolle sich nicht mit den Stimmen der Grünen zum Kanzler wählen lassen, sei unglaubwürdig, erklärte Seiters. „Rau kann nicht Bundeskanzler werden. Es sei denn – bei für ihn günstigsten Voraussetzungen – durch einen Wortbruch", wie ihn Börner in Hessen begangen habe, als er vor der Wahl jedes Bündnis mit den Grünen ablehnte und nach der Wahl mit ihnen eine Koalition einging.

Ironisch fragte der Unions-Fraktionsgeschäftsführer, ob man nicht einen Preis aussetzen solle für den, der nachweisen könne, daß Johannes Rau in einer wichtigen Frage die Politik seiner Partei maßgeblich vorbestimmt habe. Die SPD sei in wichtigen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, der Verteidigungspolitik, der Wirtschafts- und Energiepolitik „tief zerstritten". Die Taktik ihres Kanzlerkandidaten aber sei „das Zudecken dieser Widersprüche, das Beschönigen, das Vorbeidrücken an konkreten politischen Antworten". Seit Bestehen unserer Republik habe es nie einen Kanzlerkandidaten gegeben, der so wie Rau auf politische Führung und Grundsatzbestimmung der eigenen Partei verzichtet hat."

Die Leistung Raus als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen sei negativ, sagte Seiters, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der niedersächsischen CDU ist. Er nannte dafür konkrete Beispiele:

- Nordrhein-Westfalen hat mit 70 Milliarden Mark die höchste Staatsverschuldung der Bundesländer; 40 Milliarden entfallen auf sieben Jahre Regierung Rau.
- Rau habe die Sozialleistungen im Landeshaushalt seit 1980 um insgesamt 1,8 Milliarden Mark gekürzt. „Mehr als zwei Millionen Mark Strafe mußte die Regierung Rau allein 1985 dafür zahlen, daß sie zu wenig Behinderte einstellt."
- Gestiegen seien dagegen die Etatposten für Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung. Bei einer Etataufstockung um 2,2 Prozent steige – nur im Wahljahr – der Haushalt des Ministerpräsidenten um 15,9 Prozent.
- Das Schüler-BAföG im Lande habe Rau von früher 360 Millionen auf 133 Millionen Mark 1985 zusammengestrichen.

Rentenbeiträge sind keine Werbungskosten

AP, München

Rentenversicherungsbeiträge sind keine Werbungskosten, sondern nur Sonderausgaben und daher nicht voll steuerabzugsfähig. Dies entschied gestern der Bundesfinanzhof in München als oberstes Steuergericht in einem Grundsatzurteil. Es war von zahlreichen Beitragszahlern mit Spannung erwartet worden.

Das Gericht hat damit die Revision gegen ein Urteil des Finanzgerichtes Baden-Württemberg zurückgewiesen. Auch künftig könnten Rentenbeiträge nur als (begrenzte) Sonderausgaben für Vorsorgeaufwendungen steuerlich geltend gemacht werden. Gründe für die Entscheidung, Rentenbeiträge nicht als (unbegrenzte) Werbungskosten zuzulassen, nannte der Bundesfinanzhof nicht. „Derartige Beiträge können deshalb nur als Sonderausgaben im Rahmen der nach Paragraph 10, Absatz 3 des Einkommenssteuergesetzes für Vorsorgeaufwendungen geltenden Höchstbeträge abgezogen werden", teilte das Steuergericht mit.

Ein Sprecher des Bundesfinanzhofs wies ergänzend darauf hin, daß Renten mit dem sogenannten Ertragsanteil versteuert werden müssen. Ein Kläger sei der Auffassung gewesen, daß die Aufwendungen für die Rente Werbungskosten und daher voll abziehbar sein müßten. Der Bundesfinanzhof habe jedoch die bisherige Rechtsauffassung bestätigt, daß Rentenversicherungsbeiträge keine Werbungskosten und daher nur in beschränkter Höhe abzugsfähig seien. (Az: Bundesfinanzhof IX R 206/84)

Den Städten droht „Haarlemisierung"

PETER SCHMALZ, München

Beim Blättern im „Spiegel" fand der Münchner Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler, wegen seines CSU-Parteibuches auch gerne der „Schwarze Peter" genannt, ein Foto, das ihn bewegt: Es war 40 Jahre alt und zeigte den lieblichen New Yorker Vorort Haarlem.

Heute, nur eine Generation später, sei dieser Ort „zum Alarmwort eines furchterregenden Schreckensorts des urbanen Niedergangs" geworden, klagt der junge Chef der Münchner Ordnungsbehörde auf einer Veranstaltung über die Sicherheit in der Großstadt und fügt die Frage an: „Droht unseren Städten die Haarlemisierung?"

Die Antwort gibt er indirekt mit einem Zahlenbündel über die Kriminalität in München, das in der Verbrechensstatistik weniger liebenswert-gemütlich erscheint als in der Fremdenverkehrswerbung: Allein in diesem Jahr sind Mord, Raub und Sexualdelikte um 7,1 Prozent gestiegen, während die Aufklärungsquote um 8,5 Prozent zurückging.

Im letzten Jahr schnellte die Zahl der Einbrüche um 20 Prozent hoch, die Zahl der Brandstiftungen verdoppelte sich innerhalb von zwölf Monaten. Einen „traurigen Rekord" registriert Gauweiler im weltbekannten Englischen Garten: 400 Raubdelikte in nur fünf Monaten, nicht einmal jedes zweite wird aufgeklärt.

Dazu ein blinder, aber teurer Vandalismus: Die Oberpostdirektion München muß jährlich über eine Million Mark ausgeben für die Reparatur mutwillig zerstörter Telefonzellen; 20 000 Mark kostete es die Stadtgärtnerei, die Schäden nur eines Wochenendes an vier Badeseen zu beseitigen.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann unterstützt seinen Parteifreund mit Zahlen aus einer Befragung seines Ministeriums: Über die Hälfte der Bürger befürchten, selbst einmal Opfer eines Diebstahls oder Überfalls zu werden.

Die größten Sorgen haben die Bürger von Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern. Zu Recht, wie Zimmermann ausführt: Bezogen auf die Einwohnerzahl wurden dort 1985 mehr als dreimal soviel Straftaten registriert wie in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. Obwohl nur 17 Prozent der Bevölkerung in Städten mit über einer halben Million Menschen wohnen, werden dort 45 Prozent der Straßenraubdelikte begangen.

In der Diagnose stimmen beide überein. „Bei näherem Hinsehen", sagt Gauweiler, „ist im Vorfeld der Kriminalität ein Prozeß zu beobachten, den ich bezeichnen möchte als Abbröckeln, allmählich immer schneller fortschreitende Zersetzung des Bewußtseins für Recht und Ordnung." Oder wie Zimmermann formuliert: „Kriminalität gedeiht dort besonders gut, wo der Staat den Eindruck von Schwäche, Opportunismus oder Resignation erweckt. Gleichgültigkeit und mangelnde Abwehrbereitschaft gegenüber Verbrechen können eine Demokratie in ihren Grundfesten erschüttern."

Doch dabei handelt es sich nicht um ein kommunales, ja nicht einmal nationales Problem.

Zimmermann: „Wir müssen in Europa gemeinsam den Kampf gegen die Kriminalität in den Großstädten intensivieren." Der erste Schritt soll im Herbst getan werden, wenn sich der Europarat in einem Hearing mit diesem Thema befaßt.

Keine Akten von Ladendiebstählen mehr in die „DDR"

dpa, Berlin

Ermittlungsergebnisse gegen „DDR"-Bewohner, die in West-Berlin bei Ladendiebstählen ertappt worden sind, werden von der Berliner Justiz nicht mehr zur weiteren Strafverfolgung an Ost-Berlin weitergeleitet. Justizsprecher Volker Kähne bestätigte diese Anordnung von Justizsenator Rupert Scholz.

Anlaß ist der Fall eines „DDR"-Bewohners, der nicht mehr in den Westen reisen darf, nachdem Berliner Behörden Ermittlungsergebnisse nach einem Ladendiebstahl an den Generalstaatsanwalt der „DDR" weitergeleitet hatten. Die Verhängung eines Reiseverbots nach einem Ladendiebstahl sei als unverhältnismäßig hoch anzusehen, erklärte Kähne.

Die Berliner Justizbehörde wisse von zwei Fällen, in denen die Betroffenen nach Übergabe der Akten wieder in den Westteil der Stadt reisen durften. Bis auf den einen Fall sei nicht bekannt, daß Mitteilungen an Ost-Berlin zu Reisebeschränkungen geführt hätten.

Der Justizsprecher betonte, daß bei Ersttätern keine Ermittlungsergebnisse an die „DDR" geschickt würden. Es werde lediglich mitgeteilt, daß eine Strafverfolgung aufgenommen worden sei.

Jeder siebte „Ratsherr" ist eine Frau

dpa, Köln

Jeder siebte Ratssitz in Städten mit 20 000 und mehr Einwohnern wird nach Feststellungen des Deutschen Städtetages von einer Frau besetzt. Im Deutschen Bundestag wird nur jeder zehnte und in den Länderparlamenten nur jeder neunte Sitz von einer Frau eingenommen, berichtete der Verband gestern in Köln.

Im Durchschnitt werden rund 15 Prozent der bei den Kommunalwahlen vergebenen Mandate von Frauen besetzt, in den Großstädten sogar 18 Prozent.

Den höchsten Anteil weiblicher Ratsmitglieder verzeichnen München und Freiburg mit jeweils 35 Prozent, gefolgt von Bremerhaven (31 Prozent), Nürnberg und Karlsruhe (je 30 Prozent) sowie Bielefeld (28 Prozent).

Unter zehn Prozent bleibt der Frauenanteil in Koblenz (neun Prozent), Wolfsburg (acht Prozent) und Salzgitter (sechs Prozent). Im Rat der Stadt Heinsberg (Rheinland) sind die Männer völlig unter sich.

Nach der Parteizugehörigkeit sind die Frauen bei den Grünen mit 29 Prozent der Mandatsträger am stärksten vertreten. Bei der SPD sind es 15 Prozent, bei der FDP 14, bei der CDU/CSU im Durchschnitt zwölf.

Genscher: Ich gab Steger den Rat, nicht zu kommen

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die bayerische Polizei für ihren Einsatz am Wochenende beim Anti-Wackersdorf-Festival in Burglengenfeld gelobt.

Die Veranstaltung sei aufgrund von Besonnenheit auf beiden Seiten friedlich verlaufen, erklärte Genscher. Sichergestellte „Gegenstände für gewalttätige Aktionen" hätten allerdings gezeigt, daß Chaoten die Absicht gehabt hätten, eine friedliche Veranstaltung für unfriedliche Ziele auszunutzen. Er sagte, dies sei ganz offensichtlich durch eine neue Einsatztaktik der bayerischen Polizei verhindert worden.

Außenminister Genscher bezeichnete es als sicher, daß durch sachliche Gespräche die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich aufgekommenen Fragen gelöst werden könnten.

In diesem Zusammenhang begrüßte er es, daß der österreichische Vizekanzler Steger „entsprechend dem von ihm (Genscher) gegebenen Rat" nicht an dem Festival teilgenommen habe. Dies unterstreiche den verständnisvollen Inhalt seiner Gespräche mit Steger und Außenminister Jankovitsch.

Der GEW-Chef und sein Zorn auf die Richter

fac. Frankfurt

Vorerst ist es nur ein Verdacht. Sind Richter des Hessischen Staatsgerichthofes, die das umstrittene Förderstufenabschlußgesetz zur Abschaffung der freien Schulwahl in den Klassen 5 und 6 für verfassungsrechtlich bedenklich halten, aufgefordert worden, ihre „Verhinderung" in dem Verfahren über die „Volksklage" zu erklären? Träfe diese Nachricht zu, so formuliert der Vorsitzende des Hessischen Elternvereins, Günter Paul, mit juristischer Behutsamkeit, „wäre das in Hessen und in der ganzen Bundesrepublik ein einmaliger Vorgang der Beeinflussung der Unabhängigkeit eines Verfassungsgerichts". Schon der bloße Verdacht müsse „zutiefst bestürzen". Er zeige, zu welchem Verfall rechtsstaatlicher Kultur es möglicherweise schon gekommen sei.

Der Argwohn der Elternvertreter, die im Kampf um die freie Schulwahl „nun erst recht nicht aufgeben" wollen, hat einen realen Hintergrund. Im Vorfeld der auf den 24. bis 26. September terminierten Verhandlung über die Volksklage gegen die obligatorische Förderstufe hatte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, in seiner Zeitung eine Attacke gegen die Verfassungsrichter des Landes geritten. Vom Staatsgerichtshof war in seinem Urteil vom 4. April 1984 herausgestellt worden, daß die Förderstufe als „ein unverkennbares Bindeglied" zwischen der Grundschule und dem in Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule gegliederten Schulwesen organisiert werden müsse: „Ziel der Förderstufe muß demnach sein, daß sowohl der leistungsschwächere als auch der leistungsstärkere Schüler so gefördert werden, daß sie den Anschluß an die weiterführende Schule als Hauptschüler, als Realschüler oder als Gymnasiast ohne Verzögerung erreichen."

Wunder paßt diese Auslegung nicht in sein politisches Bild von Richtern in Hessen. Der Staatsgerichtshof, formulierte der GEW-Vorsitzende, habe sich dazu „hergegeben", die Landesverfassung einseitig im Sinne herkömmlicher Bildungsauffassung zu interpretieren. Seine Schelte gipfelte in den Sätzen: „Offensichtlich versucht der Staatsgerichtshof, die Schulpolitik der sozialdemokratisch bestimmten Landesregierung zu bremsen oder gar unmöglich zu machen... Der politische Mißbrauch der Verfassungsgerichte muß dazu führen, daß die Auswahl von Richtern sehr viel sorgfältiger bedacht wird."

Deutsche „Aufbauhelfer" leben besonders gefährlich

HERBERT FELDER, Bonn

Bernd Koberstein ist das zweite deutsche Opfer des neuen nicaraguanischen Bürgerkrieges geworden. Vor drei Jahren, am 30. April 1983, war der Arzt Albrecht „Tonio" Pflaum ums Leben gekommen. Diplomatische Beobachter in Managua befürchten, daß die Zahl der ausländischen Todesopfer dieses Konfliktes noch weiter steigen wird. Die „Aufbauhelfer" aus der Bundesrepublik seien besonders gefährdet.

Nirgendwo auf der Welt leben junge Bundesbürger in einer so gefährlichen Umwelt. Zur Zeit leisten etwa 300 bis 400 Deutsche freiwillige Entwicklungshilfe-Dienste in Nicaragua. Viele von ihnen sind in risikoreichen Regionen stationiert, wo die antikommunistischen Contra-Rebellen operieren. Koberstein (29), in Bremerhaven geboren, in Freiburg wohnhaft, starb in der Nähe der nördlichen Stadt Wiwili, die in einem der am heftigsten umkämpften Gebiete des Landes liegt. In dieser Zone geriet auch Tonio Pflaum, der ebenfalls aus Freiburg stammte, in ein Schußgefecht. Koberstein war auf Initiative des Freundeskreises Tonio Pflaum e.V. in Nicaragua tätig.

Die deutschen Brigadisten liefern immer wieder Schlagzeilen – im Mai und Juni erregte die Entführung von acht „Aufbauhelfern" internationales Aufsehen –, weil kein anderes Land ein so starkes Sympathisanten-Kontingent stellt. Die Zahlen variieren. Die meisten Bundesbürger halten sich nur wenige Monate in Nicaragua auf. Gelegentlich reichen die Schätzungen aber bis zu 700. Die Bundesregierung hat die Brigadisten besonders nach dem Entführungsdrama eindringlich vor einem Einsatz in Kampfgebieten gewarnt. Die noch verbliebenen offiziellen Entwicklungshelfer Bonns – etwa 50 Personen, mit auslaufenden Projekten beschäftigt – befinden sich in relativ sicheren Gegenden. Letzte Woche erging auch eine Warnung an die Adresse der Sandinisten: „Die Regierung von Nicaragua trägt die Verantwortung für die Sicherheit der auf ihrem Territorium tätigen Ausländer."

Einsatz im Kriegsgebiet

Die nicaraguanische Regierung konzentriert das Engagement internationaler „Aufbauhelfer" bewußt auf die Kriegsgebiete im Norden, Süden und Osten des Landes. Nicht nur deshalb, weil es sich um hilfsbedürftige und notleidende Regionen handelt. Manche politische Beobachter in Managua glauben auch, daß die Präsenz der Ausländer die Contra-Rebellen vor Angriffen abschrecken soll. Wenn dennoch bei Angriffen Ausländern ums Leben kommen sollten, ließen sich diese Zwischenfälle propagandistisch ausschlachten.

Vertreter der antisandinistischen Guerrilla-Organisation „Demokratische Kräfte Nicaraguas" (FDN) behaupten gar, daß die Sandinisten mit Leichen die öffentliche Meinung manipulieren. Sie bestreiten kategorisch den Vorwurf aus Managua, Tonio Pflaum ermordet zu haben. Auch diplomatische Kreise in der nicaraguanischen Hauptstadt äußerten damals Zweifel an den offiziellen Darstellungen.

Auch IG-Metall ist dabei

Während die Nachricht vom Tod Bernd Kobersteins und zweier anderer europäischer Aufbauhelfer um die Welt ging, bereitete sich der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega auf seinen Auftritt beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor. In Bonn erfolgte in den letzten Tagen eine Plakataktion sandinistischer Sympathisanten. Das Plakat zeigt ein Todesopfer des Krieges. Die Reagan-Regierung wird beschuldigt, „nicaraguanische Bürger" zu „ermorden".

Der Schlosser Koberstein war im Rahmen der regen Städtepartnerschaften in Nicaragua tätig, die besonders von den Sozialdemokraten und den Grünen als „Entwicklungshilfe von unten" gefördert werden. Wiwili ist die Partnerstadt Freiburgs. Koberstein arbeitete in einem Wasserleitungsprojekt, das die Stadt Freiburg mit insgesamt 150 000 Mark finanziert. Insgesamt gibt es 13 solcher Partnerschaftsverhältnisse. Fast alle Partnergemeinden liegen in Kriegsregionen. Außerdem laufen zur Zeit nach Angaben der Bonner Nicaragua-Gesellschaft 31 „Partnerschafts-Initiativen", die einmal zu einer formellen Zusammenarbeit führen sollen.

Verstärkung erhalten die Brigadisten nun auch von der IG Metall, die mit „Projektbetrieben" die mittelamerikanische Frontnation stützen will. Zu den Hilfsmaßnahmen gehört die Reparatur lädierter Omnibusse, darunter osteuropäische Typen. Letzte Woche sind 25 IG-Metall-Mitglieder nach Nicaragua gereist. Ein Vertreter der Reisegruppe erläuterte: „Nicaragua ist ein Symbol für Befreiungspolitik."

Der Tod von Bernd Koberstein soll die Partnerschaft zwischen Freiburg und Wiwili nicht beeinträchtigen. Ein Sprecher der Stadtverwaltung Freiburg versicherte, das Entwicklungsprojekt werde fortgesetzt. Koberstein sei sich der Gefahr bewußt gewesen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Im Baskenland entsteht Bürgerkriegs-Stimmung

Wachsender Widerstand im Volk gegen den Terror der ETA

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Mit Mördern gibt es kein Verhandeln", sagte entschieden Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez am Vorabend seiner Wiederwahl durch das Parlament, und König Juan Carlos nannte vor beiden Häusern den Terror „die Pest", die es auszurotten gelte. Gonzalez und der König reagierten damit auf die jüngste Serie von Mordanschlägen der baskischen Terrororganisation ETA, bei der allein in den letzten drei Wochen 17 Angehörige der Guardia Civil ermordet wurden. Gonzalez fügte noch hinzu, daß die ETA sich in „großen Schwierigkeiten" befinde. Damit mag er sich auf die Auslieferung führender Etarras durch die französische Regierung Chirac aus Frankreich – dem bisherigen Refugium der baskischen Terrororganisation – beziehen. Tatsächlich aber erzeugt die „Enthauptung" der ETA zunächst einen Rache- und Multiplikationseffekt. Die Verallgemeinerung des Kampfes nähert sich einer bürgerkriegsähnlichen Konfrontation im Baskenland.

Am Wochenende, nur wenige Stunde nach einem erneuten Bombenanschlag, brachte die erst vor wenigen Wochen als Partei zur Parlamentswahl zugelassene linksradikale „Herri Batasuna" fast tausend meist Jugendliche zu einer verbotenen Protestdemonstration in San Sebastian auf die Straße. Mit „Viva ETA" und „Freiheit für die Gefangenen" protestierten die Demonstranten gegen die Auslieferung baskischer Terroristen an Spanien durch die französischen Behörden, wo diese bisher ungestört ihre Attentate vorbereiten konnten.

Haß gegen Haß

Die Wucht des Aufeinanderpralens zwischen Guardia Civil und den anarcho-kommunistischen Demonstranten illustrierte das sich ständig verschlechternde Klima zwischen der Ordnungsmacht und einer kleinen, aber effizienten Minderheit im Baskenland: Im Nu beherrschten harte Straßenkämpfe den Stadtkern von San Sebastian. Molotow-Cocktails flogen durch die Luft, Steine prasselten gegen Polizeischilde. Autobusse und Tische der Straßencafés bildeten brennende Barrikaden. Auf der anderen Seite schlug die Guardia Civil, die Jahre hindurch allein im Baskenland über 180 ihrer meist jungen Kameraden zu Grabe getragen hatte, mit doppelter Wut zurück. Wieder steht Haß gegen Haß.

Auch in der baskischen Bevölkerung selbst regt sich trotz Todesdrohung Widerstand gegen die ETA und ihren politischen Arm, die „Herri Batasuna"-Partei, die bei den letzten Parlamentswahlen erhebliche Stimmengewinne gerade wegen ihrer radikalen Haltung verbuchen konnte. Rechte Terroristen ermordeten bereits vor einem Jahr den damaligen Parteichef der „Herri Batasuna", einen Arzt.

„Schluß jetzt – Frieden!"

Andere Bürger schließen sich immer zahlreicher den Schweigedemonstrationen des „Friedensverbandes im Baskenland" an. Der Verband wird geführt von einer Tochter des von der ETA ermordeten Repräsentanten der nationalen Telefongesellschaft im Baskenland, Cuesta. Mit ihren Forderungen „Schluß jetzt – das Volk will Frieden!" ernteten die Friedensdemonstranten am Sonntag in San Sebastian freilich nur den wütenden Protest von Mitgliedern der anarcho-kommunistischen „Herri Batasuna". Aber langsam bilden sich zwei Lager von Bürgerkriegsparteien im Baskenland.

In einer Analyse, die die Madrider Zeitung „Ya" veröffentlichte, stellte Generalleutnant Aramburu Topete, der als Chef der Guardia Civil im Februar 1981 die putschenden Gendarmen des Oberstleutnants Tejero festnahm, einen wichtigen Vergleich an: Der Terrorismus in der Bundesrepublik und Italien reduziert sich auf kleine Gruppen. Wenn man sie auch als die Avantgarde eines kommenden Krieges ansehen muß, so lassen sie sich dennoch leichter bekämpfen als die ETA oder die IRA, die über ideologische Unterstützung bei einem Teil der Bevölkerung verfügten. In jedem Fall aber nehme der Terrorismus, wenn die Führer ausfallen und die Kontrolle untergeordneten Stellen überlassen bleibt, noch radikalere Formen an. Für den General sind die Überfälle der letzten Wochen ein Vorzeichen für die Verallgemeinerung des baskischen Terrorismus in seiner ohnehin konfusen Zielsetzung. „Hier helfen nur harte Gesetze bis zur Todesstrafe und ihre unmittelbare Anwendung. Das Bewußtsein der Bevölkerung muß für den Kampf gegen den Terrorismus geschärft werden."

Nach Gorbatschows Asien-Rede in Wladiwostok: Afghanistan, China und Asean im Blickpunkt

Nur ein politischer Schachzug für Genf?

WALTER H. RUEB, Bonn

In Genf beginnt morgen unter UNO-Vermittlung die achte Runde der Verhandlungen über eine Lösung des Afghanistan-Konflikts. Wenn der ecuadorianische UNO-Vermittler Diego Cordovez nicht übertrieben hat, als er Anfang Mai vom Beginn der „entscheidenden Phase" sprach und verlauten ließ, daß in drei der vier Verhandlungspunkte Übereinstimmung erzielt worden sei, können sich die Delegationen aus Kabul und Islamabad auf Verhandlung und Einigung über einen Zeitplan für den sowjetischen Truppenabzug aus dem von ihnen besetzten Land beschränken.

Nach Abschluß der siebten Verhandlungsrunde hatte Cordovez Ende Mai von einer „sehr guten und sehr konstruktiven Gesprächsatmosphäre" gesprochen, doch auch zugeben müssen, daß bei der Frage eines Zeitplans für den Truppenabzug „noch eine breite Lücke zwischen den Positionen beider Seiten klafft". Inoffiziell hieß es, Pakistan habe einen Abzug innerhalb von maximal sechs Monaten gefordert, die Delegation aus Kabul aber habe erklärt, ein sowjetischer Abzug in weniger als 36 oder gar 48 Monaten sei illusorisch.

Gorbatschows Ankündigung in der sowjetischen Hafenstadt Wladiwostok, seine Regierung sei bis Ende 1986 zum Rückzug von sechs Regimentern bereit, kommt angesichts der bevorstehenden neuen Verhandlungsrunde in Genf lediglich politische, nicht aber strategische oder gar militärische Bedeutung zu.

Die Gründe liegen auf der Hand: Peking hat wiederholt erklärt, daß ein Tauwetter mit Moskau nur einsetzen werde, wenn der Kreml die Aggression am Hindukusch beende. In Genf ist die Bühne, wo Moskaus afghanische Interessenvertreter politische Unterstützung in Form von Abzugsankündigungen medienwirksam umsetzen können.

Oder sollte die abenteuerliche Spekulation eines sozialistischen Blattes in Frankreich zutreffen, wonach der sowjetische Teilabzug nur die in einem amerikanisch-sowjetischen Geheimabkommen vereinbarte Gegenleistung für die Einstellung amerikanischer Waffenlieferungen sei?



Signal an die pazifischen Nachbarn: Gorbatschow am Ostrand der Sowjetunion FOTO:DPA

An der strategischen und militärischen Lage in Afghanistan ändert sich durch den Abzug von sechs Regimentern mit weniger als 10 000 Mann jedenfalls nichts: Die Rote Armee – nach US-Schätzungen 118 000 Mann stark – kontrolliert die Großstädte, ihre Flugzeuge und Hubschrauber können sich im afghanischen Luftraum fast ungefährdet bewegen. Die Mudschahedin dagegen verfügen über kein einziges Flugzeug, keinen einzigen Hubschrauber und nur über wenige Raketen.

Die Bekanntgabe des Rückzugs von drei Flugabwehrregimentern soll offensichtlich auf jene Eindruck machen, die nicht wissen, daß die kommunistische Weltmacht seit Jahren nach militärischem Nutzen Völkermord an den Afghanen betreibt. Auch der angekündigte Abzug eines Panzerregiments beeindruckt nicht. In Afghanistan gibt es für sowjetische Panzer schon lange kaum noch Ziele. In die Berge vermögen die stählernen Kolosse nicht vorzustoßen, in der Ebene ist ihre Übermacht so erdrückend, daß die Guerrilla es nicht auf eine Konfrontation mit ihnen anlegen kann, und im weiten Land gibt es kaum mehr ein Dorf oder eine Stadt, die noch zusammengeschossen werden könnte.

Außerdem: Moskau hat sich am Hindukusch militärisch längst auf die Gegebenheiten des Guerrilla-Krieges eingestellt. Heute verrichten Luftlande- und Kommandotruppen sowie Hubschrauber und Agenten des Geheimdienstes die Hauptarbeit des Krieges. 1,5 Millionen getötete und fünf Millionen geflüchtete Afghanen sind die Bilanz.

Moskau bringt sein pazifisches Gesicht zur Geltung

R. M. BORNGÄSSER, Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat bei seinem Besuch in der östlichsten Hafenstadt der Sowjetunion, Wladiwostok, bemerkenswerte Avancen in Richtung Asien gemacht. Langfristig strebt der KPdSU-Sekretär eine Konferenz der Anrainerstaaten des Stillen Ozeans an, ähnlich der KSZE-Konferenz von Helsinki, die vor allem den Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit gewidmet sein soll.

Gorbatschow hält seine Aussagen zur Sicherheit des asiatisch-pazifischen Raumes für dienlich. Ihm geht es vor allem um die Asean-Staaten und Indochina. Wiederum plädierte er auch in dieser Region für den Stopp der Verbreitung von Atomwaffen. Außerdem wünscht er den Abbau von militärischen Flottenverbänden, insbesondere von Schiffen mit Atomwaffen – und natürlich möchte Gorbatschow auch im asiatischen Raum – analog den Vorschlägen für Europa – eine radikale Kürzung der konventionellen Waffen sehen und plädiert daher für eine Regionalkonferenz, die in der sowjetischen Küstenstadt – nämlich in Wladiwostok – abgehalten werden soll. Das „Fenster zum Osten" würde damit erstmals auch für Ausländer geöffnet, denn bisher ist diese Stadt eine „geschlossene" Stadt gewesen.

Gegenüber China signalisierte die Sowjetunion nun auch Verhandlungsbereitschaft mit der zwischen den beiden Ländern liegenden Mongolei über eine „Frage des Abzugs eines bedeutenden Truppenpotentials". Stets waren die dort stationierten sowjetischen Truppenteile von Peking als Bedrohung empfunden worden. Das vietnamesische Engagement in Kambodscha, das ebenfalls von Peking kritisch beobachtet wird, hält Gorbatschow für ein Problem zwischen China und Vietnam.

Das Werben Moskaus um die Asean-Staaten ist nicht neu: Schon Breschnew brachte 1969 dieses sowjetische Vorhaben ins Spiel. Der Plan, der dann in den Hintergrund geriet, wurde mit Gorbatschows Antritt neu vorgestellt. Wieder unterstreicht die Kreml-Politik ihr Interesse, ihr pazifisches Gesicht stärker zur Geltung zu bringen. Der stellvertretende Außenminister und Asienexperte in Moskau, Michail Kapiza, nannte auch im April dieses Jahres auf einer internationalen Pressekonferenz den Grund dieses sowjetischen Engagements: Er sprach von einem „Monopol" der Vereinigten Staaten im Pazifik. Angesichts dieser „Gefahr" versuche die Sowjetunion den Dialog mit den Ländern der Region zu intensivieren.

Immer wieder taucht in den sowjetischen Zeitungen die These auf, das Ziel Washingtons sei es, „Ostasien sowie Pazifik und Indik, die es umspülen", zu einem Abschnitt der Stationierung von vorgeschobenen Kernwaffen zu machen, wie es Westeuropa und die angrenzenden Teile des Atlantiks seien. So würden die USA die militärischen Tendenzen in der Politik der herrschenden Kreise Japans fördern. Die Furcht der Sowjetunion, daß Amerikaner und Japaner eine exklusive pazifische Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben rufen, um diese regionale Gruppierung dann in einen militärischen Block (sowjetische Lesart) zu verwandeln, ließ Gorbatschow nun weit in den Osten seines Landes reisen, um dort mit alten Vorschlägen aufzuwarten.

Ankara spricht in Moskau wegen Sofia vor

E. A. Athen

Mit großen Ehren ist der türkische Ministerpräsident Turgut Özal von den Sowjets zu fünftägigen Gesprächen in Moskau empfangen worden. Bereits unmittelbar nach seinem Eintreffen hatte Özal einen ersten Meinungsaustausch mit seinem sowjetischen Amtskollegen Nikolai Ryschkow. Aber trotz der nach außen demonstrierten Herzlichkeit überschatten zahlreiche Teilprobleme die seit der Oktoberrevolution eigentlich nie wolkenlos gewesenen Beziehungen zwischen Ankara und Moskau. Bereits im Vorfeld dieses ersten Besuchs eines türkischen Regierungschefs in der UdSSR seit 1978 hatte der sowjetische Außenminister Schewardnadse das für Moskau wichtigste Thema angesprochen: Ankaras Entscheidung, die Stationierung von US-Militärflugzeugen mit Atomwaffen an Bord in der Türkei zu genehmigen, sei „negativ". Die Türkei möge diesen Beschluß doch überdenken.

Für die Türken spielen andere Fragen eine größere Rolle: Obwohl in der Öffentlichkeit darüber nicht gesprochen wird und türkische Regierungsvertreter dazu beharrlich schweigen, ist Özal ganz bestimmt in der festen Absicht nach Moskau gereist, mit den Sowjets auch über die Zwangsmaßnahmen zu sprechen, die von Bulgarien, Moskaus engstem Verbündeten, gegen die türkische Minderheit angewandt werden. Özals Bemühungen werden jedoch kaum erfolgreich sein. Alle seine bisherigen Appelle an Moskau, ein Machtwort zu sprechen und die Zwangsbulgarisierung zu stoppen, sind bisher auf taube Ohren gestoßen. Auf den Bulgaren türkischer Abstammung Mustafa Süleymanov angesprochen, der seit zwei Jahren als Flüchtling in der türkischen Botschaft in Moskau lebt und die Sowjetunion nicht verlassen darf, sagte Schewardnadse, daß dieses Problem Moskau nichts angehe und zwischen der Türkei und Bulgarien gelöst werden müsse.

Zur Zeit ist noch unsicher, ob der geplante Bau einer Pipeline zur Lieferung von sowjetischem Erdgas über Bulgarien an die Türkei verwirklicht werden kann. Als dieses Projekt beschlossen wurde, war von einer Spannung zwischen Ankara und Sofia nichts zu spüren. Nun haben die Türken die Angst, daß die Bulgaren die Hähne der Pipeline zudrehen könnten, sollten sich die Beziehungen weiter verschlechtern. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Geist guter Nachbarschaft

Die jüngsten Irritationen zwischen Bayern und Österreich wegen Wackersdorf dürfen Österreich und die Bundesrepublik nicht entzweien. Statt starker Worte von beiden Seiten sollten Nüchternheit und Verständnis für die Situation des Nachbarn Platz greifen.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland der Überzeugung ist, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht verzichten zu können, so erfordert dies seitens der verantwortlichen Politiker die Bereitschaft, auf die Ängste der Menschen, gerade in einem Land wie Österreich, das auf Kernenergie verzichtet, einzugehen und verbindliche internationale Vereinbarungen, welche Mindestvorschriften, Informationspflichten und gemeinsame Grenzwerte festlegen und insbesondere den Nachbarstaaten rechtzeitige und ausreichende Informationen garantieren, abzuschließen.

Die österreichischen Sorgen hinsichtlich der chemischen Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf müßten allerdings nicht minder dem geplanten Neubau eines tschechischen Atomkraftwerkes bei Temelin nahe der österreichischen Grenze gelten. Hier gibt sich die österreichische Bundesregierung jedoch mit einem zwischenstaatlichen Vertrag über gewisse Informationen zufrieden. Diese unterschiedliche Haltung, die auch seitens der ÖVP nicht geteilt wird, hat zu Überreaktionen geführt.

Österreichs Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie ist eine politische Entscheidung, die durch reichlich vorhandene Wasserkräfte erleichtert wird. Die Verzögerung bei der Nutzung heimischer Energiequellen, wodurch die Elektrizitätswirtschaft zu immer größeren Importen aus den notorisch unsicheren Kernkraftwerken unserer östlichen Nachbarn gezwungen wird, ist allerdings problematisch.



Dr. Friedrich König

Österreich und die Bundesrepublik sind als Nachbarn in vielfältiger Weise aufeinander angewiesen. Daher sollten auftretende Probleme und unterschiedliche Interessenlagen wie bisher im Geiste einer guten Nachbarschaft behandelt werden.

Dr. Friedrich König, Abgeordneter zum Nationalrat und Energiesprecher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Wien

Freiburger Stadtansichten

„Im Freiburger ‚[illegible]' herrscht der Ausnahmezustand"; WELT vom 21. Juli

Als Bürger Freiburgs danke ich Ihnen und Herrn Günter für den Artikel über Freiburg, der den Nagel auf den Kopf trifft.

Es ist schon seltsam, daß eine Zeitschrift, deren Redaktion im Westen der Bundesrepublik zu Hause ist, über die untragbaren Zustände in einer Stadt im Süden schreiben muß, während die örtliche Presse den Chaoten – um es vorsichtig auszudrücken – nicht unfreundlich gegenübersteht.

Für jemand, der von Berufs wegen dicke Luft gewöhnt ist, sind die Zustände übrigens gar nicht so untragbar. Wenn man bestimmte Viertel nicht allein betritt, nachts gar nicht oder nur in Gruppen durch die Innenstadt geht und zu Hause die Türen fest verschließt und die Rolläden herunterläßt, ist das Leben in Freiburg ganz erträglich.

Unerträglich wird es allerdings dann, wenn die Stadtverwaltung, die der Chaoten nicht Herr wird, Hausbesitzer durch Androhung eines hohen Bußgeldes zwingen will, ihre immer wieder durch diese Chaoten beschmierten Hauswände auf eigene Kosten reinigen zu lassen, um „die Schönheit und Sauberkeit des Stadtbildes zu erhalten".

Chaoten haben in Freiburg Bewegungs- und Narrenfreiheit.

Helmut Pfistner, Freiburg

*

Sicherlich gibt es in Freiburg wie in jeder anderen Stadt mehr oder weniger auch einen sogenannten harten Kern von extremen Chaoten, Randalierern und Punks. Dennoch entsteht im Artikel ein völlig falscher Gesamteindruck: Freiburg leidet nicht unter „anarchistischen Zuständen", das Leben ist nicht „unerträglich".

Die krasse Form der Meinungsäußerung, wie sie in Ihrem Artikel beschrieben wird, ist, bei Sachbeschädigungen und Beleidigungen, natürlich verurteilenswert. Sie fällt aber nur deshalb so auf, weil es vorher so ruhig war („Schwarzwald-Idylle"). Die politischen Bewegungen decken hier ein sehr breites Spektrum ab, wodurch die Auseinandersetzungen mit dem politisch Andersdenkenden gefördert werden (so erreichten die „Grünen" zum Beispiel bei den letzten Kommunalwahlen im Stadtteil Wiehre zum Teil über 30 Prozent).

Das erfordert von den Mitbürgern, die dem konservativ-bürgerlichen Lager zuzurechnen sind, etwas, das Sie ganz am Ende (mit ironischer Färbung) erwähnen, ohne sich wirklich gesellschaftlich-sozialpolitisch damit auseinanderzusetzen: Toleranz. Auch die Frage nach den Ursachen unterbleibt.

Detlef Schmedding, March

(Bis vor kurzem noch als Student dem Lager der „Studenten, Spontis, ‚autonomen' Linken und alternativen Wohngemeinschaften" zugehörig)

Graudenz

„Seltener Ehrenname in ehrlosen Zeiten"; Geistige WELT vom 19. Juli

Die heimatvertriebenen Graudenzer danken Walter Görlitz für seinen Beitrag. So selten wird von dieser bedeutenden Mittelstadt zwischen Danzig und Thorn in Westpreußen berichtet.

Graudenz war, als es 1920 ohne Volksabstimmung zum sogenannten polnischen Korridorgebiet kam, zu 85 Prozent deutsch bevölkert und blieb auch während der 20 Jahre Zugehörigkeit zum damaligen Polen ein Zentrum für die zur Minderheit gewordene deutsche Volksgruppe.

Die Graudenzer haben in dem heutigen Kölner Stadtbezirk Porz eine Patenstadt gefunden, wo sie alle zwei Jahre, das nächste Mal im September 1987, zusammenkommen.

Wilfried von Koerber, Eckernförde

Wort des Tages

„Auch wenn alle einer Meinung sind, können alle unrecht haben."

Bertrand Russell, englischer Philosoph und Mathematiker (1872–1970)

Gewalttäter

„Voscherau: Einkesselung war ein Fehler"; WELT vom 8. Juli

„Nur" rund ein Drittel der „Demonstranten", die in Hamburg von Polizei eingekesselt wurden, sei dem Gewaltpotential zuzurechnen gewesen! Ein Drittel von 400, die der Ausschußvorsitzende Henning Voscherau gezählt hat! Das ist also eine ganze Kompanie. Und sollen die übrigen friedlichen Demonstranten nicht – wie gehabt – ihre „klamm-heimliche" Freude an dieser Kompanie gehabt haben? Und da Gewalttäter gemeinhin nicht ohne Waffen zur Gewalt neigen, so hätte sich die Polizei also mindestens mit zu Recht begründeter Vermutung einer bewaffneten Kompanie gegenüber gesehen. Und das bestätigt vom Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg.

Nun sind Terroristen nichts Neues. Schon vor 2000 Jahren hatten die Römer gegen die Katilinarische Verschwörung zu kämpfen, die der damalige Consul Cicero mit den vier katilinarischen Reden zum Erliegen brachte. Dieser Erfolg brachte ihm den Ehrennamen „Vater des Vaterlandes" ein. Und was sagte dieser „Vater des Vaterlandes" (in der Rede „pro Milone")? Er sagte: „Inter arma silent leges"! Zu deutsch: Im Waffenlärm schweigen die Gesetze.

Die ewige Herumhackerei auf der Polizei sollte denkenden Demokraten zu denken geben und die „Ewig-Besserwisser" schweigen lassen. An Polizisten haben wahrlich mehr als 400 insgesamt mehr zu leiden bekommen als die paar 400 in der „Einkesselung" auf dem Heiligengeistfeld. Wer möchte 133 Gewalttätern als Polizist gegenüberstehen? Möchte Herr Voscherau das? Er mag es mal tun und dann schwatzen. „Inter arma silent leges", meine Herren Kriegsteilnehmer aus dem Friedenslager.

J. Suchsland, Wesel

Moskauhörig

„Wer gefährlich ist"; WELT vom 24. Juli

Sehr geehrter Herr Kahl,

die Wege in die Gewalt führen, wie Sie richtig bemerken, nicht an der moskauhörigen DKP vorbei. Diese von der WELT oft dargelegte Tatsache scheint aber bei vielen in unserem Lande in Vergessenheit zu geraten.

Wie läßt es sich zum Beispiel erklären, daß linke Kräfte der SPD (ich denke hier speziell an die „Jungsozialisten in der SPD") ohne Wenn und Aber sogenannte Zweckbündnisse mit dem ebenfalls moskauhörigen „Marxistischen Studentenbund" (MSB) an unseren Universitäten eingehen, ohne daß die Öffentlichkeit davon Kenntnis nimmt? Dabei ist besagter „MSB" mit dem bezeichnenden Namenszusatz „Spartakus" eine von der DKP angeleitete Studentenorganisation und tritt unter dem nach außen hin lapidar erscheinenden Postulat „Marx an die Uni" auf.

Es sei daran erinnert, daß das Zentralorgan des „MSB Spartakus" („Rote Blätter") erst in jüngster Zeit Namen von Personen veröffentlicht hat. Professor Karl Heinz Beckurts war auch in der Liste aufgeführt und „zum Abschuß freigegeben".

Albert Alten jr., Student an der Universität Hamburg

Leitsätze

WELT-Serie: „Bundeswehr 2000"

Der Wille zur Selbstbehauptung in unserer Gesellschaft läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Vor allem, den führenden Eliten unseres Staates ist es bisher noch nicht hinreichend gelungen, durch Wort, Taten und Aufzeigen sinnvoller Zukunftsperspektiven den Wert der Bundesrepublik Deutschland so einsichtig zu machen, daß Soldaten und Reservisten das von ihnen geforderte Opfer als sinnvoll betrachten.

Daran wird sich auch kaum etwas ändern, wenn der Bundesverteidigungsminister sich entschließt, die schon im zweiten Entwurf vorliegenden Leitsätze zur Tradition in der Bundeswehr zu veröffentlichen. So sehr zu wünschen ist, daß dies bald geschieht, so wenig wird man jedoch erwarten können, daß von diesen wesentliche Impulse für die zu verbessernde Motivation ausgehen. Zu verschieden sind die soldatischen Anforderungen in der Vergangenheit von denen unserer Gegenwart – ganz zu schweigen von den denkbaren Dimensionen eines modernen Kriegsbildes im nuklearen Zeitalter. Immerhin aber dürfte dann klarer werden, daß die Tradition der Bundeswehr in erster Linie auf den Wertmaßstäben der Demokratie und des westlichen Bündnisses beruht. Bei aller Achtung vor den Leistungen der Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die Wehrmacht als Institution kann unter keinen Umständen als traditionswürdig bezeichnet werden.

Für die Soldaten von morgen ist es viel ausschlaggebender, daß sie durch eine Politik des demokratischen Beispiels den Wert unserer Ordnung begreifen und dadurch besser in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zur Freiheit der Eigenentwicklung zu leisten. Das setzt voraus, daß die politische und militärische Führung Sorgen, Nöte, Einstellung und Wünsche der jungen Generation nicht nur kennt, sondern sie in ihre mittelfristige militärische Planung adäquat miteinbezieht.

Professor Hans-Adolf Jacobsen, Seminar für Politische Wissenschaft, Universität Bonn

Personen

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Rudolf Wetzstein** feierte in München seinen 70. Geburtstag. Professor Wetzstein war bis zu seiner Emeritierung 1982 Inhaber eines Lehrstuhls für Anatomie in der Medizinischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sehr früh erkannte Wetzstein die Bedeutung der Elektronenmikroskopie für die Anatomie und arbeitete mit dem ersten Elektronenmikroskop in München. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt lag in der Erforschung der Ultrastruktur periventrikulärer Organe, endokriner Organe und des Innenohrs, worüber er zahlreiche Veröffentlichungen in deutschen und internationalen Zeitschriften vorlegte.

UNIVERSITÄT

Der Kunsthistoriker Dr. **Martin Warnke** (49) von der Universität Hamburg ist von der J.-Paul-Getty-Stiftung als Stipendiat berufen worden. Zusammen mit zehn weiteren Wissenschaftlern aus den Niederlanden, der Schweiz, Australien, Kanada und den USA soll er ein Jahr lang an dem der Stiftung gehörenden „Zentrum für die Geschichte der Kunst und der Geisteswissenschaften" im kalifornischen Santa Monica Forschungen über die Geschichte des Mäzenatentums betreiben.

*

Professor Dr. **Werner Böcker**, Chefarzt des Pathologischen Instituts des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Altona, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für „Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie" an der Universität Münster erhalten.

EHRUNGEN

Dem Vorstandsmitglied der Bayerischen Motorenwerke AG in München, **Hans C. Koch**, ist von der Technischen Universität München die Würde eines Ehrendoktors verliehen worden. Koch erhielt die Auszeichnung „in Anerkennung herausragender technisch-wissenschaftlicher Leistungen auf dem Gebiet der Produktionstechnik im Automobilbau".

*

Der Salzburger Kritikerpreis 1986 ist dem deutschen Journalisten **Benjamin Henrichs** von der Wochenschrift „Die Zeit", Hamburg, verliehen worden. Henrichs soll am 19. August die mit 25 000 Schilling (3570 Mark) dotierte Auszeichnung vom Salzburger Bürgermeister **Josef Reschen** entgegennehmen. Die Jury des seit 1967 anläßlich der Salzburger Festspiele verliehenen Preises hat ihn Henrichs für dessen Besprechung der Uraufführung des Thomas-Bernhard-Schauspiels „Der Theatermacher" in der „Zeit" am 23. August 1985 zugesprochen. Der nächste Kritikerpreis ist für eine Rezension der Uraufführung der Oper „Die Schwarze Maske" von Krzysztof Penderecki (15. August) vorgesehen.

*

Der Bremer Bildhauer **Bernd Altenstein** ist mit dem dritten Preis beim internationalen Rodin-Wettbewerb in Japan ausgezeichnet worden. Altenstein, Professor an der Bremer Hochschule für Gestaltung, erhielt den Preis für seine große Bronze-Plastik mit dem Titel „Mann am Schreibtisch".

VERNISSAGE

Der Präsident des mitteldeutschen Künstlerbundes, Professor **Willi Sitte**, wird im Sommer 1988 in der Osnabrücker Dominikanerkirche erstmals einen Teil seiner Werke in der Bundesrepublik Deutschland persönlich präsentieren. Sitte folgt einer Einladung des Bundes Bildender Künstler in Osnabrück.

MEDIEN

Dr. **Rainer Köthe** (38), Wissenschaftsredakteur beim „Stern", wird zum 1. Oktober neuer Chefredakteur des „Cosmos"-Magazins (Franckh-Verlag in Stuttgart). Dr. **Heinrich Jaus** (39), seit fünf Jahren Chefredakteur und in Personalunion Leiter des Verlags-Lektorats Elektronik und Modellbau, wird sich künftig allein dem Lektorat widmen.

RUHESTAND

Der Kommandeur der Schutzpolizei bei der Bezirksregierung Braunschweig, Polizeidirektor **Bodo Gösmann**, tritt Ende des Monats in den Ruhestand. Nachfolger wird der 55jährige Polizeidirektor **Helmut Dohr**.

WAHL

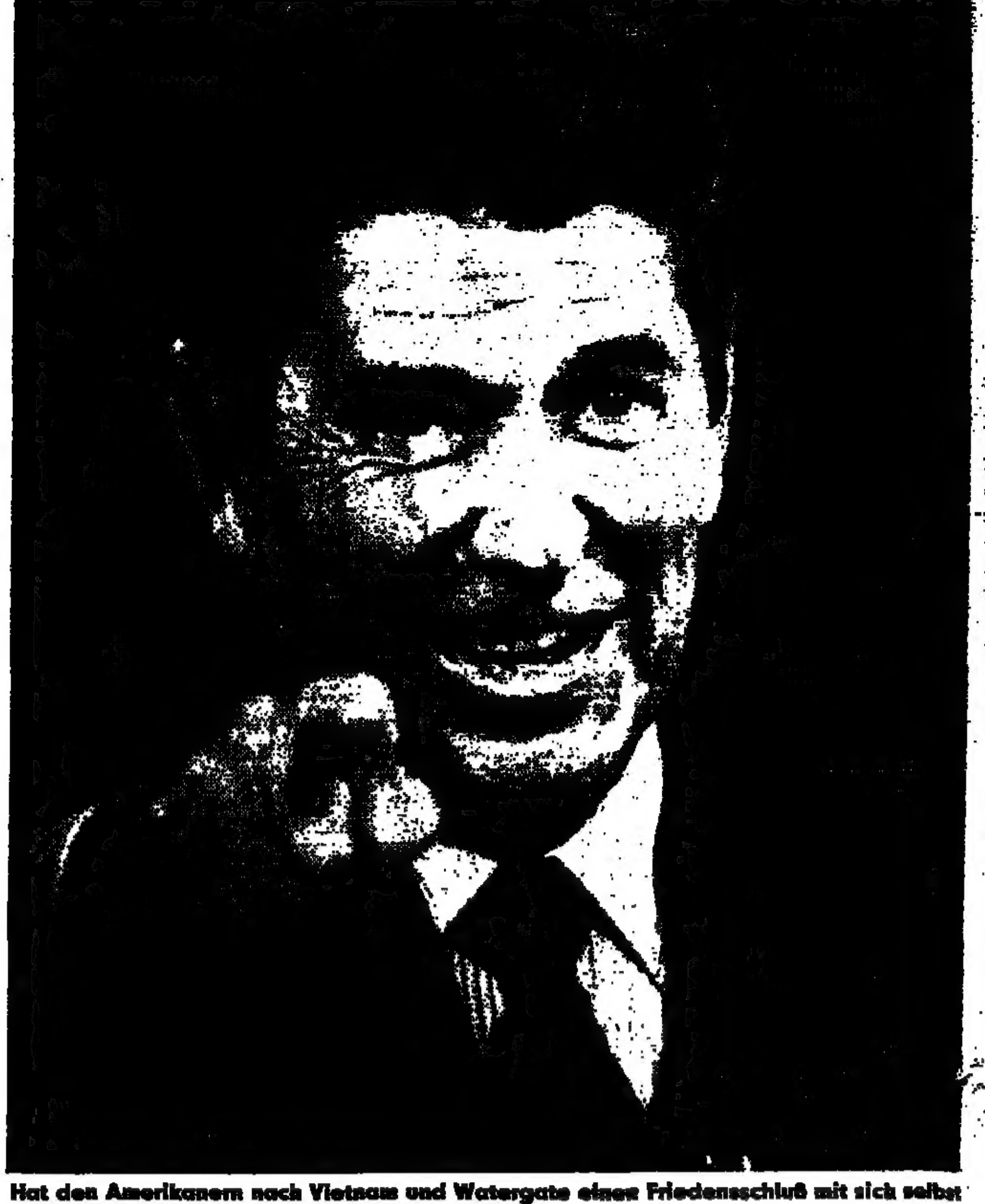
Neuer Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE) ist **Hermann Bahlsen**. Der persönlich haftende Gesellschafter der H. Bahlsen Keksfabrik KG in Hannover wurde von der BVE-Mitgliederversammlung zum Nachfolger von Dr. **Arend Oetker** gewählt, der dieses Amt acht Jahre lang innehatte.



Wurde mit einer Erbschaft aus den Sechzigern und Siebzigern nicht fertig – dem zynischen Selbsthaß der Nation: Jimmy Carter, 39. Präsident der USA FOTO: PHIL STEWARD/STUDIO X

Die Außenpolitik Reagans zielt auf die Wiederherstellung des amerikanischen Einflusses in der Welt. Der Präsident ist sich mit den Bürgern darin einig, daß die Nation dafür die Streitkräfte verstärken muß. Das neue Selbstgefühl der Amerikaner irritiert zuweilen ihre europäischen Verbündeten, wie das kritische Echo auf den Bomber-Raid gegen Libyen bewiesen hat. Sind das nur die Veto-Spielereien eines launischen Schützlings?

Das Bündnis steht am Scheideweg



Hat den Amerikanern nach Vietnam und Watergate einen Friedensschluß mit sich selbst vermittelt: Ronald Reagan, 40. Präsident der USA FOTO: DPA

Ich landete in Washington zwei Tage nach dem amerikanischen Luftangriff auf Tripolis und Bengasi. In London war unser Jumbo eine Stunde festgehalten worden: ein herrenloses Gepäckstück im Frachtraum. Man mochte das um so weniger, als zur selben Stunde, ein paar hundert Meter von mir entfernt, eine irische Passagierin der El Al festgenommen wurde. Ihr arabischer Freund hatte ihr als Gruß nach Tel Aviv eine Bombe in die Tragetasche geschmuggelt.

Davon und von dem Mord an einem Briten in Beirut als „Rache für Libyen" erfuhren wir erst nach der Landung in Washington. Ich war einige Jahre nicht mehr dort gewesen. Bereits vor dem gelben Strich an der Paßkontrolle bemächtigte sich ein Beamter in Zivil meiner Papiere und verschwand damit. Er kam mit einer Entschuldigung in flüssigem Deutsch zurück. Von der altgewohnten Lässigkeit auf Dulles Airport stachen diese Doppelkontrolle und die deutschen Sprachkenntnisse merklich ab.

Das war übrigens das einzige Zeichen amtlicher Nervosität, das mir auf einer Reise kreuz und quer durch die USA begegnen sollte. Hat man einmal die Zollkontrolle hinter sich, fühlt man sich so wenig beobachtet (oder beachtet) wie einst, als ich unweit des heutigen Dulles Flughafens ansässig war.

Unter einem Hagel von Nachrichten

Dort war es damals noch recht ländlich. Nur die Fans kannten die Gegend als Schauplatz einer der mörderischen Schlachten, die im Bürgerkrieg des letzten Jahrhunderts um den Besitz der amerikanischen Hauptstadt zwischen Nord und Süd ausgefochten wurden.

Im Hotel die ersten Abendnachrichten. Nachtaufnahmen mit Infrarot-Gerät vom Anflug und Bombenwurf auf libysche Kasernen und Khadhafis Zelt. Direktbericht eines ABC-Reporters über die Schäden in Tripolis. Wunderbar. Die amerikanischen Korrespondenten sind auch beim Gegner dabei. Bilder von zerfetzten Autos und Menschen in Beirut, tobende Demonstranten in Sudan, und da ist die wohlbekannte Abflughalle in London, wo die Bombe in der Tragetasche gefunden wurde. Man sitzt unter einem Hagel, unter einem Geprassel von Nachrichten, geordnet für Auge und Ohr nur durch die unerschütterliche Ruhe des Moderators. Kaum eine Mitteilung, die aus mehr als vier Sätzen besteht, Szenenwechsel alle fünf Sekunden, tollkühne Schnitte, unterlegte Schrift ersetzt umständliche Ansagen. Alles in allem ein massiver Ansturm auf die Konzentrationsfähigkeit des Zuschauers.

Ich rechnete mir während einer Werbe-Unterbrechung aus, daß hier dank der technischen Brillanz etwa doppelt soviel Informationen geboten wurden wie in einer gleich langen deutschen „Tagesschau".

„Europäer – feige und geldgierig"

Ob es richtig und wichtig ist, Informationen so dicht gedrängt zu vermitteln? Es hängt davon ab, ob man dem Publikum eine Betrachtung aus mehreren Blickwinkeln ermöglichen will oder nicht. Die amerikanische Nachrichtensendung ähnelt einem Rundhorizont.

Man glaubte, die eigenen, widersprüchlichen Empfindungen nachvollzogen zu sehen. Amerikaner, die mit großer Mehrheit dem Faustschlag ihres Präsidenten zustimmten, standen Europäern gegenüber, welche die Aktion mit etwa der gleichen Mehrheit ablehnten. Wenn von Europäern gesprochen wurde, waren die NATO-Verbündeten gemeint – minus Großbritannien, dessen Bevölkerung sich im Gegensatz zur eigenen Regierung ablehnend verhielt, und einschließlich der Franzosen, welche trotz des Treffers auf die französische Botschaft in Tripolis Reagans Handlungsweise billigten, nachdem ihre Regierung sie zu unterbinden versucht hatte. Von den Deutschen war kaum die Rede.

Ein Tag später: Der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten wird mit den Worten zitiert: „Die Europäer sind eine Mischung aus Geldgier und Feigheit." Der Mittelost-Unterhändler von Präsident Carter verteidigt die Tripolis-Aktion, fordert aber nunmehr die engste Zusammenarbeit mit den NATO-Alliierten. Verteidigungsminister Weinberger hatte auf einer Karte den Umweg gezeigt, den die amerikanischen F-111 dank des französischen Vetos fliegen mußten. Forsche Kolumnisten sahen in dieser Linie eine bittere Lehre für die Amerikaner und ein Menetekel für die Europäer. Besser die Truppen nach Haus holen, als ihren Einsatz dem Veto eines launischen Schützlings zu unterwerfen.

Henry Kissinger stößt einige Tage später ins gleiche Horn, doch da ist die Hauptaufregung bereits vorüber und die Aufwallung unter einer Lawine anderer, bestürzender Nachrichten verschüttet: Als in Tschernobyl der Atomreaktor aus dem Ruder läuft und die Russen es zu verheimlichen versuchen, ist alles andere, einschließlich des Tokioter Gipfels, nur noch von drittklassigem Nachrichtenwert.



Bereits nach der libyschen Aktion waren zahllose Urlaubsreisen der Amerikaner nach Europa und besonders ans Mittelmeer abgesagt werden. Angesichts der Hysterie in Europa nach Tschernobyl verstärken sich die Stornierungen. Die Vermieter der feinen Häuser auf Long Island erhöhen die Preise.

Am Abend der Ankunft in Washington sagt eine amerikanische Kollegin am Telefon, sie müsse zu einer Schul-Veranstaltung, welche junge Amerikaner mit Zöglingen der deutschen Schule in Washington zusammenbringen soll: Diese letzteren entwickelten in ihrem Ghetto-Dasein eine deutliche Animosität gegen Amerika.

Die bösartig besorgten Kommentare deutscher Politiker zur Libyen-Aktion klangen mir noch in den Ohren. Es war mir aber neu, daß der deutsche Antiamerikanismus bereits die Diplomatenkinder erfaßt hat. Ich nahm es zum Anlaß, die Neue Welt mit der Frage zu prüfen, ob wir vielleicht schon am Scheideweg stehen.

Wer am Scheideweg steht, sollte wissen, von wem er sich trennt. Wissen wir das? Der Mann auf der Straße in den USA gibt zu, nicht viel von den Deutschen zu verstehen. Die meisten Deutschen dagegen sind überzeugt, die Amerikaner in- und auswendig zu kennen. Das ist interessant. Die Kenntnis der Völker übereinander ist selten auf dem neuesten Stand. Sie hinkt gewöhnlich um einige Jahre hinter der Entwicklung her.

So klebt an Präsident Reagan bei uns der Ruf, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Er gilt als „terrible simplificateur", als kriegslüstern und weltpolitisch unerfahren, zudem unfähig, die heftigen Klassen- und Rassenkonflikte in den Vereinigten Staaten zu lösen.

Diese Ansichten bildeten sich in der Anfangszeit seiner Regierung, als es vorwiegend Reagans innenpolitische Gegner waren, die der Presse und dem Fernsehen in der Bundesrepublik die eingängigeren Stichworte lieferten. Viele Deutsche halten an diesem liebgewordenen Reagan-Bild fest. Aber müßten sie sich nicht fragen, wieso ein Mann dieses Schlages sechs Jahre lang immer höhere Grade der Zustimmung im amerikanischen Volk findet?

Wahlergebnisse sind in Demokratien noch bessere Führer durch den Dschungel der Politik als Meinungsumfragen. Ich las die Wahlergebnisse noch einmal durch. Reagan wurde nach vier Jahren im Weißen Haus mit einer sensationell erhöhten Mehrheit wiedergewählt. Und das nicht etwa, weil sein Gegner eine Niete gewesen wäre. Aus der gleichmäßigen Verteilung seiner Stimmenmehrheit über alle 50 Staaten außer einem, läßt sich schließen, daß Reagans Politik keiner Region dieses Kontinents gegen den Strich ging. Auch heute, fast zwei Jahre später, wird nirgends der Aufstand geprobt, obwohl natürlich der Kampf um die Nachfolge bereits eingesetzt hat.

Man mag diesen Erfolg mit der besonderen Faszinationskraft eines alten Charmeurs erklären. Aber wie erklärt man das folgende: Von 435 Abgeordneten beider Parteien im Kongreß wurden 390 wiedergewählt; also rund 90 Prozent. Das geschah nicht auf Grund einer parteibestimmten Listenwahl, sondern von Wahldistrikt zu Wahldistrikt. In den gesetzgebenden Versammlungen der Einzelstaaten betrug der Wechsel gar nur vier Prozent. Was anderes kann man daraus schließen, als daß die Amerikaner mit ihren politischen Repräsentanten im wesentlichen zufrieden sind? Offenbar halten sie die herrschende Machtverteilung für das geringste Übel. Sofern keine Katastrophe dazwischen kommt, wird sich dieses Bild in den Zwischenwahlen im November bestätigen. Und was heißt das? Die Amerikaner leben trotz zahlloser Einzelkonflikte in Frieden miteinander. Sie sind mit sich und ihrer Führung einverstanden.

Für Amerika ist das eine beinahe revolutionäre Neuerung. Für mich war es eine wichtige Erkenntnis. Blicke ich zurück, so bin ich noch heute erschrocken über den Haß zwischen Republikanern und Demokraten zu Trumans Zeiten. Senator McCarthy, der erste Fernseh-Demagoge, trieb den Parteienstreit zu schrillen Dissonanzen. Eisenhower beruhigte zwar das parteipolitische Klima; dafür stieg die Temperatur zwischen den Weißen und Schwarzen des Südens zur Siedehitze, bis zum Truppeneinsatz. Die Morde an den Brüdern Kennedy und an Martin Luther King kennzeichnen die sechziger Jahre. Sie sahen den Aufstand der Universitätsjugend. Und dann der Vietnam-Krieg, Watergate, Jahre der außenpolitischen Fehlschläge und innenpolitischen Zerklüftung. Sie hinterließen eine Erbschaft von Zweifel an allem, an zynischem Selbsthaß der Nation.

Nach all diesen Jahren – heute: Ruhe. Optimismus. Was die Amerikaner für Reagan einnimmt – Selbstzufriedenheit wird man es nicht nennen können, aber zufrieden sind sie mit ihm, Prosperity für die überwältigende Mehrzahl. Chancen für die Minderheiten. Kein Klassenhaß, kein Rassenkampf, kein Krieg in Sicht.

Was die Wähler 1984 zeigten (und wohl im November wieder zeigen werden) ist die Ratifikation des unter Reagan erreichten Status. Sie unterstützen ihn, wenn er der Staatseinmischung engere Schranken zieht, sie dulden aber keine Minderung der sozialen Sicherheit für den allumfassenden Mittelstand. Ein halbes Jahrhundert lang war das am heißesten umkämpfte, innenpolitische Thema die Aufgabenteilung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor. Wenn sich jemand heute damit abquält, dann sind es die Europäer. Für die Amerikaner scheint der Fall ausgestanden. Sie haben zwischen der großen Depression und dem Kriegsende den Demokraten des New Deal 15 Jahre lang das Prinzip des Staatseingriffs zugestanden. Die 40 Jahre seitdem – ohne große Kriegsnot und ohne tiefe Wirtschaftskrise – haben in ihnen den Drang zu sozialen Experimenten à la Roosevelts New Deal einschlafen lassen und die Lust an Planung, Zuteilung und Wirtschaftseingriffen durch den Staat auf Null herabgesetzt.

Reagan hat während des Zweiten Weltkriegs als gut verdienender Hollywood-Star bis zu 91 Prozent seiner Gagen dem Finanzamt überweisen müssen. Das hat deutliche Spuren in seiner Politik hinterlassen. Sie ist eine Politik möglichst geringer Staatseingriffe; ohne Krampf und Zwang. Den Zwang des Isolationismus und den Krampf des Handels-Protektionismus der dreißiger Jahre möchte er ein halbes Jahrhundert danach nicht wiederholt sehen.

Politik der Einschüchterung

Er kann sich etwas darauf einbilden, die westliche Welt unter bedeutendem politischen und hohem persönlichen Risiko aus der Rezession geführt zu haben. Die amerikanischen Bürger bezahlen stoischen Gemüts den Preis dafür mit riesigen Handelsdefiziten, die der freien Welt zugute kommen.

Die Außenpolitik dieser Regierung zielt auf die Wiederherstellung des amerikanischen Einflusses in der Welt. Der Präsident ist sich mit den Bürgern und ihrem Kongreß einig, daß die Nation dafür die Streitkräfte und ihre Waffen vermehren muß. Um wieviel, das mag strittig sein; einig ist man sich darin, daß viel Geld ausgegeben werden muß, um vielleicht dadurch viel Blut zu sparen. Dem Stolz auf das Können amerikanischer Truppen und Waffen (ohne Wehrpflicht übrigens) entspringt ein neues Selbstgefühl der Nation. Es ist das Fundament der atlantischen Allianz. Allerdings nicht mehr als das Fundament. Ihr bester Kitt ist dieses Selbstgefühl nicht. Es irritiert die Alliierten. Sie wollen keine Doktrin unterschreiben, die besagt, daß ein totalitärer Gegner voller Expansionsgelüste besser durch rechtzeitige Einschüchterung in seine Schranken gewiesen wird, als durch einen überflüssigen Krieg.

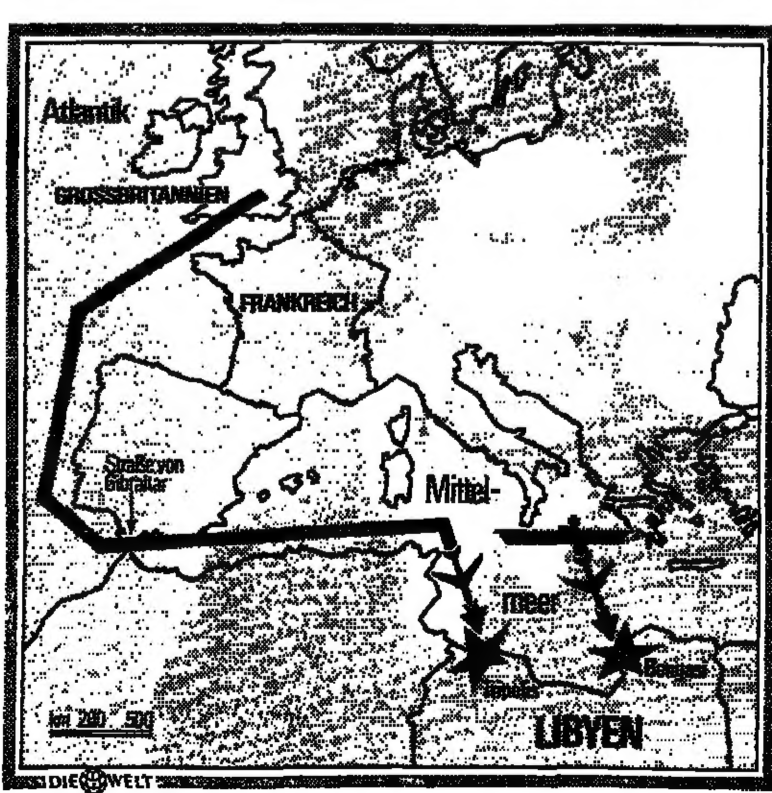
Junge Wähler stehen hinter Reagan

Die Wahlergebnisse zeigen, daß sich die jungen Wähler unter 30 angesichts der Biotechnologie, der Satelliten-Kommunikation, der Kernkraft durch die Unkenrufe der Demokraten nicht abschrecken ließen, republikanisch zu stimmen; sie schätzen das Risiko der Technik geringer ein, als die Gabe der Ingenieure, sich wo notwendig, zu korrigieren; sie haben sich längst in den Computer verliebt und dem Videospot ergeben und sehen in der Raumfahrt weniger eine Gefährdung als das Trittbrett zum Aufsteigen. Daran hat das „Challenger"-Unglück wenig geändert.

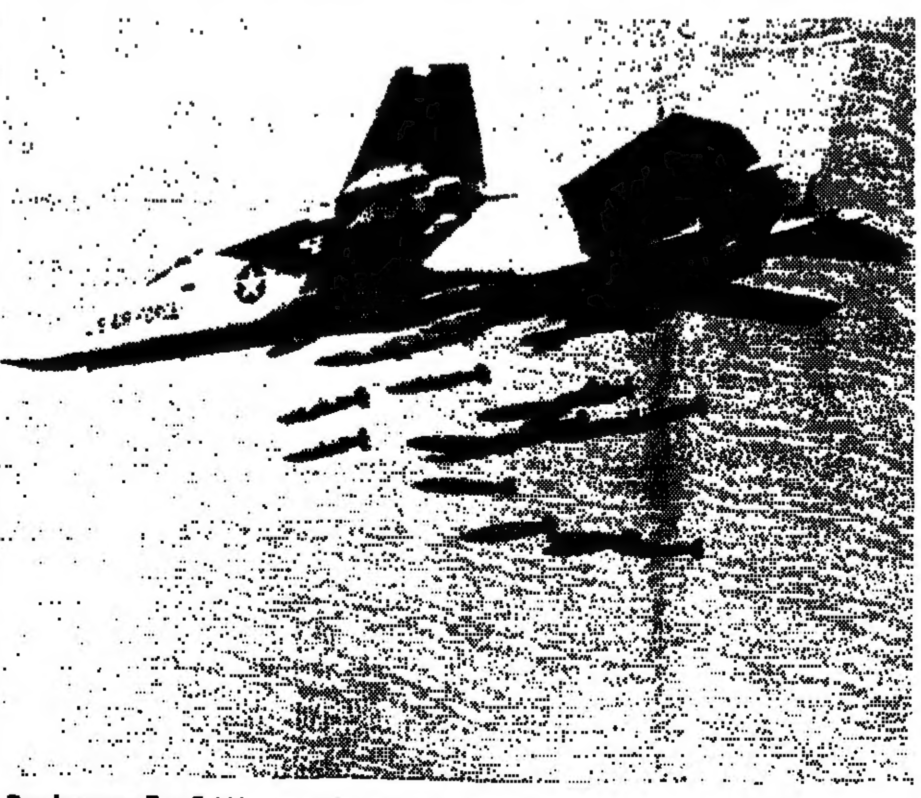
Diese Kinder des Babybooms, die 1984 flügge geworden waren, rebellierten auch nicht, wie ihre älteren Geschwister es getan hatten, mit dem Stimmzettel gegen die amerikanischen Bilderbuch-Institutionen, denen von zynischen Kritikern längst das Lebensrecht bestritten wurde. Zur Überraschung aller außer Reagan rebellierten sie gegen die ätzende und negative Kritik an dem, was eine Nation zusammenhält. Sie gaben mit ihrer Stimme der Reagan Reformation Tiefe, Breite und Stoßkraft.

Reagans Bedeutung liegt darin, daß er einen Friedensschluß der Amerikaner mit sich selbst vermittelt hat. Das kann einer der Momente im Völkerleben sein, da sich Bündnispartner entscheiden müssen, ob sie dem vitalen Schwung der Amerikaner folgen oder sich vorsichtig ins Ungewisse der Neutralität begeben wollen.

Am Freitag in der WELT:
Die Besetzung des Himmels: Wie Amerika den Daten-Schwall des Industriezeitalters bändigt



Ein schwarzer Pfeil, der Amerika entrüstete: Frankreichs Veto zwang die US-Bomber bei ihrem Raid gegen Libyen zu diesem Umweg FOTO: STUDIO X



Bomber vom Typ F-111 – zweieinhalbfache Schallgeschwindigkeit und 5600 Kilometer Reichweite – attackierten von Großbritannien aus Tripolis FOTO: DW



Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – so karikieren Amerikaner die ängstliche Passivität der Europäer gegenüber Khadhafis Übergriffen ZEICHNUNG: JIM BORGMANN

SCHACH / Erste Partie der Weltmeisterschaft endete in London mit einem ruhigen Unentschieden

Karpow spielte friedlich

DW. London

Im noblen Ballraum des Londoner Park-Lane-Hotels ist in den nächsten Wochen das Sprechen verboten, vor der Tür werden Bonbons ohne Papier angeboten, damit auch gar nichts raschelt. Die beiden Herren auf der Bühne brauchen Ruhe: Schach-Weltmeister Garri Kasparow (23) verteidigt seinen Titel gegen Anatolij Karpow (35). Zum ersten Mal kämpfen zwei sowjetische Spieler im Westen um die Krone des Schach-Sports.

Bereits zur ersten Partie war der Ballsaal mit 330 Zuschauern ausverkauft, umgerechnet rund 12 000 Mark wurden eingenommen. Doch die rechte Stimmung kam noch nicht auf. Nach drei Stunden und 35 Minuten war alles vorbei – die persönlich verfeindeten Giganten des Schach gaben sich friedlich.

Nach Kasparows überraschender und psychologisch interessanter Eröffnungsstrategie – er spielte mit den schwarzen Figuren das Grünfeld-Indische System, mit dem er mit weißen Steinen schon mehrere Erfolge erzielt hatte – wich Karpow allen Komplikationen aus. Schon im zwölften Zug, als er den Tausch der Damen anbot, war das Remis abzusehen. Beide aber spielten noch bis zum 21. Zug weiter – wohl auch für das Publikum.

Nur die ersten zwölf Partien finden in London statt. Dann ziehen Kasparow und Karpow nach Leningrad um. Kasparow hatte sich lange gegen diesen offensichtlich eigens für Karpow geschaffenen Revanchekampf gewehrt, nachdem er im Herbst letzten Jahres mit einem 13:11 aus 24 Partien der jüngste Weltmeister der Schach-Geschichte geworden war.

Er vermutete wohl nicht zu Unrecht, daß der Filipino Campomanes, ein enger Freund von Karpow und Präsident des Weltverbandes (FIDE), alles unternehmen wollte, seinem Schützling wieder zum Titel zu verhelfen. Ohne Grund (offiziell „körperliche Erschöpfung beider Spieler") hatte Campomanes schon den ersten Wettkampf zwischen dem damaligen Weltmeister Karpow und seinem Herausforderer Kasparow abgebrochen. Lediglich Karpow war nach 48 Spielen zwischen September 1984 und Februar 1985 mit seinen Kräften am Ende.

Kasparow hatte dem Revanchekampf schließlich nur unter einigen Bedingungen zugestimmt, die auch erfüllt wurden. So lehnte er zum Beispiel Moskau, Karpows Heimatstadt, als Spielort ab. Und schon im Vorfeld der Spiele setzte er ein Zeichen, das gerade bei ihm, dem Sohn eines jüdischen Vaters mit unbequemen Ansichten für den sowjetischen Schach-Verband, politisch gewertet werden muß. Er stiftete vorab seinen Anteil an der Prämie von umgerechnet einer Million Mark (der Sieger erhält zwei Drittel) den Opfern der Katastrophe von Tschernobyl. Karpow, der von den Offiziellen gehätschelte Parteifunktionär („Für mich gibt es nur zwei Lieben: Schach und Kommunismus"), mußte fast zwangsläufig nachziehen.

London und Leningrad erleben erneut den Kampf stark unterschiedlicher Persönlichkeiten und Spielauffassungen. Welche Stilrichtung wird sich diesmal durchsetzen: die kämpferische Aktivität von Kasparow oder die Routine des ruhigen Taktikers Karpow? Im zweiten Wettkampf war es Kasparows Spiel. In seinem Buch „Weltmeisterschaft 1985" schrieb er, so distanziert, wie es Großmeister tun, wenn sie ihre eigene Leistung betrachten: „Gerade auf dem Sektor der Konfrontation der diametral entgegengesetzten Spielkonzeptionen wurzeln die Gründe für Karpows Niederlage. Er konnte die Entwicklungsdynamik des vorangegangenen (abgebrochenen) Kampfes über 48 Partien nicht richtig einschätzen. Letzten Endes gewann das bedeutend progressivere Herangehen an das Schachspiel die Oberhand."

Vor der Weltmeisterschaft bereitete sich Kasparow in Zweikämpfen vor. Dabei besiegte er mit Robert Hübner (4,5:1,5), Andersson (4:2) und Miles (5,5:0,5) drei Gegner der Spitzenklasse deutlich. Karpow setzte sich dafür beim bislang am besten besetzten Turnier der Welt in Bagojno (Jugoslawien) mit nur einer Niederlage überlegen durch.

Das ist die Notation der Eröffnungspartie (Weiß: Karpow): 1.d4 Sf6, 2.c4 g6, 3.Sc3 d5, 4.Sf3 Lg7, 5.Lf4 c5, 6.dxc5 Da5, 7.Tc1 dxc4, 8.e3 Dxc4, 9.Da4+ Sc6, 10.Lxc4 0-0, 11.0-0 Ld7, 12.Db5 Dxb5, 13.Lxb5 Tac8, 14.Tfd1 Tfd8, 15.h3 h6, 16.Kf1 a6, 17.Le2 Le6, 18.Txd8+ Txd8, 19.Se5 Sxe5, 20.Lxe5 Td2, 21.b3 – Remis.

WELT-Mitarbeiter Ludek Pachmann, selbst Großmeister, wird die interessantesten Partien künftig wieder auf der Sportseite der WELT aktuell kommentieren.



Blick in die Zuschauer und Konzentration schon nach dem ersten Zug: Anatoli Karpow und Garri Kasparow. FOTO: AP

FECHTEN / Endlich ein Erfolg mit dem Säbel

Der „Einzelkämpfer im Dschungel" setzt sich durch – Jürgen Nolte

ANDREAS SCHIRMER, Sofia

Das ungeliebte Kind des Deutschen Fechter-Bundes ist dabei, sich seinen erfolgreicheren Brüdern anzupassen und ihnen nachzueifern. Bei den Weltmeisterschaften in Sofia gelang den deutschen Säbelfechtern endlich eine erfolgreiche Attacke auf die internationale Spitzenklasse. Erstmals seit 50 Jahren schaffte mit dem Bonner Jürgen Nolte ein deutscher Säbelfechter den Sprung in ein Weltmeisterschafts-Finale.

Dieses Kunststück hatte zuletzt Erwin Casmir bei den Olympischen Spielen 1936 fertiggebracht (er war Vierter). Sein Onkel Gustav Casmir war übrigens der bisher einzige Deutsche, der mit dem Säbel eine Medaille erkämpfen konnte – im Jahre 1906 gewann er Gold.

Gibt es jetzt einen späten, sehr späten Aufbruch, an diese Vergangenheit anzuknüpfen. Jürgen Nolte freute sich: „Nun kann keiner mehr sagen, wir sind nichts." Er belegte in der Endabrechnung den sechsten Platz, nachdem er im Finale gegen den späteren Silbermedaillen-Gewinner, Imre Bujdoso aus Ungarn, knapp mit 8:10 gescheitert war. Daß der Bonner Felix Becker und Dieter Schneider aus Tauberbischofsheim bis in die K.-o.-Runde kamen, rundet das gute Leistungsbild ab.

Die deutschen Säbelfechter haben auf ihrem mühevollen Weg nach oben viele Seitenhiebe einstecken müssen. Bei den letzten Weltmeisterschaften wurden sie noch als „Touristen" beschimpft. Im Mittelpunkt der Kritik stand ihre angeblich mangelhafte Einstellung zum Training. Durch diese Angriffe und den ausbleibenden Erfolg verunsichert, zweifelte sogar Jürgen Nolte. Der sechsmalige deutsche Meister mutmaßte damals: „Die Deutschen sind anscheinend gegen Säbel geimpft." Während die Florett- und Degenfechter Medaillen horteten, standen Nolte und seine Kollegen stets im Abseits. Nolte, der nun „große Genugtuung" empfindet, sagte über die gehätschelten Vertreter der anderen Waffen: „Die klimperten mit den Medaillen, und wir mühten uns ab, um überhaupt in die K.-o.-Runde zu kommen. Das hat schon verdammt weh getan."

Das Säbelfechten war in Deutschland noch nie populär, die Erfolge dementsprechend selten. Nach einer Phase langjähriger Erfolglosigkeit wurden die Säbelfechter 1979 sogar aus dem Aufgebot für die Weltmeisterschaft verbannt. Auch 1980 wäre wohl keiner von ihnen zu den Olympischen Spielen nach Moskau geschickt worden. Der Deutsche Fechter-Bund bemüht sich eigentlich erst seit 1981 um diese Disziplin, erlitt aber immer wieder Rückschläge.

Im Bundesleistungszentrum Bonn gaben sich innerhalb von vier Jahren immerhin vier Bundestrainer die Klinke in die Hand. Seit einem Jahr arbeitet hier nun der Bulgare Boris Stavrev. Sein Assistent ist der ehemalige ungarische Olympiasieger Tibor Pezar, der in der Fecht-Hochburg Tauberbischofsheim versucht, die Säbel zu schärfen. Stavrev sieht jetzt die erste Bestätigung seiner Arbeit: „Ich glaube, dieser Erfolg wird nicht der letzte sein." Sein optimistischer Blick in die Zukunft: „Vielleicht ist sogar bei den Olympischen Spielen 1988 eine Medaille drin."

Jürgen Nolte („Wir Säbelfechter sind der Löwenzahn im Englischen Garten des deutschen Verbandes") ist da noch skeptisch, zumindest was die Steigerung des Ansehens in Verband und Öffentlichkeit angeht. Ein von ihm formulierter Forderungskatalog, in dem er Vorschläge zur Unterstützung der Säbelfechter erarbeitet hatte, blieb unbeantwortet. Nolte, 27 Jahre alt und Student von Sport und Biologie: „Da tat sich gar nichts. Die Funktionäre schwimmen nur mit dem Erfolg – wie der Korken auf dem Wasser."

Nolte, der sich lange Zeit als „Einzelkämpfer im Fecht-Dschungel" bezeichnete, will dennoch über 1988 hinaus aktiv bleiben. Ein Jahr nach den Olympischen Spielen in Seoul nämlich wird endlich die elektrische Trefferanzeige auch in dieser Sparte des Fechtens eingeführt. „Dann", so vermutet Nolte, „ist es natürlich einfacher, eine Medaille zu holen." Der Grund dafür ist auch einfach: Bei zweifelhaften Aktionen entscheiden die Kampfrichter gerne für die Vertreter der traditionellen Nationen des Säbelfechtens. Und zu denen hat Deutschland eben noch nie gehört, Gustav Casmir und sein Neffe Erwin waren Ausnahmen. Bis heute?

Die Weltmeisterschaft gewann Sergej Mindirgassow, ein 26 Jahre alter Offizier der Sowjetarmee. Er besiegte im Finale den Ungarn Bujdoso mit 10:7. Bronze gewann der ehemalige Weltmeister Vassil Etropolski aus Bulgarien (11:9 über den Franzosen Lamour).

NACHRICHTEN

Becker in SAT 1

Bonn (DW.) – Der private Fernsehsender SAT 1 überträgt die Offenen Meisterschaften der USA (26. August bis 7. September) in Flushing Meadow, das bedeutendste Tennis-Turnier nach Wimbledon. Das Eröffnungsspiel der Herren, alle Halbfinalspiele und das Finale werden live übertragen. Helmuth Bendt, Sportchef von SAT 1: „Selbstverständlich übertragen wir alle Spiele mit Boris Becker und Steffi Graf live, wenn es die Spielplanung und der Zeitunterschied zulassen."

Pause für Platini

Turin (sid) – Michel Platini, Frankreichs Fußballstar, der für Italiens Meister Juventus Turin spielt, muß zwei Monate lang pausieren. Er leidet an einer Entzündung der Achillessehne.

McEnroe fällt zurück

New York (sid) – Der zweimalige Wimbledon-Sieger Boris Becker belegt in der neuesten Tennis-Weltrangliste hinter Ivan Lendl und Mats Wilander Platz drei. John McEnroe ist vom sechsten auf den neunten Rang abgerutscht.

Klaus Ludwig Sechster

Portland (dpa) – Klaus Ludwig aus Bonn belegte beim 300-km-Rennen von Portland/Oregon auf einem Ford Probe den sechsten Rang. Es siegte der Amerikaner Al Holbert mit einem Porsche 962.

China boxt wieder

Shanghai (sid) – Vier Monate nach der Aufhebung des Boxverbots in China findet erstmals seit 27 Jahren wieder ein Boxturnier statt. 72 Arbeiter und Studenten haben für die Veranstaltung gemeldet. 1959 war der Sport als gefährlich eingestuft und verboten worden. 1988 will China in Seoul auch am olympischen Turnier teilnehmen.

Liverpool: Defizit

Liverpool (dpa) – Der FC Liverpool, englischer Fußballmeister und Pokalsieger, hat in der erfolgreichsten Saison seiner Vereinsgeschichte ein Defizit von umgerechnet rund 765 500 Mark erwirtschaftet. Aus der Jahresabrechnung ging hervor, daß dafür hauptsächlich außergewöhnlich hohe Gehälter und Prämien verantwortlich waren. Spielertrainer Kenny Dalglish kassierte zum Beispiel 378 000 Mark, Torjäger Ian Rush 454 000 Mark. An elf Spieler wurden 284 000 Mark ausgezahlt.

Unfallflucht?

Trier (dpa) – Gegen die französische Rallye-Fahrerin Michèle Mouton ist von der Staatsanwaltschaft Trier ein Ermittlungsverfahren wegen Unfallflucht eingeleitet worden. Michèle Mouton soll bei der Hunsrück-Rallye am letzten Wochenende bei einem riskanten Überholmanöver in einer unübersichtlichen Kurve ein entgegenkommendes Auto gezwungen haben, in den Straßengraben auszuweichen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Dann habe sie die Fahrt fortgesetzt, ohne sich um den Unfall zu kümmern, bei dem lediglich Sachschaden entstand.

Weltstars bei Fichtel

Gelsenkirchen (sid) – Klaus Fichtel, Bundesliga-Rekordspieler mit 538 Einsätzen und 23maliger Fußball-Nationalspieler, feiert am 26. August in Gelsenkirchen seinen Abschied mit Weltstars. Mit Schalke 04 wird er gegen eine Auswahl spielen, in der auch Beckenbauer, Rummenigge, Vogts, Cruyff, Breitner, Keegan, Briegel, Magath, Völler und Simonsen stehen sollen.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Hilversum, 1. Runde: Stadler (Schweiz) – Meinecke (Deutschland) 6:1, 6:4, Cane (Italien) – Bates (England) 6:0, 7:6, Schapers (Holland) – Westphal (Deutschland) 6:4, 6:4, Maurer (Deutschland) – Woodford (Australien) 6:1, 6:4. – Turnier in Washington, 1. Runde: Novacek (CSSR) – Yzaga (Peru) 6:3, 6:4, Pimek (CSSR) – Eriksson (Schweden) 6:3, 1:6, 6:1, Manciel (Mexiko) – Ingaramo (Argentinien) 6:7, 6:4, 6:2, Agenor (Haiti) – Schwaier (Deutschland) 6:2, 6:4.

SCHACH

Großmeister-Turnier in Biel, 8. Runde: Hübner (Deutschland) – Hug (Schweiz) 1:0, Miles (England) – Cebalo (Jugoslawien) 1:0, Greenfeld (Israel) – Klinger (Österreich), Rogers (Australien) – Lobron (Deutschland), Polugajewski (UdSSR) – Hort (Deutschland) alle Remis. – 1. Hort 5,5 Punkte, 2. Lobron 5,0, 3. Polugajewski, Miles, Greenfeld alle 4,5.

FECHTEN

Weltmeisterschaft in Sofia, Säbel, Viertelfinale: Mindirgassow – Alschan (beide UdSSR) 10:7, Lamour (Frankreich) – Marintchechki (Bulgarien) 10:8, Etropolski (Bulgarien) – Csongradi (Ungarn) 10:4, Bujdoso (Ungarn) – Nolte (Deutschland) 10:8. – Halbfinale: Mindirgassow – Lamour 10:8, Bujdoso – Etropolski 10:8. – Um Platz drei: Etropolski – Lamour 11:9, Mindirgassow – Bujdoso 10:7.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 580 158,10, 2: 210 687,70, 3: 9948,50, 4: 151,30, 5: 10,90. – **Toto,** Elferwette: 1: 4662,00, 2: 184,50, 3: 20,30. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: 15 159,30, 3: 1568,20, 4: 36,30. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 639,10, 2: 57,00. – Rennen B: 1: 25,50, 2: 3,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 23 596,80. (ohne Gewähr)

REITEN

Auch die Dressur wird jetzt von Frauen beherrscht

sid, Düsseldorf

1986 war bisher in der Reiterei das Jahr der Frau. Zunächst wurde in Australien die Britin Virginia Leng Weltmeisterin der Military, in Aachen setzte sich die Kanadierin Gail Greenough bei den Springreitern durch, und in der Dressur wird in der nächsten Woche in Toronto ebenfalls eine Dame die Herrschaft antreten. Davon jedenfalls geht Titelverteidiger Reiner Klimke (Münster) aus. „Für mich ist die Schweizerin Christine Stückelberger auf Gauguin de Luly die große Favoritin, dann rechne ich mit der Dänin Anne Grethe Jensen und auch mit Margit Otto-Crepin aus Frankreich."

Männer haben auch in der Dressur nicht mehr viel zu sagen, selbst deutsche nicht. Der Ausfall des verletzten Paradepferdes Ahlerich wurde für Olympiasieger Klimke der Rücktritt ins Glied. Der Rechtsanwalt sattelt den Holländer Pascal, ein Pferd ohne ganz große Klasse. „Wenn ich damit Fünfter werde, dann habe ich fast ein Traumziel erreicht", sagt er.

Klimke reitet ganz für die Mannschaft mit den Neulingen Gina Capellmann (Aachen) auf Ampere und Johann Hinnemann (Voerde) auf Ideaal sowie Herbert Krug (Hochheim) auf Muscadeur. „Für uns geht es darum, mit der Mannschaft die Goldmedaille zu gewinnen", sagt er, „mein Schüler Hinnemann könnte auch eine Einzelmedaille ergattern." Wenn Deutschlands Reiter ins Viereck zogen, ritten sie bei einem Championat mit Gold am Hals wieder hinaus. Diesmal fehlt die Garantie dazu.

Für Christine Stückelberger spricht nicht nur ihr Können, auch das bereits eingesetzte Wohlwollen der Richter. Chef der Jury ist in Toronto ihr Landsmann Wolfgang Niggli. Er griff bei den letzten Konkurrenzen für Christine Stückelberger immer hoch in die Notenkiste. Die Olympiasiegerin von 1976 und Weltmeisterin von 1978 wurde jedenfalls bereits in Richtung Weltmeisterschaft eingewiesen.

Anne Grethe Jensen, Zweite der Europameisterschaft und der Olympischen Spiele, kann in Kanada ihren Wallach Marzog satteln. Sie wäre eine ebenso elegante Titelträgerin wie Margit Otto-Crepin. Die aus Saarbrücken stammende Französin hat mit dem Holsteiner Corlandus das Pferd mit der größten Ausstrahlung unter dem Sattel.

Der deutsche Beritt ist nicht gerade eine Lobeshymne auf die deutsche Zucht. Kein Mitglied der Equipe sitzt auf einem deutschen Pferd. Pascal, Ideaal und Ampere wurden in Holland gezogen, Muscadeur in Dänemark, und Dukat als Ersatzpferd (Besitzer: Krug) kommt aus Schweden. Klimke: „Das werde ich den Züchtern auch noch unter die Nase reiben."

LEICHTATHLETIK / Thompson blieb knapp unter seinem Weltrekord

Kampfansage an deutsche Gegner Wentz: „Ich hätte mehr erwartet"

sid/dpa, Edinburgh

Erst riß er sich das Leibchen mit der Startnummer vom Körper und warf es erbost zu Boden, dann warf Daley Thompson dem deutschen Zehnkampf-Trio den Fehde-Handschuh hin: „Bei der Europameisterschaft werde ich nicht nur meinen Titel mit Erfolg verteidigen, auch meinen Weltrekord werde ich dort verbessern. Dazu brauche ich in Stuttgart nur schönes Wetter und starke Gegner – aber die werden ja wohl da sein."

Bei den Leichtathletik-Wettkämpfen im Rahmen der Commonwealth-Spiele im schottischen Edinburgh lieferte Olympiasieger Daley Thompson wieder einmal die fettesten Schlagzeilen: Mit der Weltklasse-Leistung von 8663 Punkten gewann er zwei Tage vor seinem 29. Geburtstag zum drittenmal die Goldmedaille. Er bestätigte seine hervorragende Form, die sich schon im Mai in Arles (Frankreich) in der Jahres-Weltbestleistung von 8667 Punkten niedergeschlagen hatte.

Das Ergebnis von Edinburgh ist wegen des leistungsmindernden kühlen und regnerischen Wetters höher zu bewerten als die Bestleistung in Arles. Mit 10,37 Sekunden im 100-m-Lauf und 14,22 Sekunden über 110 m Hürden erzielte Thompson sogar persönliche Bestzeiten.

Darüber hinaus machte Thompson durch sein Verhalten Schlagzeilen: Am ersten Tag des Zehnkampfes hatte Alkohol-Gegner Thompson die Werbeaufschrift der Brauerei Guinness mit schwarzer Tusche unleserlich gemacht (siehe „Standpunkt"). Unter Berufung auf die Regeln des Weltverbandes (IAAF) wurde ihm daraufhin mit der Disqualifikation gedroht. Guinness ist mit zwei Millionen Pfund (rund sieben Millionen Mark) Hauptsponsor der Commonwealthspiele und hatte darauf bestanden, daß Thompson mit dem vorgeschriebenen Startnummern-Leibchen antrat.

Seine Leistung litt nicht unter diesem Ärger. Eher schon unter der zweitklassigen Konkurrenz, die den Weltrekord-Inhaber praktisch zu einem Alleingang zwang. Thompson distanzierte den Zweiten, den Kanadier Dave Steen (8173), um rund 500 Punkte. Bei stärkerer Konkurrenz wäre ein besseres Ergebnis möglich gewesen, denn „es ist äußerst schwierig, sich nach so langer Zeit immer noch genügend zu motivieren," sagte Thompson, von dem sein deutscher Konkurrent Siggi Wentz (Mainz) sagte: „Ich hätte ihm mehr zugetraut."

Wentz ist einer der starken Gegner, die Thompson sich für die Europameisterschaften in Stuttgart wünscht, darunter drei Zehnkämpfer des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Neben Wentz sind das Guido Kratschmer (Mainz) und Jürgen Hingsen (Duisburg). „Siggi, Guido und ich werden wohl wie bei Olympia die Plätze zwei bis vier hinter Daley unter uns ausmachen", sagt Jürgen Hingsen, der sich nach sieben Niederlagen gegen Thompson jetzt in der Außenseiter-Rolle wohler fühlt als in der Position des großen Herausforderers, der am Ende immer verliert.

Seine Stelle des Herausforderers scheint nun Siggi Wentz einnehmen zu wollen. Denn Wentz will sich nicht von vornherein geschlagen geben. „Wenn der Daley am ersten Tag wieder 4602 Punkte macht und es mir gelingt, 4450 entgegenzusetzen, dann wollen wir erst mal sehen", sagte Wentz, über den sein Trainer behauptet, er sei besser als je zuvor.

Am Wochenende werden Wentz und Hingsen mit Bundestrainer Wolfgang Bergmann und Hingsens Heimtrainer Norbert Pixken in Zell am See ein Trainingslager beziehen. Guido Kratschmer wird nicht dabeisein: „Ich beginne am 1. August meine Referendarzeit an einer Mainzer Realschule und kann schlecht mit einer Woche Urlaub starten", sagte Kratschmer, der trotz seiner 33 Jahre noch immer zum engeren Favoritenkreis gehört. Bundestrainer Bergmann vertraut auf die langjährige Erfahrung und die Substanz, die Kratschmer aus seiner 15jährigen Laufbahn mitbringt: „Der berufliche Einstieg zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht ideal, aber er wird Guidos EM-Chancen nicht beeinträchtigen."

Die anderen Leichtathletik-Entscheidungen in Edinburgh standen im Schatten des Zehnkampfes. Für Australien siegte Debbie Flintoff in 54,94 Sekunden über 400 m Hürden. Gael Martin (Australien) gewann mit genau 19,00 m das Kugelstoßen.

SCHWIMMEN / 13jähriges Mädchen siegte

Entdeckung aus Kanada

sid, Edinburgh

Mit zwölf Monaten fiel sie – damals war es noch ein Unglück – in ein Schwimmbecken. Jetzt ist Allison Higson 13 Jahre und 138 Tage alt, und das kanadische Schulmädchen aus Brampton in Ontario gilt als größte Entdeckung des Weltmeisterschafts-Jahres. Nach ihren Siegen bei den Commonwealth-Spielen in Edinburgh über 100 (1:10,84) und 200 m Brust (2:31,20) darf sie auch bei den Welt-Titelkämpfen in Madrid (13. bis 23. August) starten. Denn Altersbeschränkungen kennt der Weltverband (FINA) nicht.

Mit ihren Zeiten von Edinburgh steht Allison Higson auf den Plätzen fünf (100 m) und sechs (200 m) der aktuellen Weltrangliste. Aber an Zugaben in Form von WM-Medaillen denkt sie nicht: „Das wäre zu viel. Schon meine Steigerung hier kommt völlig überraschend." Daß sie als jetzt jüngste Siegerin überhaupt Geschichte für die Commonwealth-Spiele geschrieben hat, geht bei ihr unter: „Wenn ich schwimme, interessiert mich mein Alter nicht."

An den Unfall als Baby kann sich Allison Higson naturgemäß nicht erinnern. Sie muß Erzählungen ihrer Eltern glauben. Allison: „Es war in einer Schwimmhalle. Erwachsene durften da nicht hinein. Ich schaute meinem älteren Bruder zu, und als der Bademeister mich aus den Augen ließ, muß ich wohl plötzlich ins Wasser gefallen sein." Die Eltern standen machtlos hinter einer Glasfront und schlugen Alarm, bis der Bademeister die Kleine herauszog. „So habe ich Schwimmen gelernt", berichtet sie lachend.

Ein anderer kanadischer Star mußte vor den Augen von Königin Elizabeth II. eine Niederlage einstecken, die ihm zweieinhalb Wochen vor Madrid ganz sicher nicht schmeckt: Olympiasieger und Weltmeister Victor Davis verlor das 200-m-Brust-Rennen gegen den ehemaligen Europameister Adrian Moorhouse. Der Engländer schlug in der glänzenden Zeit von 2:16,35 an, der 22jährige aus Waterloo/Ontario in 2:16,70. Vor Zorn über die zweite Niederlage gegen Moorhouse schlug der als Heißsporn bekannte Davis wie wild auf die Trennleine zwischen den Bahnen ein.

Ein Athlet, sein Gewissen und das Diktat der Alkohol-Werbung

Ein Athlet und die Werbung, die er nicht vertreten will: Am ersten Tag des Zehnkampfes bei den Commonwealth-Spielen hatte Daley Thompson die Werbung der Brauerei Guinness auf seiner Startnummer mit schwarzer Tusche unleserlich gemacht. Angesichts der drohenden Disqualifikation fügte sich Thompson am zweiten Tag allerdings dem Diktat der Funktionäre. Widerwillig zwar, wie sein späteres Verhalten dokumentierte. Doch er fügte sich.

Erst abends, unmittelbar nach seinem Zieldurchlauf beim abschließenden 1500-m-Lauf, riß er sich das Leibchen vom Körper und warf es den Offiziellen vor die Füße. Die für alle Medaillengewinner verpflichtende Teilnahme an der Pressekonferenz sagte er wütend ab.

Thompson, der Olympiasieger und Weltrekord-Inhaber, ist ein erklärter Alkoholgegner. Er wuchs im Londoner Stadtteil Soho auf. In einer tristen Gegend, in der besonders viele Menschen das Elend mit Hilfe des Alkohols vergessen wollen. Thompson konnte dem Leben in den Slums mit Hilfe seiner Erfolge im Zehnkampf entkommen. Deshalb weigerte er sich jetzt, als populärer Sportler für Alkoholwerbung mißbraucht zu werden.

Den Mut zur Konsequenz hatte er allerdings nicht. Statt abzureisen, beugte er sich der Machtdemonstration von Funktionären, die er früher mit Vergnügen ignoriert hatte. Der

STAND ● PUNKT

Individualist Thompson, der sein eigener Trainer und Manager ist, hat sich jahrelang geweigert, an Wettkämpfen in Großbritannien teilzunehmen, weil ihm die Verhältnisse im englischen Leichtathletik-Verband nicht genügten. Seine Einsätze in der Nationalmannschaft hat er sich stets gut honorieren lassen.

Ein moralinsaurer Saubermann war Thompson nie. Doch er präsentierte sich bisher überzeugend als ein aufrichtiger Mensch, der Rückgrat nicht nur im Wettkampf zeigt. Er gehörte stets zu den Befürwortern der zunehmenden Professionalisierung des Sports und ist selbst ein Prototyp des professionellen Amateurs.

In Edinburgh erlebte er jetzt die Kehrseite des Profitums. Die Käuflichkeit eines Athleten, der sich zwingen läßt, öffentlich gegen die eigene Überzeugung zu handeln. Das (unter anderem) haben viele Sportverbände verhindern wollen, als sie jahrzehntelang zögerten, die Werbung im Sport zu erlauben.

Der Internationale Leichtathletik-Verband (IAAF) war 1974 einer der ersten, der Werbung auf Startnummern (wie die von Guinness in Edinburgh) genehmigte. Zwei Jahre später wurden auch Werbemaßnahmen der Verbände mit Athleten gestattet. Und jetzt, nur zehn Jahre später, hat die IAAF ihre Statuten schon so weit geändert, daß sie inzwischen die Athleten zu dem zwingen kann, wovor sie sie jahrzehntelang bewahren wollte: zur Werbung gegen deren Gewissen.

hof



1. Tag: Werbung übermalt. 2. Tag: Werbung sogar am Hals

Asylfrage: Kommt es zu Treffen Kohl–Honecker?

Union gibt Forderung nach Grundgesetzänderung nicht auf

DW. Hannover/Berlin

In der Diskussion, wie der Strom von Asylbewerbern über Ost-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland gestoppt werden kann, ist jetzt die Idee eines Treffens zwischen Bundeskanzler Kohl und SED-Chef Honecker ins Spiel gebracht worden. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, regte in einem Interview mit der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse" ein solches Treffen an.

Nach Ansicht des FDP-Politikers gilt es nun, auf „Drohgebärden" zu verzichten und den Dialog mit Ost-Berlin zu suchen. Der Staatsminister spielte damit offenbar auf Überlegungen in der Union an, den innerdeutschen Handel als Druckmittel gegen die „DDR" einzusetzen. Möllemann sagte zu den Chancen für eine Begegnung zwischen Kohl und Honecker, sie hätten sich durch die „sehr ergiebigen Gespräche" von Außenminister Genscher in Moskau deutlich verbessert. Zugleich warnte er in dem Interview davor, die aufkeimende Ausländerfeindlichkeit durch die anhaltende Debatte über das Grundrecht auf Asyl weiter anzuheizen.

Aus der Union verlautete unterdessen, daß die von ihr angestrebte Änderung des Grundgesetzes bei einem Wahlsieg von CDU/CSU und FDP 1987 zum Thema der dann anstehenden Koalitionsverhandlungen gemacht werde. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Rudolf Seiters, erklärte gestern, in diesen Verhandlungen werde der gesamte Asylbereich eine Rolle spielen.

Die Diskussion in der Bundesrepublik um das Problem der stark gestiegenen Zahl von Asylbewerbern hat die Internationale Liga für Menschenrechte als „irrational" und „hysterisch" bezeichnet. Liga-Präsident Carl-Heinz Evers erklärte gestern in Berlin, die Debatte werde auf dem Rücken der Asylbewerber ausgetragen und als „billige Vorwahlkampfmunition" ausgeschlachtet.

Die Organisation wendet sich vor allem gegen die Diffamierung von Asylbewerbern durch Begriffe wie „Asylant" oder „Asylantenflut". Der im Gesetz verankerte neutrale Begriff des Asylbewerbers werde immer stärker durch den politischen Kampfbegriff „Asylant" ersetzt. Dieses Wort stempele den Asylbewerber zu einem „Nichtflüchtling" ab, der aus einem anderen Motiv als dem der Verfolgung sein Heimatland verlassen habe. In der deutschen Sprache sei die Endung „ant" zudem negativ besetzt, wie die Beispiele Querulant oder Simulant zeigten.

Neue Heimat muß bangen

Aberkennung der Gemeinnützigkeit wird noch mal geprüft

dpa, Düsseldorf

Der Regierungspräsident in Düsseldorf sieht sich offenbar zu einer Neubewertung der Frage gezwungen, ob der Neuen Heimat (NH) Nordrhein-Westfalen nachträglich die Gemeinnützigkeit aberkannt werden muß. Wie ein Sprecher des Regierungspräsidenten gestern bestätigte, werden die Ermittlungen gegen das Gewerkschaftsunternehmen fortgesetzt, nachdem die Oberfinanzdirektion Düsseldorf (OFD) weitere Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsrecht moniert habe.

Zu den neuen „gemeinnützigkeitsrechtlich relevanten Tatbeständen" wollte sich das Regierungspräsidium unter Hinweis auf das schwebende Verfahren allerdings nicht äußern. Der Sprecher schloß jedoch nicht aus, daß die neuerlichen Prüfungen zu einem anderen Ergebnis kommen könnten als der Beschlußentwurf vom 26. Juni dieses Jahres. Darin hatte der Düsseldorfer Regierungspräsident darauf verzichtet, der NH die Gemeinnützigkeit rückwirkend abzuerkennen, weil die für die Jahre 1974 bis 1979 erkannten Rechtsverstöße „heilbar" seien.

In Abstimmung mit dem nordrhein-westfälischen Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD) habe man sich jedoch entschlossen, eine von der OFD angekündigte ergänzende Stellungnahme in die Prüfungen einzubeziehen, hieß es im Düsseldorfer Regierungspräsidium weiter, das als zuständige Behörde über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zu entscheiden hat.

Südafrika: Neue Vorstöße im Westen / Zurückhaltung bei gemäßigtem Schwarzen-Führer

Lambsdorff hält Teilung für nachdenkenswert

dpa, München

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat als Ausweg aus der politischen Krise Südafrikas Überlegungen zur Teilung des Landes als „nachdenkenswert" bezeichnet. In einem Beitrag für die Illustrierte „Quick" meinte Lambsdorff, sollten die überaus schwierigen Verhandlungen zur Beilegung der Krise erfolgreich sein, müsse außer der Überwindung der Apartheid und der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der schwarzen Südafrikaner auch das Existenzrecht der weißen und der braunen Südafrikaner abgesichert werden. „Wer das schwarze Südafrika von Apartheid befreien möchte, der muß zuvor dem weißen Südafrika dasjenige geben, worüber es trotz allem nicht verfügt: Sicherheit für seine Kinder und Kindeskinder. Weiße Sicherheit ist eben der Schlüssel zu schwarzer Freiheit!"

Ein seit langem von südafrikanischen und deutschen Liberalen erörterter Vorschlag zur Schaffung eines selbständigen Staates, der den weißen und braunen Afrikanern für den Fall als Fluchtburg diene, daß sie im übrigen, mehrheitlich schwarz regierten Afrika eine Zukunft für sich nicht mehr sehen, könnte nach Meinung Lambsdorffs möglicherweise zum Ziel führen.

Wer dazu nicht bereit sei, so Lambsdorff weiter, der bewirke, „mit oder ohne Sanktionen", nur die Förderung eines unvorstellbar brutalen südafrikanischen Bürgerkrieges, der an den Grenzen der Kap-Republik gewiß nicht Halt machen werde.

In informierten Kreisen Bonns wurde der Gedanke einer Teilung Südafrikas als abwegig bezeichnet. Solche Überlegungen kämen einer Bestätigung der Homeland-Politik Pretorias gleich, mit der die Schwarzen in bestimmten Regionen isoliert würden.

Ein Sprecher der FDP sagte auf Anfrage, es handele sich hier um ein Denkmodell, das für den Fall einer dramatischen Zuspitzung in Südafrika erwägenswert wäre. Zuvor müßten aber alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Einheit Südafrikas zu erhalten.

Reagan schwenkt auf „positive Sanktionen" ein

FRITZ WIRTH, Washington

Die Reagan-Administration ist nach der mißglückten Südafrikarede des Präsidenten in der vergangenen Woche bemüht, ein neues Südafrikakonzept zu erarbeiten. Das Signal dazu gab Ronald Reagan selbst bereits 48 Stunden nach seiner Rede, als er erklärte, daß „die Tür zu weiteren Maßnahmen noch nicht geschlossen" sei. Inzwischen gibt es weitere Hinweise dafür, daß Reagans Rede nicht das letzte Wort war.

Die fehlgeschlagene Strategie in der Behandlung dieses Problems ist erstaunlich, weil man vermuten konnte, daß die Reagan-Administration aus den Ereignissen des vergangenen Jahres gelernt hatte, als Präsident Reagan unter dem Druck des Kongresses einige milde Sanktionen verhängen mußte.

In diesem Jahr ist die Situation sogar dringlicher und politisch schärfer akzentuiert, einmal durch die jüngsten Ereignisse in Südafrika selbst und zum anderen durch die bevorstehenden amerikanischen Kongreßwahlen, die zahlreiche Abgeordnete aggressiver und berechnender gemacht haben. Der Druck wurde auch bei zahlreichen Republikanern deutlich. Unter ihnen sind so einflußreiche Senatoren wie Robert Dole und Richard Lugar, die bei der Neuformulierung der amerikanischen Südafrikapolitik eine Schlüsselrolle spielen.

Inzwischen spricht man nicht mehr davon, ob Sanktionen gegen Pretoria verhängt werden sollen, sondern welcher Art sie sein werden. Neuerdings unterscheidet man immer häufiger zwischen „strafenden" und „positiven" Sanktionen. Mit „strafenden Sanktionen" sind Maßnahmen gemeint, deren Auswirkungen vornehmlich die schwarze Bevölkerung zu spüren bekommen würde, während mit „positiven Sanktionen" Maßnahmen gemeint sind, die gezielt die weiße Führungsstruktur in Südafrika treffen.

Ein derartiges Paket „positiver Sanktionen" ist von Richard Lugar, dem Leiter des außenpolitischen Ausschusses im Senat, ausgearbeitet worden. Im Gespräch sind ein Landeverbot für die staatseigene „South African Airways" in den USA, das Einfrieren von Guthaben südafrikanischer Bürger in den USA, ein Einfuhrverbot von Produkten staatseigener südafrikanischer Firmen und die Limitierung der Einreise-Visa für weiße Afrikaner.

Außerdem wird in Washington fest damit gerechnet, daß Reagan das Paket begrenzter Sanktionen, das er 1985 gegen Südafrika verhängt hatte und das am 9. September ausläuft, um ein weiteres Jahr verlängern wird.

Diese Maßnahmen verbieten den Export von Nuklear-Technologie an Südafrika, die Lieferung von Computern an südafrikansiche Regierungsbehörden und den Verkauf von Krügerrand in den USA. Die letzte Maßnahme hat bewirkt, daß der Handel mit Krügerrand in den USA im letzten Jahr von 485 Millionen Dollar auf 102 Millionen Dollar zurückgegangen ist.

Zugleich steht die Administration weiterhin unter starkem Druck, einen Sonderbotschafter nach Pretoria zu entsenden. Im Gespräch ist Senator Paul Laxalt, der vor wenigen Monaten beim Regierungswechsel auf den Philippinen eine bedeutende Rolle gespielt hat. Außerdem rechnet man damit, daß das State Department in naher Zukunft einen neuen farbigen Botschafter für Südafrika ernennen wird.

Es ist zu erwarten, daß die Maßnahmen noch in dieser Woche in Gesetzesform gekleidet werden. Die Debatte und Abstimmung darüber jedoch machen Schwierigkeiten, da der Zeitplan des Senats zu eng geworden ist und andere Debatten den Vorrang haben, unter anderem die Finanzhilfe für die „Contras".

Der Administration ist diese Verzögerung nur recht. Sie möchte Zeit gewinnen. Das Weiße Haus und das State Department möchten am liebsten beim nächsten Schritt gegen Südafrika den Briten den Vortritt lassen. Aus diesem Grunde wird der Leiter der Südafrika-Abteilung im Außenministerium, Chester Crokker, im Laufe der Woche zu Beratungen mit Außenminister Sir Geoffrey Howe nach London fliegen.

Buthelezi warnt vor übereilten Maßnahmen

M. GERMANI, Johannesburg

Es sei „ein weitverbreiteter Trugschluß, daß jede Ablösung des rassistischen Unterdrückungsregimes automatisch eine Verbesserung bedeute". Diese Warnung sprach der Zulu-Führer von Kwazulu, Mangosotho Buthelezi, bei seinem Treffen mit dem Abgesandten der Europäischen Gemeinschaft, dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe, aus. (Kwazulu ist das frühere Zululand, ein Homeland innerhalb der Republik Südafrika.) Alle Beteiligten, so der Chef-Minister weiter, müßten sich die Frage stellen, welcher Natur die zu erwartenden Veränderungen sein sollten.

In der Begegnung zwischen den beiden Politikern, die von Buthelezi nahestehenden Kreisen als „außerordentlich gut und erfolgreich" bezeichnet wurden, unterbreitete Buthelezi dem britischen Außenminister mehrere Punkte, um Verhandlungen eines „glaubwürdigen Vermittlers" zwischen Industriellen und schwarzen Führern zu beginnen. Diese sollten die möglichen Reformen miteinander besprechen.

Mangosotho Buthelezi FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Gleichzeitig will Buthelezi einen Alternativplan zur Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika entwickeln. Dieser Plan sieht außerdem die Bildung einer Gruppe aus dem ANC, afrikanischen und westlichen Führern vor, um die Lage außerhalb des Landes zu überprüfen. Der gleiche Vermittler sollte dann die Arbeit beider Gruppen koordinieren. Ein Zeitplan für diesen Entwurf hat Buthelezi zwar nicht vorgesehen, sprach aber von einem Zeitraum bis zu drei Jahren oder sogar darüberhinaus. Er warnte jedoch vor zu starkem Druck auf die Südafrikaner, damit sie nicht zu unkalkulierbaren Reaktionen getrieben würden.

Buthelezi wies nicht nur auf die Notwendigkeit der Aussöhnung zwischen Schwarz und Weiß, sondern auch innerhalb der Schwarzen selbst hin. Damit meinte er die von den westlichen Staaten zögernd und ungern anerkannte Tatsache, daß gerade Südafrika ein schwarzer Vielvölkerstaat ist.

Allerdings rechnet Buthelezi mit einem Fortbestehen der gegenwärtig herrschenden Gewalt Schwarzer gegen Schwarze selbst in einem befreiten Land. „Wir brauchen die Versöhnung sowohl der Schwarzen und Weißen als auch der Schwarzen untereinander", sagte er.

Im Zusammenhang mit den Forderungen nach Sanktionen könne sich die internationale Gemeinschaft nicht über die Tatsache hinwegsetzen, daß diejenigen, die für Sanktionen eintreten, gleichzeitig die Gewalt befürworten. Alle Umfragen hätten bewiesen, daß lediglich ein Drittel aller Schwarzen in Südafrika sich für die Einstellung von Investitionen ausländischer Firmen ausgesprochen hätten.

Buthelezi warnte im Falle von Sanktionen vor allem vor einer Beirut-ähnlichen Situation, die jahrelang anhalten und letztlich soweit eskalieren könnte, daß das gegenwärtige Kabinett zu übereilten Konzessionen gezwungen würde. Das würde die Gefahr einer Übernahme der Regierungsgewalt durch die Armee oder eine rechtsgerichtete Partei, eventuell sogar durch beide, heraufbeschwören.

Inzwischen mehren sich die Stimmen internationaler Beobachter, die die Mission des britischen Außenministers als gescheitert ansehen.

Sparvolumen in der „DDR" angestiegen

AP, Berlin

Die „DDR"-Bewohner haben seit 1970 bei den Kreditinstituten 125 Milliarden Mark gespart, dies entspricht nach einer Mitteilung des Informationsbüros West einer Zunahme um 240 Prozent. Als Grund für den Anstieg des Gesparten wird die Angebotslücke bei hochwertigen Industriegütern in Mitteldeutschland genannt. Das Warenangebot entspreche nach wie vor nicht den Wünschen der Käufer. So betrügen die Wartezeiten bei Personenwagen in der „DDR" noch immer bis zu zehn Jahren, teilweise noch mehr.

Die Handelshochschule Leipzig habe in einer wissenschaftlichen Zeitschrift eine „tiefgreifende qualitative Veränderung in der Erwartungshaltung" analysiert. Steigende Nettoeinnahmen und das erreichte Niveau in der Versorgung mit Konsumgütern verstärkten die Nachfrage nach hochwertigen Gütern. Deshalb sei damit zu rechnen, daß sich das Angebot weiter verstärken werde. Im vergangenen Jahr, so das Informationsbüro West, ist der Einzelhandelsumsatz in der „DDR" im Vergleich zu 1984 um 4,5 Prozent auf 113,2 Milliarden Mark gestiegen. Allein 30 Prozent der Warenkäufe entfielen auf Nahrungsmittel.

Künstler scheuen Gebiet um Gomel

dpa, Moskau

Sowjetische Künstler trauen sich nicht mehr in das weißrussische Gebiet um Gomel. Aus diesem Grund müssen die Bewohner der vom radioaktiven Niederschlag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl betroffenen Region auf eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen verzichten. Allein im Mai sind mehr als 30 Konzerte von sowjetischen Künstlern abgesagt worden.

In der sowjetischen Zeitung „Sowetskaja Kultura" hieß es: „Einige Interpreten und schöpferische Kollektive aus Moskau und anderen russischen Städten haben sich unter verschiedenen Vorwänden geweigert, die geplanten Gastreisen in das Gebiet Gomel anzutreten." Ein Parteisekretär aus Gomel meinte, daß die häufigen Absagen nicht gerade zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen hätten. Dabei erfordere die jetzige Lage ein Höchstmaß an Ruhe und Besonnenheit. Doch gebe es auch „anständige Künstler", die ihren Verpflichtungen nachkämen. Diese stammtem allerdings fast ausschließlich aus der Ukraine und Weißrußland. Das sowjetische Kultministerium sei gebeten worden, bei der Entsendung von bekannten Künstlern Hilfe zu gewähren.

Paris hält an Satelliten fest

dpa, Paris

Das Programm der beiden Fernseh-Direktsatelliten TDF-1 und TDF-2 wird von der französischen Regierung weitergeführt. Nach offiziellen Angaben ist diese Entscheidung durch den „starken politischen Willen" des Kabinetts unter Premier Jacques Chirac zustande gekommen. In den letzten Wochen waren Zweifel an der technischen Zuverlässigkeit und der Konkurrenzfähigkeit des Programms geäußert worden. Eine Kürzung des 3,7 Milliarden Franc hohen Budgets wurde erwartet. Der Staatssekretär für das Fernmeldewesen, Gerard Longuet, hatte die Streichung von TDF-2 vorgeschlagen.

Indessen erklärte Chiracs Sprecher Denis Baudouin, daß die Regierung an das direkt ausgestrahlte Satellitenfernsehen glaube und volles Vertrauen in die ausgewählte Technologie habe. Der Präsident der französischen Fernsehgesellschaft, Claude Contamine, wurde beauftragt, eine Verkaufsgesellschaft für die Kanäle des Satelliten zu gründen. Allerdings stellte die Ministerrunde fest, daß die Finanzierung von TDF-2 gegenwärtig noch Probleme bereite. TDF-1, ein Schwestersatellit des deutschen TV-SAT, soll im Juli 1987 gestartet werden.

Polens Gerichte vertagen Prozesse gegen „Solidarität"

Bischöfe fordern Drosselung der Alkoholproduktion

DW. Warschau

Der für gestern vor einem Militärgericht in Warschau angesetzte Prozeß gegen einen der Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität", Tadeusz Jedynak, wurde überraschend auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Frau des Angeklagten wurde mitgeteilt, daß „die Affäre aus dem Register des Gerichts gestrichen" sei. Ein neuer Termin ist bisher nicht festgelegt worden. Eine Begründung für die Verlegung gab das Gericht nicht.

„Wegen Erkrankung" des Gerichtsvorsitzenden wurde auch der Prozeß gegen das „Solidarität"-Mitglied Jan Borowiec vertagt. Der Prozeß sollte am selben Tag in Warschau beginnen. In Oppositionskreisen wurde die Ansicht vertreten, daß die Regierung die Prozesse zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ungünstig hält, da sie dieser Tage eine Teilamnestie für politische Häftlinge verfügte.

Unterdessen haben die polnischen Bischöfe die kommunistischen Behörden des Landes aufgefordert, die Alkoholproduktion zu drosseln, damit Papst Johannes Paul II. während seines im kommenden Jahr anstehenden Besuches einer „nüchternen Nation" begegne. In dem Appell, der in dem Wochenblatt der Erzdiözese Warschau veröffentlicht wurde, hieß es, Alkohol sei „ein Instrument zur Unterdrückung und Zerstörung" des Volkes. Indirekt verwiesen die Bischöfe auch auf die Bemühungen der Regierung, eine Kampagne gegen den Alkoholismus in Gang zu bringen. „Selbst diejenigen, die bislang überwiegend materielle Dinge betonten und im Menschen nur den Produzenten sahen, dessen Aufgabe es ist, seine Arbeitsproduktivität unbegrenzt zu steigern, sprechen jetzt immer lauter von der Notwendigkeit einer moralischen Erneuerung", heißt es in dem Appell.

Erst vergangene Woche hatte der polnische Staatschef Jaruzelski versucht, einen Keil zwischen den Vatikan und die polnische Kirche zu treiben. Jaruzelski hatte dabei die Papst-Warnungen vor dem „Konsumismus" voll unterstrichen. Das von der polnischen Kirche geforderte Bekenntnis zum Pluralismus fehlte allerdings in seinen Ausführungen.

„Der Priester muß zu erkennen sein"

dpa, Bonn

In salopper Freizeitkleidung dürfen katholische Priester sich fortan nicht mehr in der Öffentlichkeit zeigen. Eine neue Regelung des Kirchenrechts, die am Freitag in Kraft tritt, schreibt wieder den weißen Hemdkragen über schwarzem Pullover, „Oratorianerkragen", oder den steifen weißen Rundkragen, „römisches Kollar", vor. „Der Kleriker muß in der Öffentlichkeit durch seine Kleidung eindeutig als Geistlicher erkennbar sein", heißt es in der Bestimmung. Außerdem geht es nach Auffassung der Bischofskonferenz „auch darum, daß sich der Priester öffentlich bekennt".

Die „geziemende kirchliche Kleidung" läßt als Ausnahme nur einen dunklen Anzug mit Kreuz am Revers zu. Abgesehen davon werden Priester für die Jugendarbeit, etwa im Zeltlager, von den Garderobevorschriften befreit. Kritiker befürchten jetzt, die Regelung könne die Schwellenangst vieler Menschen erhöhen, den Priester anzusprechen. Ob sich die Geistlichen an die Verordnung halten, soll nicht streng kontrolliert werden. Die Frage der Kleidung sei ein „Reizthema", doch die Bischofskonferenz rechnet nicht mit heftigem Protest.

Die Aufgaben unserer Staatsdiener

Öffentlich Bedienstete 1985: 4 594 200, davon arbeiten für
Schule, Unterricht
Post
155100 Kommunale Gemeinschaftsdienste, Raumordnung
137200 Rechtswesen
171900 Bundeswehrverwaltung
130700 Wirtschaftsunternehmen
85000 Sonstiges
Krankenhäuser
198100 Steuern, Finanzen
128800 Soziale Sicherung
82000 Sport, Erholung
212300 Wissenschaft, Forschung
Öffentl. Sicherheit
103000 Verkehrswesen
außerdem: Teilzeitbeschäftigte 788 700
Bahn
216200 Sozialversicherung, Arbeitsämter
Politische Führung, Verwaltung

Jeder fünfte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist beim Staat beschäftigt, Soldaten sind dabei nicht eingerechnet. Die größte Abteilung stellen die Beschäftigten im Sektor Schule und Unterricht. Danach folgen Post und Krankenhäuser. Die allgemeine Staatsverwaltung ist an sechster Stelle placiert. QUELLE: GLOBUS

WELTWIRTSCHAFT

Opec: Wenn die Minister ihre Verhandlungen erfolglos beenden, soll eine Gipfelkonferenz der Staatschefs die Probleme lösen, verlautete in Genf.

Italien: Den rigorosen Abbau der hohen öffentlichen Defizite empfiehlt die OECD Rom. Für die vorangetriebene Restrukturierung gab es Lob. (S. 10)

Mexiko: Der Beitritt zum Gatt wird als Signal an die westliche Finanzwelt betrachtet. Nur bei der Öffnung der Märkte könne das Schuldenproblem bewältigt werden. (S. 10)

Österreich: Die Handelsbilanz weist für das erste Halbjahr ein Defizit von rund 3 Mrd. DM aus. Positive Meldungen kommen von der Preisfront. (S. 10)

Japan: Die Konjunktur wird schwach bleiben. Das zeigen die Frühindikatoren.

Peru: Ausländische Firmen dürfen ihre Gewinne in den nächsten beiden Jahren nicht mehr an die Muttergesellschaften im Ausland transferieren. Weiterhin will Lima nicht mehr als 10 Prozent seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufbringen.

FÜR DEN ANLEGER

Devisenmärkte: Die Talfahrt wichtiger Währungen gegenüber der D-Mark hält an. Der Dollar fiel um 2 Pfennig auf 2,1173 DM, das Pfund um knapp 1 Pfennig auf 3,1400 DM. Der Franc erholte sich auf 30,905 (30,035) DM.

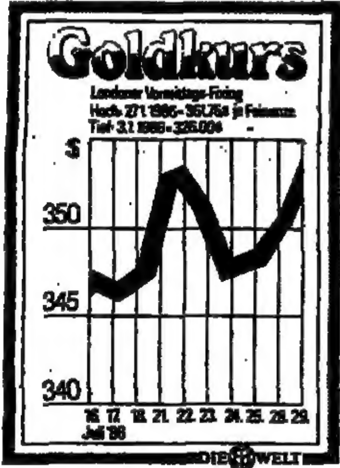
Handelsbilanz: Der deutsche Ausfuhrüberschuß stieg im Juni auf 9,925 Mrd. DM. Damit wurde der Rekordsaldo vom April 1986 mit 10,1 Mrd. DM nur knapp verfehlt, teilte das Statistische Bundesamt mit.

USA: Die Auslandsschuld wird 1993 die Billionen-Dollar-Grenze überschreiten, hat der Forschungsstab des US-Kongresses errechnet.

Aktienbörsen: Der scharfe Kurseinbruch – zum dritten Mal hintereinander an einem Montag – an der Wall Street mit dem siebthöchsten Tagesverlust von 36,14 auf 1773,90 hat gestern auch in Tokio und Frankfurt zu Kursverlusten geführt. Der Nikkei-Index verlor 310 Punkte und endete bei 17 728,94. In New York begann die Börse gestern wieder leichter.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 248,69 (253,25); Chemie: 143,74 (147,52); Elektro: 285,68 (292,01); Auto: 641,72 (675,57); Maschinenbau: 138,68 (140,47); Versorgung: 142,97 (144,91); Banken: 386,78 (393,78); Warenhäuser: 148,23 (147,55); Bauwirtschaft: 466,79 (470,55); Konsumgüter: 163,35 (165,57); Versicherung: 1343,68 (1354,24); Stahl: 146,11 (148,67).

Nachbörse: Schwächer.



MÄRKTE & POLITIK

Metro: Auch im vierten der fünf Musterprozesse, die die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels angestrengt hat, ist die Großhandelskette unterlegen. Gewerbliche Kunden dürfen maximal zehn Prozent des Einkaufswertes für den Privatverbrauch erwerben, entschied das Hamburger Landgericht.

Zement-Dumping: Das EG-Verfahren im Zusammenhang mit der Einfuhr von Portland-Zement aus der „DDR", Polen und Jugoslawien ist eingestellt worden. EG-Herstellern sei kein Schaden entstanden, so die Kommission.

Hypothekenbanken: Mit einem Plus von 27 Prozent auf 16,3 Mrd. DM neu zugesagten Darlehen für den Wohnungsbau wurde eine deutliche Belebung registriert.

Küstenschiffahrt: Die Lage bleibt sehr kritisch. Derzeit würden kaum die Vollkosten und vielfach sogar nicht einmal die Zinsen eingefahren, erklärte der Verband.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Spar: Die 1985 neu gegründete Handels-AG hatte eine guten Start und etablierte sich sofort unter den größten Handelsunternehmen in der Bundesrepublik. Der Schritt an die Börse wird in zwei oder drei Jahren geplant. (S. 11)

Strabag: Für das letzte Geschäftsjahr wird keine Dividende ausgeschüttet, weil das positive Betriebsergebnis in die Rückstellungen für Risiken des Irak-Geschäfts eingebracht wird. (S. 11)

Nixdorf: Das Ziel, schneller zu wachsen als die Branche, ist im ersten Halbjahr voll erreicht worden. Der Auftragsbestand liegt über dem Volumen des Weltumsatzes des Vorjahres. (S. 11)

British Aerospace: Das Werk der britischen Luft- und Raumfahrtgesellschaft in Weybridge wird geschlossen und 2500 der 76 000 Mitarbeiter werden entlassen.

People Express: Die geplante Fusion der Fluggesellschaft mit United Airlines wird vom US-Justizministerium begrüßt. People sei vom Konkurs bedroht und ein anderer Käufer nicht in Sicht.

NAMEN



Steuern: Als zu teuer und ordnungspolitisch bedenklich hat der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff (Foto), die vom Handwerk geforderte steuerstundende Investitionsrücklage abgelehnt. Eine einschneidende Steuertarifreform bringe auf die Dauer wesentlich mehr, schrieb er an den Zentralverband des Deutschen Handwerks.

Wer der Meinung ist, daß man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, daß er für Geld alles zu tun bereit ist.
Benjamin Franklin

Unternehmer gewinnen Vertrauen zur Bonner Wirtschaftspolitik

Emnid-Umfrage stellt positiven Trend fest – Negatives Urteil über Opposition

DW. Bonn

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik werden von Führungskräften der Wirtschaft durchweg sehr positiv beurteilt. Insbesondere der Konjunkturentwicklung wird wachsendes Vertrauen entgegengebracht. Dies geht aus der jüngsten Befragung von Geschäftsführern, Inhabern und Managern von Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten hervor, die das Emnid-Institut in Bielefeld in regelmäßigen Abständen vornimmt.

In der Aprilumfrage haben 422 Wirtschafts-Chefs zu Themenbereichen wie längerfristige Aussichten der deutschen Wirtschaft und des eigenen Unternehmens, Beurteilung der wirtschaftspolitischen Konzeptionen von Regierung und Opposition, erwartete Auftragseingänge aus dem In- und Ausland und Investitionsverhalten Stellung genommen. Die Einstellung der Befragten hat sich im Zeitablauf zu allen Fragestellungen positiv entwickelt. So wird die Wirtschaftspolitik der Regierung inzwischen durchschnittlich mit der Note 2,9 bewertet auf einer Skala, die von eins (sehr positiv) bis neun (sehr negativ reicht). Im August 1985 lag dieser Wert bei 3,4 und im Oktober 1984 bei 3,5.

Im einzeln geben vier Prozent der Befragten der Regierungspolitik die Note eins, 33 Prozent die Note zwei und 48 Prozent die drei. Die wirtschaftliche Konzeption der Opposition erntet dagegen als beste Note die drei (ein Prozent), die meisten Führungskräfte entscheiden sich mit den Noten sieben (28 Prozent) und acht (26 Prozent) sogar für den Negativbereich der Werteskala. Insgesamt bringt es die Opposition bei der jüngsten Befragung nur auf einen Durchschnittswert von 7,1 gegenüber 7,1 im August 1985, 6,8 im Oktober 1984 und 4,3 im Juni 1982.

Auch das Trendurteil über die wirtschaftliche Lage hat kontinuierlich angezogen: Während sie diesmal von 83 Prozent der Befragten als „gut" und von 16 Prozent als „mäßig" klassifiziert wird, entschieden sich im August vergangenen Jahres noch 50 Prozent für „gut" und 47 Prozent für „mäßig". Im Februar letzten Jahres meinten sogar nur 35 der Wirtschafts-Chefs, daß die Konjunktur das Urteil „gut" verdiene und 62 Prozent bezeichneten sie als „mäßig".

Deutlich ablesbar ist aus der Befragung auch der Umschwung von einer Auslands- auf eine Binnenkonjunktur. Auf die Frage „Mit welchen Auftragseingängen kann die deutsche Wirtschaft Ihrer Meinung nach in den nächsten Monaten rechnen?" gaben 56 Prozent an, daß sie mit steigenden Ordereingängen aus dem Inland rechnen; 42 Prozent der Führungskräfte erwarten aus dem Inland gleichbleibende und nur zwei Prozent sinkende Auftragseingänge.

Interessant ist der Vergleich mit den erwarteten Auftragseingängen aus dem Ausland: Nur elf Prozent erwarten hier eine Zunahme, 54 Prozent rechnen mit in etwa gleichbleibenden Aufträgen und 43 Prozent mit einem Rückgang. Noch im Frühjahr vergangenen Jahres war das Verhältnis zwischen den aus dem In- und Ausland erwarteten Auftragszuwächsen praktisch umgekehrt.

Die positiven Erwartungen der Wirtschaft beginnen sich nach den Ergebnissen der Emnid-Forscher auch in vermehrten Investitionen niederzuschlagen. Bei den in den letzten zwölf Monaten vorgenommenen Investitionen hat sich zudem eine leichte Trendverschiebung zugunsten der besonders beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen ergeben.

Eigene vier Wände immer beliebter

Verband privater Bausparkassen: „Weitere Aufwärtsentwicklung des Bausparens"

HANNO WIEDENHAUS, Bonn

Die positive Entwicklung beim Bausparen hält auch 1986 an. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden 742 308 Verträge abgeschlossen, das sind 8,7 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (682 756). Die neuvereinbarten Bausparsummen erhöhten sich um 9,4 Prozent auf rund 25,3 Mrd. DM (23,1 Mrd. DM). Insgesamt sind 1985 von den privaten Bausparkassen erstmals Baudarlehen mit einem Volumen von mehr als 100 Mrd. DM bilanziert worden. Das teilte der Verband der privaten Bausparkassen gestern in Bonn bei der Vorlage des Geschäftsberichts für das Jahr 1985 mit. Wie Joachim Degner, Hauptgeschäftsführer des Verbandes, erläuterte, wurde diese Entwicklung getragen von den günstigen konjunkturellen Rahmenbedingen wie Preisstabilität, gesunkene Baulandkosten und Realeinkommenszuwächse.

Dabei stieg der Geldeingang im ersten Halbjahr 1986 um 2,5 Prozent nach 3,2 Prozent 1985, wobei der Rückgang bei den neuen Spareinlagen nur noch 1,2 Prozent betrug. Für das zweite Quartal ist hier sogar eine Zunahme von 1,8 Prozent zu verzeichnen. Die Baugeldauszahlungen beliefen sich 1985 auf rund 30 Mrd. DM und lagen damit als Folge der schwachen Wohnungsbaukonjunktur gut 3 Mrd. DM unter dem 1984 erzielten Höchststand.

Nach Einschätzung Degners zeichnet sich auch beim Eigenheimbau eine freundlichere Entwicklung ab, während der Abwärtstrend im Bereich der Mehrfamilienhäuser ungebremst bleibe. So seien im April und Mai dieses Jahres 4,1 und 7,9 Prozent mehr Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser als in den entsprechenden Vorjahresmonaten erteilt worden. Die Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser dagegen seien von Januar bis Mai erneut um mehr als ein Drittel gesunken, womit der Anteil des Mietwohnungsbaus an der Zahl der Baugenehmigungen nur noch knapp 15 Prozent betrage. Die unterschiedliche Entwicklung begründete Degner mit erheblichen Vermietungsschwierigkeiten einerseits und dem zunehmenden Wunsch nach den eigenen vier Wänden als Mittel der privaten Altersfürsorge im Bereich des Eigenheimbaus andererseits. Besonders hervorgehoben wurden dabei die Neuregelungen bei der Einkommensteuer, die mit der Schaffung des Paragraphen 10 e die Diskriminierung von eigenkapitalfinanziertem Wohnungsbau endgültig abgeschafft hätten.

Äußerungen des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), wonach das Bausparen bei den verschiedenen Anlageformen weit abgeschlagen wäre, wurden von seiten des Verbandes als „Fehlinterpretation" zurückgewiesen. Vielmehr sei der Anteil des Bausparens an der gesamten Ersparnisbildung der privaten Haushalte mit 14,6 Prozent in den letzten Jahren nahezu unverändert.

SPD: Kfz-Steuer soll auf Benzin umgelegt werden

vos, Bonn

Als Randgröße werde die Verkehrspolitik derzeit behandelt, wirft der Verkehrsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Daubertshäuser, der Bonner Regierung vor. Verkehrsminister Dollinger könne keine langfristig tragfähigen Konzepte vorweisen. Die SPD stellte einen Maßnahmenkatalog vor, der „den Menschen und seine Umwelt in den Mittelpunkt stellt". Eine gleichwertige Alternative zum Auto soll die Bundesbahn werden, die laut Daubertshäuser weiter rosarot in die roten Zahlen fährt. Die Kfz-Steuer will die SPD auf EG-Niveau absenken und möglicherweise auf die Mineralölsteuer umlegen, wobei sie hier noch einen Schlüssel sucht, der niemanden benachteiligt. Das entstehende Loch in der Staatskasse will sie durch eine Schwerverkehrsabgabe für alle in- und ausländischen Nutzfahrzeuge stopfen. Erwünschter Nebeneffekt: Steuerliche Wettbewerbsnachteile, durch die das gesamte deutsche Transportgewerbe gefährdet sei, würden abgebaut, und für den Transitverkehr wäre es finanziell interessant, auf die Schiene auszuweichen. Für Reparaturen des vorhandenen Straßensystems würden demnächst 7,5 Mrd. DM jährlich benötigt. Auf Straßenneubauten sollte man verzichten.

AUF EIN WORT



„Frühzeitig deutlich machen, wie man seine Nachfolge geregelt wissen möchte: Dieses Gebot sollte jeder Unternehmer in seine Philosophie einbeziehen."

Kurt Schoop, Mitglied des Aufsichtsrates der Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea mbH, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Zehn Prozent der Deutschen haben zweiten Erwerb

AP, Nürnberg

Knapp zehn Prozent der Bevölkerung üben eine bezahlte Nebenerwerbstätigkeit aus. Dies geht aus einer Repräsentativerhebung im letzten Quartal des Jahres 1984 bei 8000 Befragten hervor, deren Ergebnis am Dienstag in den „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg veröffentlicht wurde. In der Analyse hieß es, diese Tätigkeit müsse einerseits als Ausdruck der Flexibilität des Arbeitsmarktes, andererseits aber auch als Komponente der Schattenwirtschaft gewertet werden. Teilzeiterwerbstätige und in Ausbildung befindliche Personen gingen in stark überdurchschnittlichem Maß einem Nebenerwerb nach, Rentner und Hausfrauen dagegen stark unterdurchschnittlich.

In dem Bericht hieß es weiter, je niedriger das Pro-Kopf-Einkommen im Haushalt sei, desto mehr Nebenerwerbstätigkeit werde geleistet. Im Gegensatz zu dem relativ häufigen Vorkommen sei der Zeitaufwand für Nebenerwerbstätigkeit mit etwa drei Prozent der Erwerbsstunden insgesamt niedrig. Auch das erzielte Nebeneinkommen von etwa 250 Mark im Monatsdurchschnitt sei nicht hoch.

Unbedingt etwas tun?

Von HANNA GIESKES

Den Mittelständlern der CDU/CSU ist es in der deutschen Wettbewerbslandschaft unbehaglich geworden. Sie sehen, anders als die Monopolkommission vor vierzehn Tagen, allenthalben eine „besorgniserregende" Konzentration, und dagegen wollen sie etwas tun. Und nun stellt sich die Frage, ob das, was sie vorhaben, erstens möglich ist und zweitens, ob es nützt.

Sicher ist es möglich, die „Macht der Banken" zu beschneiden, etwa durch Begrenzung ihrer Beteiligungen an Unternehmen im Nichtbankenbereich auf fünf Prozent. Zumindest ist es zur Zeit auf der ordnungspolitischen Bühne „in", dergleichen zu fordern. Wer dies tut, muß allerdings bedenken, daß es während eines Aufschwungs relativ ungefährlich ist, die Macht der Banken anzugreifen. Im Abschwung liest sich's anders, weil dann die Übernahme einer Beteiligung oftmals die einzige Möglichkeit zur Rettung eines Unternehmens und seiner Arbeitsplätze darstellt. Bei einer Fünf-Prozent-Grenze geht dann nicht mehr viel.

Die Mittelstandspolitiker der CDU/CSU wollen das Kartellrecht novellieren. Ihre Vorschläge zur Zügelung der Macht der Banken und gegen die Konzentration im Handel sind indes wenig praktikabel.

Natürlich gibt es auch Fälle, in denen mit Hilfe der Hausbank die Fusionskontrolle ausgehebelt worden ist, weil der Erwerber nur bis zur möglichen Grenze von 24,9 Prozent ging und seine Bank ein weiteres Paket übernahm. Solche Umgehung sollte wohl verhindert werden. Eine Brechstange ist indes nicht das geeignete Instrument.

Mit ihren Vorschlägen in Sachen Handelskonzentration müssen die CDU-Mittelständler bereits bei der Frage nach der Möglichkeit scheitern: Abgesehen davon, daß der von ihnen für die Fusionskontrolle im Handel geforderte Bezug zur Nachfragemacht auch mit dem geltenden Recht herzustellen ist, werden sie die Frage nicht beantworten können, wann ein Händler auf der Nachfrageseite marktbeherrschend ist. Dazu müßten sie seinen Marktanteil kennen, und der hinwiederum ist abhängig davon, ob bei der Marktabgrenzung etwa das gesamte Lebensmittelsortiment zugrunde gelegt wird – so verfährt das Bundeskartellamt – oder jede Ware einzeln, wie es die Monopolkommission hält. Konkrete Vorschläge machen die Mittelständler nicht.

Unmöglich, wenngleich eher aus politischen Gründen, dürfte auch die Idee zu realisieren sein, bei der Fusionskontrolle zu unterscheiden zwischen Unternehmen, die nur am Binnenmarkt operieren und solchen, die sich international behaupten müssen: Was die einen nicht dürfen, sollen die anderen können. Da stellt sich sofort die Frage, welchen Binnenmarkt die Politiker denn meinen. Den deutschen? Den europäischen? Im übrigen gibt es ja viele Handelsunternehmen, die international tätig sind – etwa die Metro oder Tengelmann. Dürfen die dann und die Edeka darf nicht? Das macht nun wirklich keinen Sinn.

Ähnliches gilt für den Vorschlag, auf der einen Seite die großen Unterschiede bei den Rabatten beseitigen zu wollen, die Hersteller dem Handel bieten oder bieten müssen, und auf der anderen Seite dafür zu plädieren, daß der Belieferungszwang marktstarker Hersteller an den Handel gelockert werden soll: Wenn der Produzent nicht liefern muß, dann kann er doch wohl zu den Konditionen liefern, die er will. Im übrigen muß man sich fragen, wer eigentlich außer den Betroffenen beurteilen kann, ob ein Rabatt freiwillig oder unter dem Druck von Nachfragemacht und mithin ohne Gegenleistung gewährt wurde. Wenn sich die Betroffenen nicht rühren – das Bundeskartellamt hat reichhaltige Erfahrungen mit diesem „Roß und Reiter"-Problem – dann nützt es überhaupt nichts, wenn man so etwas ins Kartellgesetz schreibt.

Schließlich wollen die Mittelstandspolitiker die gezielte Werbung mit systematischen Verkäufen unter dem Einstandspreis als Beispielfall einer unbilligen Behinderung in das Gesetz aufnehmen. Dabei übersehen sie die Reaktionsverbundenheit gerade im Lebensmittelhandel: Irgendeiner fängt an, und die anderen ziehen nach. Man stelle sich das Heer von Beamten vor, die jeden Tag die Zeitungen durchblättern müssen, um hie len Durchblick zu behalten.

Die Vorschläge des CDU-Mittelstands lesen sich so, als wolle man unbedingt irgend etwas tun und wisse selbst nicht genau, was. Das ist sogar verständlich: An einem allgemeinen Unbehagen läßt sich kein präzises Gesetz aufhängen. Und so wäre es denn besser, man ließe das Kartellrecht, wie es ist.

Kaffee und Markt

JB. – Wenn an allen Fronten die Verbraucher-Preise purzeln, darf Kaffee eigentlich nicht fehlen. So paßt denn auch die Meldung in die Landschaft, daß Aldi den Startschuß für eine neue Preisrunde gegeben hat. Der aggressive Filialist verbilligt sein Angebot um 1,44 bis 1,51 DM je Pfund. Tchibo und Eduscho, die wie Aldi ihre Endverbraucherpreise selbst bestimmen, ziehen sofort nach. Auch bei ihnen fallen die Preise bis zu 1,50 DM je Pfund. Daß die Abpacker, die ihren Kaffee über den Lebensmitteleinzelhandel absetzen, folgen werden, ist nur eine Frage der Zeit.

Die vier Großen am Markt, Tchibo, Aldi, Jacobs und Eduscho, haben in der jüngsten Vergangenheit unterschiedliche Entwicklungen durchgemacht. Vor allem Jacobs hat nach den drastischen Preiserhöhungen zu Beginn dieses Jahres Terrain eingebüßt. Eine solche Situation haben die oligopolistischen Kaffeeröster noch nie ausgelassen, um auf Kosten anderer ihr Süppchen zu kochen.

Das Ausmaß der Preiserhöhung macht deutlich, wie handfest es um Marktanteile geht: Bei Aldi ist das Pfund Kaffee wieder unter die magische Preisschwelle von zehn DM gerutscht. Von der Kostenseite gibt es zur Zeit kaum Anlaß, die Preise gleich um bis zu 1,50 DM zu senken. Der Rohkaffee-Preis ist zwar von seinem diesjährigen Höchststand ein gutes Stück entfernt, doch seit einigen Wochen wieder fest. In Brasilien herrscht noch immer Winter, so daß die Gefahr von Frost bleibt. Entlastungen bringt lediglich der Dollarkurs. Sein Fall reicht jedoch nicht aus, um Preisreduzierungen in dieser Höhe zu begründen. Fazit: Bei Kaffee spüren die Verbraucher die gleichen Segnungen eines freien Marktes, die ihnen bei Öl schon seit Monaten zugute kommen.

Multis sind gegen US-Steuerreform

VWD, New York

Einer Gruppe von europäischen und japanischen multinationalen Unternehmen bereitet eine Regelung in der Senatsvorlage zur US-Steuerreform Sorgen. Sie haben sich eigens für den Kampf dagegen zur „Organization for Fair Taxation of International Investments" zusammengeschlossen.

Es geht bei diesem Vorschlag darum, die Höhe der Zinsen, die amerikanische Töchter von ausländischen Muttergesellschaften in den USA steuerlich absetzen können, dann erheblich zu limitieren, wenn die betreffenden Zinszahlungen an die ausländische Mutter entrichtet werden. Experten im Kongreß haben berechnet, daß eine entsprechende Gesetzesänderung die Steuereinnahmen in einem Zeitrahmen von fünf Jahren um rund 130 Mill. Dollar anheben würde. Die betroffenen Unternehmen befürchten jedoch, daß sie die Regelung erheblich teurer zu stehen käme.

Zu der europäisch/japanischen Gruppe zählen für den US-Markt nicht unbedeutende Arbeitgeber wie BASF, Siemens, Unilever, Alcan Aluminium, B. A. T. Industries, Elf Aquitaine, Nestlé, Imperial Chemical Industries, die Royal Dutch/Shell Gruppe und Sony.

Wie der Vorsitzende der Gruppe und Senior Vice President für Finanzen der Nestlé Holding Inc., Neil H. Green, in einem Gespräch mit VWD ausführte, haben zwei weitere „bekannte europäische multinationale Unternehmen – ein deutsches und ein britisches" – Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet.

Die Gruppe bemühe sich seit Wochen darum, Mitglieder des Kongresses von der Ungerechtigkeit der Vorschrift zu überzeugen. „Wir versuchen außerdem", so Green, „Mitgliedern des Finanzministeriums klarzumachen, daß mit diesem ‚diskriminierenden Vorschlag' zahlreiche bilaterale Steuervereinbarungen verletzt werden."

Unglücklicherweise gehörten multinationale Unternehmen nicht eben zu jenen, die auf Washingtoner Prioritätenlisten ganz oben stünden. Dabei habe das Finanzministerium, das für die steuerlichen Vereinbarungen verantwortlich zeichne, mehr Grund, sich hier verantwortlich zu fühlen. Sollte man sich nicht darauf einigen können, jene umstrittene Regelung zu streichen, könnte es, meinte Green, zu Gegenmaßnahmen von seiten der betroffenen Staaten kommen. Green äußerte sich hoffnungsvoll, daß das Finanzministerium die Mitglieder des Kongresses positiv beeinflussen können werde.

Künftig „Europa-Schalter" für mittelständische Betriebe

EG-Kommission legt Programm zur Förderung auf

Ha. Brüssel

Ein Aktionsprogramm zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen hat die EG-Kommission beschlossen. Interessanteste Idee ist die Schaffung eines regionalen Netzes von „Europa-Schaltern", an denen sich mittelständische Betriebe künftig über Beihilfen und Darlehensmöglichkeiten in der Gemeinschaft sowie über Liefer- und Absatzbedingungen in anderen EG-Staaten informieren können.

Die Brüsseler Behörde ist sich klar darüber, daß Klein- und Mittelbetriebe zum Beispiel oft Schwierigkeiten haben, sich um Aufträge im Rahmen von Forschungsprogrammen der Gemeinschaft zu bemühen. Geplant ist deshalb, alle für sie relevanten Informationen über die EG in Auskunftsstellen zu konzentrieren, die bei den Informationsbüros der Gemeinschaft oder bei Verbänden oder Kammern angesiedelt werden könnten.

Für die Gründung solcher „Europaschalter" will die Kommission in den ersten zwei Jahren eine Starthilfe bezahlen. Vorgesehen sind zunächst jeweils drei Büros in den größeren und zwei in den kleineren Mitgliedsstaaten. Das Aktionsprogramm zielt darauf ab, die bisher eher isolierten Maßnahmen der Gemeinschaft zugunsten von Klein- und Mittelbetrieben in einen langfristigen Bezugsrahmen einzufügen. Schwerpunkt ist die Schaffung eines mittelstandsfreundlicheren „Umfelds" der Gemeinschaftsaktionen.

Leichte Konjunkturbelebung

Konsumklima in Österreich hat sich wieder gebessert

WOLF FREISLEBEN, Wien

Nach einer nur mäßigen Konjunkturentwicklung im ersten Quartal 1986 zeichnet sich in Österreich eine Belebung der Konjunktur ab. Hauptträger der Wachstumsbeschleunigung ist die inländische Nachfrage, aus dem Ausland dagegen fehlen weitgehend die Nachfrageimpulse.

Die Senkung der Energiepreise hat zwar die reale Kaufkraft der Österreicher gestärkt, die private Konsumnachfrage stieg aber im ersten Quartal real nur um 1,7 Prozent. In den letzten Monaten hat sich aber das Konsumklima nach Erhebung des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung stetig gebessert. Die Belebung setzte insbesondere im Mai ein, wobei die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern sich besonders lebhaft entwickelte. Dennoch dürfte auch zuletzt der kräftige Realeinkommenszuwachs (1. Quartal: plus 3,7 Prozent) weiterhin vor allem zu einem Anstieg der Sparquote geführt haben.

Auch die Investitionskonjunktur entwickelte sich seit Jahresbeginn nur schleppend. Dennoch sind fertige Investitionsgüter neben den langlebigen Konsumgütern die Hauptstütze der Industriekonjunktur gewesen; die Grundstoffproduktion lag dagegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Seit April hat sich die Industrieproduktion merklich belebt.

Das Nachfragemuster der gegenwärtigen Konjunktur spiegelt sich auch in den Auftragseingängen wider. Die Inlandsnachfrage legt tendenziell kräftiger zu als die Auslandsnachfrage. Im Bereich der verstaatlichten Industrie kam es in den ersten Monaten vor allem im Maschinen- und Anlagenbau zu empfindlichen Auftragseinbußen.

Die österreichischen Exporte, die im Vorjahr noch eine wesentliche Stütze der Konjunktur waren, gingen während der ersten fünf Monate des Jahres um einige Prozentpunkte zurück. Vor allem aus den Opec-Ländern sowie aus den Oststaaten und sonstigen Entwicklungsländern fehlt ebenso die Nachfrage wie aus den USA. Eine lebhafte Entwicklung der Ausfuhren von Konsum- und Investitionsgütern in die europäischen Ländern konnte diese Rückschläge nicht wettmachen.

Die Exportschwäche konnte aber durch die kräftige Verbesserung der Terms of US-Trade mehr als kompensiert werden, so daß sich während der ersten vier Monate des Jahres das Defizit in der Handelsbilanz um rund fünf Milliarden Schilling reduzierte. Auch die Leistungsbilanz lag im ersten Jahresdrittel mit einem Überschuß von fast zwei Milliarden Schilling besser als ein Jahr zuvor.

Ebenfalls positive Meldungen kommen von der Preisfront. Wenngleich die Inflationsrate seit 1984 deutlich höher als bei dem Hartwährungspartner Bundesrepublik liegt, können die Österreicher doch zufrieden sein. Der Rückgang der Großhandelspreise verstärkte sich bis zum Mai auf 5,2 Prozent. Der Index der Verbraucherpreise ging von 2,9 Prozent zu Jahresanfang auf 1,6 Prozent im Mai zurück. Allerdings sind in der Bundesrepublik die Preise für die Warenimporte mehr als doppelt so stark wie in Österreich gefallen.

Auf der anderen Seite sehen sich die Arbeitnehmer aber mit einer zunehmend unsicheren Beschäftigungslage konfrontiert. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Frühjahr um rund 10 000 höher als ein Jahr zuvor; die Arbeitslosenrate erreichte Ende Juni saisonbereinigt 5,4 Prozent.

Handelspolitische Wende in Mexiko

Das neue Gatt-Mitglied könnte im Lager der Entwicklungsländer großen Einfluß ausüben

ALFRED ZÄNKER, Genf

Mexiko hat vor einigen Tagen in Genf ein Protokoll unterzeichnet, um dem Gatt als 92. Vollmitglied beizutreten. Im Hause der Genfer Welthandelsorganisation mißt man diesem Schritt „weitreichende Bedeutung" bei. Denn Mexikos handelspolitische Wende steht in engem Zusammenhang mit einer langfristigen Neuorientierung seiner gesamten Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig hat das hochverschuldete Land vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank durch neue Kreditzusagen von 12 Mrd. Dollar bis Ende 1987 auch genügend finanziellen Spielraum für seine Reformen erhalten.

Der Beitritt zum Gatt wird als ein „Signal" an die westliche Finanzwelt betrachtet. Damit wendet sich Mexiko grundsätzlich vom Protektionismus und massiven Staatsinterventionismus ab, einer Politik, die zur heutigen strukturellen Schwäche und mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des Landes geführt hatte. Nun sollen durch Liberalisierung, durch Privatisierung von Staatsunternehmen, Abbau von Subventionen und Förderung ausländischer Beteiligungen neue Leistungsanreize geschaffen werden. Es gilt, die Industrie rascher zu modernisieren und die einseitige, bisher zu 70 Prozent auf Öl ausgerichtete Exportstruktur zu verbreitern.

Nur bei Öffnung der Märkte könne Mexikos Wirtschaft gesunden und sein Schuldenproblem bewältigt werden, heißt es im Gatt. Mexiko hat sich deshalb verpflichtet, seine Zölle bei einem Höchstsatz von 50 Prozent zu binden und in den nächsten 30 Monaten die Zölle linear zu senken, so daß am Ende der Periode die meisten Sätze zwischen 20 und 30 Prozent liegen. Der Höchstsatz von 50 Prozent soll für gewisse im Aufbau befindliche Industrien beibehalten werden können. Auch sind Ausnahmeregelungen mit Zusatzzöllen für Übergangsperioden von höchstens acht Jahren und bei schrittweisem Abbau vorgesehen.

Noch wichtiger ist, daß Mexikos protektionistisches Importlizenz-System möglichst rasch abgewickelt und durch Zölle ersetzt werden soll. Die Lizenzgewährung, die heute noch 35 Prozent der Einfuhr beträgt, war ziemlich willkürlich gehandhabt worden. „Offizielle Preise", die bisher für einen Teil der Einfuhr zur Zollbemessung festgesetzt wurden, müssen bis Ende 1987 abgeschafft werden. Mexiko verpflichtet sich auch ausdrücklich, alle Gatt-Spielregeln für Subventionen, Anti-Dumpingmaßnahmen, Lizenzverfahren, Zollbewertung und andere „unsichtbare" Handelsschranken einzuhalten.

Ausnahmen bei der Liberalisierung beansprucht Mexiko als Entwicklungsland in der Landwirtschaft, von der heute noch 40 Prozent der Bevölkerung leben, sowie im Energiesektor. Dazu kommen verschiedene „junge" Industrien, die im Rahmen des nationalen Entwicklungsplans und regionaler Programme gefördert werden; besonders Automobile und Pharmazeutika. Priorität haben auch die Petrochemie, Elektronik und elektrische Haushaltsgeräte, Textilien und Schuhe, Zellstoff, Eisen, Stahl und gewisse Kapitalgüter.

Im Exportgeschäft kommt Mexiko in den Genuß der handelspolitischen Meistbegünstigung anderer Gatt-Länder. Streitigkeiten mit den USA, dem weitaus wichtigsten Handelspartner, können nun notfalls vor das internationale Forum des Gatt gebracht werden. Die Mexikaner wollen schon bei der neuen Welthandelsrunde, die Mitte September durch eine Ministerkonferenz in Punta del Este formell eingeleitet werden soll, aktiv mitwirken. Im Gatt meint man dazu, daß Mexiko bei künftigen Handelsgesprächen im Lager der Entwicklungsländer eine einflußreiche, mäßigende Rolle spielen könnte.

Defizitabbau ist sehr dringend

OECD kritisiert Verschuldung und Inflation in Italien

J. Sch. Paris

In ihrem Italien-Bericht empfiehlt die OECD Rom vor allem den rigorosen Abbau der öffentlichen Defizite, die sich in den letzten Jahren weiter stark erhöht haben. Denn ohne die Sanierung der Staatsfinanzen würde Italien aus der Ölpreisbaisse keinen Nutzen ziehen können.

Die italienische Defizit-Wirtschaft hat inzwischen die Staatsverschuldung so stark ansteigen lassen, daß trotz des allgemeinen Zinssenkungstrends der Schuldendienst immer schneller zunimmt. 1985 erreichte die Verschuldung 635 000 Milliarden Lira (nach einem Defizit von 92 000 Milliarden) oder 96 Prozent des Bruttosozialprodukts gegenüber erst 70 Prozent 1981. Der Finanzbedarf zur Abdeckung der Defizite lag zuletzt bei 14 Prozent des Sozialprodukts.

Dies ist nach Angaben der OECD ein wichtiger Grund dafür, daß Italien mit der Inflationsbekämpfung hinter den anderen Mitgliedsstaaten herhinkt. Zwar konnte die Inflationsrate von 9,4 Prozent 1985 auf zur Zeit 5,5 Prozent reduziert werden. Aber die Differenz zu den wichtigsten Handelspartnern ist eher größer geworden mit der Folge einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, die allerdings inzwischen durch zwei Abwertungen kompensiert wurden. Dadurch ist die Leistungsbilanz wieder aktiv geworden.

Besorgniserregend bleibt aber der starke Lohnanstieg von nominal über zehn Prozent in 1985, eine Folge vor allem der Lohnpreisindexierung. Sie wurde zwar in letzter Zeit etwas gelockert, aber eine größere Flexibilität scheitert an den sehr weit gehenden Beschäftigungsgarantien.

Obwohl sich die konjunkturelle Lage Italiens dank des hohen realen Einkommensanstiegs der Bevölkerung verbessert – die OECD erwartet für 1986 und 1987 eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um real 2,75 Prozent – wird die Arbeitslosenquote von offiziell derzeit 11,1 Prozent weiter zunehmen. Nicht berücksichtigt ist dabei allerdings die Schwarzarbeit.

Auch bei der Erhebung von direkten Steuern hat Rom große Schwierigkeiten, weil sich das Parlament immer wieder den Gesetzesvorlagen der Regierung widersetzt, während die Kürzung der Staatsausgaben durch den Widerstand der davon Betroffenen behindert wird. Andererseits zollt die OECD der in den letzten Jahren stark vorangetriebenen Restrukturierung der italienischen Wirtschaft Lob.

Anschluß im Touristengeschäft verpaßt

Französische Fremdenverkehrswirtschaft stagniert zum ersten Mal seit vielen Jahren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Fremdenverkehrswirtschaft, die 1985 mit 300 Milliarden Franc acht Prozent des Bruttosozialprodukts aufgebracht und mehr Devisen ins Land geholt hat als der gesamte Lebensmittelsektor oder die Automobilindustrie, wird 1986 zum ersten Mal seit vielen Jahren stagnieren, meint der neue Staatssekretär für den Tourismus, Jean-Jacques Descamps. Er führt dies aber nicht nur auf die Dollar-Schwäche und die Terroristenangst der Amerikaner zurück, die im großen Umfang ihre Frankreich-Reisen abgesagt haben. Sie werden damit dem Überschuß der touristischen Devisenbilanz von noch 31,5 Milliarden Franc im letzten Jahr einigen Schaden zufügen. Vielmehr habe man selbst Fehler gemacht.

Frankreich hat sich in den letzten Jahren nach den Feststellungen Descamps nicht genügend den Veränderungen im internationalen wie nationalen Reiseverkehr angepaßt. Wenn es seinen Platz als zweitgrößtes Reiseland der Welt und seinen Weltmarktanteil von zwölf Prozent halten will, müßten enorme Anstrengungen gemacht werden. Die derzeitigen Schwierigkeiten sollten der Fremdenverkehrswirtschaft die Augen öffnen.

Gewiß hat Paris seinen Platz als größte Kongreßstadt der Welt und wichtigstes Reiseziel der Ausländer gut behauptet. Aber die Empfangsstrukturen im übrigen Frankreich lassen stark zu wünschen übrig. Von den rund 800 000 Hotelzimmern verfügen nach jüngsten Erhebungen 200 000 nicht über ein eigenes Bad. Auch hält Descamps das Personal vor allem der kleineren Hotels nicht immer für genügend qualifiziert, insbesondere im Umgang mit ausländischen Gästen. Nicht zuletzt fehle es aber an koordinierten Werbe- und Verkaufsaktionen.

Die Touristen kommen heute nicht mehr von selbst, man muß ihnen mit „neuen Produkten" entgegenkommen, meint Descamps. Dafür bedarf es einer „echten Strategie", vor allem was die Erneuerung und Erweiterung der touristischen Infrastruktur betrifft. Das Staatssekretariat selbst will als Initiator auftreten. Mit einem Budget von 287 Millionen Franc, das nächstes Jahr kaum erhöht werden dürfte, fehlen ihm allerdings größere Mittel.

Was in vielen französischen Feriengebieten fehlt, ist die touristische Animation. Als ausbaubedürftig wird auch der Tourismus auf dem Lande und die Erschließung der Binnenschiffahrtswege bezeichnet. Außerdem müßte dem zunehmenden Interesse für Aktiv- und Themen-Urlaube stärker Rechnung getragen werden. Unterentwickelt ist auch der Seniorentourismus, für den Descamps eine starke Expansion erwartet. Ferner verfüge Frankreich über zu wenig gut ausgestattete Camping- und Caravanplätze.

Allgemein muß sich das französische Fremdenverkehrsgewerbe nach Descamps darauf einstellen, daß auch die Franzosen weniger lange in die Sommerferien fahren und dafür häufiger Urlaub nehmen, und zwar – nach der zum Jahresende angekündigten totalen Aufhebung der Devisenbeschränkungen – auch im Ausland, das von ihnen zur Zeit nur zu 15 Prozent besucht wird. Zum Ausgleich dafür bedarf es größerer Bemühungen um ausländische Gäste, und zwar angesichts der diesjährigen schlechten Erfahrungen mit den Amerikanern, vor allem aus den europäischen Nachbarländern.

Reallöhne in der EG steigen

AFP, Brüssel

Die Reallöhne werden in diesem Jahr in der Europäischen Gemeinschaft nach Angaben von Experten der EG-Kommission um durchschnittlich 2,6 Prozent anziehen. Es wird sich dabei um die stärkste Zunahme seit acht Jahren handeln. Von 1980 bis 1983 gingen die Reallöhne zurück, während sie 1984 stagnierten und 1985 um ein Prozent stiegen.

Die verfügbaren Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger dürften unter Berücksichtigung der Steuern und des zu erwartenden oder zu zahlenden sozialen Transfers noch stärker anziehen. Die Beschleunigung des realen Lohnanstiegs trotz einer nominalen Abbremsung ist dem Inflationsrückgang zuzuschreiben. Die Durchschnittsteuerung wird 1986 mit 3,4 Prozent gegen 5,8 Prozent 1985 den tiefsten Stand seit 20 Jahren erreichen.

Trotz der bedeutenden Verbesserung der Realeinkommen werden die Arbeitskosten in der EG im Vergleich zu 1985 nur um 0,6 Prozent zunehmen. Unter den EG-Mitgliedern werden 1986 die Reallöhne in Portugal mit 4,6 Prozent am stärksten steigen. In der Bundesrepublik dürften sie um vier Prozent zunehmen.

Peru beschränkt Gewinn-Transfers

dpa/UPI/rtr, Lima

Ausländische Firmen in Peru dürfen innerhalb der nächsten zwei Jahre ihre Gewinne nicht mehr an die Muttergesellschaften im Ausland transferieren. Nach Angaben von Limas Präsident Alan Garcia solle gleichzeitig die Möglichkeit für Privatpersonen und -unternehmen eingeschränkt werden, Schulden im Ausland zu begleichen. Nach Schätzung von Garcia sei im vergangenen Jahr eine Mrd. Dollar auf diese Art ins Ausland gelangt.

Peru, das mit Krediten über 14 Mrd. Dollar der sechstgrößte Schuldner in Lateinamerika ist, lehnt die momentan gültigen Zahlungsbedingungen und Zinssätze ab. Es sei auch weiterhin nicht bereit, mehr als zehn Prozent seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufzubringen. Im zurückliegenden ersten Jahr der Garcia-Regierung habe das Land an seine Gläubiger nur 320 Mill. Dollar bezahlt und damit ein Sechstel der fälligen Zinsen und Tilgung auf mittel- und langfristige Kredite erfüllt. 1986 werde dieser Betrag zurückgeben. Auch an den Internationalen Währungsfond (IWF), dem es 750 Mill. Dollar schuldet, führte Peru nur ein Viertel des fälligen Betrages ab.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Klaus Jürgen Jagst; **Bensheim:** Nachl. d. Hildegard Elfriede Molnar geb. Föhst, Heppenheim; **Berlin Charlottenburg:** WBS Walzen-Service-Ges. mbH; Eberhard Schneider, Inh. d. Fa. Schneider's exclusive Moden; Nachl. d. Walter Bauermeister; **Bonn:** Hoffmann + Koll – Schuhvertriebs-GmbH, Bad Honnef; **Hagen:** Nachl. d. Karl-Wilhelm Schütz; **Heilbronn:** Richard Jung, Ilsfeld; **Landau:** Nachl. d. Irma Warzas, Kandel; **Lingen:** C. Blumhardt & Rehme GmbH & Co. KG; **Osterholz-Scharmbeck:** Rolf Schönteich Montage GmbH, Grasberg; **Pinneberg:** Gerd Ehlers, Kranvermietung, Wedel.

Vergleich eröffnet: Hannover: Renate Merz, Kauffrau.

Vergleich beantragt: Bersenbrück: Erich Eismann GmbH, Bramsche 1; **Köln:** P. Hahn & Co., Frechen.

Die Branche überholt

Nixdorf hat Auftragspolster bis weit ins nächste Jahr

Wb. London

Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, hat ihr Ziel, schneller zu wachsen als der Branchendurchschnitt (der bei einem Plus von acht bis zehn Prozent liegen soll), im ersten Halbjahr 1986 voll erreicht. Der weltweite Konzernumsatz nahm um 18 Prozent auf 974 (753) Mill. DM zu, und die Aussichten seien gut, daß der Gewinn den Vorjahresüberschuß von 172 (121) Mill. DM „deutlich" übertreffen wird, so Vorstandschef Klaus Luft.

Ohne die Währungsdrift wäre die Expansion noch erheblich kräftiger ausgefallen. Nur durch Umrechnung reduzierten sich die Zuwachsraten im Auslandsgeschäft von 19 Prozent auf acht Prozent, so daß die Auslandsumsätze mit 870 (809) Mill. DM auf einen Umsatzanteil von 47 (52) Prozent zurückfielen. Mit einem Plus von 29 Prozent auf 974 (753) Mill. DM übertraf das Inlandsgeschäft freilich auch die korrigierte Rate.

Hinter der Umsatzausweitung verbarg sich ein noch stärkerer Auftragsschub, der den Auftragsbestand um 15 Prozent auf 4,5 (3,9) Mrd. DM anschwellen ließ – ein Volumen über dem gesamten Weltumsatz 1985 von 3,9 Mrd. DM. „Dieses Polster sichert auch noch einen guten Teil unseres Wachstums 1987", meint Luft. So soll denn auch die Expansion im zweiten Halbjahr von der des ersten „nicht weit entfernt" liegen.

Die flotte Entwicklung kam auch den Arbeitsplätzen zugute. Seit der Jahresmitte 1985 wuchs die weltweite Belegschaft um 13 Prozent auf 24 560 (21 680) Mitarbeiter, von denen 16 370 (14 210) im Inland beschäftigt waren. Allein im ersten Halbjahr 1986 kamen 1270 neue Mitarbeiter hinzu.

Mit Investitionen von 236 (184) Mill. DM (plus 28 Prozent) und einem Forschungs- und Entwicklungsaufwand von 195 (179) Mill. DM (plus neun Prozent) bekundet die Unternehmensspitze, daß der Computerbauer auch nach dem überraschenden Tod von Heinz Nixdorf in diesem Frühjahr nicht an Schwung und Zuversicht verloren hat. Luft betont, daß Nixdorf auch in Zukunft ein eigenständiges Unternehmen bleiben soll, das strikt an der Produktphilosophie der Problemlösung – statt des reinen Hardware-Geschäfts – festhält.

Spar Handels-AG mit gutem Start

Sofort unter den größten Unternehmen der Branche etabliert – Bald an die Börse?

JAN BRECH, Hamburg

In ihrem ersten vollen Geschäftsjahr erwartet die im Juli 1985 gegründete Spar Handels-AG, Hamburg/Düsseldorf/München, einen Konzernumsatz von 3,7 bis 3,8 Mrd. DM. Vom Start weg, so betont der Vorstandsvorsitzende Bernhard A. Schmidt, habe man sich unter den größten Handelsunternehmen der Bundesrepublik etabliert.

Die Spar Handels-AG, unter deren Dach sich die bislang selbständigen Großhandelsunternehmen Pfeiffer & Schmidt, Schenefeld, Loch & Sohn, Düsseldorf, sowie Kehrer & Weber, Poing bei München, zusammengetan haben, repräsentiert etwa 60 Prozent des Gesamtumsatzes, den die freiwillige Handelskette Spar auf der Großhandelsstufe abwickelt. Weitere 30 Prozent stammen von der noch nicht angeschlossenen Gruppe Südwest und zehn Prozent von fünf kleineren Großhandlungen, mit denen die AG kooperiert. Die Spar Handels-AG, die im Rumpfgeschäftsjahr 1985 (1. Juli bis 31. Dezember) noch als reine Konzern-Holding fungierte, ist inzwischen auch maßgebliche Betriebsgesellschaft im Konzern geworden. Zum 1. Januar ist der überwiegende Teil des Großhandelsgeschäfts auf die AG übergegangen. Die früher selbständigen Spar-Zentralen treten nun als Niederlassungen der AG auf.

Kapitalausstattung und Liquidität der AG bezeichnet Schmidt als ordentlich. Das Grundkapital beträgt 60 Mill. DM, davon 36 Mill. DM vinkulierte Stammaktien und 24 Mill. DM stimmlose Vorzugsaktien. Einschließlich der Rücklagen verfügt die AG über 125 Mill. DM Eigenmittel. Um weitere Partner aufnehmen zu können, besteht ferner ein genehmigtes Kapital von 29 Mill. DM. Den Schritt an die Börse plant die Spar Handels-AG in zwei bis drei Jahren.

Noch nicht zufrieden zeigt sich Schmidt mit dem Gewinn. Bei einem Umsatz von 1,8 Mrd. DM seien 4,4 Mill. DM nicht gerade berauschend. Angestrebt werde eine nachhaltige Brutto-Rendite von einem Prozent, wie sie branchenüblich sei. Für das Rumpfgeschäftsjahr schüttet die AG 0,50 DM auf die Stammaktien und 3 DM auf die Vorzugsaktien aus.

Erklärtes Ziel der Spar Handels-AG sei es, so betont Schmidt, den selbständigen Einzelhändlern innerhalb des Konzerns Läden zu bieten, die mindestens 2 bis 3 Mill. DM Jahresumsatz machen können. Im Verbreitungsgebiet der Spar Handels-AG arbeiten zur Zeit etwa 1900 selbständige Einzelhändler mit einer Verkaufsfläche von 420 000 qm. Sie setzen addiert rund 3 Mrd. DM um und repräsentieren 60 Prozent der gesamten von der AG betreuten Verkaufsfläche auf der Einzelhandelsstufe. Rechnet man den addierten Umsatz der Spar-Regiebetriebe in Höhe von 2 Mrd. DM hinzu, erreicht die Gesamtleistung der Spar Handels-AG auf Basis von Endverbraucherpreisen rund 5 Mrd. DM.

Im Anschluß an die 2. Hauptversammlung in Hamburg gab Schmidt personelle Veränderungen bekannt. Neben ihm als Vorstandsvorsitzendem ist künftig Hartwig Knetter im Vorstand tätig. Wilhelm P. A. Pfeiffer ist ausgeschieden und zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt worden. Neu im AR ist ferner Jürgen Westphal, der frühere Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins.

Erfolge aus den Aktienanlagen

Nach Verkauf des Rückversicherers sucht Herold Aktivitäten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG, Bonn, nach der Versicherungssumme die Nummer 13 unter den reichlich 100 deutschen Lebensversicherern und neben Gerling eines der wenigen Unternehmen der Branche in Privatbesitz, präsentiert sich für 1985 in einem besonders günstigen Licht. Der Gruppe, die mit dem notleidend gewordenen und inzwischen abgestoßenen eigenen Rückversicherer ins Gerede gekommen war, tut die Darstellung eines um 45 Prozent auf 431 Mill. DM gestiegenen Rohüberschusses bei Herold Leben sichtlich gut.

Dieses Ergebnis ist nicht nur eine Folge stark gesunkener Verwaltungskosten und trotz beachtlichen Neugeschäfts stabiler Vertriebskosten, vor allem glänzt der Herold durch eine fast explosionsartige Steigerung der Kapitalerträge (siehe Tabelle). Die Gesellschaft nutzte die günstige Börsenlage zur Realisierung von Kursgewinnen. Wertpapiere sind an den Gesamtkapitalanlagen mit 29 (28,8) Prozent beteiligt. Damit erklärt sich auch die weit über den Branchenschnitt hinausragende Kapitalrendite.

Der Rohüberschuß geht zu 99,5 Prozent an die Versicherten, die im laufenden Jahr in den Genuß einer Sonderausschüttung von 116 Mill. DM kommen und ab 1987 eine weitere deutliche Verbesserung der Überschußbeteiligung erwarten können. Nicht so günstig stellt sich der vorzeitige Abgang dar. Er hat sich zwar seit 1983 deutlich vermindert, die Stornoquote ist aber immer noch höher als der Branchenschnitt. Diese Abgänge, offensichtlich auch aus dem Zeitraum bald nach Vertragsschluß, bestimmen auch das „gebremste Wachstum" im Beitrag.

Die kapitalbildende Lebensversicherung, die rund 98 Prozent des Bestandes ausmacht, sieht der Herold auch künftig als seine Stärke. Dem Außendienst, der firmeneigenen Bonfinanz AG für Vermögensberatung und Vermittlung, dient sie als Standbein. Rund 500 der insgesamt 1700 Herold-Mitarbeiter sind als Angestellte im Außendienst tätig.

Hier dürfte, nicht zuletzt im Verbund mit der Beteiligung an der Westfälischen Hypothekenbank AG, die Baufinanzierung über Hypothekenversicherungen angeboten werden. Auch mit anderen Instituten bestehen in dieser Richtung Verabredungen. Der Herold denkt auch daran, seinen Außendienst mit Gründung, Kauf oder Beteiligung an einem Kranken- und einem Rechtsschutzversicherer besser „auszulasten".

Seit Jahresbeginn hat sich der positive Trend im Neugeschäft verstärkt. Es liegt deutlich über dem des Vorjahres, heißt es, und besser als in der Branche. Im Bestand wurden 23 Mrd. DM Versicherungssumme bereits überschritten. Aus dem Jahresüberschuß von 2,4 (1,1) Mill. DM wurden auf das Grundkapital von 20 Mill. DM 18 (8) Prozent Dividende gezahlt.

Mit einem technischen Gewinn von 14,7 (4,7) Mill. DM nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 5,1 Mill. DM hat die Deutscher Herold Allgemeine AG 1985 ihr Ergebnis nochmals verbessert. Die Sanierungspolitik im indirekten und industriellen Geschäft hat sich ausgezahlt. Die Beitragseinnahmen blieben mit 314 (313) Mill. DM brutto nahezu unverändert, da das verlustreiche aktive Rückversicherungsgeschäft aufgegeben worden ist. Im Inlandsgeschäft stiegen die Beitragseinnahmen um sechs Prozent, die verdiente Prämie für eigene Rechnung ging auf 215 (226) Mill. DM zurück.

Der Kompositversicherer, der sich ausschließlich auf das private Geschäft konzentriert, weist neben einem günstigen Schadenverlauf (56,7 nach 65,5 Prozent Schadenquote) stabile Verwaltungsquoten auf. Aus dem Jahresüberschuß von 14 (6,5) Mill. DM dienen 1,6 Mill. DM der 16-Prozent-Dividende, 10 (4) Mill. DM der Rücklagendotierung. Die Eigenmittel machen 25,9 Prozent der verdienten Prämie, die technischen Rückstellungen 111 (104) Prozent der verdienten Prämie aus.

Dt. Herold Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	22 855	+ 4,1
Eingel. Neugeschäft	2476	+ 4,1
Beitragseinnahmen	842	+ 2,5
Aufw. f. Vers.Fälle	364	+ 1,5
Kapitalanlagen [1]	6396	+ 10,2
Kapitalerträge [2]	530	+ 25,9
Aufw. f. Beitr.Rückerst.	428	+ 56,2
Rückst. f. Beitr.Rückerst.	1126	+ 34,6

	1985	1984	1983
Stornoquote [3]	6,0	6,5	6,9
Verw.Kostenq. [4]	5,5	6,2	7,0
Abschl.Kostenq. [5]	45,6	45,7	44,3
Überschußquote [6]	51,1	33,5	38,8

[1] ohne Depotford.; [2] netto; Durchschnittsrendite: 8,7 (7,7) Prozent; [3] Rückk. Umwandlg. in Beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers.Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Damenmode ohne Stimmung

Umsatzplus wurde mit hohen Preisnachlässen erkämpft

Py. Düsseldorf

Auf die vom 3. bis 5. August stattfindenden Collections-Premieren in Düsseldorf setzt die deutsche Damenoberbekleidungs-Branche ihre Erwartungen für Produktion und Absatz ihrer Ware, die mit den Trends für Frühjahr/Sommer 1987 erstmals in Düsseldorf gezeigt werden. Im Gegensatz zur Herrenoberbekleidung ist die Stimmung der DOB-Fabrikanten zur Jahresmitte sehr gedrückt.

Einmal lassen der Umsatz und die Möglichkeit, auch nur minimale Preiserhöhungen druchzusetzen, zu wünschen übrig; im 1. Quartal 1986 stieg der Umsatz lediglich um 1,7 Prozent auf 3,4 Mrd. DM. Zum anderen macht sich derzeit wieder eine Welle von Unternehmensschließungen bemerkbar. Nicht ohne Kritik vermerkt jedoch der Handel, daß viele Hersteller nicht das „richtige modische Händchen" bei der Farbauswahl für diesen Sommer bewiesen haben.

Bei den Strickwaren-Herstellern ist die Situation gespalten wie lange nicht mehr. Zwar hätten 2 von 3 Maschenoberbekleidungsherstellern im 1. Halbjahr 1986 eine deutliche Umsatzverbesserung erzielt, aber manches Unternehmen habe auch noch hohe Lagerbestände. Dies galte vor allem für Übergangsware.

Dennoch sind die Stricker für die zweite Jahreshälfte zuversichtlich, nachdem die Marktversorgung mit Strickmoden für Damen und Mädchen in den ersten 6 Monaten der Menge nach um 15 Prozent, dem Wert nach um 11 Prozent auf 1,76 Mrd. DM gestiegen ist. Hieran hatten die Importe jedoch den Löwenanteil. Im Export wurde ein Plus von 5 Prozent auf 404 Mill. DM erzielt.

Von diesen eher gedämpften Erwartungen sticht der DOB-Handel derzeit ab. Er hatte ein Plus von 3 (Vorjahr 1) Prozent, wenn es auch mit „enormen Preiszugeständnissen sowie Aktions- und Sofortware hart erkämpft werden mußte". Insgesamt wachse der Umsatzanteil der reduzierten Ware immer mehr.

An den Düsseldorfer Collections-Premieren nehmen rund 1300 Modehersteller teil. Davon sind 881 (804) aus 16 Ländern im Messegelände vertreten. Damit hat sich ihre Zahl in den letzten 5 Jahren verdreifacht.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Fortschritt bei Arbed

Saarbrücken (AP) – Die Neuordnung der Saarstahl Völklingen GmbH, der ehemaligen Arbed Saarstahl GmbH, ist einen weiteren Schritt vorangekommen. Wie der saarländische Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben, Ottokar Hahn, mitteilte, hat die EG-Kommission genehmigt, daß in den Gesellschaftsorganen von Saarstahl Personen tätig sind, die ähnliche Positionen bei der Dillinger Hütte und bei Arbed Luxemburg innehaben. Diese Entscheidung gilt nach Hahns Auskunft vorerst für ein Jahr.

Teves-Umsatz stieg kräftig

Frankfurt (dpa/VWD) – Die hohe Nachfrage nach Antiblockiersystemen für Autos hat die Umsätze bei Teves stark beschleunigt. Der Bremsen-Spezialist konnte im ersten Halbjahr seinen Gruppenumsatz weltweit um 12,6 Prozent auf 1,06 Mrd. DM ausweiten.

Konkurs angemeldet

Brunsbüttel (dpa/VWD) – Die Elbe Slop-ex GmbH und Co. KG in Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen) hat Konkurs angemeldet. Konkursantrag wurde beim Meldorfer Amtsgericht eingereicht. Die Elbe Slop-ex nahm 1978 ihren Betrieb auf, um ölverschmutztes Wasser aus Schiffen aufzunehmen und zu reinigen.

Spanien-Engagement?

Bonn (DW.) – Lufthansa und ihr Tochterunternehmen Condor prüfen eine Beteiligung an der Neugründung einer spanischen Charter-Fluggesellschaft. Entsprechende Gespräche werden mit der spanischen Fluggesellschaft Iberia und ihrem Tochterunternehmen Aviaco geführt. Die Vorteile einer solchen Neugründung werden in verkehrsrechtlichen Chancen gesehen, die ein in Spanien ansässiges Unternehmen im gesamten europäischen Markt haben könnte.

Mehr Hypothekenzusagen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die deutschen Hypothekenbanken haben im 1. Halbjahr 1986 eine deutliche Belebung im Wohnungsbau festgestellt. Danach stiegen die Neuzusagen für Darlehen um 27 Prozent auf 16,3 Mrd. DM. Der Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute korrigierte damit eine entgegenlautende Veröffentlichung vom Montag.

Michelin schließt Werk

Paris (J. Sch.) – Der französische Reifenkonzern Michelin hat beschlossen, sein belgisches Werk von Zune (1300 Beschäftigte) stillzulegen. Jedoch soll die Handelsniederlassung mit 270 Personen fortgeführt werden. Die Entscheidung wird mit den anhaltenden Verlusten und der schlechten Weltkonjunktur begründet. Die Überkapazität der Reifenindustrie würde inzwischen 20 Prozent erreichen. Das belgische Werk produziert aber zu 90 Prozent für den Export.

Wochenausweis

	23.7.	15.7.	23.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	60,7	59,8	58,7
Kredite an Banken	98,5	96,0	96,0
Wertpapiere	5,1	5,1	4,9
Bargeldumlauf	115,5	116,7	103,8
Einl. v. Banken	42,9	43,9	35,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	10,5	8,5	14,2

Revision der Kernkraftplanung

Rumänien reagiert auf Reaktorunfall in Tschernobyl

HELMUT SCHMIDT, Bukarest

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hat vor einem Gremium führender rumänischer Kommunisten eine Revision der Kernkraftpläne seines Landes angekündigt. Nach rumänischen Quellen nannte er als Grund die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Ceausescu forderte eine Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen beim Bau des Kernkraftwerks in Cernavoda, das mit vier kanadischen Schwerwasserreaktoren des Typs CANDU zu je 660 Megawatt ausgerüstet werden soll. Das im Fünfjahresplan enthaltene Energieprogramm Rumäniens, das ab 1990 Selbstversorgung vorsieht, bleibe bestehen, sagte der Parteichef.

Die Geschichte von Cernavoda ist überaus kompliziert: Den Standort des Kernkraftwerks, 50 Kilometer von der Hafenstadt Constanta (320 000 Einwohner) entfernt, hat Ceausescu selbst bestimmt. Erstmals wurde vor 17 Jahren über das Werk gesprochen, das bereits 1980 in Betrieb gehen sollte.

Die kanadischen Vertragspartner haben auch eine Kreditlinie von einer Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt. Die Rumänen nahmen aber wegen der Devisenkrise 1981/82 nur ein Drittel des Kredits in Anspruch. Sie bestanden zugleich darauf, immer mehr Komponenten selbst herzustellen. Dafür verabschiedeten sie sogar ein besonderes Gesetz, das bestimmte Sicherheitsstandards für Materialien und Dienstleistungen in der Kernindustrie vorsieht. Diese berücksichtigen aber keineswegs die Vorschriften der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien.

Ceausescu kritisierte im April 1985 einen Trend zum überdimensionalen Bauen. Das rumänische KP-Organ „Scinteia" schrieb dazu: „Dies hat zu einem übermäßigen Verbrauch von Zement, Stahlbeton und anderen Materialien geführt sowie zu Verzögerungen am Bau." Ceausescu habe die Projektingenieure und Bauarbeiter aufgefordert, die wirkungsvollsten Wege zu finden, „um den Verbrauch von Baumaterial zu reduzieren". Auch später hatte der Staatschef wiederholt zum Sparen beim Bau von Cernavoda aufgerufen.

Nach den letzten rumänischen Ankündigungen sollte das Werk Ende dieses Jahres ans Netz gehen. Nach Aussagen kompetenter kanadischer Stellen dürfte es jedoch erst 1990 soweit sein.

Müller's Mühle bei Kampffmeyer

dpa/VWD, Gelsenkirchen

Die Müller's Mühle Schneekoppe AG, Gelsenkirchen, bisher ein reines Familienunternehmen, ist zur Hälfte in den Besitz der Kampffmeyer Mühlen GmbH, Hamburg, übergegangen. Verkauft wurden nach Unternehmensangaben 50 Prozent des Grundkapitals von 11 Mill. DM, die bis dahin Herbert Müller gehalten hatte. Die andere Hälfte liegt weiter bei Herbert Müllers Bruder Manfred.

Ein Firmensprecher nannte als Grund für die Transaktion, mit der keine organisatorischen Veränderungen in den Betriebsstätten verbunden sein sollen, die „Absicherung der Kapitalbasis für die Zukunft". Herbert Müller bleibt wie sein Bruder im Vorstand des Unternehmens.

Müller's Mühle bezeichnet sich selbst als Marktführer in der Bundesrepublik bei Diät- und Reformwaren sowie bei Hülsenfrüchten. Außerdem umfaßt das Produktionsprogramm Reis und Fertiggerichte. Der Umsatz erhöhte sich 1985 um etwa ein Prozent auf 315 Mill. DM. In Gelsenkirchen, Hamburg und Grünstadt werden rund 650 Mitarbeiter beschäftigt. Ein weiteres Zweigwerk in Mannheim wurde im Vorjahr geschlossen. In Österreich besteht ein hundertprozentiges Tochterunternehmen.

Dividende vom Golfkrieg verschlungen

Strabag-Baukonzern braucht hohe Rückstellungen für Risiken aus Baustellen in Irak

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Besser als die seit Jahren von noch nicht bewältigter Anpassungskrise gezeichnete deutsche Bauindustrie ist der von der Kölner Strabag Bau-AG geführte viertgrößte deutsche Baukonzern auch 1985 über die Runden gekommen. Die Konzernbauleistung wuchs entgegen dem Minustrend der Branche um weitere 8,7 (13,7) Prozent auf 3,29 Mrd. DM. Dies allerdings nur durch nochmals beachtliches Plus von 39 (24) Prozent auf den nun mit 46 (36) Prozent an der Gesamtleistung beteiligten Auslandsbaustellen, während das im Vorjahr noch gewachsene Inlandsgeschäft nun sogar etwas stärker als der Branchendurchschnitt um 8,4 Prozent auf 1,78 Mrd. DM schrumpfte.

Das insgesamt schöne Leistungsergebnis jedoch wurde für die Eigentümer von 55,13 Mill. DM Aktienkapital (maßgeblich bei der Neusser Werhahn-Familiengruppe) bitter erkauft. Erhielten sie in den beiden letzten Jahren der Branchenkrise noch 7 DM (davor 10 DM) Dividende, so legt die AG nun zur Hauptversammlung am 29. August einen dividendenlosen Abschluß vor. Der Grund: Das insgesamt im In- wie Ausland positive Betriebsergebnis sowie ein außerordentlicher Ertragssaldo wurden benutzt, „um die Rückstellungen für Risiken aus der Abwicklung zweier Bauaufträge in Irak deutlich zu erhöhen", – was die „anderen Rückstellungen" der AG kräftig um abermals 45 Mill. auf 325 Mill. DM emportrieb.

Der Golfkrieg hat zwar die Arbeiten an den beiden irakischen Großbaustellen (Flughafen Basrah und Autobahn) bislang überhaupt nicht berührt, so daß mit planmäßiger Fertigstellung bis Ende 1986 gerechnet wird. Doch um die Bezahlung macht man sich offensichtlich wegen des Krieges Sorgen: Bei der den Bauherren gewährten (zum Teil Hermes-gedeckten) AKA-Kreditfinanzierung dieser Projekte stehe man für die Rückzahlung „in Höhe des sehr hohen Selbstbehalts" in der Mithaftung. Dafür also nun die Vorsorge.

Im Inlandsgeschäft spürte der Konzern 1985 die noch nicht ausreichend abgebauten Überkapazitäten der Branche besonders mit (teilweise) Verlustpreisen in der größten Sparte Hoch-Ingenieurbau mit noch 0,81 (1,0) Mrd. DM Leistung sowie mit Kosten aus eigener Kapazitätsminderung. Besser lief der Straßen- und Tiefbau mit 512 (470) Mill. DM Leistung. Besonders erfreulich habe sich (gleichfalls nach Kapazitätsbereinigung) der Mischwerksbereich entwickelt.

Analog zur Marktlage wurden die Konzern-Sachinvestitionen weiter auf 81,3 (100) Mill. DM und damit fast auf die Höhe der 75,5 (91,8) Mill. DM Abschreibungen zurückgenommen. Die Belegschaftszahl ging leicht auf 20 144 (20 511) zurück, davon 11 000 (10 961) auf Auslandsbaustellen.

Bei denen ist der Gipfel überschritten. War der gesamte Auftragseingang des Konzerns schon 1985 wegen der um 27 Prozent auf 0,86 Mrd. DM geschrumpften Auslandsaufträge um 6,2 Prozent auf 2,73 Mrd. DM gesunken, so rechnet der Vorstand nun für 1986 mit nochmals erheblichem Rückgang der Auslandsorders. „Die wenigen zur Vergabe anstehenden Objekte sind preislich so umkämpft, daß wir es für richtiger halten, unsere Auslandsaktivitäten auf das geringere Marktvolumen zurückzuführen."

Günstiger läuft das Inlandsgeschäft, das bis Mai Steigerungen von 8 Prozent in der Bauleistung und von 7 Prozent im Auftragseingang brachte. Dennoch: Wegen der veränderten Struktur des kleineren Konzerngeschäfts habe man nun weitere Anpassungsmaßnahmen eingeleitet.

Anfangsverluste teilweise aufgeholt

Wieder lebhafter Handel in Bankaktien

DW. – Der Börsenstart stand am Dienstag unter schlechten Vorzeichen. So zeigte der Dollar einen neuen Tiefpunkt, die Kurse an der New Yorker Börse waren kräftig abgerutscht und am Rentenmarkt schien sich eine Wiedererhöhung der Renditen abzuzeichnen. Angesichts dieser Belastungen lagen die Anfangskurse nahezu aller Standardaktien unter denen des Vortages. Ausgehend von den Bankaktien setzte sich später eine kräftige Erholung durch, so daß in einigen Papieren die Anfangsverluste ausgeglichen werden konnten.

Auf der niedrigen Basis sollen Banken als Käufer deutscher Standardaktien aufgetreten sein, die Handelspositionen aufgebaut haben. Bankaktien galten als besonders interessant, weil von der Deutschen Bank und der Dresdner Bank ähnlich ertragstarke Zwischenabschlüsse erwartet werden, wie sie die Dresdner Bank schon vorgelegt hat. Vernachlässigt blieben die Aktien der Großchemie, besonders Hoechst lagen unter Druck. Man vermutet Abgaben aus den arabischen Öländern, bei denen die Finanznot angesichts des zusammengebrochenen Ölpreises von Tag zu Tag wachsen soll. Aus dem gleichen Grund dürften auch Siemens und Daimler unter Druck gelegen haben. Mit einem weiteren Abschlag warteten die RWE-Aktien auf. Nachdem es der SPD nicht geglückt ist, ihren Vertrauensmann in den AR zu bekommen, wird befürchtet, daß von der politischen Seite her dem Unternehmen Schwierigkeiten gemacht werden.

Frankfurt: Didier sanken um 13 DM, Heidelzement gaben um 15 DM und Kali + Salz um 10 DM nach. Massa Vz. konnten sich um 8 DM, Bilfinger um 15 DM und Buderus um 19 DM erholen.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. sanken um 2 DM, Keramag fielen um 5 DM und Leffers um 10 DM. Hagen Batterie erhöhten sich um 6,10 DM, Hochtief stiegen um 10 DM und Westag um 3 DM.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM nach, Phoenix Gummi und Bremer Wolle verminderten sich jeweils um 2 DM. Bremer Vulkan und Markt- und Kühlhallen wurden mit je minus 0,50 DM gehandelt.

Berlin: Kempinski verbesserten sich um 8 DM und Dt. Hypobank Berlin um 5 DM. Herlitz St. und Springer lagen um je 2 DM und Bekula um 1 DM geringfügig freundlicher. Bermann bröckelten um 3 DM ab.

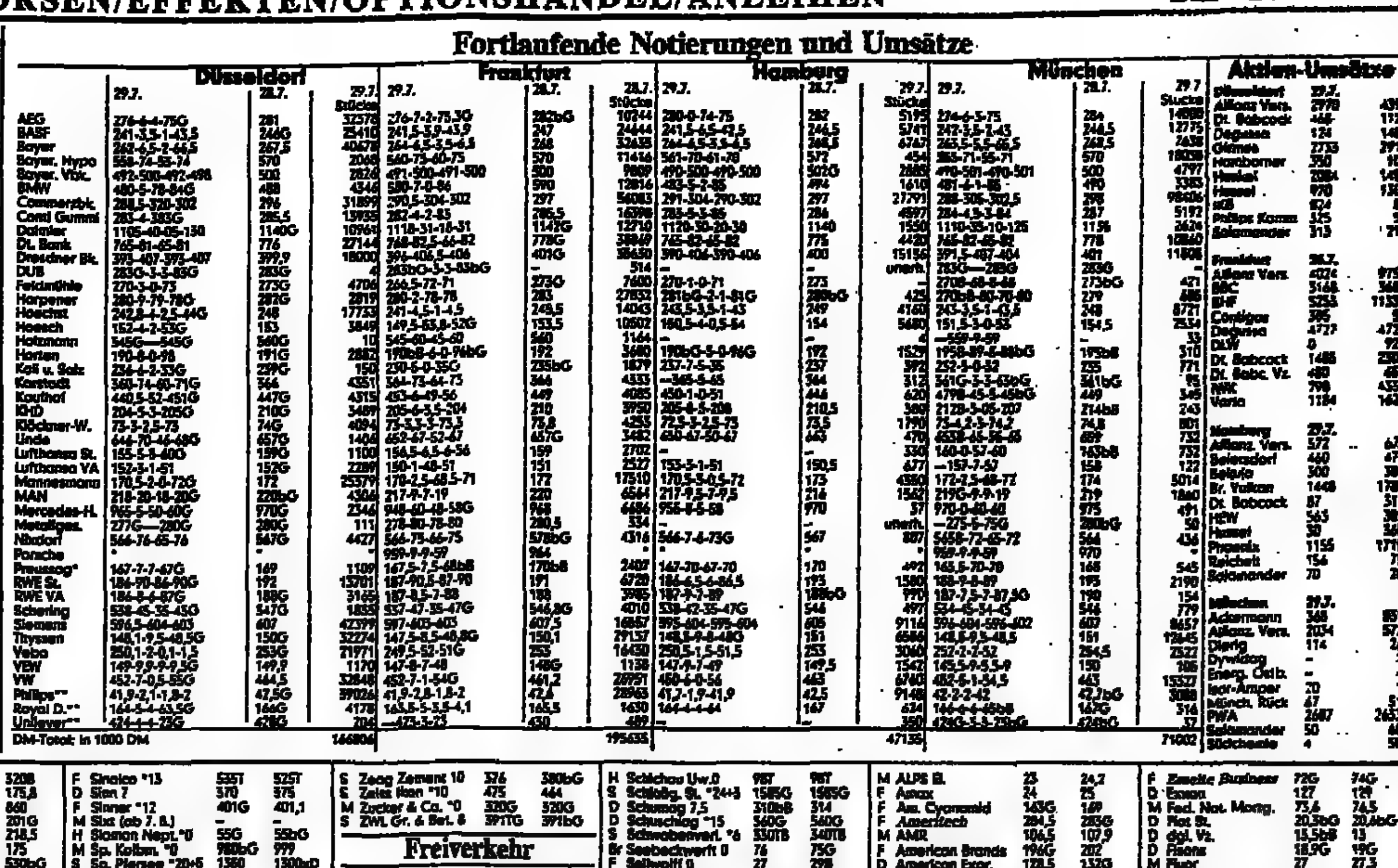
München: Aigner befestigten sich um 3 DM, Esterer zogen um 5 DM und Gehe um 4 DM an. AKS verminderten sich um 1 DM, Electro 2000 sanken um 2 DM und Hutschenreuther büßten 10 DM ein.

Stuttgart: IWKA wurden um 15,90 DM zurückgenommen, Oberland Glas verminderten sich um 2 DM und Boss um 50 DM. DLW erhöhten sich um 4 DM und Metall- und Lack zogen um 7,50 DM an.

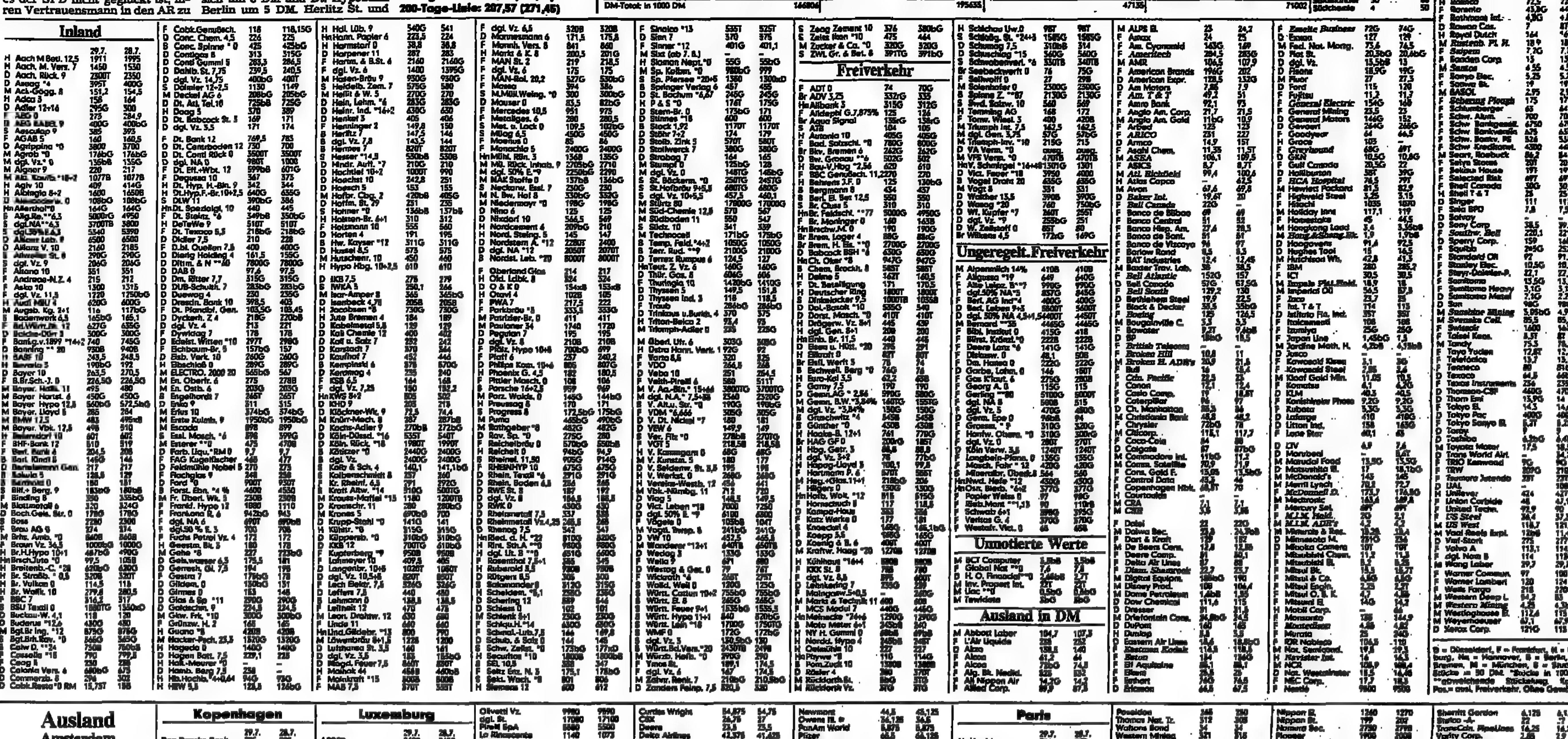
Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 248,69 (255,25)
WELT-Umsatzindex: 5121 (2595)
Advance-decline-Zahl: 45 (78)
38-Tage-Linie: 264,67 (265,11)
200-Tage-Linie: 287,57 (271,45)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland



Freiverkehr

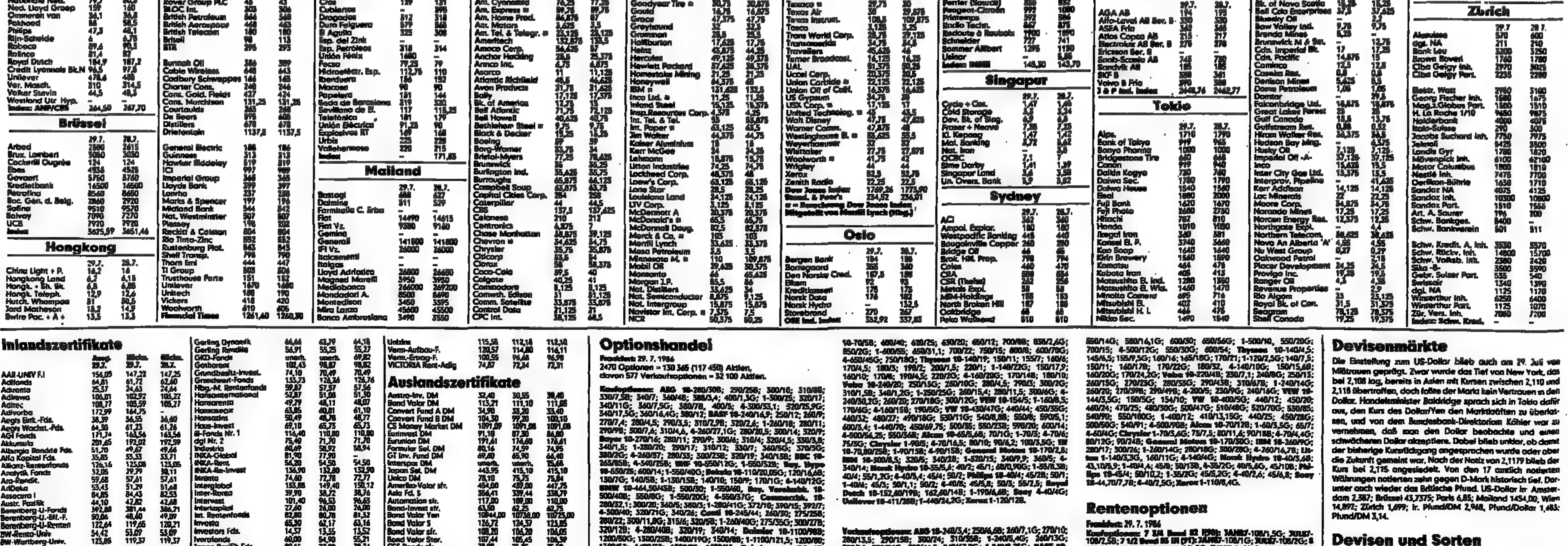
Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam



Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

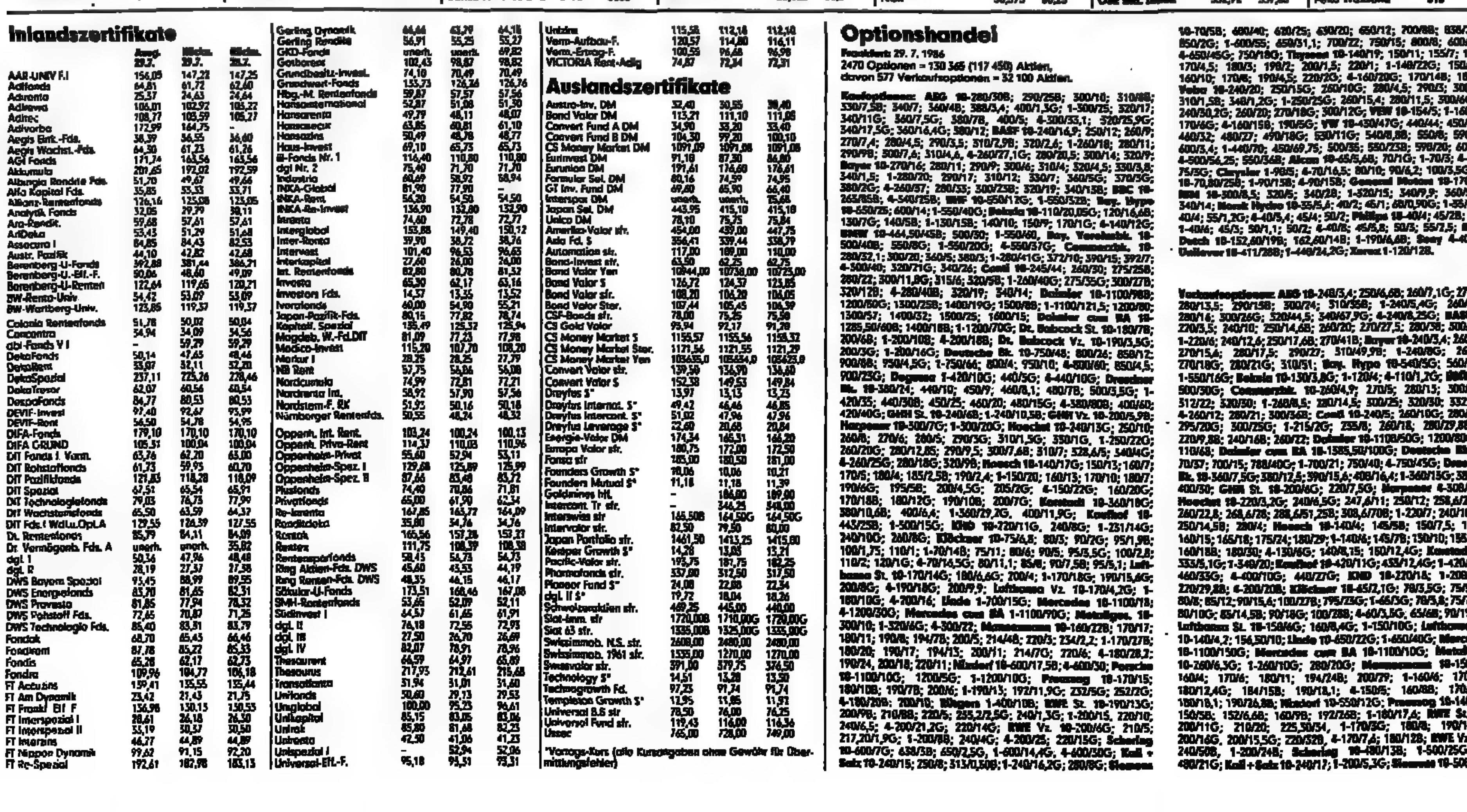
Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate



Auslandszertifikate

Optionshandel



Rentenoptionen

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (98): JAN87-110/2,5G; JUL87-110/5G; [illegible] JUL87-106/2,7G.

Devisenmärkte

Die Einstellung zum US-Dollar blieb auch am 29. Juli von Mißtrauen geprägt. Zwar wurde das Tief von New York, das bei 2,108 lag, bereits in Asien mit Kursen zwischen 2,110 und 2,118 übertroffen, doch faßte der Markt kein Vertrauen in den Dollar. Handelsminister Baldridge sprach sich in Tokio dafür aus, den Kurs des Dollar/Yen den Marktkräften zu überlassen, und von dem Bundesbank-Direktorium Köhler war zu vernehmen, daß man den Dollar beobachte und einen schwächeren Dollar akzeptiere. Dabei blieb unklar, ob damit der bisherige Kursrückgang angesprochen wurde oder aber die Zukunft gemeint war. Nach der Notiz von 2,1179 blieb der Kurs bei 2,115 angesiedelt. Von den 17 amtlich notierten Währungen notierten zehn gegen D-Mark historisch tief. Darunter auch wieder das Britische Pfund. US-Dollar in Amsterdam 2,387; Brüssel 43,7575; Paris 6,85; Mailand 1454,00; Wien 14,892; Zürich 1,699; Ir. Pfund/DM 2,968, Pfund/Dollar 1,485; Pfund/DM 3,14.

Devisen und Sorten

Junge Aktien

Berlin: Hermes 770B, Kötitzer 2400bB, VAB 2650T. Düsseldorf: IKB 265, Lehnkering 220. Frankfurt: Adt 68,5, Bay. Hypo 558, IKB 268, Magdeburger Feuer NA 650G, Magdeburger Feuer 1150G, Mercedes 960, [illegible] 165G. Hamburg: Doag 380bG. München: Mercedes 980, Stumpf 172G, VAB 2450G.

Bezugsrechte: Frankfurt: BMW 71, Gestra 5,5, Salamander 1,5. Düsseldorf: O & K 2. Bremen: Bremer Wolle 35,2. Stuttgart: Fuchs Petrol 2,8.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Renten im Verlaufe erholt

Vorbörslich war für den deutschen Rentenmarkt eine Belastung durch den weiteren Renditeanstieg in den USA befürchtet worden. Die Kurse wurden zunächst nach unten taxiert. Es gab jedoch kaum Umsätze. Die Stimmung wechselte, als aus dem Ausland erste Kauforders für öffentliche Langläufer eintraten. Sie sorgten schließlich dafür, daß es zu Tagesgewinnen in einzelnen Emissionen bis zu 0,10 Prozentpunkten kam. Am Pfandbriefmarkt wurden die Renditen um durchschnittlich 2 Pfennige angehoben. Im 10jährigen Laufzeitbereich lagen sie im Handel unter Banken bei 6,62 Prozent.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wie kann man Informationen bieten, Aufmerksamkeit und Interesse wecken, Vertrauen begründen?

Womit schafft man Alleinstellung, Profilierung gegenüber Konkurrenzprodukten?

DURCH WERBUNG!!!

Für den Käufer steht die Informationsaufgabe der Werbung im Vordergrund. Er möchte über Eigenschaften, Vor- und Nachteile sowie Preise der ihn interessierenden Produkte/Dienstleistungen unterrichtet sein.

Wie ist dies kostengünstig, schnell und unter Nutzung hoher Reichweiten zu erzielen?

DURCH DEN PROBLEMLÖSER VIDEO!

Der Videofilm hält Vorgänge fest, die dem Auge zu schnell oder zu langsam verlaufen und vermag Dinge zu zeigen, die für eine exakte Bewegung zu klein, zu nah, zu weit entfernt, zu gefährlich, zu vergänglich oder auch zu vielseitig sind.

Das ist Ihr Service für den Kunden.

NEU – einzigartig in der Bundesrepublik!

Jetzt auch Computer-Animation im 3D-Bereich.

Echtzeit-Animation, Perspektiv-Darstellung.

Detlef Gehrke Videowerbung, Wacholderweg 25
4709 Bergkamen 6, Tel. 0 23 07 / 8 77 40 od. 8 77 47

Gute Existenz, sichere Zukunft

Voraussichtlicher Jahresumsatz ca. DM 1 000 000,–, Rendite pro Jahr ca. 50–55 Prozent. Speziell für Geschäftsleute als zweites Bein geeignet. Voraussetzung: kleines Büro, Organisations- u. Motivationstalent. Ausschließlich vom Schreibtisch durchführbar. Erforderliches Eigenkapital DM 120 000,– (mit Kapitalnachweis).

Zuschr. erb. u. N 3916 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Interessen in München? Münchner 7-Mann-Werbeagentur – Full Service – anspruchsvolles Klientel – repr. Büro – Citylage bietet **BÜROGEMEINSCHAFT** oder **KOOPERATION.** Bitte nehmen Sie vorerst Kontakt auf unter M 3915 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industrievertretung

bereits eingeführt im Baumarktbereich (Keramik, Bauchemie) sucht eingeführte Produkte und bietet Voll-Service. Raum NRW, Lager vorhanden.

Angebote an R. Zimmermann, Freiheitsring 130, 5020 Frechen, FS-Nr. 8 885 187.

Für den Verkauf unserer bestens eingeführten drahtlosen Alarmanlagen für Firmen und Einfamilienhäuser, suchen wir

Funk-Alarm Profi-Verkäufer

in ganz Deutschland.

Interessenten-Anfragen werden gestellt.

Bitte bewerben Sie sich nur, wenn Sie uns außergewöhnliche Verkaufserfolge nachweisen können und Sie sich bereits als abschlußsicher im Direktverkauf an Endverbraucher profiliert haben.

Einwandfreier Leumund und Referenzen sind erforderlich.

Bitte bewerben Sie sich bei Herrn Scharpf. Telefon 0 61 03 / 6 60 52

Scharpf-Alarmsysteme,
Am Siebenstein 2, 6072 Dreieich-Buchschlag

In sehr stark frequentiertem Einkaufszentrum mit erstklassiger Mieterstruktur am Stadtrand von Augsburg gelegen, ist ab 1. 10. 86 eine Verkaufsfläche von ca. 4000 m² an

Möbel-Konzessionär

zu vermieten. Die attraktiven Verkaufsräume befinden sich im 1.–4. Obergeschoß des Einkaufszentrums. Alle technischen Voraussetzungen für problemlosen An- und Abtransport sind gegeben.

Interessenten bitten wir um Kontaktaufnahme unter K 3913 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zur Gründung eines

Touristik-Ferien-Clubs

werden noch **Gründungsmitglieder** gesucht.
Erforderliches Kapital DM 5000,-.

Anfragen unter T 3920
an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lebens- u. internat. geschäftserf. Senior

(mehrsprachig u. weltbereist) bietet im Intervall gegen entsprechende Dotierung erstklassige weltweite Verbindungen, Erfahrung u. Hilfe für Unternehmer, Manager und Berater!

Dr. Prof. de Jong, Columbia Palace MC 98000 MONACO

ROLEX, CARTIER, LOUIS VUITTON, LACOSTE, HERMES usw.

alle Markenartikel, auch Sportbereich (Tennis, Golf, Ski etc.) laufend für Export gesucht. Angebote, die vertraulich behandelt werden, unter U 3921 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgaben

übernehme ich nach Vereinbarung im Falle von Urlaub, Krankheit oder anderen Situationen.
Ing. H. Froche, Tanneneck 5
2358 Oersdorf, Tel. 0 41 91 / 20 67

REFA-TEAM

sucht neue Herausforderung

Zuschr. erb. u. V 3922 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neue Tränengas- oder Giftgas-Waffen

Erfinder/Geschäftsmann sucht Geschäftsverbindung in der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung und Herstellung zweckmäßigerer Tränengaswaffen, zwecks Polizeizwecke und zur Bekämpfung von Guerilla-Angriffen. Die vorgesehene Zusammenarbeit könnte auch erfolgen mit einem kapitalkräftigen Unternehmen, das bereit ist zur Investierung in eine neu zu gründende spezialisierte Waffenfabrik. Hauptanteil des Umsatzes wird mittels Export realisiert. Für weitere und vertrauliche Auskunft:

J. van Bakel, Postfach 2 23, NL-5100 AE Dongen (Holland), Tel. 00 31 / 16 23 / 2 15 82

Waltraut Schmitz, Schreibbüro und Textverarbeitung.

Wir übernehmen Ihre Schreibarbeiten nach Vorlagen oder Tonband.
Beethovenstr. 8, Tel. 06 41 / 2 30 88
6300 Giessen.

Freiherrn-Titel zu vergeben

Suche Vermittler, Beteiligung VS. Unter Y 4189 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Panama-Gesellschaft

Geschäftsvermittlung

Interessenten wenden sich bitte unter X 3902 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wichtige Mitteilung

an alle Hersteller von med.-techn. Massagegeräten im Bundesgebiet. Garantierte Umsatzsteigerung.

Auskunft unter Z 4190 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschafts- und Vermögensberatung Bavaria für Industrie, Handel, Gewerbe, Privat.

Speziell Abwendung von Konkurs- und Vergleichsverfahren, eig. Detektei und Auskunftei.

für Überwachung und Beobachtung In- und Ausland. 8201 Bad Feilnbach, Münchner Straße 10, Tel. ab 20 Uhr, vorübergehend, 0 89 / 6 37 85 45, Herr Gebers

---

Port. Industrie-Übersetzungen

Staatl. gepr. Übersetzergruppe.
Tel. D 05 81 / 7 88 07
Fax 05 81 / 7 00 25
seit 1962

Business + Escort Service

The „Number One" in Germany for: Planning your business trip up to the escort from the date of your arrival by selected secretaries, speaking various languages.

B+E P.O.B. 164225
4300 Essen 16, W-Germany
Phone: 02 01 / 40 84 51

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.



Karriere in Farbe

Sehen Sie als Diplom-Ingenieur eine unternehmerische Herausforderung darin, moderne Produktionstechnologien zu entwickeln und zu nutzen, Rationalisierungsmaßnahmen weiterzuführen und Mitarbeiter zu motivieren? Ein führender Hersteller von Lacken, Dispersionsfarben und Kunststoffputzen sucht nicht den „technisch orientierten Verwalter", sondern die technische Führungskraft mit Ideenreichtum, Engagement, Dynamik und Einsatzbereitschaft.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 2. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen, kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen der Futtermittelindustrie. Unser Standort liegt zwischen Odenwald und Spessart im Maintal bei Miltenberg.
Wir suchen einen

jüngeren Verkaufsleiter

mit fundierter Ausbildung oder Studium

Unser Kunde, der Landwirt, muß immer kosten- und nutzenbezogener füttern. Von daher schätzt er zuverlässige und bewährte Qualität unserer Spezialfuttermittel. Unsere 600 selbständigen Händler arbeiten gerne unter unserem Namen.

Unsere Lieferanten verwenden uns als Referenz. Gemeinsam tragen wir die Verantwortung für die Herstellung gesunder Nahrungsmittel.

Wir beabsichtigen darüber hinaus, neue Märkte zu erschließen.

Eine Ihrer Hauptaufgaben ist es, sechs Gebietsverkaufsleiter zu führen:

Sie sind Vorbild, Sie lassen zugleich den Spielraum für Eigeninitiative. Sie geben Hilfestellungen und kritisieren konstruktiv.

Grundsätzlich sind Sie gerne im ländlichen Milieu.

Wir erwarten weiterhin Ehrlichkeit, Fleiß, verkäuferisches Wissen und Können, ein feines Gespür für Menschenführung sowie persönliches Format.

Unter welchen Voraussetzungen fühlen Sie sich bei Ihrer Arbeit wohl? Welche Wertvorstellungen haben Sie? Welche erwarten Sie von uns?

Wenn Sie sich für diese Position interessieren, dann richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellungen an die Geschäftsführung der

Josera Josera-Futtermittel GmbH & Co. Betriebs KG
Postfach 80, 8764 Kleinheubach

Sollten Sie sich selbst nicht interessieren, können Sie durch einen Hinweis Ihrem Bekannten eventuell einen Freundschaftsdienst erweisen.

Wolff Walsrode sucht Mitarbeiter

Wolff Walsrode. Ein Werk der chemischen Industrie. Mit einer Reihe von Produktionszweigen der Cellulose- und Kunststoffchemie zählt es zu den modernsten seiner Art. Wolff Walsrode ist das älteste Werk der Celluloseveredelung in Deutschland und einer der führenden Hersteller und Verarbeiter von Folien für die Verpackung und technische Anwendung

Verkaufs-Repräsentant

für unser Verkaufsbüro Stuttgart (Baden-Württemberg und Bayern)

Aufgabe:
Ihre Aufgabe wird es sein, den Kundenstamm zu betreuen und neue Geschäftsverbindungen aufzubauen. Dabei werden Sie von qualifizierten Verkäufern und Technikern aus unserem Haus unterstützt.

Voraussetzung:
Wir sehen in dieser Position eine außergewöhnliche Chance für einen Verkäufer aus der chemischen Industrie oder auch einen kontaktfreudigen, kaufmännisch erfahrenen Chemotechniker oder Chemieingenieur.

Angebot:
Wir bieten ein dem erwarteten Engagement entsprechendes gutes Einkommen, das sich nach Ihrem persönlichen Erfolg richten wird.

Bewerbung:
Ihre Bewerbung erbitten wir an unsere Abteilung Personalwirtschaft u. Kennziffer 47/86.

Wolff Walsrode
Wolff Walsrode AG, Postfach, 3030 Walsrode 1

Chance 86!

Repräsentanzen für PLZ 2850, 28, 30, 33, 29, 44 u. 48 v. seriöser Ehe- u. Partnervermittlung abzugeben. Wir möchten expandieren. Wir sind seit über 8 J. erfolgreich tätig. Erzielen auch Sie ein 5stelliges Monatseinkommen.

Kurzinformationen ab Mo. von 10–19 Uhr
Tel. 04 31 / 56 77 04
Lydia Lund GmbH
2300 Kiel 1, Ltg. Dipl.-Ing. Peter Lund.

Wir sorgen für helle Köpfe im Verkehr.



STELLENGESUCHE

Techn. Datenverarbeitung

Diplom-Ingenieur, 42 J., langjähr. Tätigkeit in Führungsposition (Ltg. Rechenzentrum).

Spezialist für Technische Datenverarbeitung (techn. Berechnungen, CAD/CAM, DFÜ, techn. Informationssysteme, Kostenplanung/-kontrolle, Projektplanung, AVA, office automation), fundierte (Markt-)Kenntnisse Hard- und Software verschiedener Systeme (VAX, Prime, IBM),

sucht neuen Wirkungskreis mit Basis Raum Hamburg/Bremen in verantwortlicher Position zum 1. 10. 86 oder früher.

Zuschriften unter P 3917 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dies ist eine ungewöhnliche Anzeige

Ich bin 36 Jahre und in ungekündigter Stellung als SB-Warenhausleiter in einem SB-Warenhausunternehmen tätig. Bedingt durch die finanziellen Auswirkungen nach einer Scheidung (Unterhalt, Steuerklasse I usw.) kann ich in diesem Unternehmen nicht mehr weiterarbeiten.

Ich suche daher eine Stellung, die viel von mir verlangt, die Ungewöhnliches zu bieten hat, die Verantwortung bietet und die nach Möglichkeit den finanziellen Belangen eines Geschiedenen entgegenkommt. Einsätze im Ausland werden bevorzugt.

Ich habe Fachhochschulreife Wirtschaft, Lehre zum Einzelhandelskaufmann Lebensmittel.

Ich war Einkäufer in einem Kaufhausunternehmen, Verkaufsleiter in einem SB-Warenhausunternehmen, SB-Warenhausleiter mit Umsatzverantwortung von 200–300 Mill. p. A.

Ich bin ausgebildeter Marineoffizier, habe eine abgeschlossene Ranger-Ausbildung, Fallschirmspringerausbildung und sämtliche Führer- inkl. Motorbootführerscheine.

Ich bin uneingeschränkt mobil, stark belastbar, kostenorientiert denkend und führe nach den Regeln des MBO.

Zuschr. erbeten unt. H 3912 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vorbeugender Brandschutz, Akustikbau und spezielle Isolierungsverfahren

Betriebsleiter einer GmbH, Dipl.-Betriebswirt, 28 J., verh., in ungek. Stellung, hat umfangreiche Erfahrungen in den benannten techn. Bereichen sowie auf dem Gebiet der **Unternehmensorganisierung und -planung.** Er sucht eine neue Aufgabe, branchengleich oder verwandt. Sollten Sie an näherem Kontakt interessiert sein, wenden Sie sich bitte unter K 4001 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ökonomin

Prädikatsexamen Ende 1986: Betriebswirtschaft, Wirtschaftsprüfung, Recht, Wirtschaftspolitik, 36 Jahre, 12 Jahre Berufserfahrung, davon 9 Jahre als Chefsekretärin in großen Industrieunternehmen, gute Englisch- und Dänischkenntnisse, sucht zum 1. 11. 86 oder 1. 1. 1987 im norddeutschen Raum selbständige Aufgabe in

- Vorstandsbüro/Geschäftsführung
- Organisation, Planung
- Finanzen, Betriebswirtschaft
- Information
- berufliche Bildung/Weiterbildung
- Wirtschaftsförderung

Angeb. unter S 3919 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann

32 J., Prädikatsexamen, kfm. Lehre, Auslandspraktikum, sehr gute Englischkenntn., Grundkenntn. in Spanisch, Italienisch, Französisch, Erfahrungen als Speditionskfm. (Import Fernost), Produktmanager, Einkäufer u. GL-Assistent in mittelständischem Industrieunternehmen, Wohnort z. Zt. Hamburg, sucht neues Aufgabengebiet in Industrie oder Handel, auch Ausland.

Ang. unter E 4195 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur

sofort frei, Fördertechnik, Sonderkonstruktionen, Stahl- u. Maschinenbau.
Telefon 0 41 46 / 38 76

Croupier

15j. Berufserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis im In- od. Ausland. Zuschriften unter K 4221 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsorientierter Manager, Mitte 30, mehrsprachig, vertraut mit allen Maßnahmen zur Steuerung einer Innen- und Außendienstorganisation, sucht neue Aufgaben, gern auch mit Auslandseinsätzen. Wenn Sie eine rechte Hand oder einen Verkaufsleiter suchen, bin ich vielleicht der richtige Mann für Sie. Standort z. Z. Hamburg. Zuschr. erb. unter E 4129 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chauffeur und Koch

mit guten Referenzen sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschriften unter X 4012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstprofi

baut Ihnen (Direkt-) Vertrieb auf/aus.
Zuschr. erb. R 3918 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Groß- u. Außenhandelskfm.

24 J., ledig, möchte sich verändern, möglichst Ausland. Zuschr. erb. u. G 3911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kunststoffachmann

Dr. Ing., erfolgreich tätig auf dem Gebiet Werkstoffentwicklung, verstärkte Kunststoffe und Elastomere, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortlicher Position.

Ang. unt. F 4196 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

36jähr. Arzt ausgebildeter Jurist

4sprachig, sucht Tätigkeit als Sales-Manager o. ä. neuen Aufgabenbereich.

CH 708 Anzeigen Agentur
Kaiserdamm 20, 1000 Berlin 19.

Jg. Frau, 25 Jahre

sucht Job für Begleitservice oder Partnervermittlung.
Zuschr. u. E 4019 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann

29 Jahre, mit Erfahrungen in Großhandels- und Importwirtschaft, verantwortlich tätig in kleinerem Unternehmen, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit.

Zuschriften unter U 4009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

erfolgreich u. mit besten Kontakten zum Kaminofen- und Kaminbaufachhandel sucht Vertretung von hochwertigen Qualitätsprodukten für o. a. Kundenkreis.

Interessierte Firmen melden sich bitte unter B 4192 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausdame

Anf. 50, sucht Vertrauensstellung in erstklassigem Haushalt.

Zuschr. erb. u. A 4191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter Immobilien

38 J., in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis, besondere Fähigkeiten: nachweislich hohe eigene Verkaufserfolge, Führungs- u. Organisationstalent. Zuschr. erb. unt. X 4188 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. (FH)

39 J., verh., Elektrotechn., Automation, mit guten masch.baul. Kenntn., flexibel, unternehm. orientiert, sucht neuen verantwortungsv. Wirkungskreis, auch Auslandstätigkeit. Sehr gute engl. Sprachkenntn., Auslandserfahrung.

Zuschr. erb. unt. F 3910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Algarve/Faro, 7-Zi.-Villa, 4 J. jung! 4 km v. Strand! Topl., v. möbl., Do.-Gar., 800 m² Zierg., 3 Bd. + Gä.-WC, Marmortr., Kam. u. a. K. u. Extr., gr. reelle Räume! Ohne Übertr. eines d. schö. Häuser!!! Welt u. Wert f. DM 450 000,–. 10 J. steuerfr.! V./a. Priv., evtl. Hs. i. HH i. Z. ☎ 0 40 / 2 08 96 60 od. 29 27 68, abds. 0 40 / 2 08 96 32.

Repräsentative Villa bei Düsseldorf

mit ca. 800 qm Wohnfläche, für verwöhnte Ansprüche, komplett renoviert. Beste Lage.

Zuschriften unter L 8178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

★ ★ ★ **Sofort – gegen bar** ★ ★ ★

FORDERUNGSANKAUF

(tituliert – mindestens 50 Stück)

Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

SYLT

Langfristige Vermietung im Nordseebad Hörnum. 3 Zi., ca. 68 m² DM 775,– Kaltmiete. 4 Zi., ca. 77 m² DM 920,– Kaltmiete. Pries & Partner Immobilien, (0 46 53) 4 22, täglich auch in den Abendstunden.

Kapitalbeteiligung

sucht landwirtschaftliches Großunternehmen im Raum Osnabrück.

Gut Vossdiek, Inh. Claus Küper
2843 Langwege 1

UNTERNEHMENSBETEILIGUNG

Die Produktion und Vermarktung eines Fahrradantriebes beginnt in den nächsten Monaten. Die Erfindung ist in Europa patentiert und weltweit angemeldet. Die serienreife Produktentwicklung wurde vom niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr gefördert. Lizenz-Optionen aus Japan und China liegen vor. DM 500 000,– liegen bei einer Großbank abrufbereit. Noch einige Kommanditanteile von mindestens DM 50 000,– können gezeichnet werden. Wenden Sie sich an:

Unternehmensberatung Richter & Partner, Tel. 0 83 89 - 15 18 od. 0 83 89 - 16 32.

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

---

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

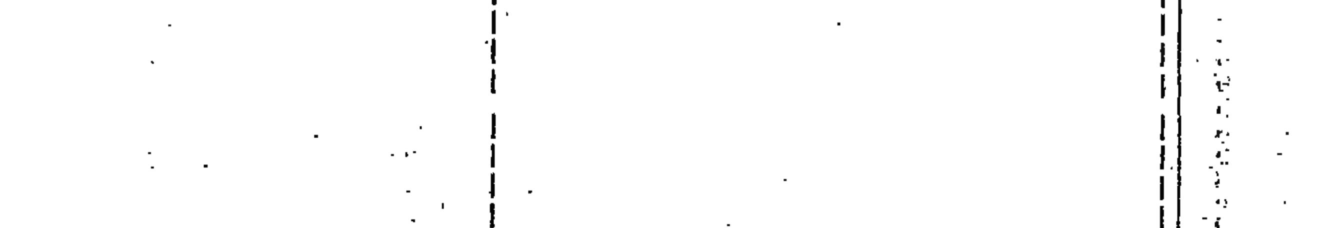
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr



An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

________ mm hoch; ______spaltig zum Preis von DM ________
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ________

Straße/Nr.: ________

PLZ/Ort: ________

Vorwahl/Telefon: ________

Unterschrift: ________

Der Anzeigentext:

01-250

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silbernotierungen legten zum Wochenbeginn an der New Yorker Comex kräftig zu. Kupfer notierte schwächer. Die Kaffeenotierungen gaben nach, Kakao konnte sich festigen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	29.7.	28.7.
Sept.	260,00	256,75
Dez.	263,00	260,50
März	260,50	258,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	237,08	237,08
Am. Durum	254,86	254,86

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Juli	95,00	95,00
Okt.	98,10	98,00
Dez.	99,60	99,40

HAFER Winnipeg (can.$/t)		
Juli	83,50	83,30
Okt.	76,20	76,20
Dez.	76,20	76,20

HAFER Chicago (c/bush)		
Sept.	101,00	101,75
Dez.	109,00	109,75
März	111,50	112,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Sept.	174,00	174,00
Dez.	175,50	173,75
März	185,75	184,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Juli	105,30	105,10
Okt.	84,20	84,20
Dez.	84,50	84,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	29.7.	28.7.
Sept.	187,00	188,10
Dez.	190,00	191,50
März	191,60	193,50

KAKAO New York ($/t)	29.7.	28.7.
Sept.	1985	1965
Dez.	2025	2000
März	2062	2040
Umsatz	3489	1575

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Sept.	6,60	6,45
Okt.	6,80	6,76
Jan.	6,95	5,80
März	7,34	7,45
Mai	7,52	7,60
Umsatz	12601	10678

Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) unverb. 5,64

KAFFEE London (£/t) Robusta	29.7.	28.7.
Juli	1872-1885	1889-1900
Sept.	1892-1895	1909-1910
Nov.	1920-1925	1920-1926
Umsatz	2247	2802

KAKAO London (£/t)		
Juli	1429-1438	1410-1414
Sept.	1447-1448	1433-1434
Dez.	1492-1495	1471-1472
Umsatz	3274	3765

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	29.7.	28.7.
Aug.	146,40	145,40-147,60
Okt.	152,00-152,60	150,60-151,20
Dez.	158,00-159,40	156,00
Umsatz	2864	3531

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	29.7.	28.7.
schw. Sarawak spez.	867,50	867,50
weiß Saraw.	1160,00	1152,50
weiß Munt.	1175,00	1167,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	29.7.	28.7.
Sept.	101,00	100,70
Nov.	102,85	102,90
Jan.	104,70	104,90
März	106,70	106,70
Mai	108,00	108,30
Umsatz	200	350

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	29.7.	28.7.
	30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,50	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Aug.	16,50	16,38
Sept.	16,65	16,52
Okt.	16,80	16,65
Dez.	17,32	17,18
Jan.	17,40	17,30
März	17,65	17,50
Mai	17,86	17,80

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	14,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	14,50	17,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,25	9,25

TALG New York (c/lb)		
top white	10,00	10,00
fancy	9,50	9,50
bleichf.	9,25	9,25
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Juli	61,10	59,45
Aug.	56,40	55,00
Okt.	54,85	53,45

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Aug.	87,35	85,35
Febr.	81,50	79,85
März	80,25	79,00

HÄUTE Chicago (c/lb)	29.7.	28.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Aug.	521,25	522,50
Sept.	505,25	505,50
Nov.	506,75	506,00
Jan.	515,50	514,50
März	524,50	523,00
Mai	530,50	530,00
Juli	534,50	535,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Aug.	150,20	150,30
Sept.	146,60	147,00
Okt.	146,20	146,50
Dez.	148,40	148,00
Jan.	148,50	149,00
März	151,00	151,00
Mai	153,00	153,40

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	29.7.	28.7.
Juli	240,50	241,50
Okt.	246,00	246,00
Dez.	251,20	251,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	29.7.	28.7.
	10,50	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	29.7.	28.7.
cif	565,00	565,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	415,00	430,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	207,50	212,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	79,50	77,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	235,00	240,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	194,00	196,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	29.7.	28.7.
Aug.	30,50	31,38
Okt.	30,95	31,85
Dez.	31,90	32,75
März	32,98	33,60
Mai	33,80	34,34
Juli	34,70	35,00

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1		
	unerh.	43,87

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	29.7.	28.7.
Aug.	528-532	530-534
Okt.	522-529	525-530
Dez.	524-526	–
Umsatz	2225	2198

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	29.7.	28.7.
Juli	41,00	41,00
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	29.7.	28.7.
Okt.	641,00-643,00	635,00-641,00
März	–	645,00-660,00
Umsatz	2	1

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	29.7.	28.7.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	29.7.	28.7.
Aug.	12349	12513
Sept.	12535	12299

KAUTSCHUK London (p/kg)	29.7.	28.7.
RSS 1 Aug.	60,00-61,00	59,00-60,00
RSS 1 Sept.	60,00-61,00	59,00-60,00
RSS 2 Aug.	58,50-59,50	57,50-58,50
RSS 3 Aug.	57,50-58,50	56,50-57,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	29.7.	28.7.
Aug.	218,00-220,00	222,00-224,00
Sept.	217,00-219,00	219,00-221,00
Nr. 2 Aug.	213,00-214,00	215,00-216,00
Nr. 3 Aug.	210,00-211,00	212,00-213,00
Nr. 4 Aug.	207,50-208,50	209,50-210,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	29.7.	28.7.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	29.7.	28.7.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	240,43-240,59	240,35-240,49
dritt. M.	243,58-243,74	243,64-243,80
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	80,25-80,41	79,53-79,69
dritt. M.	81,82-82,14	81,42-81,58
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	838,60-839,30	839,50-841,07
dritt. M.	849,60-851,26	852,12-853,70
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	162,07-165,22	162,53-165,69
Prod.-Pr.	178,22	179,92
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	29.7.	28.7.
	14,19	14,14

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29.7.	28.7.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	286,37-288,58	288,77-290,98
BLEI in Kabeln	88,00-89,00	87,25-88,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	29.7.	28.7.
MS 58, 1.VS	272	273-274
MS 58, 2.VS	326-332	328-332
MS 63	298-302	299-303

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	29.7.	28.7.
Leg. 225	290-306	290-305
Leg. 226	292-307	292-307
Leg. 231	327-342	327-342
Leg. 233	337-352	337-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	29.7.	28.7.
PLATIN (DM/g)	32,55	32,50
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	27930	27938
Rückn.-Pr.	23700	23750
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24620	24643
Rückn.-Pr.	23860	23970
verarbeitet	25830	25840
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24075	24185
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	350,46	354,10
Rückn.-Pr.	339,20	343,30
verarbeitet	365,20	369,60

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	29.7.	28.7.
10.30	353,30	350,80
15.00	351,25	353,40
Zürich mitt.	353,35-353,85	352,50-355,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78000	78450
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	338,25	339,95
3 Mon.	346,15	348,05
6 Mon.	354,30	356,60
12 Mon.	370,50	372,80
PLATIN (£/Feinunze) London	29.7.	28.7.
fr. Markt	304,70	298,75
PALLADIUM (£/Feinunze) London	29.7.	28.7.
f. Händl.-Pr.	74,10	75,25

New Yorker Metallbörse

	29.7.	28.7.
GOLD H & H Ankauf	353,60	349,65
SILBER H & H Ankauf	502,50	502,80
PLATIN f.Händl.-Pr.	438,00-440,00	438,00-440,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	112,00-113,00	111,00-112,00
Prod.-Pr.	130,00	130,00
COMEX GOLD Juli	354,80	347,90
Aug.	355,00	348,10
Okt.	358,00	351,10
Dez.	361,20	354,20
Febr.	364,80	357,40
Umsatz	45000	28000
SILBER (c/Feinunze) Juli	505,50	499,30
Aug.	504,40	500,40
Sept.	506,50	502,00
Dez.	515,00	510,50
Jan.	518,20	514,20
März	523,80	521,00
Mai	529,70	525,70
Umsatz	17600	8000

KUPFER (c/lb)	29.7.	28.7.
Juli	58,60	58,95
Aug.	58,50	58,90
Sept.	58,75	59,20
Dez.	59,35	59,80
Jan.	59,55	60,00
März	59,95	60,48
Mai	60,30	60,80
Umsatz	4200	3000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	29.7.	28.7.
mitt. Kasse	764,00-764,50	768,00-769,00
3 Mon.	774,00-774,50	777,50-778,00
BLEI (£/t) mitt. Kasse	255,00-255,50	258,00-259,00
3 Mon.	260,0-261,00	264,00-265,00
KUPFER grade A (£/t) mitt. Kasse	891,50-892,00	896,00-897,00
3 Monate	911,00-912,00	915,50-916,00
ab. Kasse	–	897,50-898,50
3 Monate	–	916,50-917,00
KUPFER-Standard mitt. Kasse	863,50-864,00	867,00-869,00
3 Monate	886,00-887,00	889,00-891,00
ZINK Highgrade (£/t) mitt. Kasse	540,50-541,00	545,00-547,00
3 Monate	539,00-540,00	542,50-543,00
ZINN (£/t) mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	180-200
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	40-46

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	29.7.	28.7.
Aug.	32,10-32,20	31,90-32,15
Sept.	33,00-33,20	32,55-32,80
Okt.	33,95-34,20	33,30-33,50
Nov.	34,80-35,00	34,30

GASÖL – London ($/t)	29.7.	28.7.
Aug.	94,25-94,75	97,25-97,75
Sept.	97,25-97,50	99,75-100,00
Okt.	99,50-100,00	102,75-103,00
Nov.	102,50-102,75	105,00-105,50
Dez.	104,00-105,00	106,00-107,50
Jan.	106,00-106,50	109,00-110,00
Febr.	105,00-108,00	106,00-113,00
März	105,00-109,00	107,00-115,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	29.7.	28.7.
Aug.	32,20-32,35	32,80-32,95
Sept.	31,88-32,10	32,30-32,40
Okt.	31,50-31,70	31,40-31,45
Nov.	31,40	31,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)	29.7.	28.7.
Sept.	11,05-11,10	10,88-10,93
Okt.	10,95-11,00	10,82-10,88
Nov.	11,00-11,10	10,88-10,96
Dez.	11,15-11,30	11,10-11,14
Jan.	11,35	11,15-11,20

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	29.7.	28.7.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	7,00N	7,00N
Forties	8,75	8,80
N.Sea Brent	8,20	8,95
Bonny Light	9,05N	9,20N

Kartoffeln

London (£/t)	29.7.	28.7.
Nov.	120,00	116,00
Febr.	132,00	126,00
April	198,00	189,20
Mai	207,00	198,20

New York (c/lb)	29.7.	28.7.
Nov.	3,58-3,64	3,65
März	3,80-3,88	3,85-3,90
Mai	4,44	4,70
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	29.7.	28.7.
Sept.	150,00	154,80-155,10
Nov.	147,20	151,40-151,90
Jan.	151,50	155,00-154,90
März	154,60-155,00	158,80

Devisenterminmarkt

Am 29. 7. führten um 1/16 % befestigte DM-Depots zu einer Verringerung der Dollar-Abschläge gegen DM per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,38-0,28	1,08-0,98	2,10-1,90
Pfund/Dollar	0,40-0,38	1,24-1,21	2,38-2,34
Pfund/DM	2,00-0,60	4,80-3,40	8,70-7,30
FF/DM	14+2	29-15	50-34

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29.7.: Tagesgeld 4,60-5,00 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 29.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-6⅝	4⅜-4⅝	5-5¼
3 Monate	6⅝-6⅝	4½-4⅝	4⅞-5⅛
6 Monate	6½-6⅝	4½-4⅝	4⅝-5
12 Monate	6⅝-6⅞	4½-4⅝	4⅝-5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 29.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	925,00	1287,50
5 US-Dollar (Indian)**	595,00	743,65
5 US-Dollar (Liberty)**	345,00	507,30
1 £ Sovereign alt	181,75	230,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	170,50	217,17
20 belgische Franken	133,50	178,41
10 Rubel Tscherwonez	178,25	230,57
2 südafrikanische Rand	165,25	210,05
Krüger Rand, neu	735,00	877,80
Maple Leaf	757,50	905,45
Platin Noble Man	971,50	1147,41
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	205,50	262,77
20 schweiz. Franken „Vreneli"	149,50	198,93
20 franz. Franken „Napoléon"	144,50	193,23
100 österr. Kronen (Neuprägung)	706,25	860,99
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,75	183,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,25	99,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	326,75	404,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,75	108,02

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75 Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,50, Rendite 5,62.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 29.7.	Rendite in %
BW-Bank 5,69	100,00	1.7.95	57,016	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,65	6,10
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,00	6,30
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	139,00	8,93
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	111,67	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	81,50	5,35
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,73	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,97	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,00	6,51
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,51	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,65	6,72
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,03	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,65	6,83
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,52	6,73
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,14	6,85
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,59	6,46
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,70	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,10	6,40
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,70	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,15	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,45	4,48
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,20	5,01
WestLB 505	115,76	3.10.88	105,65	4,29
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,35	5,35
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,59
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,375	8,12
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,30
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	65,125	8,63
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	65,125	8,53
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,125	8,04
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,875	8,79
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,875	8,77
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,75	8,48
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,125	8,61
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,125	8,31

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,95 (4,95)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,23 (5,20)	99,40	101,8	104,5	107,3	110,0	112,7
4	5,53 (5,52)	97,80	101,3	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,73 (5,72)	96,50	100,7	105,0	109,2	113,4	117,7
6	5,95 (5,94)	94,85	100,3	104,7	109,6	114,5	119,4
7	6,22 (6,22)	92,70	98,80	103,8	109,3	114,8	120,5
8	6,51 (6,51)	90,25	96,30	102,4	108,5	114,5	120,6
9	6,60 (6,60)	88,80	95,40	102,0	108,6	115,2	121,8
10	6,63 (6,62)	87,70	94,80	101,9	109,1	116,2	123,5
15	7,02 (7,00)	80,85	89,90	99,80	108,0	117,0	126,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,988 (113,024)
Performance-Rentenindex: 245,351 (245,356)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	28. Juli	6,441-6,378
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,275
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,30
	60 Tage	6,25
	90 Tage	6,20
Certificates of Deposit	1 Monat	6,20
	2 Monate	6,20
	3 Monate	6,20
	6 Monate	6,20
	12 Monate	6,25
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,86
	26 Wochen	5,89
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,48
	30 Jahre	7,57
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	14. Juli	675,1 Mrd. $ (-1 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	135,75	139,50
Dez.	136,75	141,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	29.7.	28.7.
9⅝ EEC 90	105,625	105,625
11⅝ dgl. 90	111	111
10⅝ EIB 95	109,5	109,5
11 dgl. 91	113,125	113,125
11⅝ dgl. 90	113,5	113,5
11⅝ dgl. 93	119,875	119,875
12 dgl. 95	122,625	122,625
12⅝ dgl. 90	115,375	115,375
12⅝ dgl. 95	126,5	126,5
13 dgl. 96	121,375	121,375
10⅝ Wld Bk 95	113,25	113,25
10⅝ dgl. 88	105,375	105,375
10⅝ dgl. 90	109,875	109,875
10⅝ dgl. 95	115,625	115,625
11 dgl. 92	113,75	113,75
11⅝ dgl. 88	107,75	107,75
11⅝ dgl. 90	112,875	112,875
11⅝ dgl. 89	108,75	108,75
11⅝ dgl. 90	113,375	113,375
12 dgl. 93	120,625	120,625
12⅝ dgl. 94	124,375	124,375
12⅝ dgl. 94	127,5	127,5
6⅝ Sears 91	103,875	105,875
6⅝ Swed.Ex.91	102,625	102,875
7 TRW 94	102,875	102,875
6⅝ Un.Tech.92	103,125	102,75
6⅝ W.Disn.96	103,625	103,625
6⅝ World Bk96	104,375	104,25
6⅝ dgl. 90	104,25	104,25
6⅝ dgl. 94	105,5	105,625
7 dgl. 94	107,75	107,75
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8⅝ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10⅝ Portbas89	102,75	102,75
8 Philips 89	101	101
7⅝ Rasach 86	99,75	99,25
7⅝ Sogenal 91	100	100
9⅝ dgl. 92	106	106
10⅝ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9⅝ Volvo 87	100	100
8 Worldbk. 96	103,5	103,5
9⅝ dgl. 90	104	104
10⅝ dgl. 89	104,75	104,75
11⅝ CrdFonc90	107,5	107,5
11⅝ dgl. 90	108,75	108,75
6⅝ CrdLyon 92	94,5	94,625
8⅝ CrdNat 96	108,875	109
10⅝ dgl. 94	114,25	114,5
8⅝ Crdanst.94	106,375	106,375
9⅝ Credito 97	107	107,125
7⅝ Denmark 96	99,625	99,75
9 EDF 97	106,25	106,25
8⅝ EEC 93	106,375	106,5
8⅝ ElfAqu. 88	102	102,125
9 Enso Gut 91	104	104
9⅝ dgl. 93	104,125	104,125
10 Euratom 97	111,125	111,375
9⅝ Eurofima95	104,875	104,875
8⅝ EIB 90	104,75	104,875
8⅝ dgl. 95	106,125	106
8⅝ dgl. 97	104,75	105
9⅝ dgl. 95	112,75	112,375
10⅝ dgl. 94	112,375	112,375
10⅝ dgl. 94	111,875	111,875
10⅝ dgl. 90	111	111
11⅝ dgl. 92	110,5	110,5
9 Eurofot 95	104,5	104,625
6⅝ EDC 96	92,625	92,5
8⅝ Fiat 90	105,5	105,625
9 HBKFinal 95	104,125	104,375
8⅝ Ford C.93	105	104
7 Ginst. 93	96,575	96,375
10⅝ dgl. 95	112,25	112,25
10 IADB 95	111	111,75
8⅝ IBM 90	105	105
6⅝ Iceland 96	92	92,25
8⅝ IKB 93	105,625	105,625
9 Imatran 96	104,5	104,5
9⅝ Italie 89	105,125	105
10⅝ dgl. 92	111	111,125
9⅝ Kansai 92	106,625	106,875
9⅝ Kobima 92	106,125	106,25
6⅝ KB/Ital 95	92,125	92,125
10⅝ Mogal 95	108,125	108,125
8⅝ Mits.Tr.93	106,375	105,5
9 MootHen.91	106,25	106,25
9⅝ Mot 90	102,625	102,625
8⅝ Morgan 90	103,875	103,875
8⅝ Motorola92	104,5	104,5
9 Norsa 95	104,125	104,125
8⅝ N.S.Wal.93	106,25	106,375
9⅝ N.Zeal. 90	105,625	105,75
9⅝ N.Zeal.92	107,25	107,25
9 Ostbk. 89	104,25	104,375
8⅝ Olivetti93	104,75	104,875
8⅝ Parbel 89	102,575	102,375
10 Rechin.90	106	106,75
9 Petroc.93	101,875	102
9⅝ dgl. 90	105	105,25
8⅝ Phibro 96	105,25	105,375
9 Philips 93	105,75	105,75
9⅝ Piba 92	108,125	108
10 Prvbk. 92	106	106
10⅝ RATP 92	105,75	105,875
7⅝ Robobk. 96	100,25	100,25
9⅝ dgl. 95	–	–
8⅝ Reynolds91	104,375	104,5
9 SAS 95	105,625	105,75
9 Sanwa 95	105,375	105,5
8⅝ Secpac 90	103,875	103,875
9 SNCI 95	104,625	104,625
8⅝ Sumitomo92	105,625	105,625
9⅝ dgl. 95	108,75	108,75
9 dgl. 93	107,875	107,875
6⅝ Schweden96	95,625	95,625
9 Unibk.Nor.95	105,125	105,125
8⅝ Vict. 90	103,875	104
8⅝ WaltD. 94	105,375	105,625
9⅝ dgl 95	107,875	108
8⅝ WashgL.96	105	105,25
9⅝ Westpac92	108	108,125
8⅝ Worldbk.95	106,5	106,75
8⅝ dgl. 93	105,125	105,75
9⅝ dgl.97	110,5	110,5
10⅝ dgl. 89	108,375	108,375
10⅝ dgl. 94	111,875	112
11 dgl. 95	109,25	109,25
8⅝ Xerox 90	103,25	103,25

Euro-Yen

	29.7.	28.7.
6⅝ Al.Corp 91	102,125	102,25
6⅝ All.Bgal93	102,5	102,625
7⅝ ADB 94	108,5	108,5
7 Austria 95	107,625	107,625
7 BP 92	105	105
6⅝ Denmark 92	104,375	104,375
7 Dens.Bk. 97	104,75	104,75
7 Dow Chem.94	105,375	105,375
6⅝ EDF 95	106,75	106,875
6⅝ Eurofima95	102,875	103
6⅝ dgl. 92	102,625	102,75
6⅝ dgl. 95	102,75	102,75
7⅝ dgl. 94	104,625	104,625
6⅝ Fannie 97	104,375	104,125
6⅝ Fiat.Rep80	104,25	104,25
6⅝ GMAC 90	102,625	102,375
7⅝ Goodyear95	103	103,25
6⅝ dgl. 94	102	102
6⅝ ITT 92	102,75	102,75
6⅝ McDonal.92	105,375	105,5
6⅝ Montreal95	103,75	103,75
7⅝ N.Bronz.95	–	–
7⅝ N.Zeald.90	–	–
7⅝ dgl. 89	–	–
7 Pac.Gas 94	102,875	102,875
6⅝ Penney 92	102,875	103
6⅝ Procter 92	103,75	104
6⅝ Sallie 92	103,25	103,5

Lux. Franc Bonds

	29.7.	28.7.
9⅝ Akzo 93	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	101,5	101,5
6⅝ Asian Dv87	99	99
10⅝ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 95	104	104
10⅝ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	102,75	102,75
13 dgl. 91	101	101
8⅝ Consol 95	106	106
12⅝ dgl. 92	105	105
8 Copital 88	100	100
8⅝ dgl. 89	100	100
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	106,5	106,5
7⅝ Den.Mtg 88	99	99
8⅝ EEC 95	105	105
9⅝ Eurolom 88	–	–
10⅝ dgl. 96	111	111
11 dgl. 93	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106	106
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	104,5	104,5
11⅝ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	104	104
9⅝ dgl. 95	106	106
9⅝ dgl. 88	101,5	101,5
9⅝ dgl. 95	110	110
10⅝ dgl. 94	107	107
11⅝ dgl. 88	101	101
12⅝ dgl. 90	102,5	102,5
8⅝ Goodyear93	103,5	103,5
9⅝ Ind.B.f.95	104	104
9⅝ Hypo Bk.88	102	102
11 Kredlet.95	102	102
7⅝ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	104	104
11⅝ dgl. 89	102	102
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅝ dgl. 87	100	100
8⅝ Met.Chin97	105	105
9 dgl. 95	106,5	106,5
10⅝ N.Lx.A87	100	100

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	29.7.	28.7.
8⅝ Cop City91	99,75	99,75
12⅝ dgl. 92	105	105
8⅝ CCA 91	99,5	99,5
11⅝ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅝ Oesb. P.94	100	100
8⅝ SDR 94	99,25	99,75

ECU

	29.7.	28.7.
9⅝ ABN 92	107,125	107,25
All Nippon 95	102,75	108,125
9⅝ ANZ 92	108,125	108,25
10⅝ Austria93	112,375	112,25
10 BNDA 92	106,375	106,375
8⅝ B.d.Roma93	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	105,375	105,75
9 Bk.Hels.96	103,375	103,575
7⅝ BNP 93	100	100,125
8⅝ dgl. 95	105,625	105,625
8⅝ Bay.Vbk.88	102,625	102,75
8⅝ BFCE 95	103	103
9⅝ dgl. 92	109,25	109,375
9⅝ dgl. 95	109,375	109,5
9⅝ Bell 92	105,5	105,75
9⅝ CNT 92	109,5	109,75
9⅝ dgl. 95	109,5	109,625
8⅝ Cargill 95	105,5	105,5
10⅝ Ceca 89	107,875	107,75
9 Chrysl. 92	102,5	102,625
9⅝ dgl. 94	103,25	103,375
9 ClubMed 88	102,875	103,125
9 Colgate 91	102,625	102,875
9 Cop City 95	106,125	106,125
9⅝ CCF 95	106,25	106
9⅝ CrdNord 91	107,125	107

ECU-Tageswerte

	29.7.	28.7.
Dollar	0,992111	0,984823
Bfr	43,7895	43,847
DM	2,12064	2,12512
hfl	2,3895	2,39544
£	0,672618	0,663857
Dkr	7,97062	7,99129
FF	6,85549	6,87076
Lira	1455,97	1459,02
I£	0,714263	0,715796
Sfr	1,7104	1,71362
öS	14,9365	14,9504
Peseta	135,969	135,856
Skr	7,0048	6,99658
Nkr	7,4448	7,42091
Kan-$	1,37655	1,36922
Esc	147,572	146,958
Fmk	5,05298	5,019977
Yen	155,861	156,165
Drachme	134,855	134,587

SZR-Wert

	29.7.	28.7.
Dollar	1,19055	1,18868
DM	2,54523	2,55252

FINANZANZEIGEN

PreussenElektra
Aktiengesellschaft
Hannover
vormals
NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Hamburg

Bekanntmachung

über die Auslosung per 1. 11. 1986 der 6 % Anleihe von 1962 – Kenn-Nr. 376 510 –

In der am 21. Juli 1986 vorgenommenen Auslosung per 1. 11. 1986 sind folgende Endziffergruppen gezogen worden:

45, 46, 55, 61, 93

Als ausgelost gelten sämtliche Schuldverschreibungen, deren Nummern in den zwei letzten Stellen (Zehner und Einer) eine der gezogenen Ziffergruppen aufweisen. Die Einlösung der am 21. Juli 1986 ausgelosten Stücke erfolgt vom 1. November 1986 ab zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschreibungen und der noch nicht fälligen Zinsscheine per 2. Mai 1987 uff. bei nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Conrad Hinrich Donner
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Mit Ablauf des 31. Oktober 1986 hört die Verzinsung der zum 1. November 1986 gelosten Schuldverschreibungen auf.

Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag gekürzt.

Restanten:
Stücke mit den zweistelligen Endnummern:
04, 09, 39, 49 (per 1. 11. 1983)
05, 59, 67, 78, 86 (per 1. 11. 1984)
14, 15, 68, 82, 91 (per 1. 11. 1984)
14, 15, 68, 82, 91 (per 1. 11. 1985)

Hamburg, 21. Juli 1986

DER VORSTAND

Bangkok Bank Limited
Thailand

DM 50.000.000,–

Rahmenkreditvertrag für die langfristige Finanzierung von deutschen Exporten nach Thailand, Indonesien, Malaysia, Taiwan, Hongkong, Singapur unter Finanzkredit-Deckung der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die HERMES Kreditversicherungs-AG.

BfG:Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft

Juli 1986

Brasilianisches Abenteuer einer Doppelgängerin

Der neue Film von Ilse Hofmann und Karl Heinz Willschrei, „Die Andere", wird getragen von einer außerordentlichen Schauspielerin: Magdalena Ritter. Die 29jährige kommt vom Thalia-Theater in Hamburg und steht hier zum ersten Mal vor der Kamera. Sie spielt eine Ehefrau, die von ihrem Mann umgebracht wird, und übernimmt dann als Doppelgängerin die Rolle der Toten. Diese Verdoppelung der gleichen Person wird für Magdalena Ritter zur Chance, ihre schauspielerischen Fähigkeiten zu entfalten.



Magdalena Ritter (mit falschen Papieren) und Heiner Lauterbach auf dem Weg nach Übersee: **Die Andere**, ARD, 20.15 Uhr FOTO: WDR

Die Geschichte des Films könnte eine banale Kriminalstory sein, wenn das Ende nicht vorweggenommen würde. Ingenieur Scheit (Heiner Lauterbach) ist Leiter eines deutschen Staudammprojekts in Brasilien, der seine Frau aus München nachholen will, aber ihre Untreue während seiner Abwesenheit entdeckt und sie im Affekt ermordet, um dann mit der Anderen zurück nach Brasilien zu fahren. Ihn treffen wir zu Beginn des Films als Sträfling, wegen Mordes verurteilt, im Fieberdschungel.

Scheit hat die Andere, die seiner Frau so täuschend ähnlich sieht, in einer Münchner Bar kennengelernt. Damit sie die Rolle seiner ermordeten Frau übernimmt, um deren Verschwinden zu verheimlichen, erklärt er ihr, daß er sie brauche, da seine Frau nicht mit ihm gehen wolle, daß man sie aber in Brasilien erwarte und er als betrogener Ehemann eine lächerliche Figur abgeben würde. Gegen eine hohe Summe erklärt sie sich bereit, mit ihm zu gehen, und die Übernahme der Identität seiner Frau fällt ihr um so leichter, als sie sich bald in ihn verliebt.

Ein erstaunlicher psychologischer Rollenwechsel beginnt. Während die ältere, neureiche Ehefrau in der Auseinandersetzung mit ihrem Mann ihr eigentliches Wesen, Gefühlskälte und Vulgarität, zeigt, wird bei der Jüngeren, der Hure, das Edle und die Stärke ihres Charakters deutlich. Sie ist die Frau, die der Ingenieur in der von ihm Ermordeten geliebt hat. Er versucht, sich gegen diese Einsicht zu wehren, er will nicht wahrhaben, daß er sich verliebt hat in ein Wesen, das er glaubt verachten zu müssen. Und dann geschieht ein Unfall. Die Bremsen des Jeeps der Anderen versagen, und seine eingestandene Freude darüber, daß sie überlebt hat, wird zur Wende in ihrer Beziehung.

Aber der Lauf der Dinge ist nicht mehr aufzuhalten, das unheilvolle Ende wird unausweichlich. Und die Tragik liegt nicht darin, daß sie als die Andere entlarvt wird, sondern daß sie büßen muß für einen Mord, von dem sie nichts wußte, und er für eine Tat, die er nicht begangen hat. Dieses so schreckliche und unerwartete Ende erscheint dem Zuschauer in dem Maße ungerecht, als er sich mit der Anderen identifiziert. Und doch findet, was man Gerechtigkeit nennt, hier nur ans vorgegebene Ziel. schw.

Von Versuchen, sich in den Eid einzukaufen

Wer die Staatsbürgerschaft des schönsten, saubersten und reichsten Landes der Welt – wie die Eidgenossen ihre Heimat bezeichnen – erwerben will, muß einiges auf sich nehmen. Er wird befragt, beobachtet, belauscht, beurteilt, bewertet – von Polizisten und anderen Musterschweizern. Emil Steinberger und Walo Lüönd spielen in einer Komödie ums Schweizer-Werden und Schweizer-Sein die Hauptfiguren, zwei Kantonspolizisten.

Die beiden liegen überall auf der Lauer, kontrollieren die kleinste Kleinigkeit, fallen als Leumunds-Bericht-erstatter rücksichtslos in fremde Wohnungen ein, schnüffeln in Banken und Amtsstuben und an allen möglichen und unmöglichen Stellen herum – stets auf der Suche nach einem Grund, dem Einbürgerungswilligen ein Bein zu stellen.

Eigentlich ist es falsch, von „Einbürgerung" zu reden. Das tut in der Schweiz ja auch niemand. Da wird –

Schweizermacher – ZDF, 22.10 Uhr

zumindest von jenen, die bereits Schweizer sind – nur vom „Einkaufen" gesprochen. Wer die Staatsbürgerschaft erwerben will, muß nämlich ganz schön blechen. Dabei sind die Preise unterschiedlich: In einem Klein-Kanton ist es billiger als im reichen Zürich. Dort ist das Bürgerrecht erst ab fünfstelligen Beträgen zu haben – wenn überhaupt.

Regisseur Rolf Lyssy inszenierte den Film, füllte mit ihm jahrelang die helvetischen Kinokassen, heimste Lob und auch ein wenig Kritik ein. Die kam von jenen, die berufsmäßig Einbürgerungswillige überprüfen müssen. Der Film bringt ein Wiedersehen mit Emil (Steinberger), der sich seit längerem auf deutschen Bildschirmen rar macht. Er tut es mit Absicht: Der populäre Kabarettist möchte sich nicht verheizen lassen.

Im synchronisierten Film – die Schweizer Mundart wollte man dem deutschen Publikum nicht zumuten – bringt er seine Fans wie gewohnt zum Lachen. Was bleibt, sind indessen weniger Tränen der Freude als Nachdenklichkeit über die auf die Schippe genommenen Zustände – insbesondere angesichts der in der Schweiz erneut um sich greifenden Fremden- und insbesondere Deutschen-Ablehnung. WALTER H. RUEB

KRITIK

Tanz-Vokabular

Sprache ohne Worte, energisch, unmißverständlich. Sprache des Körpers, spannungsgeladen. Ob Harmonie oder Zerrissenheit, Freude oder Angst, die Tänzerinnen und Tänzer der Joyce Trisler Danscompany (ZDF) transportierten Gefühl über Bewegung, demonstrierten in Perfektion das Vokabular des modernen Tanzes. Und den zeigten die ausgewählten Choreographien der amerikanischen Ballettmeisterin Trisler in ganzer Spannbreite.

Leider ist es mit dem Tanz ähnlich wie mit Opern, Festivals und Sporterreignissen – Atmosphäre und ein umfassendes Stimmungsbild sind nicht über den Bildschirm zu transportieren. Und das Bemühen, über die Totalperspektive Gesamteindruck zu vermitteln, blieb leider oft ein solches. Nur bei Diane Grumets Solo „Journey" war der Blick durch die Kamera von Vorteil: Er offenbarte Spannkraft, Elastizität und Grazie, wie sie aus dem Parkett nicht zu entdecken sind. M. SCHLINGMANN

Im Schrebergarten

Ein angekündigtes Portrait des FDJ-Fraktionschefs in der Volkskammer wird hoffentlich nachgeholt werden – der Funktionär besuchte kürzlich Bonn und zeigte sich überrascht uninformiert über die Westarbeit seines Verbands.

Informativ war dafür das Portrait des Generaldirektors von Zeiss Jena, Wolfgang Biermann in **Deutsches aus der anderen Republik** (ARD). In elfjähriger Kraftarbeit brachte er mit Lenin auf den Lippen und Management wie im Westen seinen Betrieb auf Weltniveau. Man glaubte diesem Kind seines Systems die Ergebenheitsadressen. Pflicht und Leistung gingen ihm über alles.

Mit dem privaten Dampflok-Betreiber im Schrebergarten geriet eine ungewöhnliche Hobby-Idylle ins Blickfeld. Ein Ausflug ins mecklenburgische Güstrow gab interessante Einblicke in die Annäherungen von Bevölkerung, offiziellen Kulturinstanzen und der örtlichen Theatertruppe an den Bildhauer Ernst Barlach. Ein Volltreffer war aber das „Cabaret Non Stop" bei den Arbeiterspielen in Magdeburg. Der „Fluchtweg" aus der „DDR", die mangelhafte Informationspolitik im Lande und das Bummelantentum wurden gekonnt persifliert. H. SCHMIDTENDORF







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber Kochbuch
10.00 heute
10.05 Donnerlippchen
10.50 Kulturweltspiegel
11.35 Freitags Abend
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
Larry, der Unfallfahrer
15.05 Unsere kleine Farm
Die Feuersbrunst (2)
15.50 Tagesschau
16.00 Tausend Siege
Beruf: Jockey
16.45 Das Gold von Cripple Creek
In den Rocky Mountains liegt auf 3000 Metern Höhe Cripple Creek. Um die Jahrhundertwende war der Ort ein Dorado für Goldgräber. Nach zehn Jahren kam der Zusammenbruch.
17.30 Daddy and the Steamers
Internationale Rock-Musiker
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Andere
Fernsehfilm
Von Karl Heinz Willschrei
Mit Heiner Lauterbach, Magdalena Ritter
Regie: Ilse Hofmann
21.45 Brennpunkt
Zuflucht ohne Ende? Die Bundesrepublik als Asylland
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Ein schlechter alter Freund
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Väter der Klamotte
Eine Planierraupe, welche Freude!
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gäste: Roy Etzel und Blind Date
17.45 Robin Hood (1)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto am Mittwoch (A)
18.20 Robin Hood (2)
18.55 Lotto am Mittwoch (B)
19.00 heute
19.30 Kingi
Neuseeländischer Jugendfilm (1981)
20.15 Kennzeichen D
Themen: „DDR"-Rentner auf Westbesuch. Asylsuchende unter kirchlicher Obhut. Otto-Filme in „DDR"-Kinos. Guter Ton mit Klassenstandpunkt
21.00 Die Profis
Lawsons letzter Appell
21.45 heute-journal
22.10 Die Schweizermacher
Schweizerischer Spielfilm (1978)
23.55 Fecht-Weltmeisterschaften
Mannschafts-Finale
Florett der Damen
0.25 heute

III.

WEST

18.30 Familie mit Bommel (5)
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Bremerhaven
Von der Windjammer-Parade anläßlich der „Sail '86"
21.45 eff-eff
Umgang mit Haustieren. Japanisches Kunsthandwerk. Fahrradtour am Niederrhein. Boule
22.30 Die Tat der Thérèse D.
Nach einem Roman von F. Mauriac
Französischer Spielfilm (1962)
Mit Emmanuelle Riva, Philippe Noiret, Sami Frey
Regie: Georges Franju
0.10 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Humus aus dem Pansen
19.45 Fahr' doch selbst mal hin
Der Elbeseiten-Kanal
20.00 Tagesschau
20.15 Schleswig-Holstein-Musikfestival
21.00 Offerte
21.15 Erbe der Väter (5)
22.10 Spanische Erde
Spanischer Spielfilm (1936/37)
Von J. Ivens und E. Hemingway
Über den Kampf des republikanischen Spanien gegen Franco
23.50 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau

ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST

14.00 ... und ewig knallen die Räuber
Österreichischer Spielfilm (1962)
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny (4)
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Weniger Lehrstellen-Bewerber
20.10 Detektei Blunt (8)
21.00 9 aktuell/News um Neun
21.15 100 Jahre Setzmaschine
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Ein Verfassungsfeind
22.00 Output
22.15 Der Weg ins Verderben
Italienischer Spielfilm (1949)

BAYERN

19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof (2)
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.50 Hollywood (6)
22.40 Lese-Zeichen
Goethe digital
23.10 Briefe in die Todeszelle
23.55 Rundschau



15.00 Captain Future
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Der Magier
Anschl.: Supercharge
18.00 Es darf gelacht werden
Mit Charlie Chaplin
Anschl.: Dies war Aubrey
18.30 APF-blick
18.45 Sport
19.45 Nasser Asphalt
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Martin Held, Horst Buchholz, Maria Perschy, Gert Fröbe, Heinz Reincke
21.30 APF-blick
22.15 Wunder, Mystik, Phänomene
Besessenheit und Exorzismus
22.45 Tennisschläger und Kanonen
Die Briefbraut
Anschl.: APF-blick



19.00 Reisewege zur Kunst
Von Troja nach Didyma
19.45 Follow me (17)
20.00 Tagesschau
20.15 Jean Christophe
Der neue Tag
21.05 MS Franziska
Auf Sloophelling
22.05 Des Königs Dieb
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit George Sanders, David Niven
Regie: Robert Z. Leonard
23.20 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Landauf – landab
Musik-Reise durch Österreich
20.15 Klingendes Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Terry-X
Die Spur der Giganten
22.30 Begegnungen
Frank A. Meyer im Gespräch mit Manès Sperber
23.30 Nachrichten



18.15 Da-da-damals
18.35 Auto – Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Wie die Axt im Walde
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Ein Halleluja für zwei linke Brüder
Italienischer Western (1972)
Regie: James London
22.20 RTL-Spiel
22.25 Popeye
22.30 Wer bin ich?
22.55 Geheimauftrag für John Drake
23.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Am 23. Juli 1986 starb meine Mutter

Galina Hellwege

Caritas Hellwege

Trauerfeier am Dienstag, dem 5. August 1986, um 12 Uhr in der Kathedralkirche des Seligen Prokop, Hamburg-Stellingen, Hagenbeckstr. 10; anschließend Beisetzung auf dem Alten Niendorfer Friedhof.

Anstelle freundlich zugedachter Kränze und Blumen bitte ich, die russisch-orthodoxe Gemeinde zu bedenken, Dresdner Bank AG, Hamburg, Konto-Nr. 4 437 433, BLZ 200 800 00.

Isabella Vernici von Mitschke Collande

* 28. Juni 1915 † 26. Juli 1986

Ihre Kraft und Ausstrahlung, die uns allen bis zuletzt so hilfreich war, lebt in uns weiter.

Michael Modler
Rabenkopfstraße 41
8000 München 90

In Liebe und Dankbarkeit
Nanita, Mischa und Familie

Wir gedenken ihrer gemeinsam bei der Beerdigung am 1. August 1986 um 13.00 Uhr, Friedhof am Perlacher Forst, München.

Nachruf

Am 22. Juli 1986 verstarb kurz vor Vollendung des 65. Lebensjahres nach schwerer Krankheit das Präsidialmitglied der Bundessteuerberaterkammer, Herr

Steuerberater Dipl.-Vw.

Alfred Nienhaus

Träger des Bundesverdienstkreuzes

Die Bundessteuerberaterkammer verliert mit Herrn Nienhaus, zugleich Präsident der Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe, einen engagierten Repräsentanten des Berufsstandes, der sich unermüdlich und selbstlos für die Bundessteuerberaterkammer und seine Berufskollegen eingesetzt hat. Seine hohe berufliche Qualifikation war verbunden mit menschlicher Wärme und Liebenswürdigkeit.

Die Bundessteuerberaterkammer bleibt ihm in Dankbarkeit verbunden und wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Bundessteuerberaterkammer
Dr. Dann
Präsident

Bonn, den 23. Juli 1986

Die Beisetzung des Verstorbenen hat am 26. Juli 1986 im engsten Familienkreis in Gladbeck stattgefunden. In seinem Sinne wird um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe e. V., Bonn, Konto-Nr. 90 90 90, bei allen Banken, gebeten.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24
Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klåre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Erziehung der Eltern

P.D. – Lieder, die Kinder auf der Straße sangen, wurden im alten China als eine Art Orakel aufgefaßt. Man schrieb sie auf, analysierte sie und deutete sie als Hinweise auf das politische Regiment.

Was die Erwachsenen heute von den Kindern zu hören bekommen, läßt ebenfalls Rückschlüsse auf die politischen Verhältnisse zu. Aber die Analyse bedarf keines Geheimwissens. Denn es sind oft Äußerungen des Eigensinns, übertriebener Ich-Bezogenheit und fehlenden sozialen Bewußtseins. Darauf macht die „Beijing-Rundschau" mit dem Beitrag „Lauter verzogene Einzelkinder?" aufmerksam.

Die Ursachen sind die Bevölkerungspolitik der VR China, die nur noch die Ein-Kind-Familie erlaubt. 32 Millionen Kinder unter 13 Jahren (das sind drei Prozent der Gesamtbevölkerung) wachsen deshalb ohne Geschwister auf. In den Städten sind oft 95 Prozent der Erstkläßler Einzelkinder. Und diese Kinder werden von den Eltern, Großeltern und Verwandten verzogen und verwöhnt.

Die Folge: Diese Kinder „tendieren zum Eigensinn, während es ihnen an Selbständigkeit mangelt. Sie können oft nicht für sich selbst sorgen, ganz zu schweigen, daß es ihnen abgeht, sich um Mitmenschen zu kümmern." Und: „Da viele Einzelkinder zu Hause nicht mit eigenen Händen zu arbeiten brauchen, haben sie sich allmählich daran gewöhnt, sich von anderen bedienen zu lassen und sich vor Arbeit zu drücken."

Diese Typen kennt jeder Chinese, der ein wenig mit der Literatur vertraut ist. Chia Pao-yü, der Held im „Traum der roten Kammer", ist ein solches verzogenes Kind. Nur war er der Sprößling einer reichen Familie, so daß er sich solche Eskapaden leisten konnte.

Viele Chia Pao-yüs ohne Reichtum beeinträchtigen dagegen das soziale Gefüge eines Gemeinwesens ganz empfindlich. Aber da man nicht wieder in den „linken" Fehler des rigorosen Kollektivismus der Kulturrevolution verfallen will, empfiehlt die „Beijing Rundschau" – eine „Elternschule".

Das klingt uns irgendwie vertraut. Denn bei uns hoffte man einst auch die Fehler der „antiautoritären Theorie" durch eine Erziehung der Eltern (zum richtigen Bewußtsein) eliminieren zu können. Aber vielleicht klappt ja, was bei uns nicht funktionierte, „in China, hinter der Mauer".

Nürnbergs Versuch, große Kunstwerke aus seiner Glanzzeit heimzuholen

Der Fürst der Welt läßt bitten

Die Dame, die uns nach Nürnberg lockt, ist uns vertraut. Wir kennen sie von jedem Zwanzig-Mark-Schein, auch wenn wir nicht wissen, daß es sich um das Porträt der „Elsbeth Tucher" handelt, das Dürer 1499 gemalt hat. Die Tucherin bittet uns ins Germanische Nationalmuseum, wo sie seit langem ihr Domizil hat. Denn dort ist die große Ausstellung „Nürnberg 1300–1550", eine Übersicht über die „Kunst der Gotik und der Renaissance" zu sehen, die die Nürnberger gemeinsam mit dem Metropolitan Museum in New York erarbeitet und dort auch zuerst gezeigt haben.

Gleich am Anfang lächelt den Besucher der „Fürst der Welt" entgegen. Es ist allerdings ein recht zwiespältiger Willkommensgruß. Denn dieser steinerne Jüngling im modischen Mantel von der Nürnberger Sebalduskirche erweist sich, wenn man ihn umschreitet, hinten als von Schlangen, Kröten und anderem Getier zerfressen. Diese Figur symbolisiert nämlich die Eitelkeit der Welt, an der, obwohl auf den ersten Blick schön, längst der Wurm nagt. Damit hätte sich diese Plastik gewiß auch als Leitfigur der Ausstellung empfohlen.

„Vitam non mortem recogita" – Denke an das (ewige) Leben, nicht an den Tod –, die Mahnung, die auf einem Tintenfaß von Peter Vischer d. J. hier zu lesen ist, durchzieht als Grundton die Ausstellung, auch wenn sie mit einer Vielzahl ungewöhnlicher Kunstwerke prunken kann. Denn abgesehen von so praktischem Gerät wie einem wuchtigen Löwenkopf als Türzieher oder den fünf Aquamanilen in Tierform – neben Löwe, Pferd und Hund imponieren vor allem ein Einhorn und ein hinreißender Greif –, waren die Plastiken, Malereien und Goldschmiedearbeiten der Gotik auf den Gottesdienst ausgerichtet.

Der Fuchs lehrt die Gänse das Singen

So wird auf den Wandteppichen das Jüngste Gericht oder die Auffindung des Kreuzes durch Kaiserin Helena dargestellt. Und auch die Buchmalereien, von denen schöne Beispiele zu sehen sind, variieren Themen der Heilsgeschichte. Allerdings gibt es auch Ausnahmen. So wird das Graduale, das um 1510 von Friedrich Rosendorn geschrieben und von Jakob Elsner illuminiert wurde, „Gänsebuch" genannt, weil der Maler den Heiligen-Miniaturen in den Initialen ein Rankenwerk, das die Notenblöcke umspielt, mit allerhand symbolischen Tierszenen an die Seite stellte. Dazu gehört auch das Bild eines Fuchses, der sieben Gänsen das Singen beibringt.

Während die Werke aus dem 14. und frühen 15. Jahrhundert noch anonym sind, beginnt mit den Malern Hans Pleydenwurf († 1472) und Michael Wolgemut (1434/37–1519) sowie dem Bildhauer Veit Stoß (vor 1450–1533) die Zeit, in der sich Gemälde und Plastiken einem Künstler zuweisen lassen, von dem man mehr als nur den Namen weiß. Die Ausstellung belegt außerdem mit verschiedenen Beispielen, daß Wolgemut eine Art Kunst-Unternehmer war, der mit seiner Werkstatt ganze Altäre, also Schnitzwerk und gemalte Tafeln, oder fertige Fenster produzierte. Wolgemut lieferte auch (zusammen mit Pleydenwurf) einen Teil der Holzschnitte für Hartmann Schedels berühmte „Weltchronik". Möglicherweise hat daran sogar der junge Dürer, der Wolgemuts Schüler war, mitgewirkt. Das Porträt seines Lehrers von 1516 gehört jedenfalls zu den eindrucksvollen Bildern dieser Ausstellung.

Im Gegensatz zur Druckgraphik, der ein eigener Wert zugesprochen wurde, war die Zeichnung damals fast nur Skizze, Bildnotiz oder Vorlage für eine andere Arbeit. So hängt neben einer Kreuzigung, möglicherweise von Jakob Elsner, die zwischen 1494/95 in Nürnberg entstand, eine frühe Dürer-Zeichnung, von der der Maler offensichtlich den Christus und den Johannes übernahm. Dem bekannten Scheibenriß aus dem Dürer-Umkreis mit dem reitenden Tod, der den Bogen mit dem Pfeil erhoben hat, wird die Scheibe, die danach ausgeführt wurde, an die Seite gestellt. Und unweit des „Drachenleuchters", bei dem ein vergoldeter dreiköpfiger Drache ein 34endiges Ren-Geweih umschlingt, sieht man Dürers Entwurfszeichnung, nach der Willibald Stoß, der Sohn von Veit Stoß, den Leuchter 1522 für die Regimentsstube des Nürnberger Rathauses schnitzte.

Mit zahlreichen Entwurfszeichnungen für einen Prunkstuhl, einen Dolch, eine Silberflasche oder einen Wandbrunnen präsentiert sich Peter Flötner als eine Art früher Designer. An Arbeit mangelte es ihm in Nürnberg nicht. Denn die Gießerei stand hier in hoher Blüte, wie Medaillen, Plaketten und Kleinplastiken in Bronze und Messing – und nicht zuletzt Flötners Apollobrunnen – erweisen. Auch die Goldschmiede schufen Ungewöhnliches. Das belegt das „Schlüsselfelder Schiff", eine silberne, teilweise vergoldete dreimastige Karacke als Tafelaufsatz. Sie steht in der Vitrine neben einem Gegenstand, den man aus der Ferne für eine abstrakte Plastik halten könnte, dem dazugehörigen Lederfutteral mit verschiedenen seltsamen Ausbuchtungen, die die Rahen, die Segel oder die Galionsfigur schützen.

Bei Adam Kraft und Veit Stoß muß sich die Ausstellung, weil die großen Werke ihren festen Platz in den Kirchen haben, mit kleineren begnügen. Dazu gehören von Stoß eine kleine Maria auf der Mondsichel, die offenbar als Kunstkammerstück entstand, oder eine höchst artifizielle Gruppe des „Erzengels Raphael mit dem jungen Tobias", die ein italienischer Seiden- und Juwelenhändler stiftete.

Was die Amerikaner nicht ausgeliehen haben

Trotz ihrer bemerkenswerten Vielfalt ist die Ausstellung ein zwiespältiges Unternehmen. In Amerika hatte sie nicht das erwartete Echo. Von den 10 000 Katalogen, die gedruckt wurden, sollen – so hört man hinter vorgehaltener Hand – in den zehn Wochen nur wenig mehr als 1000 verkauft worden sein, was nicht für ein überbordendes Interesse spricht.

Und jetzt in Nürnberg macht der Katalog bereits auf der Titelseite auf ein gravierendes Manko aufmerksam. Dort ist nämlich Dürers „Heilige Anna Selbdritt" zu sehen, aber eben nur dort und nicht in der Ausstellung. Das Metropolitan Museum hat sie wie den „Salvator Mundi", Dürers Selbstporträt mit dem Kissen und andere Zeichnungen nicht ausgeliehen. Auch die „Haller-Madonna" kehrte aus New York direkt in Washingtons National Gallery zurück.

Und bei Baldungs „Gregormesse", „Johannes auf Patmos" und „Anna Selbdritt" aus Cleveland, New York und Washington liest man im Katalog zwar: „Diese drei Bilder ... sind hier zum ersten Mal vereinigt, seit von der Osten (1977) ihre ursprüngliche Zusammengehörigkeit bewiesen hat." Doch in Nürnberg ist das nicht zu überprüfen. Da sieht man von Baldung nur den Sebastian-Altar, der dort immer hängt, und die beiden Tafeln mit den Heiligen Katharina und Barbara aus Schwabach.

Zwar hieß es in der Pressekonferenz vor der Ausstellungseröffnung, nur zwanzig Werke, die in New York gezeigt werden konnten, seien in Nürnberg nicht dabei, aber daß es zentrale Werke sind, wurde verschwiegen. Bedauerlich und wenig fair gegenüber dem Besucher ist, daß das im Katalog nicht einmal vermerkt wird. Der „Fürst der Welt" läßt grüßen. (Bis 28. Sept.; Katalog 56 Mark, im Buchhandel, Prestel-Verlag, 88 Mark, ab 1. 10. dann 98 Mark)

PETER DITTMAR

Wirbt für die Ausstellung „Nürnberg 1300–1500": Albrecht Dürers Porträt der Elsbeth Tucher FOTO: GERM. NATIONALMUSEUM



„Denk an das ewige Leben, nicht an den Tod": Tintenfaß von Peter Vischer d.J. mit der Inschrift „Vitam non mortem recogita" FOTO: KATALOG

JOURNAL

Perutz-Nachlaß für Deutsche Bibliothek

dpa, Frankfurt

Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt hat den Nachlaß des österreichischen Schriftstellers Leo Perutz (1882–1957) für ihr Exilarchiv erworben. Der Autor, den Bücher wie „Das Gasthaus zur Kartätsche", „Der Marques de Bolibar" und „Der Meister des Jüngsten Tages" bekannt machten, gehört zu jenen „verbrannten Dichtern", deren Karriere durch das Exil zerstört wurde. Er emigrierte 1938 nach Palästina, wo er in seinem alten Beruf als Versicherungsmathematiker tätig sein konnte. Der von der Deutschen Bibliothek erworbene Nachlaß von Perutz umfaßt Manuskripte und Korrespondenz.

Antiker Hafen auf Kreta ausgegraben

AP, Chania

In Falasarna an der Nordwestküste Kretas haben griechische Archäologen die Überreste eines aus der klassischen Blütezeit Altgriechenlands stammenden befestigten Hafens ausgegraben. Der Hafen ist Ende des 5. Jahrhunderts v. Chr. angelegt worden. Es ist der erste regelrecht künstlich angelegte Hafen aus der klassischen Periode.

Jazzer aus Südafrika mit Kollegen im Exil

epd, Frankfurt

Der südafrikanische Jazzmusiker Johnny Dyani, der seit über zwei Jahrzehnten in Europa im Exil lebt, hat mehrere südafrikanische Musiker zu einer Europa-Tournee eingeladen. Damit werden erstmals seit mehr als 20 Jahren Musiker aus Südafrika gemeinsam mit ihren im Exil lebenden Landsleuten auftreten. Konzerte sind in den Niederlanden, Finnland, Polen und in der Bundesrepublik geplant.

Ganghofer-Verein gegen Klischees

dpa, Kaufbeuren

Leben und Werk des Schriftstellers Ludwig Ganghofer will die Deutsche Ganghofer-Gesellschaft zu einer objektiveren Würdigung verhelfen. In seinem Geburtsort Kaufbeuren ist jetzt ein gemeinnütziger Verein gegründet worden. Zu den rund 30 Anwesenden der Gründungsversammlung gehörte Jost Ganghofer, Lufthansa-Pilot und jüngster Dichterenkel.

Wie kommen mehr Besucher ins Museum?

dpa, Stuttgart

Die „besuchernahe Gestaltung von Museumsausstellungen" ist Thema eines Forschungsvorhabens, das vom Karlsruher Naturkundemuseum, dem Deutschen Museum in München und dem Württembergischen Landesmuseum in Angriff genommen worden ist. Die Robert-Bosch-Stiftung fördert das Projekt mit 543 000 Mark.

Exil-Polen zeichnen Adam Michnik aus

JGG. London

Der exil-polnische Autor Adam Michnik hat die wohl wichtigste Literaturauszeichnung der polnischen Emigration, den „Wiadomosci-Preis", in London erhalten. Den Preis erhielt er für die „künstlerische Konzeption" seines Buches „Aus der Geschichte der Ehre in Polen. Gefängnisaufzeichnung", das im Verlag des polnischen „Literarischen Instituts" (Paris) 1985 erschienen ist.

Dorothea Neff †

AFP, Wien

Die in München geborene österreichische Schauspielerin Dorothea Neff ist in Wien im Alter von 84 Jahren gestorben. Auf der Bühne des Wiener Volkstheaters, an das sie 1939 kam, trat Dorothea Neff in klassischen Rollen wie der „Elisabeth" in Schillers „Maria Stuart" auf. Von 1941 bis Kriegsende verbarg sie in ihrer Wohnung eine jüdische Freundin, wofür sie mit der Ehrenurkunde und der Medaille des Yad Vashem, der Holocaust-Helden und der Märtyrer-Gedächtnisstätte in Jerusalem, gewürdigt wurde. Nach 1945 spielte Dorothea Neff im Volkstheater die Titelrolle in Dürrenmatts „Besuch der alten Dame" und 1963 Brechts „Mutter Courage". Für diese Rolle wurde sie mit der Kainz-Medaille ausgezeichnet. Bereits völlig erblindet spielte Dorothea Neff 1975 am Burgtheater im „Käthchen von Heilbronn".

THEATER-KALENDER

1. **Hall/Tirol:** Burgspiele (bis 8. August)
3. **Wetzlar:** Festspiele (bis 23. August)
10. **Salzburg:** Festspiele; Aischylos/Handke: Prometheus, gefesselt (R: Grüber)
18. **Salzburg:** Festspiele; Bernhard: Ritter, Dene, Voss (U) (R: Peymann)
21. **Zürich:** Theater Spektakel (bis 7. September)
23. **Burg/Wupper:** Freilichtspiele (bis 31. August)

Ueckers „Black Mesa"-Projekt in Mönchengladbach

Uran unterm Heiligtum

Sieben Arbeiten zu Black Mesa" heißt eine Ausstellung von Günther Uecker im Abteibergmuseum Mönchengladbach. Sie zeigt ungewöhnliche, großformatige Werke, fünf freihängende, mit schwarzer oder weißer Farbe bemalte Leinwandstücke und zwei suggestive Wandobjekte, die aus Brettern, Stoffen, Messern und Nägeln zusammengestellt sind. Von weitem erinnert das eine an abgelegte Gewehre, das andere eher an eine unheilvolle Fahne.

Thematisch umkreisen diese sieben Arbeiten eine zentrale Skulptur, eben „Black Mesa", ein kompliziertes Gebilde aus vier miteinander verschnürten und auf spitzen Messern stehenden Pfosten. Diese tragen am oberen Ende zwei überkreuzte Balken, an denen ein Steinbrocken hängt. Das gesamte Gewicht dieser Skulptur lastet auf den Messerklingen. Im Freien würden diese Messer in den Boden eindringen.

An sich ist das Objekt eine Frage des Tragens und des Lastens, der Standhaftigkeit und des Gleichgewichts und weniger eine ästhetische Inszenierung, wie man es bei Uecker ansonsten gewohnt ist. Das bereits seit 1984 sich entwickelnde Black-Mesa-Projekt ist jedoch mehr. Black Mesa, so erfahren wir aus dem kleinen Faltprospekt, ist ein Berg in South Dakota und ein zentrales Heiligtum der Indianer. Unter diesem Berg befindet sich ein großes Uranvorkommen, das nach Verhandlungen mit den Indianern abgebaut werden soll. Das Kunstwerk „Black Mesa" versteht sich als ein Symbol für die Bedrohung spiritueller Werte durch die materiellen Kräfte, die unsere Gesellschaft beherrschen.

Seit mehreren Jahren schon spiegelt sich Anteilnahme in Ueckers Werk. „Die Kunst kann den Menschen nicht retten, aber mit den Mitteln der Kunst ist ein Dialog möglich, der zur Bewahrung des Menschen aufruft", schreibt er. In den sechziger Jahren, als Uecker mit seinen quadratischen und runden Nagelfeldern bekannt wurde, wäre ein solches Engagement undenkbar gewesen.

Zwei Jahrzehnte später erscheint nun der Künstler eher als Betroffener. So auch in einer Folge jüngster Arbeiten, die in der Kölner Galerie Reckermann zu sehen ist und die unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Tschernobyl entstand. Es sind Arbeiten im Bereich zwischen Bild und Skulptur, Collagen wenn man will, die aus natürlichen Materialien wie Zweigen, Steinen, Sand und aus industriellen Produkten wie Nägeln oder Messern gebildet wurden. Auch hier treten die optischen Effekte deutlich hinter eine absichtsvolle Formung durch den Künstler zurück.

Geblieben ist die Tendenz zur Rhythmisierung der Fläche und im sparsamen Colorit auch die Vorliebe für das Monochrome. Diese Arbeiten, die nicht im Rausch einer spektakulären Erfolgswelle entstanden, sondern Produkte einer wirklichen, souverän bewältigten Betroffenheit darstellen, sind von beeindruckender Reife und gehören zum Interessantesten, was derzeit in diesen Breiten zu sehen ist. (Mönchengladbach: bis 31. August, Faltblatt 3 Mark; Reckermann: bis Ende Aug.) MARIANA HANSTEIN

KULTURNOTIZEN

Im Dorf Burkim im Nordosten Iraks haben Archäologen eine Waffenfabrik des Assyrerreichs aus der Zeit zwischen 2000 und 500 v. Chr. ausgegraben.

Das japanisch-deutsche Zentrum in der ehemaligen Botschaft im Tiergarten wird zur 750-Jahr-Feier Berlins am 8. November 1987 eingeweiht.

Dinosaurier aus dem Gebiet der Schweiz und der Bundesrepublik zeigt bis zum 10. August das Bodensee-Naturmuseum in Konstanz.

Eine Bronzetafel aus der Hethiterzeit mit Aufschriften in Keilschrift ist in Bogazkoy in der türkischen Provinz Corum entdeckt worden.

Barockkunst und Krippen zeigt das neue Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums in der Krümperstallung der Residenz von Neumarkt / Oberpfalz.

Skulpturen und Grafik von Peter Großbach stellt die Düsseldorfer Galerie Vömel vom 8. August bis 4. Oktober.

Grischa Barfuß erhielt bei seiner Verabschiedung als Generalintendant den Jan-Wellem-Ring der Stadt Düsseldorf.

Kino-Lustspiel mit Totalschaden: „My Chauffeur"

Schrecken der Damen

Reicher Mann und armes Mädchen an der kalifornischen Küste. Er ist der eingebildete Sohn eines Multi-Magnaten. Sie ist die Tochter einer Frau, die dem alten Magnaten einst frohe Tage beschert hat. Der Magnat fühlt sich der Tochter der Exgeliebten mäzenatisch verbunden. Er läßt sie in eine seiner florierenden Firmen einstellen. Und zwar in seinen Limousinen-Service: Autoverleih mit Chauffeur. Sie kommt mit Elan in die dämmerige Versammlung der alten Fahrer und bringt einiges durcheinander.

Das würdige Standesbewußtsein der uniformierten Greise interessiert sie nicht, auch nicht der Kodex feinen Benehmens, wohl aber der geschniegelte Wagenpark. Und bald auch die wechselnde, doch stets wohlbetuchte Kundschaft. „My Chauffeur" ist zunächst als Zyklus komischer Episoden angelegt. Die Abenteuer einer feschen Fahrerin. Daraus sollte sich doch etwas machen lassen. Auch eine Liebesgeschichte muß ohne Schaden einzubauen sein. Sie ergibt sich ja fast zwangsläufig aus dem Sujet. Doch das wesentliche Kennzeichen dieses Films ist eine sprudelnde Einfallslosigkeit.

Der erste Kunde der frischen Chauffeuse: Ein ordinärer Rocksänger, der zum Konzert befördert werden soll. Er liegt mit drei Groupies im Bett und kifft. Die Chauffeuse greift beherzt zum Wassereimer. Mit Erfolg. Unterwegs kommt dem Rocker eine lustige Idee. In einem Park sieht er eine dicke Frau mit Pudel. Der will er die Unterhose klauen. Macht er auch, mit viel Geschrei und mit Hilfe seiner Groupies, zum Schrecken anderer älterer Damen im Park und zum amüsierten Erstaunen der Chauffeuse. Die darf dann weiterfahren und den Sänger pünktlich abliefern. Wir werden nun mit einem Konzert jener Gruppe belästigt, die auf dem Soundtrack des Filmes ohnehin mehr als genug herumhackt.

Zweiter Kunde: Ein eiskalter Jungmanager. Auf dem Rücksitz streitet er handgreiflich mit seiner Freundin. Bis sie ihm gesteht, sie sei schwanger, und zwar von dritter Seite. Darauf nimmt er Zuflucht zur Autobahn. Nach reichlichem Genuß und nochmals viel Geschrei fühlt er sich unbeschwert. Er zieht sich aus, rennt nackt durch einen Park und scheucht die Spaziergänger.

Später geht es ihm weniger gut. Da nimmt ihn die Chauffeuse mit nach Hause, wo er sich ausführlich übergeben kann. Eben dieser Mann aber, der Sohn jenes alten Magnaten, wird ihr wenig später wieder als Fahrgast angedient. Diesmal geht es in die Berge zum väterlichen Weingut. Und auf dieser ausführlichen Reise kann die Chauffeuse den arroganten Schnösel vom hohen Roß zu sich herabzerren.

Hauptdarstellerin Deborah Foreman, keck und burschikos, kann nichts dafür, daß den Drehbuchautoren nach wenigen Seiten die Tinte eintrocknete. Dem Regisseur David Beaird fällt zum Aufblasen der zweieinhalb Gags auch nichts Besseres ein, als immer nur Luft hineinzupumpen.

Nach lautstarkem Platzen werden die Scherze geflickt und noch einmal als neu ausgegeben. Der Film kommt deshalb – im Gegensatz zu seinen edlen Limousinen – gar nicht voran, sondern keucht als Totalschaden immer auf demselben Fleck. Es wird empfohlen, die Unfallstelle weiträumig zu umfahren.

DIETMAR BITTRICH

Teure Autos, schöne Menschen: Szene aus „My Chauffeur" FOTO: ASCOT

Michael Degen spielt Palms „Salzburger Totentanz"

Paß für den armen BB

Alternativ sein in Salzburg – das irritiert ja nicht so einfach in Jeans, mit Bart und Klampfe die internationalen Folgen von Max Reinhardts Festspiel-Einfall vor 66 Jahren, die „Stadt als Szene" zu begreifen.

Umgekehrt spüren die jungen Leute vom „luftig-leichten Gegenpol", wie sie sich bezeichnen, hier doch die gewaltige Faust christlich-abendländischer Ästhetik im trotzigen Nakken. So daß sie mehr als anderswo darüber nachdenken müssen: Wie anders gut kann da einer überhaupt sein? Was nützt es, auf Straßen und Plätzen allein den notwendigen Kontrast zum Geist dieser großartigen Architektur herausspielen zu wollen – und es guckt wieder kein Schwein?

So kurios es klingt: Es gibt demnach in Salzburg so etwas wie angepaßte Alternative. Sehen nicht schon die Demo-Bemalungen des Gesichts künstlerisch besonders wertvoll aus (Maskenbildner gibt's hier genug)? Verraten einige Transparente nicht die Silben-Schule von Ernst Jandl? War das „Massensterben" vorm Festspielhaus nicht ordentlich inszeniert?

Und überall die „Flecken im Stadtbild", eine offiziell so benannte Aktion von Künstlern, die statt der mageren Grafitti gleich quadratmeterweise in Farbe bedeutungsvoll verrückt spielen, bis zu einem 100 Meter langen, neun Meter hohen Streifen mit Texten und Zeichen ... Selbstverständlich erschien dazu schon der bibliophil aufgemachte Bildband.

Was Max Reinhardt unter „Szene" verstand, wurde zum ersten Mal 1970 von jungen Salzburgern mit Aktivitäten ergänzt unter dem Titel „Szene der Jugend". Das ließ die Festspiele nicht gerade alt ausschauen. Aber das Alternativ-Programm wuchs, die Subventionen auch, die Jugend wurde älter, bald kamen zwei Drittel Erwachsene – und wenn jetzt das Kartenbüro im Trakl-Haus angerufen wird (0043 662 / 842 623), meldet sich der Geschäftsführer und Programmgestalter Michael Stolhofer mit einem kurzen „Szene!". Womit er wieder bei Reinhardts Wort angelangt wäre, freilich ohne dessen Idee.

Mit einem Dutzend Sponsoren vom British Council bis Mobil Oil veranstaltet die Szene bis 22. August ein internationales Tanz- ud Theaterfestival, in das laut Stolhofer „die Entwicklung der letzten Jahre konsequenterweise gemündet ist". Unter den exzentrischen Gruppen zum Beispiel die englischen „Footsbrans" mit einem „Macbeth" aus Stammesriten der Papuas; das Stockholmer Mimentheater vergestikuliert Hermann Hesses „Steppenwolf". Als eine Art Straßenmarionette mischt sich der Franzose Philippe Pillon unter die Salzburger, sich in Breakdance etwa so bewegend wie Thomas Bernhard schreibt ...

Das weitaus gewichtigste Unternehmen aber ist im Petersbrunnhof Kurt Palms „Salzburger Totentanz", eine szenische Montage von Helmut Schorlemmer über Bert Brechts kaum bekannte Salzburger Pläne: Dramaturg im Landestheater, Totentanz-Spiel, Festival-Erneuerung! Und über das vergessene Abenteuer um Brechts österreichischen Paß. Der Komponist Gottfried von Einem hatte sich um Brechts Österreichertum sehr bemüht und flog dafür aus dem Festspieldirektorium.

Um Michael Degen als Brecht (kragenlos in Grau, sarkastische Schärfe) markieren, zitieren je drei Damen und Herren aus Akten, Briefen, Zeitungen. Wie Brecht 1933 „unters dänische Strohdach" flieht. Original-Einblendung von 1938: Hitlers „Vollzugsmeldungen vor der Geschichte". Zündende Songs von Dessau, Eisler, Weill.

Auf der Empore der Schlagzeuger Bill Elgart haut hart sein „unerhört!" in alle Szenen, die sich in einem Geviert abspielen mit Schlagbaum, schäbiger Amtsbude und Sitzungsecke. „Wir sind ein vertrocknetes, armes Land! Wir brauchen starke Geister!" ruft von Einem. Schließlich ringt sich die Bürokratie (wie lahm, zeigt Otto Bolesch) den Paß für Brecht ab.

Doch dann Schlagzeilen wie: Wer schmuggelte das Kommunistenpferd ins deutsche Rom?" Erbarmungslos kommen Hans Weigel und andere mit ihrer damaligen Furcht vor Brecht zu Wort. Ein Gaudium heute. Aber die Geschichte blamiert ja bekanntlich auch vormals berechtigt erscheinende Gedanken.

Und so informativ, dramaturgisch geglückt und bös für Österreich das ganze ist – Brecht als Erneuerer der Salzburger Festspiele? Awa geh bearn S' ...! ARMIN EICHHOLZ

Kam Pinzner der Rache der Unterwelt zuvor?

Während des Verhörs sich und seine Frau erschossen

DIETER SALZMANN, Hamburg

Werner „Mucki" Pinzner, der mutmaßliche St.-Pauli-Killer ist tot. Der 39jährige erschoß sich gestern vormittag während eines Verhörs im Hamburger Polizeipräsidium. Zuvor hatte er mit einem Revolver der Marke Smith & Wesson, Kaliber 38, seine Frau Jutta erschossen und einen Staatsanwalt lebensgefährlich verletzt. Die Anwältin Pinzners, zwei Kriminalpolizisten und eine Sekretärin konnten unverletzt fliehen. Wie der mutmaßliche fünffache Mörder an die Waffe gekommen war, ist zur Zeit noch nicht geklärt. Die Polizeibeamten waren, wie bei Verhören üblich, nicht bewaffnet.

Pinzner war zuvor aus dem Sicherheitstrakt des Untersuchungsgefängnisses mit einem Polizeiwagen ins



Werner Pinzner (39): Fünf Morde gestanden FOTO: DPA

Präsidium gebracht worden. Nach Angaben von Polizeisprecher Bernd Metterhausen trug Pinzner während der Fahrt Handschellen und hatte keinen Kontakt zu Mithäftlingen oder Außenstehenden. Zur Klärung der Frage, wie Pinzner an die Waffe gelangte, wurde eine Ermittlungsgruppe der Hamburger Polizei gebildet, in der auch Beamte der Mordkommission mitarbeiten.

Werner Pinzner war am 15. April von der Hamburger Polizei verhaftet worden. Er stand unter dem Verdacht, zwischen Juli 1984 und April 1985 im Auftrag des Zuhälters „Wiener" Peter Nusser (36) fünf Männer aus dem Hamburger Zuhältermilieu ermordet zu haben.

Am 7. Juli 1984 wurde der 65jährige Israeli Johoda Arzi alias Hans Jenö Müller in seiner Kieler Wohnung mit einem Kopfschuß getötet. Pinzner, der die Tat zusammen mit seinem Komplizen Armin Hockauf (26) begangen haben soll, hatte zu diesem Zeitpunkt Hafturlaub von einer Strafe wegen schweren Raubes, zu der er 1975 verurteilt worden war.

Zuvor hatte das Hamburger Landgericht beschlossen, Pinzner am 11. Juli, also vier Tage nach dem Mord, freizulassen. Am Steuer seines schwarzen Pontiac, einer schweren amerikanischen Limousine, starb am 13. September des gleichen Jahres im Hamburger Stadtteil Bramfeld „Bayern-Peter" Pfeilmaier, ein Bordellbesitzer aus dem St.-Pauli-Milieu. Auch an diesem Mord soll Armin Hockauf beteiligt gewesen sein. Er wurde am 15. Mai in Hannover verhaftet.

In einem Waldstück bei München wurde am 14. November 1984 die Leiche des Zuhälters und Bordellbesitzers „Lackschuh-Dieter" Dietmar Traub (37) aufgefunden. Die beiden letzten Opfer der Mordserie wurden am Ostermontag 1985 erschossen. Der Bordellbesitzer Waldemar Dammer (30) und sein Wirtschafter Ralf Kühne (27) wurden, wie alle anderen Mordopfer auch, mit derselben Waffe erschossen. Die Waffe wurde bei der Verhaftung Pinzners in dessen Wohnung gefunden.

Kommt Auftraggeber nun glimpflich davon?

Pinzner soll für jeden Mord 40 000 Mark von seinem Auftraggeber Nusser erhalten haben. Nusser wurde ebenfalls am 15. April verhaftet. Bei den fünf Morden im St.-Pauli-Milieu – möglicherweise gehen noch mehr Morde auf sein Konto, sollten „Geschäftsstreitigkeiten" im Milieu ausgeräumt werden. Möglicherweise wollte Nusser seine Konkurrenz ausschalten oder gefügig machen.

Über das Motiv der tödlichen Schüsse im Hamburger Polizeipräsidium konnte gestern nur spekuliert werden. Ein Fluchtgedanke Pinzners scheidet aber offenbar aus. Ein Polizist: „Pinzner hatte keine Chance zu entkommen, und er wußte das." Möglicherweise war die Tat Pinzners letzter Coup. Hat er doch versucht, sämtliche Personen einschließlich sich selbst auszulöschen, die seinen Auftraggeber Nusser belasten könnten.

Pinzner wußte, daß ihn die Rache des Milieus – irgendwann – einholen würde. Möglicherweise kam er der Rache zuvor und handelte dafür Sicherheit und Leben seiner Tochter aus. Die Anklage gegen Nusser, die sich hauptsächlich auf Pinzners Aussagen stützt, könnte in sich zusammenbrechen. Die Verlesung der vorhandenen Schriftstücke vor Gericht reicht eventuell nicht zu einer Verurteilung Nussers aus.

Lang über kurz in den Winter 86/87 – Die Pariser Haute Couture kommt klassisch daher



Gewagt: Cardin — Leicht und luftig: Nina Ricci — Klassisch streng: Dior — Transsibirisch: Scherrer

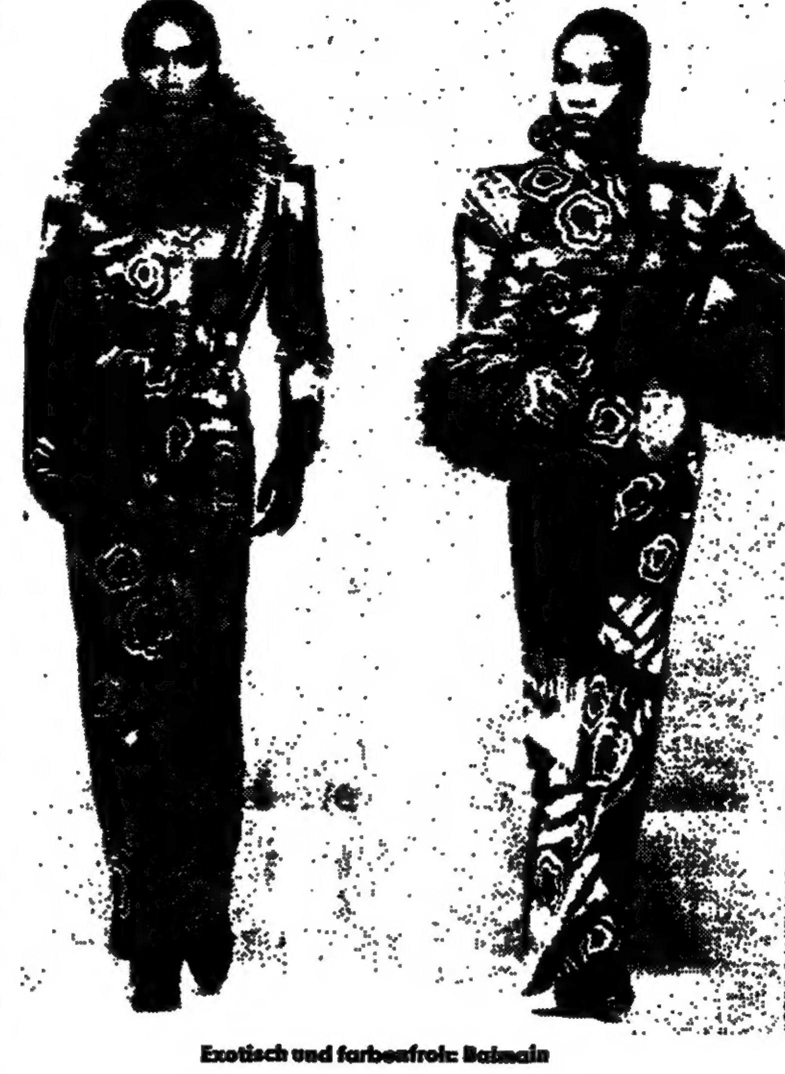
Jerseyschläuche mit Lederriemen oder Tütentaschen

Frankreichs 23 Nobelschneider präsentieren bei ihren Haute-Couture-Kollektionen für den Winter 1986/87 sowohl die lange wie die kurze Linie. Eine Revolution findet nicht statt. Die Silhouette ist klassisch. Die Schultern bleiben breit, die Taille schmal, die Hüften rund. Anthrazitgrau ist die neue Modefarbe für den Tag. Das strenge Schneiderkostüm aus Tweed oder Gabardine ist ein weiterer Klassiker in den Modeschauen.

An eiskalten Tagen hüllen sie die Frau vom Kopf bis zum Knöchel in lange, weite Mäntel. Ihr Comeback feiert die taillierte Redingote mit enger Taille und schwingendem Glockenrock. Man trägt sie über schmale, kurze Kleider, die sich durch raffinierte Schnitte auszeichnen. Am Abend schillern die Roben aus schweren Seiden, Brokaten, Taft, Lamé und Stickereien auf Spitze in den Regenbogenfarben. Die kostbaren Stoffe erklären die Preise zwischen 30 000 und 70 000 Mark für ein Exklusiv-Modell.

In Paris fragt man sich, wer sich das leisten kann? Die arabischen Kundinnen machen sich rar. Aus Angst vor Attentaten meiden die Amerikanerinnen die französische Hauptstadt. Die Boutiquen der Couturiers in der feinen Rue du Faubourg-Saint-Honoré verzeichnen seit dem Frühjahr einen Geschäftsrückgang bis zu 50 Prozent gegenüber der vergangenen Saison.

Das kann Pierre Cardin, den ideenreichen, nicht verdrießen. Er zeigte eine seiner modernsten Kollektionen, in der der Mini mit dem Maxi bestens auskommt. Mal trugen seine Mädchen lange Jerseyschläuche mit silberbeschlagenen Lederriemen, die der Meister ihnen wie Hosenträger umgeschnallt hatte. Mal band er ihnen zu Minis oder Maxischläuchen einen wippenden Lendenschurz aus Leder um. Tweedcapes, Ponchos mit Lederverschluß, riesige Dreiecktücher aus Webpelz auf Leder gefüttert zu Röhrenhosen oder Kostüme mit langen schmalen Röcken und Jacken mit abstehenden Schössen sind Renner der Tagesgarderobe. Seine Abendkleider aus schwarzem Samt mit Wasserfalldrapierungen sind romantischer als je zuvor.



Exotisch und farbenfroh: Balmain

FOTOS: DANIEL SIMON / GAMMA STUDIO X (2), AFP (3)

Jean-Louis Scherrer schickte seine Mannequins in langen Bojaren-Mänteln mit Pelzstulpen und hohen Biberpelz-Mützen auf die transsibirische Reise. Darunter trugen sie weite Kirgisen-Hosen und mit Persianer besetzte Kaschmir-Kasackblusen. In reich bestickten und mit Straußen- und Hahnenfedern geschmückten Abendkleidern erinnerten die Mädchen an Renaissance-Gemälde.

Bei Dior sind lange Schlauchmäntel mit hochgeschlossenen Offizierskragen und hoch eingesetzten Keulenärmeln Favorit. Darunter schmale Jerseykleider mit Tütentaschen auf den Hüften. Als Kontrast dazu Kostüme mit taillierten, hüftlangen Jakken über sehr kurzen Röcken, die handbreit über dem Knie enden.

Für Witz und Komik in der Haute Couture sorgte der junge Modeschöpfer Christian Lacroix mit seiner Kollektion für Patou. Im Januar erhielt Lacroix für seine modischen Possen den „Goldenen Fingerhut". Jetzt schockte er sein Publikum mit einem Ballon-Minirock aus lila Nerz, knallroter Nerzstola zu weiten Hosen mit hohem Bund. Dazu trugen sie hohe Zylinder wie Zauberer aus Märchenbüchern oder graue Pompadour-Perücken.

Seine kurzen Trapez-Kleider mit hoher Empire-Taille erinnern an „Baby Doll". Dazu trugen die Mädchen Seidenpumps mit bunten Glasperlen an den Absätzen, wie sie um 1910 von den Futuristen erdacht worden waren. Mit seinen Verstößen gegen alle Tabus der Haute Couture eroberte Christian Lacroix erneut die Herzen der Pariser.

CONSTANCE KNITTER (SAD)

WETTER: Freundlich und warm

Lage: Die über dem äußersten Süden und Osten Deutschlands angelangte Kaltfront eines Tiefs mit Zentrum vor der norwegischen Küste zieht weiter ostwärts.

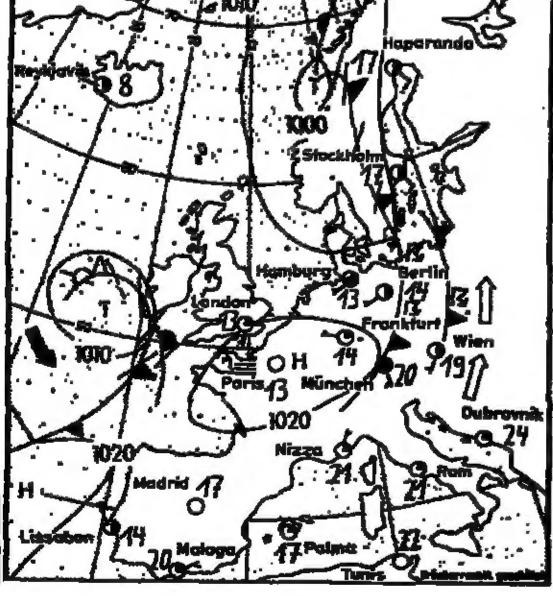
Vorhersage für Mittwoch: Im Süden anfangs Regen, später Wolkenauflockerungen. Im Norden teils wolkig, teils aufgeheitert, kaum Niederschlag. Höchsttemperaturen 19 bis 24, im Süden bis 27 Grad. Nachts tiefste Werte zwischen 16 und 11 Grad. Schwacher Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag zunächst freundlich und warm. In der zweiten Tageshälfte von Westen her Durchzug einer gewittrigen Störung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.44 Uhr*, Untergang: 21.12 Uhr; **Mondaufgang:** 0.36 Uhr, Untergang: 17.49 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 30. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	29	he
Bielefeld	29	bw
Braunlage	24	bw
Bremen	28	bw
Dortmund	28	bw
Dresden	30	he
Düsseldorf	24	bw
Erfurt	28	bw
Essen	23	bw
Feldberg/S.	18	bw
Flensburg	28	bw
Frankfurt/M.	30	bw
Freiburg	29	bw
Garmisch	28	bw
Greifswald	28	he
Hamburg	27	he
Hannover	30	bw
Kahler Asten	22	bw
Kassel	27	bw
Kempten	26	bw
Kiel	27	bw
Koblenz	29	bw
Köln-Bonn	25	bw
Konstanz	27	bw
Leipzig	30	he
List/Sylt	18	Gw
Lübeck	29	he
Mannheim	31	bw
München	28	bw
Münster	25	he
Norderney	21	bd
Nürnberg	30	he
Oberstdorf	24	bw
Passau	27	he
Saarbrücken	25	bw
Stuttgart	29	bw
Trier	26	bw
Zugspitze	6	bw

Ausland:		
Algier	33	wl
Amsterdam	20	bw
Athen	31	he
Barcelona	29	he
Belgrad	25	he
Bordeaux	23	bw
Bozen	29	he
Brüssel	21	he
Budapest	25	he
Bukarest	22	bw
Casablanca	28	he
Dublin	16	bw
Dubrovnik	27	he
Edinburgh	15	bd
Faro	30	wl
Florenz	32	he
Genf	30	he
Helsinki	24	he
Hongkong	31	he
Innsbruck	27	he
Istanbul	28	he
Kairo	32	he
Klagenfurt	27	he
Konstanza	22	he
Kopenhagen	21	bw
Korfu	30	wl
Las Palmas	24	he
Leningrad	27	he
Lissabon	27	he
Locarno	28	he
London	19	bw
Los Angeles	18	he
Luxemburg	25	bw
Madrid	28	wl
Mailand	30	wl
Malaga	27	he
Mallorca	33	he
Moskau	25	he
Neapel	34	he
New York	34	he
Nizza	28	he
Oslo	19	Rs
Ostende	19	bw
Palermo	27	he
Paris	23	bw
Peking	29	bw
Prag	28	he
Rhodos	28	he
Rom	30	he
Salzburg	28	he
Singapur	30	bw
Split	28	he
Stockholm	25	bw
Straßburg	30	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	29	he
Tunis	29	he
Valencia	29	he
Varna	22	he
Venedig	27	wl
Warschau	28	he
Wien	26	he
Zürich	27	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Immer weniger wollen auf den Halligen leben

geo. Husum

Die Halligen vor der Nordseeküste Schleswig-Holsteins sollen auf Wunsch von Landwirtschaftsminister Günter Flessner attraktiver Lebensbereich für Mensch und Tier bleiben. Aus Sorge um die Zukunft der dem Festland vorgelagerten Bastionen im Watt, die unter einem starken Bevölkerungsschwund leiden, erarbeiteten daher die zuständigen Behörden an der Westküste in Zusammenarbeit mit den Bewohnern auf den Halligen ein „Hallig-Programm". In den kommenden Jahren wird die Landesregierung dafür mehrere Millionen Mark aufwenden.

Wie Flessner bei der Präsentation des Planes in Husum sagte, sei es Ziel des Konzeptes, die Halligen in ihrem ursprünglichen naturnahen Charakter zu erhalten, sie als Lebens- und Arbeitsraum für die einheimische Bevölkerung zu sichern und ihre Funktion im Küstenschutz an der Westküste zu garantieren. Flessner räumte ein, daß die in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen für die Region den Bevölkerungsschwund zwar abgeschwächt aber nicht beendet hätten.

So sank etwa die Zahl der Bewohner auf Langeneß von 250 auf unter 150. Und die Hallig Hooge verzeichnete einen Rückgang ihrer Bevölkerung von rund 170 auf etwa 130 Einwohner.

Hintergrund der vor allem finanziellen Hilfe ist die Einsicht, daß die Vorposten des Festlandes, Wellenbrecher bei Sturmflut und daher für den Schutz der Küste von entscheidender Bedeutung, ohne eine ausreichende Bevölkerungszahl nur unter Mühen gehalten werden können. Das Land will daher den Landwirten ein „Pflegeentgelt" für Maßnahmen des Landschaftsschutzes gewähren und das Stellenangebot für Wasserbauwerker, die auch auf den Halligen leben sollen, ausweiten.

Flessner sprach in diesem Zusammenhang von Engpässen bei Katastrophenfällen. In schwierigen Situationen, insbesondere bei Sturmflut, sei es „in der Regel" unmöglich, notwendige Arbeitskräfte zur Sicherung der Halligen vom Festland auf den Vorposten zu bringen.

LEUTE HEUTE

Mit Herz

Als „Botschafter des Herzens" wurde am Montag dem Pianisten **Wladimir Horowitz** (81) von US-Präsident **Ronald Reagan** die Freiheitsmedaille verliehen. In einer Zeremonie sagte Reagan, der Künstler habe die höchste zivile Auszeichnung der USA durch seine vor kurzem beendete Konzertreise in die Sowjetunion verdient. Horowitz war als 20jähriger aus der Sowjetunion ausgewandert und hatte seitdem seine Heimat nicht wieder gesehen.

Mit Muskelkraft

In einem Ruderboot hat ein dänischer Seemann die 1665 Kilometer von seinen heimatlichen Faroer-Inseln, zwischen Schottland und Island gelegen, und dem dänischen Mutterland zurückgelegt. Nach 28 Tagen einsamer Reise mit Muskelkraft durch den Nordatlantik traf **Ove Jönse** am Montag in Jütland ein. Sein erster Kommentar: „Ich werde das nie wieder tun, zumindest nicht mit einem Ruderboot."

Mit Verspätung

Erst fünfzig Jahre nach seinem Marathon-Sieg bei den Olympischen Spielen in Berlin 1936 wird der koreanische Sportler **Son Kee-Chung** seine Siegestrophäe entgegennehmen können. Am 17. August soll dem 74jährigen, der als Profi-Sportler damals nachträglich durch das Olympia-Reglement gefallen war, bei einer Jubiläumsfeier des Olympischen Komitees der Bundesrepublik Deutschland der 2600 Jahre alte Helm übergeben werden. Dieser stand bislang mit dem Namenszug Sons in einem Berliner Museum.

Eine „Hörbrille" macht die Sprache sichtbar

dpa, Heidelberg

Eine in den USA entwickelte Hörbrille macht das gesprochene Wort für Hörbehinderte sichtbar. Wie die Stiftung Rehabilitation in Heidelberg mitteilte, stellte Prof. Orin Cornett vom Gallaudet College, einer Hochschule für Hörbehinderte, dieses von ihm entwickelte Gerät einem deutschen Fachpublikum vor. Dabei handelt es sich um einen tragbaren Mikroprozessor, der das gesprochene Wort in optische Signale umwandelt. Diese werden in den Linsen der Brille sichtbar. In Verbindung mit dem Lippenbild des Sprechenden, der selbst kein besonderes Zeichensystem beherrschen muß, ist für den Gehörlosen mit einiger Übung ein vollständiges Ablesen der Sprache möglich.

In der Saar gibt es keine Fische mehr

D. GURATZSCH, Saarbrücken

„In der Saar hat vermutlich kein Fisch überlebt. Leider." Fügt der persönliche Referent des saarländischen Umweltministers, Peter Bauer, leise hinzu. Angelverbote an die vielen Sportfischer entlang dem malerischen Flußverlauf stromabwärts seien deshalb gegenstandslos geworden. Bauer zur WELT: „Wir müssen jetzt davon ausgehen, daß dort auf absehbare Zeit nicht mehr geangelt werden kann – weil es keine Fische mehr gibt."

Die ersten toten Fische in der Saar waren schon am Sonnabend entdeckt worden, unterhalb der Mündung der Prims bei Dillingen, am nördlichen Ausgang des Industriegebietes. Bald wurden die Kadaver massenweise angespült, nicht nur Weißfische, sondern auch Hechte, Brassen, Zander und Rotaugen. Feuerwehr und Technisches Hilfswerk wurden alarmiert, zogen körbeweise tote Fische an Land.

Was war geschehen? Die eilig herbeigerufenen Untersuchungsämter, das Landesamt für Umweltschutz und das Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten Saarbrücken, tappten anfangs völlig im dunkeln. Die erste Annahme erwies sich als Fehldiagnose: Nicht Sauerstoffmangel auf Grund des sommerlichen Wetters, sondern Einleitungen giftiger Abwässer hatten das Fischsterben ausgelöst. Dann passierte die zweite, womöglich folgenschwere, unbegreifliche Panne: Obwohl die toten Fische tonnenweise auf der Saar stromabwärts trieben, stellten die Beamten in der Nacht zum Sonntag ihre Nachforschungen ein.

Erst nach Wiederaufnahme der Untersuchungen am Montagvormittag lagen verwertbare Untersuchungsergebnisse vor. Nun endlich wurde bekanntgegeben (was das Umweltministerium am Nachmittag (!) schließlich auch der Presse mitteilte), „daß am Samstag in der Zeit von 8 bis 20 Uhr pro Sekunde möglicherweise 50 Gramm des hochgiftigen Blausäuresalzes Cyanid in die Saar eingeleitet worden waren.

Das Ministerium löste den Alarmplan für die Wasserwerke an Rhein und Mosel aus, denn zahlreiche Gemeinden entnehmen den Strömen ihr Trinkwasser. Die Polizei nahm Proben bei infrage kommenden Unternehmen, um, wie es hieß, den „Täter" zu finden. Sportfischer wurden „eindringlich vor dem Verzehr der am Samstagfrüh aus der Saar geangelten Fische" gewarnt. Im benachbarten Rheinland-Pfalz wurden ähnliche Warnungen ausgesprochen, dazu ein Badeverbot.

Aber die Ursache für das Fischsterben hatte man damit noch immer nicht gefunden. Sie wurde erst gestern mittag entdeckt, und zwar noch einmal rund 20 Kilometer stromaufwärts von jener Stelle, an der man den „Täter" vermutet hatte: nämlich in Fürstenhausen, einem Stadtteil von Völklingen, in einer Kokerei der Saarbergwerke, in einem Staatsbetrieb, der zu zwei Dritteln dem Bund, zu einem Drittel dem Saarland gehört.

Derselbe Betrieb, so Peter Bauer, sei übrigens schon einmal vor einigen Jahren „in ähnlicher Angelegenheit" auffällig geworden. Ob es sich freilich diesmal um ein „bewußtes Einleiten" gehandelt habe, müsse erst geklärt werden, meinte Becker zur WELT. Die Betriebsleitung habe jedenfalls „keinen Störfall festgestellt".

Das schlimmste an der (späten) Entdeckung: Die hochgiftigen Stoffe waren nicht nur am Sonnabend, sondern noch bis zum Augenblick der Entdeckung gestern mittag aus der Kläranlage des Werkes ausgetreten. Die Zahl der toten Fische geht in die Millionen. Allein in Rheinland-Pfalz wurden mehr als 100 Tonnen aus der Saar gefischt. Das Leben im Fluß ist von Völklingen bis zur Mündung in die Mosel, auf 70 bis 80 Kilometern des Stromlaufs abgestorben.

Mehr Unfälle beim Sport als im Verkehr

dpa, Bonn

Die meisten Unfälle in Heim und Freizeit passieren beim Ballspielen. Wie der Verband der Haftpflicht-, Unfall-, Auto- und Rechtsschutzversicherer, HUK-Verband, feststellte, ziehen sich allein beim Fußball pro Jahr etwa 420 000 Bundesbürger Verletzungen zu, die ärztlich behandelt werden müssen. Allerdings sind die Verletzungen beim Fußball nicht so schwer wie bei einigen anderen Sportarten: Während beim Fußball knapp 49 Prozent der Verletzten länger als vier Wochen an den Unfallfolgen laborieren, sind es bei den Wintersportlern fast zwei Drittel der Betroffenen. Insgesamt gab es 1985 nach Angaben des HUK-Verbandes in Heim und Freizeit drei Millionen Verletzte, wovon 1,3 Millionen oder 42 Prozent auf Sport und Spiel entfielen. Das seien wesentlich mehr als beispielsweise im Straßenverkehr, wo es 1985 rund 420 000 Verletzte gab.

Wärter erschossen

AP, Setubal

Mit einer Großfahndung sucht die portugiesische Polizei nach sechs verurteilten Mördern, die nach einer Schießerei aus dem Staatsgefängnis Pinheiro da Cruz bei Setubal in Südportugal ausgebrochen sind und dabei drei Wachbeamte getötet haben. Ein weiterer Beamter schwebt noch in Lebensgefahr, ein fünfter Aufseher erlitt geringere Verletzungen.

Pilger verunglückt

dpa, Tours

Ein Bus mit Pilgern aus England ist gestern morgen auf dem Weg zum Wallfahrtsort Lourdes in Südfrankreich verunglückt. Drei Menschen starben und 27 wurden verletzt, als der Bus bei Tours an der Loire von der Autobahn abkam und in einen Graben stürzte.

Kinder als Brandstifter

dpa, Nizza

Zwei sechs Jahre alte Kinder sind bei Nizza in Südfrankreich als Brandstifter entlarvt worden. Nach Angaben der Polizei hatten die beiden am Montag mit einem gefundenen Feuerzeug einen Waldbrand am Stadtrand von Nizza gelegt. Der Brand vernichtete ein Dutzend Hektar Wald und bedrohte zahlreiche Häuser.

Café in Garnisonskirche

DW. Berlin

„Exit" heißt das Café, das jetzt in einer alten wilhelminischen Garnisonskirche im Stadtteil Kreuzberg den Küchenherd anwärmte. (Die WELT berichtete über die Nöte mit leeren Großkirchen in Berlin). Die Gastronomie in einem der Räume des Gotteshauses, das jetzt eine freikirchliche Gemeinde nutzt, pachtete ein ehemaliger Drogenabhängiger.

Tod in der Waschmaschine

AP, Hamilton/Ontario

In Hamilton in der kanadischen Provinz Ontario ist ein 22 Monate alter Junge in der Trommel einer Waschmaschine ums Leben gekommen. Nach Darstellung der Polizei hatte die Mutter des Kindes dessen Windeln auf der Waschmaschine gewechselt und es dann für kurze Zeit alleingelassen. Der Junge kletterte oder fiel in die von oben zu füllende Maschine, der Deckel schloß sich und die Trommel setzte sich für den Trokkengang in Bewegung.

Grenzgängerin „Else"

dpa, Lüneburg

Die Kuh „Else" eines Viehhändlers aus Gartow (Landkreis Lüchow-Dannenberg) scheint eine passionierte Grenzgängerin zu sein. Zum zweiten Mal hat sie jetzt die Elbe durchschwommen, nachdem sie schon im Mai einen ersten Ausflug in die „DDR" unternommen hatte. Der Eigentümer konnte Else wieder mit nach Hause nehmen.

Boy George verurteilt

dpa, London

Der britische Popsänger Boy George (25) ist gestern von einem Londoner Gericht wegen Heroinbesitzes zu umgerechnet 785 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Sänger, der sich vor allem durch Auftritte in Frauenkleidung einen Namen verschafft hat, bekannte sich schuldig. Er gab zu, sechs Monate lang wöchentlich bis zu zwei Gramm Heroin eingenommen zu haben.

ZU GUTER LETZT

„Wenn Sie gekochte Eier wünschen, sagen Sie es dem Knecht zu!" Vermerk auf einer Frühstückskarte in Bizerta/Tunesien.